



ODER
FRANKFURT
SŁUBICE
Ohne Grenzen.



Jahresabschluss der Stadt Frankfurt (Oder)

2011

Jahresabschluss der Stadt Frankfurt (Oder) zum 31. Dezember 2011

I. Bilanz

II. Ergebnisrechnung

III. Finanzrechnung

IV. Teilrechnungen

IV.1. Teilrechnungen auf Produktbereichsebene

IV.2. Teilrechnungen auf Produktebene

V. Rechenschaftsbericht

VI. Anlagen zum Jahresabschluss

VI.1. Anhang zur Abschlussbilanz

Anlage 1: Übersicht über die Beteiligungen

Anlage 2: Übersicht über die Sanierungs- und Entwicklungsgebiete

Anlage 3: Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen

Anlage 4: Übersicht über die Eröffnungsbilanzkorrekturen

VI.2. Anlagenübersicht

VI.3. Forderungsübersicht

VI.4. Verbindlichkeitenübersicht

VI.5. Beteiligungsbericht

Allgemeines

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) hat zum 01. Januar 2010 und damit ein Jahr vor dem Ablauf der rechtlich festgesetzten Einführungsfrist das Rechnungswesen auf die Doppik umgestellt.

Die Verpflichtung der Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des kommunalen Haushaltsrechts des Landes Brandenburg einen Jahresabschluss nach den Erfordernissen des neuen kommunalen Kassen- und Rechnungswesens aufzustellen gilt für die Stadt somit ab dem 31. Dezember 2010.

Der Jahresabschluss ist entsprechend § 82 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 in der zurzeit geltenden Fassung nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung aufzustellen. Er muss klar und übersichtlich sein und sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten, soweit durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist. Die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Frankfurt (Oder) ist darzustellen.

Der Jahresabschluss 2011 wurde nicht zeitentsprechend aufgestellt. Der Rückstand wurde 2015/ 2016 und nochmals 2018 aufgrund der landesweit auftretenden Problematik durch die Landesregierung analysiert. Es sind differenzierte Ursachen auszumachen, die in der Implementierung und Akzeptanz des neuen Systems sowie im Umstellungsprozess allgemein zu verorten sind. Nähere Ausführungen können den SVV-Vorlagen 19/SVV/0079 und 21/SVV/0635 entnommen werden.

Im Herbst 2018 verabschiedete der Brandenburgische Landtag mit Artikel 18 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der gemeindlichen Ebene (GVBl. I 22-2018) das Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse. Ziel war es den aktuell gesetzwidrigen Zustand des signifikanten Rückstands bei den Aufstellungen der Jahresrechnungen seit 2010 im überwiegenden Teil der Brandenburger Kommunen zu beheben und die Kommunen in eine aktuelle Haushaltsabwicklung und -rechnung zu bringen.

In Anwendung dieses Gesetzes beschloss die Stadtverordnetenversammlung mit der Vorlage 19/SVV/0079 am 05.12.2019 die Möglichkeit von verkürzten Aufstellungen für den Zeitraum bis 2016 inkl. eines Maßnahmenkataloges zur Anwendung. Mit Änderung des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 war eine Ausweitung auf alle offenen Jahresabschlüsse bis einschließlich 2019 möglich. Die Anwendung dieser Ergänzung wurde mit Beschluss der Vorlage 21/SVV/0635 ebenfalls zugestimmt.

Die Jahresrechnung 2011 wurde somit verkürzt, d.h. ohne bestimmte Bestandteile, aufgestellt.

Das Rechnungsprüfungsamt kann in Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse auf die Prüfung verzichten.

Der Jahresabschluss 2011 der Stadt besteht im Einzelnen aus

- I. **der Bilanz**
- II. **der Ergebnisrechnung,**
- III. **der Finanzrechnung.**

Die Bestandteile

- IV. Teilrechnungen und
- V. Rechenschaftsbericht

sind in dieser verkürzten Aufstellung nicht enthalten.

Als VI. Anlagen sind dem Jahresabschluss beigelegt:

- VI.1. **der Anhang zur Abschlussbilanz und**
- VI.5. **der Beteiligungsbericht.**

Beigelegt sind nicht

- VI.2. die Anlagenübersicht,
- VI.3. die Forderungsübersicht und
- VI.4. die Verbindlichkeitenübersicht.

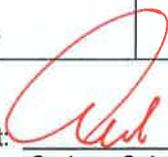
I. BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2011

Die Stadt Frankfurt (Oder), hier die Kämmerin hat am 22. Dezember 2020 den Entwurf der Bilanz mit Stichtag 31. Dezember 2011 nach den Grundsätzen der kaufmännischen doppelten Buchführung (Doppik) aufgestellt.

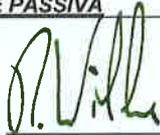
Die Gliederung der Bilanz entspricht den Vorschriften des § 57 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung Brandenburg (KomHKV).

Vor Feststellung der Schlussbilanz 2011 durch den Oberbürgermeister wird diese an das Rechnungsprüfungsamt gegeben. Dieses kann in Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse vom 15. Oktober 2018, geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 auf die Prüfung verzichten.

AKTIVA		31.12.2010	31.12.2011
		in €	
1.	Anlagevermögen	631.199.300,75	621.455.813,85
1.1.	Immaterielle Vermögensgegenstände	271.542,56	412.824,66
1.2.	Sachanlagevermögen	473.267.435,86	464.510.492,19
1.2.1.	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	20.589.335,23	22.185.402,31
1.2.2.	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	194.076.413,02	194.249.241,12
1.2.3.	Grundstücke und Bauten des Infrastrukturvermögens und sonstiger Sonderflächen	232.312.895,41	225.120.535,26
1.2.4.	Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	58.121,78
1.2.5.	Kunstgegenstände, Kulturdenkmale	1.204.328,11	1.106.951,48
1.2.6.	Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen	3.751.870,81	3.502.900,01
1.2.7.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.310.418,24	4.448.935,10
1.2.8.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	17.022.175,04	13.838.405,13
1.3.	Finanzanlagevermögen	157.660.322,33	156.532.497,00
1.3.1.	Rechte an Sondervermögen	26.939.664,03	25.661.237,70
1.3.2.	Anteile an verbundenen Unternehmen	129.976.165,60	130.001.765,60
1.3.3.	Mitgliedschaft in Zweckverbänden	1,00	1,00
1.3.4.	Anteile an sonstigen Beteiligungen	47.172,73	47.173,73
1.3.5.	Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00
1.3.6.	Ausleihungen	697.318,97	822.318,11
1.3.6.1.	an Sondervermögen	350.000,00	515.000,00
1.3.6.2.	an verbundene Unternehmen	347.318,97	307.318,97
1.3.6.3.	an Zweckverbände	0,00	0,00
1.3.6.4.	an sonstige Beteiligungen	0,00	0,00
1.3.6.5.	Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00
2.	Umlaufvermögen	26.358.676,73	26.419.896,12
2.1.	Vorräte	9.148.806,03	8.445.163,25
2.1.1.	Grundstücke in Entwicklung	9.109.282,79	8.406.549,70
2.1.2.	Sonstiges Vorratsvermögen	39.523,24	38.613,55
2.1.3.	Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	0,00	0,00
2.2.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.811.285,52	13.868.295,55
2.2.1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	10.612.501,19	11.292.864,73
2.2.1.1.	Gebühren	1.030.020,71	891.732,73
2.2.1.2.	Beiträge	459.473,68	382.769,00
2.2.1.3.	Wertberichtigungen auf Gebühren und Beiträge	-432.744,66	-425.180,10
2.2.1.4.	Steuern	4.802.028,13	4.755.018,75
2.2.1.5.	Transferleistungen	1.253.965,80	1.577.436,82
2.2.1.6.	Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	4.838.819,44	4.882.199,75
2.2.1.7.	Wertberichtigungen auf Steuern, Transferleistungen und sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	-1.339.061,91	-771.112,22
2.2.2.	Privatrechtliche Forderungen	972.844,48	1.136.288,19
2.2.2.1.	gegenüber dem privaten und dem öffentlichen Bereich	910.521,81	1.314.419,15
2.2.2.2.	gegen Sondervermögen	14.220,71	0,00
2.2.2.3.	gegen verbundene Unternehmen	226.210,89	0,00
2.2.2.4.	gegen Zweckverbände	0,00	0,00
2.2.2.5.	gegen sonstige Beteiligungen	11.999,90	11.999,90
2.2.2.6.	Wertberichtigungen auf privatrechtliche Forderungen	-190.108,83	-190.130,86
2.2.3.	Sonstige Vermögensgegenstände	1.225.939,85	1.439.142,63
2.3.	Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
2.4.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	4.398.585,18	4.106.437,32
3.	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	18.474.958,12	18.583.260,21
BILANZSUMME AKTIVA		676.032.935,60	666.458.970,18

aufgestellt: 
Corinna Schubert
Kämmerin

PASSIVA		31.12.2010	31.12.2011
		in €	
1.	Eigenkapital	260.276.929,67	231.729.976,39
1.1.	Basis Reinvermögen	269.175.027,91	266.494.076,30
1.2.	Rücklagen aus Überschüssen	673.103,90	0,00
1.2.1.	Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
1.2.2.	Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	673.103,90	0,00
1.3.	Sonderrücklage	0,00	0,00
1.4.	Fehlbetragsvortrag	-9.571.202,14	-34.764.099,91
1.4.1.	Fehlbetrag aus ordentlichem Ergebnis	-9.571.202,14	-34.764.099,91
1.4.2.	Fehlbetrag aus außerordentlichem Ergebnis	0,00	0,00
2.	Sonderposten	281.062.262,92	277.178.244,05
2.1.	Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	237.842.253,85	232.495.520,36
2.2.	Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- und Investitionszuschüssen	3.672.406,15	4.042.339,30
2.3.	Sonstige Sonderposten	39.547.602,92	40.640.384,39
3.	Rückstellungen	35.966.694,72	37.001.802,16
3.1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	17.086.180,22	15.671.967,16
3.2.	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	424.045,50	1.585.537,48
3.3.	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	1.445.000,01	1.321.015,15
3.4.	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
3.5.	Sonstige Rückstellungen	17.011.468,99	18.423.282,37
4.	Verbindlichkeiten	95.142.940,91	117.439.793,94
4.1.	Anleihen	0,00	0,00
4.2.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	21.485.809,99	19.941.946,31
4.3.	Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten	60.600.000,00	85.242.075,83
4.4.	Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00
4.5.	Erhaltene Anzahlungen	836.975,81	1.207.872,23
4.6.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.459.015,16	4.127.388,15
4.7.	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	2.243.946,60	2.904.379,10
4.8.	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	14.089,91	0,00
4.9.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.212.684,49	0,00
4.10.	Verbindlichkeiten gegenüber Zweckverbänden	17.669,70	0,00
4.11.	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Beteiligungen	2.232,17	0,00
4.12.	Sonstige Verbindlichkeiten	4.270.517,08	4.016.132,32
5.	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	3.584.107,38	3.109.153,64
BILANZSUMME PASSIVA		676.032.935,60	666.458.970,18

festgestellt: 
René Wilke
Oberbürgermeister

06. Nov. 2012

II. ERGEBNISRECHNUNG 2011

Stadt Frankfurt (Oder) Ergebnisrechnung

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2010	Fort- geschriebener Ansatz 2011	Ist-Ergebnis 2011	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 2 / Spalte 3)
		in EUR	in EUR	2011 in EUR	in EUR
		1	2	3	4
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	56.747.976,13	63.532.518,00	64.237.757,72	705.239,72
2.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	74.064.770,18	61.507.538,88	63.465.846,23	1.958.307,35
3.	Sonstige Transfererträge	2.198.349,87	2.128.700,00	2.375.627,51	246.927,51
4.	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	27.998.022,07	29.529.647,61	27.392.906,94	-2.136.740,67
5.	Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.961.128,52	5.944.184,13	5.497.309,86	-446.874,27
6.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	22.081.440,44	23.377.527,75	23.785.119,61	407.591,86
7.	Sonstige ordentliche Erträge	6.180.053,82	3.814.508,56	6.010.636,87	2.196.128,31
8.	Aktivierete Eigenleistungen	41.857,44	0,00	188.728,92	188.728,92
9.	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
10.	= Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	194.273.598,47	189.834.624,93	192.953.933,66	3.119.308,73
11.	Personalaufwendungen	48.567.692,84	50.316.210,95	49.416.745,67	-899.465,28
12.	Versorgungsaufwendungen	278.729,77	5.200,00	-1.128.556,44	-1.133.756,44
13.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	19.069.994,15	31.593.729,55	22.820.354,65	-8.773.374,90
14.	Abschreibungen	19.545.750,90	12.588.688,72	19.141.926,02	6.553.237,30
15.	Transferaufwendungen	70.083.017,87	80.148.471,12	80.597.886,05	449.414,93
16.	Sonstige ordentliche Aufwendungen	46.433.523,13	46.080.369,00	48.647.013,63	2.566.644,63
17.	= Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	203.978.708,66	220.732.669,34	219.495.369,58	-1.237.299,76
18.	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (10 ./ 17)	-9.705.110,19	-30.898.044,41	-26.541.435,92	4.356.608,49
19.	Zinsen und sonstige Finanzerträge	1.164.303,90	1.101.300,00	1.593.147,03	491.847,03
20.	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.030.395,85	2.283.690,96	1.425.636,34	-858.054,62
21.	= Finanzergebnis	133.908,05	-1.182.390,96	167.510,69	1.349.901,65
22.	= ordentliches Ergebnis (18 + 21)	-9.571.202,14	-32.080.435,37	-26.373.925,23	5.706.510,14
23.	außerordentliche Erträge	1.456.221,58	551.563,80	1.717.986,53	1.166.422,73
24.	- außerordentliche Aufwendungen	783.117,68	428.663,80	1.210.062,97	781.399,17
25.	= außerordentliches Ergebnis	673.103,90	122.900,00	507.923,56	385.023,56
26.	= Gesamtüberschuss / Gesamtfehlbetrag (22 + 25)	-8.898.098,24	-31.957.535,37	-25.866.001,67	6.091.533,70

Schlussbilanz 31.12.2011
aufgestellt: 22. Dezember 2020



Corinna Schubert
Kämmerin der Stadt Frankfurt (Oder)

III. FINANZRECHNUNG 2011

Stadt Frankfurt (Oder) Finanzrechnung

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2010	Fortgeschriebener Ansatz 2011	Ist-Ergebnis 2011	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 2 / Spalte 3)
		in EUR 1	in EUR 2	in EUR 3	in EUR 4
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	55.897.454,40	63.532.518,00	64.224.143,92	691.625,92
2.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	59.259.379,93	51.981.390,16	48.392.872,66	-3.588.517,50
3.	sonstige Transfereinzahlungen	2.443.911,15	2.110.700,00	2.280.405,30	169.705,30
4.	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	28.042.942,90	28.323.800,00	27.565.364,96	-758.435,04
5.	privatrechtliche Leistungsentgelte	4.977.646,51	5.621.284,13	5.539.686,10	-81.598,03
6.	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	22.063.552,70	23.287.627,75	23.732.520,72	444.892,97
7.	sonstige Einzahlungen	4.487.911,43	4.074.840,16	4.869.812,36	794.972,20
8.	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.142.532,64	1.101.300,00	1.582.324,32	481.024,32
9.	= <u>Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>	<u>178.315.331,66</u>	<u>180.033.460,20</u>	<u>178.187.130,34</u>	<u>-1.846.329,86</u>
10.	Personalauszahlungen	48.344.823,83	53.409.022,95	50.139.500,59	-3.269.522,36
11.	Versorgungsauszahlungen	29.536,29	5.200,00	8.314,68	3.114,68
12.	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	17.526.970,65	32.839.003,42	22.535.760,27	-10.303.243,15
13.	Transferauszahlungen	69.007.916,36	78.838.705,57	78.460.622,18	-378.083,39
14.	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	1.002.751,67	2.184.524,16	1.449.175,75	-735.348,41
15.	sonstige Auszahlungen	46.813.039,55	46.369.267,20	47.807.745,45	1.438.478,25
16.	= <u>Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>	<u>182.725.038,35</u>	<u>213.645.723,30</u>	<u>200.401.118,92</u>	<u>-13.244.604,38</u>
17.	= <u>Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (9 ./ 16)</u>	<u>-4.409.706,69</u>	<u>-33.612.263,10</u>	<u>-22.213.988,58</u>	<u>11.398.274,52</u>
18.	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	16.662.327,66	22.532.156,60	10.351.384,43	-12.180.772,17
19.	Einzahlungen Beiträgen und Engelten	497.589,55	593.164,21	453.693,73	-139.470,48
20.	Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00
21.	Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	1.413.349,00	829.400,00	1.637.730,82	808.330,82
22.	Einzahlungen aus der Veräußerung von übrigem Sachanlagevermögen	24.398,00	11.379,57	9.879,57	-1.500,00
23.	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagevermögen	2.614.887,70	14.000,00	0,00	-14.000,00
24.	Sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	197.272,01	611.900,00	139.999,00	-471.901,00
25.	= <u>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</u>	<u>21.409.823,92</u>	<u>24.592.000,38</u>	<u>12.592.687,55</u>	<u>-11.999.312,83</u>
26.	Auszahlungen für Baumaßnahmen	13.520.736,70	29.079.817,99	9.764.860,81	-19.314.957,18
27.	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen für Investitionen Dritter	3.010.142,37	2.300.717,72	1.794.816,91	-505.900,81
28.	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	63.539,23	598.320,43	256.603,77	-341.716,66
29.	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	853.528,28	1.886.233,17	520.995,24	-1.365.237,93
30.	Auszahlungen für den Erwerb von übrigem Sachanlagevermögen	1.342.854,03	2.886.965,95	1.036.954,40	-1.850.011,55

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2010	Fortgeschriebener Ansatz 2011	Ist-Ergebnis 2011	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 2 / Spalte 3)
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
		1	2	3	4
31.	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagevermögen	217.600,00	64.081,68	25.600,00	-38.481,68
32.	Sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	794.999,00	565.000,00	264.999,00	-300.001,00
33.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	19.803.399,61	37.381.136,94	13.664.830,13	-23.716.306,81
34.	= Saldo aus Investitionstätigkeit (25 ./ 33)	1.606.424,31	-12.789.136,56	-1.072.142,58	11.716.993,98
35.	= Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag (17 + 34)	-2.803.282,38	-46.401.399,66	-23.286.131,16	23.115.268,50
36.	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	6.151.561,05	4.276.300,00	383.974,95	-3.892.325,05
37.	Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (ohne Kassenkredite)	0,00	0,00	0,00	0,00
38.	Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	100.000.000,00	100.000.000,00
39.	= Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	6.151.561,05	4.276.300,00	100.383.974,95	96.107.674,95
40.	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen	2.214.255,85	1.927.900,00	1.927.838,63	-61,37
41.	Sonstige Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit (ohne Kassenkredite)	0,00	0,00	0,00	0,00
42.	Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	75.357.924,17	75.357.924,17
43.	= Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	2.214.255,85	1.927.900,00	77.285.762,80	75.357.862,80
44.	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit (39 ./ 43)	3.937.305,20	2.348.400,00	23.098.212,15	20.749.812,15
45.	Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0,00	0,00	0,00	0,00
46.	Auszahlungen an Liquiditätsreserven	0,00	0,00	0,00	0,00
47.	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (45 ./ 46)	0,00	0,00	0,00	0,00
48.	= Veränderung des Bestandes an eigenen Zahlungsmitteln (35 + 44 + 47)	1.134.022,82	-44.052.999,66	-187.919,01	43.865.080,65
49.	+ voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres **	-56.900.617,34	0,00	4.398.585,18	4.398.385,18
50.	+ Bestand an fremden Finanzmitteln	-435.020,30	0,00	-104.028,85	-104.028,85
51.	= Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres **	-56.201.614,82	-44.052.999,66	4.106.637,32	48.159.436,98

** Die Darstellung des Ergebnisses 2010 weicht in der Systematik ab. Mit dem Jahr 2011 wurde die Einordnung der kassenkreditberührenden Vorgänge sowie der Zuordnung von Hand- und Wechselkassen neu vorgenommen.

Schlussbilanz 31.12.2011
aufgestellt: 22. Dezember 2020

Corinna Schubert
Kämmerin der Stadt Frankfurt (Oder)

Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2010	Fortgeschriebener Ansatz 2011	Ist-Ergebnis 2011	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 2 / Spalte 3)
	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
	1	2	3	4

Nachrichtlich: Darstellung zur Tellenschuldung

51.	Übertrag: Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	-55.201.614,82	-44.052.999,66	4.106.637,32	48.159.436,98
52.	/./ Bestand an Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten **	0,00	0,00	65.242.075,83	85.242.075,83
53.	/./ Bestand an fremden Finanzmitteln	-436.020,30	0,00	-104.028,85	-104.028,85
54.	= Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (51./52)	-55.766.594,52	0,00	-81.031.609,66	-81.031.609,66

Handwritten signature and date: 21.07.2022

IV. TEILRECHNUNGEN 2011

IV.1. Teilrechnungen auf Produktbereichsebene

IV.2. Teilrechnungen auf Produktebene

V. RECHENSCHAFTSBERICHT

Die Stadtverordneten der Stadt Frankfurt (Oder) stimmten in ihrer 5. Sitzung am 05. Dezember 2019 mit der Vorlagen-Nummer 19/SVV/0079 der Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse vom 15. Oktober 2018 mehrheitlich zu. Mit Änderung des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 war eine Ausweitung auf alle offenen Jahresabschlüsse bis einschließlich 2019 möglich. Die Anwendung dieser Ergänzung wurde mit Beschluss der Vorlage 21/SVV/0635 ebenfalls zugestimmt.

Unter anderem wird damit auf die Bestandteile der Teilrechnungen auf Produktbereichs- und Produktebene sowie auf den Rechenschaftsbericht für die Jahresrechnung 2011 verzichtet.



Jahresabschluss der Stadt Frankfurt (Oder)

VI. Anlagen zum Jahresabschluss

2011

VI.1. Anhang zur Abschlussbilanz

- Anlage 1: Übersicht über die Beteiligungen**
- Anlage 2: Übersicht über die Sanierungs- und Entwicklungsgebiete**
- Anlage 3: Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen**
- Anlage 4: Übersicht über die Eröffnungsbilanzkorrekturen**

INHALTSVERZEICHNIS

- I. Grundsätzliches**
- II. Gliederungsgrundsätze**
- III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**
 - III.1. Aktiva**
 - III.1.1. Anlagevermögen**
 - III.1.2. Umlaufvermögen**
 - III.1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten**
 - III.2. Passiva**
 - III.2.1. Eigenkapital**
 - III.2.2. Sonderposten**
 - III.2.3. Rückstellungen**
 - III.2.4. Verbindlichkeiten**
 - III.2.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten**
- A. Bilanzierung und Bewertung der konkreten Aktivposten**
 - A.1. Anlagevermögen**
 - A.1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände**
 - A.1.2. Sachanlagevermögen**
 - A.1.3. Finanzanlagevermögen**
 - A.2. Umlaufvermögen**
 - A.2.1. Vorräte**
 - A.2.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**
 - A.2.3. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks**
 - A.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten**
- P. Bilanzierung und Bewertung der konkreten Passivposten**
 - P.1. Eigenkapital**
 - P.1.1. Basis-Reinvermögen**
 - P.1.2. Rücklagen aus Überschüssen**
 - P.1.3. Sonderrücklage**

- P.2. Sonderposten**
 - P.2.1. Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand**
 - P.2.2. Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- und Investitionszuschüssen**
 - P.2.3. Sonstige Sonderposten**
 - P.3. Rückstellungen**
 - P.3.1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**
 - P.3.2. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen**
 - P.3.3. Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien**
 - P.3.4. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten**
 - P.3.5. Sonstige Rückstellungen**
 - P.4. Verbindlichkeiten**
 - P.4.1. Anleihen**
 - P.4.2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen**
 - P.4.3. Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten**
 - P.4.4. Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen**
 - P.4.5. Erhaltene Anzahlungen**
 - P.4.6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**
 - P.4.7. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen**
 - P.4.8. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen**
 - P.4.9. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen**
 - P.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten**
-
- IV. Vermögensgegenstände mit zum Bilanzstichtag ungeklärten Eigentumsverhältnissen**
 - V. Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen**
 - VI. Übersicht über die von der Gemeinde bewirtschafteten Treuhandmittel**
 - VII. Angaben zum Inhalt der Verwahr- und Vorschusskonten**
 - VIII. Kamerale Altfehlbeträge**
 - IX. Erläuterungen zu Posten des Ergebnishaushaltes**
 - X. Erläuterungen zu Posten der Finanzrechnung**
 - XI. Abkürzungsverzeichnis**

I. GRUNDSÄTZLICHES

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) hat zum Stichtag 01. Januar 2010 eine Eröffnungsbilanz nach den Grundsätzen der kaufmännischen doppelten Buchführung (Doppik) erstellt. Die Stadtverordneten beschlossen in ihrer 10. Sitzung am 18. Juni 2015 die vom Oberbürgermeister festgestellte Eröffnungsbilanz.

Die Richtlinien zur Erfassung und Bewertung sicherten eine sachgerechte und ordnungsmäßige Inventarisierung des kommunalen Vermögens und der Schulden sowie deren Bewertung. Erstmals lag damit ein vollständiger Vermögens- und Schuldennachweis vor, der ein den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage der Stadt Frankfurt (Oder) widerspiegelte.

Darauf aufbauend erfolgte ab dem Jahr 2010 die Haushaltsführung nach den Grundsätzen der kaufmännischen doppelten Buchführung. Der erste doppische Jahresabschluss der Stadt Frankfurt (Oder) zum 31. Dezember 2010 und die Entlastung des Oberbürgermeisters wurde mit Beschluss 19/SVV/1666 am 07. Mai 2019 von der Stadtverordnetenversammlung bestätigt.

Nunmehr liegt der zweite Jahresabschluss inklusive Schlussbilanz zum 31. Dezember 2011 in verkürzter Form vor. Für nähere Ausführungen zur Verkürzung wird auf den zur Jahresrechnung einführenden Punkt ALLGEMEINES verwiesen.

Der Anhang ist gemäß § 82 Absatz 2 Satz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) eine Anlage zum Jahresabschluss. Besondere Formvorschriften sind an den Anhang nicht geknüpft, jedoch sind hier nach § 58 der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung - KomHKV) vom 14. Februar 2008 Angaben und Erläuterungen aufzunehmen, die für einzelne Ergebnis- und Finanzrechnungspositionen sowie einzelne Bilanzposten vorgeschrieben oder zum Verständnis sachverständiger Dritter notwendig sind.

Mit dem Anhang sollen insbesondere die in der Bilanz ausgewiesenen Werte durch weitere Informationen und Ausführungen untermauert bzw. erläutert werden.

Mit der Aufstellung der Jahresrechnung 2011 wurden erneut Korrekturen der Eröffnungsbilanz vorgenommen. Dies war notwendig, da sich mit Aufarbeitung von Geschäftsvorfällen in der Jahresrechnung 2011 herausstellte, dass wesentliche Vermögensgegenstände oder Schulden fehlerhaft angesetzt wurden oder der Ansatz zu Unrecht unterblieb. Für diese Fälle erlaubt eine Übergangsvorschrift, hier konkret § 141 Absatz 21 BbgKVerf, eine Berichtigung oder Nachholung der Wertansätze.

Die Änderungen der ursprünglichen Eröffnungsbilanz erfolgten gemäß den Regelungen im Jahr 2011 erfolgsneutral, d.h. sie wurden mit dem Basis-Reinvermögen (ausschließlich das Eigenkapital der Eröffnungsbilanz) verrechnet.

Der Gesetzgeber erlaubt für die Korrekturen die Anwendung einer Erheblichkeitsgrenze. In Anlehnung an die Haushaltssatzung, in der die Stadtverordneten mit Beschlussfassung die Grenze für erhebliche Geschäftsvorfälle mit 100.000 EUR festsetzen, wurde diese auf die entsprechenden Korrekturen übertragen. Im Rahmen der Beurteilung von entsprechenden Geschäftsvorfällen unterhalb dieser Wertgrenze war dennoch eine Abwägung von künftigen

Auswirkungen für den Fall eines Unterlassens der Korrektur zu treffen. Wurden die Folgen für den weiteren buchhalterischen Ablauf als unverhältnismäßig hoch eingestuft, erfolgte dennoch eine Korrektur der Eröffnungsbilanz.

Die mit diesem Jahresabschluss vorgenommenen Berichtigungen sind in der Anlage 4 dieses Anhangs aufgelistet und erläutert. Die Eröffnungsbilanz gilt mit Bestätigung des Jahresabschlusses dann als geändert.

II. GLIEDERUNGSGRUNDSÄTZE

Die Gliederung der Eröffnungsbilanz entspricht den Form- und Gliederungsvorschriften des § 57 KomHKV. Die hier gesetzlich verankerte Mindestgliederung wurde übernommen.

Der Anhang als Anlage VI.1. zum Jahresabschluss wurde gemäß § 58 KomHKV erstellt und beigelegt. Weitere Anlagen zum Jahresabschluss - die Anlagenübersicht, die Forderungsübersicht und die Verbindlichkeitenübersicht - liegen aufgrund der verkürzten Aufstellung nicht bei.

Die Anlage VI.5. der Beteiligungsbericht der Stadt Frankfurt (Oder) über das Wirtschaftsjahr 2011 wurde der Stadtverordnetenversammlung am 06. Dezember 2012 unter der Beschlussnummer 12/VZI/1485 zur Kenntnis gegeben.

III. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Erfassung und Bewertung des Vermögens sowie der kommunalen Sonderposten und Schulden erfolgte zur Eröffnungsbilanz gemäß § 85 Absatz 2 BbgKVerf i. V. m. §§ 47 ff. KomHKV.

Grundsatz war hier der Ansatz der fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten. Für Fälle in denen diese Kosten nicht bekannt waren bzw. nur mit einem nicht zu vertretenden Aufwand zu ermitteln gewesen wären, wurden entsprechend § 85 Absatz 2 Satz 3 BbgKVerf abweichende Bewertungsmethoden angewandt, die geeignet waren ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) zu vermitteln.

Die so angesetzten Werte der Vermögensgegenstände in der Eröffnungsbilanz gelten als Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Die im Rahmen der Eröffnungsbilanz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden entsprechend den Erfordernissen des Grundsatzes der Bilanzstetigkeit auch beim Jahresabschluss 2011 verwendet. Die Bewertung der in der Schlussbilanz zum Stichtag 31.12.2011 ausgewiesenen Aktiv- und Passivposten erfolgte gemäß § 49 KomHKV nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung.

Die Bewertungsrichtlinie für das kommunale Anlage- und Umlaufvermögen und die Schulden der Stadt Frankfurt (Oder) (inkl. Aktivierungshinweise) gilt grundlegend fort. Sofern darüberhinausgehende bzw. abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmaßstäbe für die

Jahresrechnung angesetzt wurden, sind diese in den jeweiligen Abschnitten dieses Anhangs dargestellt.

III.1. AKTIVA

III.1.1. ANLAGEVERMÖGEN

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände umfassen alle Gegenstände, die nicht materiell, d.h. nicht körperlich fassbar sind. Hierzu zählen z. B. Konzessionen, Lizenzen, Software, Rechte und Patente.

Software/ Lizenzen

Hierbei handelt es sich um entgeltlich erworbene Computer-Programme oder Einzellizenzen. Ist die Software einer eigenständigen Bewertung nicht zugänglich, weil sie beispielsweise als PC-Betriebssystem in die Hardware integriert ist, ist sie ein unselbständiger Teil der Hardware und wird hier nicht erfasst.

Der Ansatz erfolgte mit fortgeschriebenen historischen Anschaffungswerten.

Neuzugänge wurden mit Anschaffungskosten bewertet.

Sachanlagevermögen

Unbebaute Grundstücke

Bei der Bewertung in der Eröffnungsbilanz wurden die Preise aus dem Grundstücksmarktbericht des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Stadt Frankfurt (Oder) abgeleitet.

Neuzugänge wurden mit den Anschaffungskosten aktiviert.

Bebaute Grundstücke (mit Gebäuden)

In der Eröffnungsbilanz wurden für bebaute Grundstücke fortgeschriebene Anschaffungs- und Herstellungskosten, soweit sie aus Abrechnungen und/ oder Verwendungsnachweisen bei Fördermitteln ermittelbar waren, angesetzt.

War dies nicht möglich, wurden die nach der Wertermittlungsverordnung entsprechend ihres Zwecks mittels Sachwertverfahren, vereinzelt mittels Ertrags- oder Vergleichswertverfahren, bewertet.

Grundstücke und Bauten
des
Infrastrukturvermögens

Die Bewertung von Neuzugängen im Wesentlichen aus der Aktivierung von fertiggestellten Baumaßnahmen erfolgte nach Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Als selbständige Wirtschaftsgüter wurden der Grund und Boden einerseits und die Aufbauten andererseits getrennt bewertet.

Straßennetz:

Grundstücke des Straßennetzes wurden nach AHK's oder auf Grundlage eines Vereinfachungsverfahrens durch Festsetzung eines qm-Wertes, unterteilt nach Innen- und Außenbereich (gem. §§ 34, 35 BauGB), in der Eröffnungsbilanz bewertet.

Für die Aufbauten, d.h. Straßenkörper und Zubehör, wurde durch eine spezialisierte Firma eine Bestands- und Zustandserfassung durchgeführt. Die Ermittlung von stadtspezifischen durchschnittlichen Herstellungskosten für Straßen unterschiedlicher Bauklassen erfolgte aus Rechnungen für Straßenkörper der Jahre 2000 bis 2007. Die erforderliche Klassifizierung wurde in Anlehnung an die Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaues von Verkehrsflächen (RStO 01) vorgenommen.

Die Bewertung erfolgte nach AHK's, in der Regel jedoch nach der zuvor genannten Ermittlung von fiktiven Herstellungskosten auf der Basis rückindizierter Normalherstellungskosten.

Straßenzubehör wurde durch Ermittlung eines stadtspezifischen Stückpreises bewertet; Lichtsignalanlagen anhand vergleichbarer Vermögensgegenstände.

Brücken und Tunnel, Durchlässe:

Die Bewertung erfolgte nach fortgeschriebenen AHK's, in der Regel jedoch entsprechend ihrer Klassifizierung unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Bauwerksprüfung gemäß DIN 1076 (Bauzustandsfeststellung) und der stadtspezifischen Gesamtnutzungsdauer.

Die Ermittlung der Restnutzungsdauer und des Zeitwertes erfolgte unter Beachtung der Zustandsnote.

Grünflächen:

Die Bewertung der Freiflächen und Bauten in Grün- und Parkanlagen erfolgte entsprechend ihrer Klassifizierung unter Berücksichtigung des Zustandes und der stadtspezifischen Gesamtnutzungsdauer.

1. Die EÖB-Bewertung der Grünflächen höherwertiger Objektarten mit erheblichen AHK, die **nach dem Jahr 2000 fertig gestellt** worden sind oder in denen nach dem Jahr 2000 **Investitionen** erfolgt sind, richtete sich nach den tatsächlich abgerechneten AHK.
2. Die Bewertung der Grünflächen höherwertiger Objektarten, die **vor dem Jahr 2000** fertig gestellt worden sind oder in denen nach dem Jahr 2000 **keine Investitionen** erfolgt sind, wurde nach dem **Zeitwert** vorgenommen (Ausnahme Grünflächen mit Sonderbauwerken - hier auch AHK Sanierungskosten).
3. Alle **Grünflächen einfacher Objektarten mit geringen AHK**, in die weder vor noch nach dem Jahr 2000 investiert wurde, in denen auch zukünftig keine Investitionen zu erwarten sind und die lediglich durch entsprechenden Pflegeaufwand in ihrem Zustand erhalten werden, wurden mit 1 EUR nach Objektarten zusammengefasst und bewertet.

Spiel- und Bolzplätze:

Spielplätze unterliegen einer eigenen Gesamtnutzungsdauer. Ohne erfolgte Investitionen in den letzten 15 Jahren vor Eröffnungsbilanz wurden sie mit einem Erinnerungswert von 1 EUR bewertet. Ansonsten erfolgte die Bewertung analog zu den Grünflächen.

Übrige Bauten auf Sonderflächen:

Grundsätzlich erfolgte in der Eröffnungsbilanz die Bewertung nach Anschaffungs- und Herstellungskosten, ansonsten anhand vergleichbarer Vermögensgegenstände.

Neuzugänge wurden für das Infrastrukturvermögen in 2011 mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten aktiviert.

Kunstgegenstände und
Kulturdenkmale

Bewegliche Kunstgegenstände wurden in der Eröffnungsbilanz, soweit die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht bekannt waren, grundsätzlich mit einem Erinnerungswert von 1 EUR ausgewiesen.

Kunstdenkmale wurden mit einem Erinnerungswert von 1 EUR angesetzt, wenn die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht bekannt sind und sofern sie nicht als Gebäude genutzt wurden.

Archivalien oder Sammelgüter, welche durch die Stadt Frankfurt (Oder) nach dem 01.01.1990 käuflich erworben wurden, waren mit genauer Bezeichnung einzeln zu erfassen und mit den AHK zu bewerten.

Lag eine Versicherung vor, so war der Versicherungswert in Ansatz zu bringen.

Archivgut, das unentgeltlich in das Archiv übernommen wurde, wurde nicht bewertet.

Die Bewertung des sonstigen Archivgutes erfolgte mit dem Erinnerungswert von 1 EUR pro Teil/ Stück Archivgut.

Neuzugänge sind 2011 mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bilanziert.

Fahrzeuge, Maschinen
und technische Anlagen

Die Bewertung in der Eröffnungsbilanz erfolgte grundsätzlich nach AHK. Falls diese nicht vorlagen, wurde der aktuelle Wert des Vermögensgegenstandes auf der Grundlage aktueller Preise von Objekten gleicher Art und Güte ermittelt, zurückindiziert auf das Anschaffungsjahr mittels eines geeigneten Index (z. B. „Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten“) des Statistischen Bundesamtes.

Neuzugänge sind 2011 mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bilanziert.

Bei Fahrzeugen des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungswesen wird in folgenden Fällen von der Brandenburgischen Abschreibungstabelle abgewichen:

Für *Rettungsfahrzeuge* beträgt die stadtspezifische Abschreibungsdauer 6 Jahre (statt 5 Jahre). Frankfurt (Oder) hat als kreisfreie Stadt im Vergleich zu den Landkreisen eine erheblich kleinere Fläche abzudecken. Daraus ergeben sich unterdurchschnittliche jährliche Kilometerlaufzeiten für die einzelnen Fahrzeuge, so dass diese in der Regel länger genutzt werden können.

Für *Tanklöschfahrzeuge* ist eine Nutzungsdauer nach Brandenburgischer Abschreibungstabelle von 10 Jahren vorgesehen. Nach bisherigen Erfahrungen des Fachamtes wird für Frankfurt (Oder) jedoch eine Nutzungsdauer von 15 Jahren angesetzt.

Auch für *Löschfahrzeuge* setzt die Stadt eine erhöhte Abschreibungsdauer an (10 Jahre statt 8 Jahre nach AfA-Tabelle).

Die Erfahrungen fundieren auf den Zustand der vorhandenen Technik im Verhältnis zum Anschaffungsjahr.

Betriebs- und
Geschäftsausstattung

Die Bewertung in der Eröffnungsbilanz erfolgte grundsätzlich nach AHK. Falls diese nicht vorlagen, wurde der aktuelle Wert des Vermögensgegenstandes auf der Grundlage aktueller Preise von Objekten gleicher Art und Güte ermittelt und zurückindiziert auf das Anschaffungsjahr mittels eines geeigneten Index (z. B. „Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten“) des Statistischen Bundesamtes.

Bewegliche Vermögensgegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden im Bewertungsvereinfachungsverfahren zu Gruppen zusammengefasst, soweit sie gleichartig waren und einer regelmäßigen Wiederbeschaffung unterlagen. Es entstanden Festwerte für PC-Arbeitsplätze, Drucker, Schülertische und -stühle in den Schulen.

Neue Ausstattung wurde mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bilanziert, Festwerte wurden fortgeschrieben.

Geleistete Anzahlungen
und Anlagen im Bau

Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau waren in der Eröffnungsbilanz und sind in der Schlussbilanz

mit den tatsächlich gezahlten Beträgen anzusetzen. Für Anlagen im Bau waren Ausgaben anzusetzen, die für bauliche Investitionen bis zum Bilanzstichtag getätigt wurden, ohne dass die Anlagen bereits fertiggestellt worden sind.

Finanzanlagevermögen

Rechte an
Sondervermögen

Die Bewertung in der Eröffnungsbilanz erfolgte mittels Eigenkapital-Spiegel-Methode. Beim Eigenbetrieb Sportzentrum Frankfurt (Oder) wurde dem zu berücksichtigenden Eigenkapital auch der Verlustvortrag und der Jahresverlust zugeordnet.

Die Wertansätze wurden überprüft; Veränderungen werden unter der entsprechenden Position näher erläutert.

Anteile an verbundenen
Unternehmen, an
sonstigen Beteiligungen,
Mitgliedschaften in
Zweckverbänden

Die Bewertung der Finanzanlagen erfolgte analog der Eröffnungsbilanz. Die Veränderungen werden unter der entsprechenden Position näher erläutert.

Ausleihungen

Ausleihungen wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet und erfasst.

III.1.2. UMLAUFVERMÖGEN

Vorräte

Grundstücke in
Entwicklung

In der Eröffnungsbilanz wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, das heißt, in Erfüllung des Vorsichtsprinzips wurde von drei möglichen Wertansätzen, den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, dem Marktpreis und dem am Bilanzstichtag beizulegenden Wert, stets der niedrigste Wert angesetzt.

Grundstücke in Entwicklung werden bei Neuerwerb mit Anschaffungskosten aktiviert.

Sonstiges
Vorratsvermögen

Vorräte wurden mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten bilanziert.

Forderungen und
sonstige
Vermögensgegenstände

Forderungen wurden grundsätzlich zum Nominalwert unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips angesetzt.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten Die Bestände der Girokonten und Barkassen sind mit ihrem Nennwert erfasst.

III.1.3. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Aktive Rechnungsabgrenzung Aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind **Auszahlungen**, die vor dem Abschlussstichtag getätigt wurden, jedoch erst **Aufwand** für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Darüber hinaus werden von der Stadt an Dritte geleistete Zuwendungen für Investitionen in ihr Vermögen ausgewiesen.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Bilanzstichtag mit dem Teilbetrag der geleisteten Auszahlungen angesetzt, welcher der aufwandswirksamen Zuordnung im Zeitraum nach dem 31. Dezember 2011 entspricht.

III.2. PASSIVA

III.2.1. EIGENKAPITAL

Basis-Reinvermögen Das Basis-Reinvermögen wird einmalig in der Eröffnungsbilanz gebildet. Es ergab sich aus der Differenz des zum Eröffnungsbilanzstichtag bewerteten Vermögens, der Rücklagen und Schulden.

Mit Jahresabschluss 2011 wurden in Anwendung des § 141 Absatz 21 BbgKVerf Wertberichtigungen von EÖB-Bilanzpositionen vorgenommen, das Basisreinvermögen um diese Änderungen angepasst.

Sonderrücklage Sonderrücklagen sind mit ihrem Wert anzusetzen, mit dem sie nach Gesetz oder Verordnung zu bilden sind.

Ergebnisvorträge Der Ausweis des Ergebnisses der Jahresrechnung wurde jeweils nach ordentlichem und außerordentlichem Ergebnis mit dem Nominalwert

vorgetragen, wobei in Anwendung des § 26 Abs. 5 KomHKV eine Ergebnisverrechnung stattfand.

III.2.2. SONDERPOSTEN

Sonderposten

Zu den Sonderposten gehören alle erhaltenen Investitionszuschüsse der öffentlichen Hand, sowie Erschließungs- und Straßenausbaubeiträge und Baukostenzuschüsse Dritter welche zweckgebunden oder pauschal gewährt wurden.

In der Eröffnungsbilanz erfolgte der Ansatz in Höhe der Investitionszuwendung oder der Spende, abzüglich der bis zum Bilanzstichtag vorzunehmenden planmäßigen Auflösungen, welche sich aus der Wertermittlung des bezuschussten Vermögensgegenstandes ergaben.

Für die pauschal erhaltenen investiven Schlüsselzuweisungen wurde in der Eröffnungsbilanz ein jahresbezogener Sonderposten gebildet, welcher ab ursprünglichem Erhalt über einen Zeitraum von 20 Jahren aufgelöst wird.

Der Ansatz neuer Sonderposten erfolgt gegenstandsbezogen zum Nennwert der erhaltenen Investitionszuwendungen. Auch die pauschalen Schlüsselzuweisungen werden konkret zugeordnet. Bis zum Bilanzstichtag vorgenommene Auflösungen wurden in Anlehnung an die Wertentwicklung des dazugehörigen Vermögensgegenstandes in Abzug gebracht.

III.2.3. RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen

Die Bewertung und Erfassung der Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und Aufwendungen erfolgte nach sachgerechter Beurteilung jeweils in Höhe des Betrages, der für eine Inanspruchnahme in Folgejahren wahrscheinlich erscheint.

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen wurden gebildet, wenn die jeweilige Maßnahme im folgenden Jahr nachgeholt werden soll.

Eine Ausnahme im Jahr 2011 bildeten die nicht Inanspruch genommenen Instandhaltungsrückstellungen aus 2010 (sh. Punkt P.3.2.).

III.2.4. VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden in Anwendung des § 50 Abs. 6 KomHKV mit ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet und angesetzt.

Es ist hierunter der Betrag zu verstehen, den der Schuldner zur Begleichung der Verbindlichkeit aufbringen muss, also die geschuldete Leistung. Soweit Verbindlichkeiten Kursschwankungen unterliegen und der Zeitwert der Verbindlichkeit zum Bilanzstichtag über dem Rückzahlungsbetrag liegt, so ist der höhere Wert auszuweisen.

III.2.5. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Passive Rechnungsabgrenzung

Passive Rechnungsabgrenzungsposten sind **Einzahlungen**, die vor dem Abschlussstichtag eingegangen sind, jedoch erst **Ertrag** für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Darüber hinaus werden von Dritten an die Stadt geleistete Zuwendungen oder Spenden für Investitionen ausgewiesen.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Bilanzstichtag mit dem Teilbetrag der geleisteten Einzahlungen angesetzt, welcher der ertragswirksamen Zuordnung im Zeitraum nach dem 31. Dezember 2011 entspricht.

A. BILANZIERUNG UND BEWERTUNG DER KONKRETEN AKTIVPOSTEN

A.1. ANLAGEVERMÖGEN

A.1.1. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Immaterielle Vermögensgegenstände wurden ausschließlich regulär abgeschrieben. Neuzugänge wurden auch bei Gegenfinanzierung durch Dritte aus Zuweisungen in Höhe der vollen Anschaffungskosten (Bruttoausweis) aktiviert. Der Zuweisungsbetrag (z. B. aus einer konkreten Fachförderung oder aus der allgemeinen investiven Schlüsselzuweisung) ist als Sonderposten passiviert.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
Lizenzen	47.926,14	36.875,84	- 11.050,30
DV-Software	205.840,35	329.427,34	123.586,99
Sonstige Rechte und Werte	-	12.500,00	12.500,00
Anzahlungen	13.649,30	28.750,40	15.101,10
Immaterielle geringwertige Wirtschaftsgüter	4.126,77	5.271,08	1.144,31
1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände	271.542,56	412.824,66	141.282,10

Bei der ausgewiesenen Anzahlung handelt es sich um erste Teilbeträge eines Gesamtprojektes zum Infrastrukturknoten und Geoportal des Kataster- und Vermessungsamtes sowie um eine Software für die Regionalleitstelle Oderland. Die Fertigstellung erfolgt in den Jahren 2013/ 2014 bzw. 2014/ 2015; die Anzahlungen werden mit Inbetriebnahme abschreibungsfähig aktiviert.

Sind immaterielle Vermögensgegenstände geringwertig, d.h. die Anschaffungskosten (ohne Umsatzsteuer) liegen zwischen 150 EUR und 1.000 EUR, wurden sie als Sammelposten gesondert erfasst. Werte darunter wurden unmittelbar als Aufwand verbucht (vgl. hierzu § 50 Absatz 4 KomHKV).

A.1.2. SACHANLAGEVERMÖGEN

A. 1.2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bei der Bilanzierung und Bewertung der unbebauten Grundstücke erfolgte bereits in der Eröffnungsbilanz eine Einteilung in

- Brachland,
- Ackerland,
- Wald und Forsten sowie
- Sonstige unbebaute Grundstücke.

Diese wurde beibehalten.

Brach- und Ödland ist Grund und Boden, der sich im kommunalen Besitz befindet, aber keinem bestimmten Verwendungszweck dient.

Ackerland ist Grund und Boden, der landwirtschaftlich, gartenbaulich kommerziell oder für eigene Zwecke genutzt wird.

Bei dem Bestandskonto *Wald und Forsten* handelt es sich einerseits um den Grund und Boden, der forstwirtschaftlich genutzt wird; jedoch sind auch sog. Splitterflächen mit kleinerem Waldbestand im gesamten Stadtgebiet enthalten.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
Brachland	1.453,95	15.710,56	14.256,61
Ackerland - landwirtschaftliche Nutzung	1.127.964,71	1.722.714,60	594.749,89
Wald, Forsten	8.869.042,70	9.784.708,96	915.666,26
Sonstige unbebaute Grundstücke	10.580.294,07	10.651.871,29	71.577,22
Baureife Grundstücke	10.396,90	10.396,90	-
Erbbaurechte	182,90	-	- 182,90
1.2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	20.589.335,23	22.185.402,31	1.596.067,08

Die Veränderung im Bereich Ackerland sowie Wald und Forsten resultieren überwiegend aus der Bereinigung veränderter Zuordnungen von Grundstücken aus anderen Bilanzpositionen, wie Grund und Boden des Infrastrukturvermögens oder aus der Position Grund und Boden bei bebauten Grundstücken.

A. 1.2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

In Abgrenzung zu den unbebauten Grundstücken sind bebaute Grundstücke an dieser Stelle Bodenflächen mit Gebäuden.

Bei der Bilanzierung und Bewertung der bebauten Grundstücke wurde folgende Unterteilung vorgenommen:

- Grundstücke mit Wohnbauten,
- Grundstücke mit sozialen Einrichtungen (z. B. Kindertagesstätten),
- Grundstücke mit Gebäuden für schulische Zwecke,
- Grundstücke mit Kultureinrichtungen,
- Grundstücke mit sonstigen Dienst-, Geschäfts- und anderen Betriebsgebäuden und
- grundstücksgleiche Rechte wie zum Beispiel Erbbaugrundstücke.

Die Bilanzposition enthält neben den eigentlichen Grundstückswerten auch die Werte für Gebäude und Aufbauten sowie die für Betriebsvorrichtungen und die zum Gebäude gehörenden Außenanlagen.

Die Entscheidung der Frage, ob die einzelnen Bestandteile nach Bewertungsrecht Teile von Gebäuden oder Betriebsvorrichtungen sind, hängt davon ab, ob sie der Benutzung des

Gebäudes *ohne* Rücksicht auf den gegenwärtig ausgeübten Betrieb bzw. Zweck dienen oder ob sie in *einer besonderen Beziehung zu diesem Betrieb* stehen.

Deshalb ist es durchaus möglich, dass auch Bauwerke oder Teile davon als Betriebsvorrichtungen und nicht als Gebäude oder Außenanlage aktiviert werden müssen. In derartigen Fällen hat stets eine Abgrenzung zwischen Betriebsvorrichtung und Gebäude oder Außenanlage zu erfolgen.

Diese Kategorisierung spielte in der Eröffnungsbilanz aufgrund der überwiegenden Anwendung des Sachwertverfahrens und damit Hinzurechnung zum Gebäude oder zur Außenanlage eine eher untergeordnete Rolle, wird jedoch bei künftigen Aktivierungen von fertiggestellten Baumaßnahmen in den jeweiligen Einzelfällen berücksichtigt.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
Wohnbauten - Grund und Boden	1.144.408,39	1.037.529,39	- 106.879,00
- Gebäude und Aufbauten	1.845,00	1.801,00	- 44,00
- Außenanlagen	-		-
Soziale Einrichtungen - Grund und Boden	10.807.219,88	11.913.650,87	1.106.430,99
- Gebäude und Aufbauten	19.920.059,27	19.446.140,98	- 473.918,29
- Außenanlagen	381.613,48	417.122,59	35.509,11
Schulische Zwecke - Grund und Boden	14.877.018,56	14.874.774,56	- 2.244,00
- Gebäude und Aufbauten	54.461.750,10	54.935.625,79	473.875,69
- Außenanlagen	5.504.894,68	4.415.410,20	- 1.089.484,48
Kultureinrichtungen - Grund und Boden	4.217.152,40	4.018.205,77	- 198.946,63
- Gebäude und Aufbauten	48.200.126,65	46.351.821,65	- 1.848.305,00
- Außenanlagen	1.255.966,59	1.005.749,43	- 250.217,16
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und andere Betriebsgebäude			-
- Grund und Boden	14.840.892,93	13.695.292,83	- 1.145.600,10
- Gebäude und Aufbauten	17.704.683,04	21.633.201,62	3.928.518,58
- Außenanlagen und Betriebsvorrichtungen	758.782,05	502.914,44	- 255.867,61
1.2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	194.076.413,02	194.249.241,12	172.828,10

Die Eröffnungsbilanz wurde hier in Höhe von 2.195.524,50 EUR negativ korrigiert. Dieser Betrag ist Teil des Veränderungswertes. Er ist zurückzuführen auf eine fehlerhafte Erfassung der Außenanlagen von Gebäuden, die im Sachwertverfahren der Gebäude pauschal im Wert ermittelt wurden. Die geringeren Nutzungsdauern jedoch waren gesondert zu berücksichtigen. Diese Unterlassung wurde korrigiert, auch bei Außenanlagen, die im Einzelwert unter 100.000 EUR lagen.

Wertabschreibungen aus unterlassenen Instandhaltungen oder außergewöhnlichen Ereignissen waren nicht bekannt und erfolgten dem entsprechend nicht.

Neuzugänge aus der Aktivierung von fertiggestellten Baumaßnahmen sind im Einzelnen:

- Komplettsanierung Feuerwehrtechnisches Zentrum, Heinrich-Hildebrand-Straße
- Ersatzneubau Gebäude Freiwillige Feuerwehr Güldendorf, Hohlweg

- Schulhof und Außenanlagen Astrid-Lindgren-Grundschule, Alexej-Leonow-Straße - Sanierung im Konjunkturpaket II
- Grundschule Am Botanischen Garten, Bergstraße - Sanierung im Konjunkturpaket II
- Grundschule Mitte - Sanierung der Turnhalle, Gubener Straße - Sanierung im Konjunkturpaket II

A. 1.2.3. Grundstücke und Bauten des Infrastrukturvermögens und sonstiger Sonderflächen

Zu Grundstücken des Infrastrukturvermögens gehören solche mit Bauten, die selbständige Grundstückseinrichtungen (z. B. Uferbefestigungen, Dämme, Kanalbauten, Flussregulierungen, Parks und Grünanlagen, Friedhöfe, Sport- und Spielplätze; wenn sie nicht unmittelbar mit Schulen zusammengehören, Parkplätze, Straßen, Brücken) sind.

Der Bilanzausweis beinhaltet folgende Struktur:

- **Grund und Boden** des sonstigen Infrastrukturvermögens und sonstiger Sonderflächen,
- Brücken und Tunnel, Durchlässe,
- Gleisanlagen mit Streckenausrüstungen und Sicherheitsanlagen,
- Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen,
- Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen,
- sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens und
- Bauten auf Sonderflächen.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	15.878.771,36	15.106.475,88	- 772.295,48
Brücken und Tunnel, Durchlässe	14.599.057,14	15.241.639,83	642.582,69
Gleisanlagen mit Streckenausrüstungen und Sicherheitsanlagen	1.508.720,02	2.289.068,43	780.348,41
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	36.560.659,45	35.599.480,42	- 961.179,03
Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	131.883.513,65	111.490.480,20	- 20.393.033,45
Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	102.091,83	105.643,06	3.551,23
Hochwasserschutz	755.515,28	728.340,28	- 27.175,00
Bauten auf Sonderflächen	411.904,38	412.243,19	338,81
Bauten in Grün- und Parkanlagen	5.554.252,30	37.260,74	- 5.516.991,56
Spiel- und Bolzplätze	399.478,43	454.537,18	55.058,75
Freiflächen	23.552.402,64	42.517.653,98	18.965.251,34
Bauten in Grün- und Parkanlagen - Stadtmöbel	245.451,79	307.133,42	61.681,63
- Beleuchtung	217.630,79	232.677,30	15.046,51
Brunnen	476.033,56	453.432,56	- 22.601,00
Sonderbauten (Pergola, Pavillion)	167.412,79	144.468,79	- 22.944,00
1.2.3. Grundstücke und Bauten des Infrastrukturvermögens und sonstiger Sonderflächen	232.312.895,41	225.120.535,26	- 7.192.360,15

Die tatsächliche Veränderung des Vermögenswertes dieser Bilanzposition in 2011 beträgt **- 6.691.767,75 EUR** und liegt damit auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr

Der Differenzbetrag zum Veränderungswert der Tabelle in Höhe von 500.592,40 EUR beinhaltet positive Eröffnungsbilanzkorrekturen. Für nähere Erläuterungen wird an dieser Stelle auf Anlage 4 zum Anhang verwiesen.

Wertabschreibungen aus unterlassenen Instandhaltungen oder außergewöhnlichen Ereignissen waren nicht bekannt und erfolgten dem entsprechend nicht.

Neuzugänge aus der Aktivierung von fertiggestellten Baumaßnahmen sind unter anderen im Einzelnen:

- Nuhnenfließ - Sanierung Durchlass Ludwig-Feuerbach-Straße
- Klingeflöß - Sanierung Durchlass Rathenausstraße
- Gleis- und Signalanlagen im KV-Terminal
- Verlängerung Marie-Curie-Straße - Erweiterung des Gewerbegebietes Markendorf II
- Universitätsplatz und Priestergasse - Schaffung und Neugestaltung
- Leipziger Straße - nördlicher Gehweg
- Tobias-Magirus-Straße - Umfahrung TeGeCe
- Querungshilfe Radweg - Ortsteil Booßen
- Beleuchtung Lessingstraße
- Straßenbegleitender Radweg Kieler Straße

Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

Ein erheblicher Posten mit einem Bilanzwert zum 31.12.2011 von **31.137.144,45 EUR** bildet die Vorhaltung einer **Brauchwasseranlage**, welche im Rahmen der seitens des Landes geförderten Maßnahme „Erschließung des Technologieparks Ostbrandenburg, 2. BA“ erstellt wurde. Diese Anlage besteht im Wesentlichen aus der Brauchwasserzuleitung vom Brieskower See bis zum „Großen Dreieck“, einer Prozesswasserableitung zurück inkl. Entnahgebauwerk, Zwischenbehälter, Druckerhöhungsanlage, Rücklaufpumpwerk u. a..

Nach Fertigstellung sollte sie von einem Betreiber übernommen werden. Zur Überbrückung bis zur kontinuierlichen Nutzung zur Ver- und Entsorgung des Gewerbe- / Industriestandortes wurde im August 2002 eine Vereinbarung zwischen der Stadt und der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH geschlossen, mit der sich das Unternehmen verpflichtete, für Stillstandszeiten die erforderlichen Wartungs- und Pflegeleistungen durchzuführen. Alle damit verbundenen Kosten und Nebenkosten werden durch die Stadt als Bauherrn getragen.

Da die geplanten Ansiedlungen nicht wie erwartet realisiert werden konnten, ist auch im Jahr 2011 keine Betreiberübernahme erfolgt. Somit ist die Stadt nach wie vor Eigentümer der Anlagen und hält diese für zukünftige Unternehmensansiedlungen bereit.

Der bedeutendere Teil an Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen befindet sich im Eigentum der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH und ist im Finanzanlagevermögen im Rahmen der Beteiligungswerte bilanziert.

A. 1.2.4. Bauten auf fremden Grund und Boden

Die Stadt Frankfurt (Oder) hat 2010 die Errichtung der Kriegsgräberstätte Nuhnen abgeschlossen. Im Jahr 2011 wurde die Anlage im Bau in dieser Bilanzposition aktiviert.

A. 1.2.5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmale

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
Kunstgegenstände/ Archivalien	984.596,45	1.064.145,88	79.549,43
Baudenkmale, die im wesentlichen als Gebäude genutzt werden	108.121,67	3.121,67	- 105.000,00
Sonstige Denkmale	111.609,99	39.683,93	- 71.926,06
1.2.5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	1.204.328,11	1.106.951,48	- 97.376,63

Beim Abgang in der Position Baudenkmale handelt es sich um eine Eröffnungsbilanzkorrektur (sh. Anlage 4).

A. 1.2.6. Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
Fahrzeuge	2.770.645,22	2.418.198,93	- 352.446,29
Maschinen	20.309,38	29.746,32	9.436,94
Technische Anlagen	957.358,26	1.052.288,81	94.930,55
Betriebsvorrichtungen	3.557,95	2.665,95	- 892,00
1.2.6. Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen	3.751.870,81	3.502.900,01	- 248.970,80

Geplante Fahrzeugersatzbeschaffungen konnten 2011 nicht realisiert werden. Die im Investitionsprogramm bereitgestellten Ermächtigungen wurden überwiegend ins Jahr 2012 übertragen.

A. 1.2.7. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Vermögensgegenstände, die zur technischen Ausstattung dienen, jedoch nicht Teil der technischen Anlagen sind, gehören zur Betriebsausstattung. Vermögensgegenstände, die dem Verwaltungsbereich zuzuordnen sind, gehören zur Geschäftsausstattung.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.948.513,14	2.965.354,23	16.841,09
Betriebs- und Geschäftsausstattung - Festwert	1.278.057,00	1.232.758,57	- 45.298,43
Betriebs- und Geschäftsausstattung - GWG	83.848,10	250.822,30	166.974,20
1.2.7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.310.418,24	4.448.935,10	138.516,86

Die Festwerte für PC/Monitore und Drucker werden im Bereich Personalangelegenheiten und Kommunikations- und Datenverarbeitungstechnik (Produkt 111 210) bewirtschaftet und weisen zum Jahresende 2011 einen Wert von 253.942,80 EUR aus.

Im Produktbereich der Schulen sind Festwerte für Schülerstühle, -tische, Schränke und Tafeln festgelegt worden. Im Jahresanlagennachweis 2011 werden diese mit einem Gesamtwert von 978.815,77 EUR dargestellt.

A. 1.2.8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

Geleistete Anzahlungen stellen geldliche Vorleistungen auf noch zu erhaltene Sachanlagen dar. Anlagen im Bau sind Investitionen für die bis zum Bilanzstichtag Ausgaben getätigt wurden, ohne dass die baulichen Anlagen bereits fertiggestellt worden sind.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	414.170,41	503.537,41	89.367,00
Anlagen im Bau - Hochbaumaßnahmen	8.114.602,16	6.527.382,72	- 1.587.219,44
Anlagen im Bau - Tiefbaumaßnahmen	7.136.609,88	5.333.753,92	
Anlagen im Bau - sonstige Baumaßnahmen	1.356.792,59	1.473.731,08	116.938,49
1.2.8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	17.022.175,04	13.838.405,13	- 1.380.913,95

Die Eröffnungsbilanz wurde in dieser Position erhöht. Mit Aktivierung einzelner fertiggestellter Baumaßnahmen in der Jahresrechnung stellte der jeweils zuständige Fachbereich fest, dass Bautenstände zum Eröffnungsbilanzzeitpunkt vorhanden waren, jedoch in Bezug auf den Wert nicht vollständig in die Bilanz einfließen. Dem gegenüber stehen Korrekturen aus pauschalen Hochrechnungen bei städtebaulichen Gesamtmaßnahmen, die mit der Aktivierung oder Aufbereitung konkretisiert wurden. In der Differenz änderten sich Maßnahmewerte in Höhe von **572.198,02 EUR**.

Für nähere Erläuterungen wird an dieser Stelle ebenfalls auf die Übersichten der Anlage 4 zum Anhang verwiesen.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung werden die Vermögensgegenstände auf die einzelnen Posten des Anlagevermögens, zu denen sie gehören, umgebucht (z. B. bebaute Grundstücke und technische Ausstattungen).

In den ersten Jahren der Umstellung zum doppelten Rechnungswesen ist es nicht gelungen die neue Aufgabe der Vermögensaktivierung in den Fachbereichen umfassend zu etablieren. Aufgrund nicht erfolgter Bereitstellung personell notwendiger Kapazitäten konnten nicht alle

baulich fertiggestellten Investitionen aktiviert werden. Dies muss mit den folgenden Jahresabschlüssen nachgeholt werden.

Folgende Anlagen im Bau waren im Jahr 2010 und 2011 fertiggestellt, werden jedoch nunmehr erst in Folgejahren aktiviert.

- Grundschule „Mitte“, Gubener Straße - Horthaus
- Sanierung Gymnasium - Standort Otto Brenner - 2. Bauabschnitt
- Direktorenhaus Brenner - 1. Bauabschnitt
- Regierungsstraße/ Große Oderstraße
- Lehmgasse
- Straßenbau Halbe Stadt
- Lübbener Straße - 2. Bauabschnitt
- Grundhafter Ausbau Wieckestraße
- Grundhafter Ausbau Franz-Mehring-Straße
- Sanierung Große Scharrnstraße
- Unterkirchplatz - 2. Bauabschnitt
- Wegeverbindung Puschkinstraße
- Lennépark - Sanierung Kaskade
- Friedensglocke - Neubau
- Friedensglocke - Treppe

A.1.3. FINANZANLAGEVERMÖGEN

Die Finanzanlagen sind grundsätzlich zu Anschaffungskosten bewertet. Die Anschaffungskosten umfassen den Kaufpreis zzgl. Nebenkosten. Bei Neugründungen entspricht der Kaufpreis dem Betrag der Einlage. Die Finanzanlagen sind mit ihrem niedrigeren, beizulegenden Wert in der Eröffnungsbilanz anzusetzen. Demnach sind bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen außerplanmäßige Abschreibungen auf die Finanzanlagen vorzunehmen.

Waren die Anschaffungskosten nur mit einem wirtschaftlich zu rechtfertigenden Aufwand nicht zu ermitteln, erfolgte die Bewertung anhand des Anteils der Stadt Frankfurt (Oder) am Eigenkapital der Gesellschaft; mittels der Eigenkapital-Spiegel-Methode. Als maßgebliche Berechnungsgröße für die näherungsweise den Anschaffungskosten entsprechenden Werte wurde dabei in der Regel nur das jeweilige Nominalkapital, bestehend aus Stammkapital und Kapitalrücklagen, angesetzt.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
1.3.1. Rechte an Sondervermögen	26.939.664,03	25.661.237,70	- 1.278.426,33
1.3.2. Anteile an verbundenen Unternehmen	129.976.165,60	130.001.765,60	25.600,00
1.3.3. Mitgliedschaft in Zweckverbänden	1,00	1,00	-
1.3.4. Anteile an sonstigen Beteiligungen	47.172,73	47.173,73	1,00
1.3.5. Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-	-
1.3.6. Ausleihungen	697.318,97	822.318,97	125.000,00
1.3. Finanzanlagevermögen	157.660.322,33	156.532.497,00	- 1.127.825,33

A. 1.3.1. Rechte an Sondervermögen

Die Rechte an Sondervermögen betreffen den Eigenbetrieb Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder) in Höhe von 25.279.264,16 EUR sowie den Eigenbetrieb Kulturbetriebe Frankfurt (Oder) in Höhe von 381.973,54 EUR.

Die Eigenbetriebe wurden mit ihrem zum 01. Januar 2010 beizulegenden Wert angesetzt. Der beizulegende Wert entspricht dem Wert, der nach Eigenkapital-Spiegel-Methode ermittelt wurde.

Bei der Bewertung des **Eigenbetriebes Sportzentrum** der Stadt Frankfurt (Oder) wurden dem zu berücksichtigenden Eigenkapital auch der Verlustvortrag und der Jahresverlust zugeordnet. Mit dem Jahresabschluss 2011 war die in 2010 unterbliebene Erfassung des Jahresverlustes von 695.128,90 EUR periodenfremd nachzuholen sowie der neue Verlust des Eigenbetriebs 2011 in Höhe von 583.297,43 EUR im städtischen Anlagevermögen aufzunehmen.

Für den **Eigenbetrieb Kulturbetriebe** Frankfurt (Oder) erfolgen keine Veränderungen im Finanzanlagevermögen der Stadt Frankfurt (Oder).

A. 1.3.2. Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
- Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH	75.494.047,56	75.494.047,56	-
- Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH	39.812.433,08	39.812.433,08	-
- Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH	9.479.857,36	9.479.857,36	-
- Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder)	1,00	1,00	-
- Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH	4.619.953,92	4.619.953,92	-
- Messe und Veranstaltungen GmbH	316.967,47	316.967,47	-
- Business and Innovation Centre Frankfurt (Oder) GmbH	179.055,21	179.055,21	-
- Investor Center Ostbrandenburg GmbH	73.850,00	99.450,00	25.600,00
1.3.2. Anteile an verbundenen Unternehmen	129.976.165,60	130.001.765,60	25.600,00

- Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH - WoWi 100 %

Das Unternehmen wurde in der Eröffnungsbilanz nach der Eigenkapital-Spiegel-Methode bewertet. Abweichend hiervon wurden zur Ermittlung des beizulegenden Wertes dem nominellen Eigenkapital der Gesellschaft auch die Sonderrücklagen gemäß DMBilG hinzugerechnet und entstandene Verluste vorgetragen (inhaltlicher Zusammenhang mit Gewinnrücklage).

Zum Stichtag 31.12.2010 und 31.12.2011 wären Änderungen der Kapitalrücklage (z. B. Übertragung von Grundstücken des Gesellschafters), der Gewinnrücklage und des Jahresfehlbetrages zu berücksichtigen.

Die Veränderung wurde vom Fachbereich bis zur Ausfertigung der Jahresrechnung nicht abschließend freigegeben. Die Anpassung des Finanzanlagewertes wird zusätzlich zum Ergebnis 2012 im Folgejahr rückwirkend ergebniswirksam vorgenommen.

- Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH - FDH 100 %

Der Finanzanlagewert der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH wurde in der Eröffnungsbilanz nach der vereinfachten Eigenkapital-Spiegel-Methode bewertet. Entstandene Gewinne oder Verluste werden hierbei nicht berücksichtigt.

Der Jahresabschluss 2009 zeigte eine (unplanmäßig) verbesserte Ertragslage innerhalb des Querverbundes. Die Stadt zahlte unterjährig einen höheren Zuschuss als notwendig. Die in der Eröffnungsbilanz aufgenommene Forderung gegen die Gesellschaft in Höhe des zu viel gezahlten Zuschusses von 2.591.543,57 EUR wurde beglichen.

Mit dem Jahresabschluss 2011 weist das Unternehmen ein negatives Jahresergebnis von 4.751,4 TEUR aus, welches durch Entnahme aus der Kapitalrücklage gedeckt wurde.

Es verbleibt eine Kapitaleinlage in Höhe von 43.000,00 EUR. Somit wäre der Buchwert der Finanzanlage um diese Summe zu erhöhen. Dies ist jedoch bisher nicht berücksichtigt und muss im Folgejahr nachgeholt werden.

- Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft GmbH - FWA 90,5 %

Der Anteil an der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH wurde in der Eröffnungsbilanz nach der vereinfachten Eigenkapital-Spiegel-Methode bewertet, dabei werden erwirtschaftete Gewinne und Verluste nicht berücksichtigt. Es erfolgte keine Anpassung des Finanzanlagebuchwertes. Anhaltspunkte für eine Anpassung des Wertes sind nicht bekannt.

- Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft

der Stadt Frankfurt (Oder) mbH - 100 %

Die Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder) mbH wurde in der Eröffnungsbilanz trotz des bilanziell ausgewiesenen Eigenkapitals mit einem beizulegenden Wert von 1,00 EUR erfasst.

Der schwierige wirtschaftliche Zustand der Gesellschaft wurde nicht verändert eingeschätzt, so dass eine Korrektur des Wertes im Jahr 2011 nicht erfolgte.

- Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH - TeGeCe 100 %

Das Unternehmen verzeichnet ein Jahresergebnis von 989,6 TEUR. Aus dem steuerlichen Einlagekonto erhielt die Stadt Frankfurt (Oder) 2011 eine Ausschüttung von 403.960,00 EUR, welche für den Schuldendienst der Kreditaufnahme zum ursprünglichen Ankauf des Unternehmens diente.

Mit dem Jahresabschluss 2011 wird nach Ausschüttung somit ein Bilanzgewinn von insgesamt 4.992,0 TEUR EUR ausgewiesen.

Das Unternehmen ist für die Bilanz der Stadt mit Anschaffungskosten bewertet. Es erfolgt somit keine Anpassung des Buchwertes. Anhaltspunkte für Wertminderungen und damit für eine Korrektur des Beteiligungswertes sind nicht ersichtlich.

~ Messe und Veranstaltungen GmbH - MuV 100 %

Für die Ermittlung des Beteiligungswertes konnten die historischen Anschaffungskosten ermittelt werden. Somit erfolgte keine Anpassung des Finanzanlagewertes für die städtische Bilanz.

Im Jahr 2011 sind insgesamt 4.083,6 TEUR Zuschüsse für laufende Zwecke in das Unternehmen geflossen.

Wertminderungstatbestände waren zum Stichtag nicht ersichtlich.

~ Business and Innovation Centre Frankfurt (Oder) GmbH - BIC 50,45 %

Der Jahresabschluss 2011 weist einen Jahresüberschuss von 3,1 TEUR aus. Der Wert des Anteils an der Business and Innovation Centre Frankfurt (Oder) GmbH wurde anhand der Eigenkapital-Spiegel-Methode ermittelt. Gewinne und Verluste werden dabei nicht berücksichtigt, so dass keine Anpassung des Finanzanlagewertes in der Bilanz der Stadt erfolgte.

Wertminderungstatbestände waren zum Stichtag nicht ersichtlich.

~ Investor Center Ostbrandenburg GmbH - ICOB 96,5 %

Mit dem Jahresabschluss 2011 weist das Unternehmen einen Jahresfehlbetrag von 6,5 TEUR aus, welcher durch Entnahme aus der Kapitalrücklage gedeckt wurde.

Der Beteiligungswert zur Eröffnungsbilanz ist trotz Vorliegen von Anschaffungskosten von 612.800 EUR auf den städtischen Anteil des Stammkapitals in Höhe von 48.250,00 EUR beigelegt. Hintergrund hier ist die existenzerhaltende Abhängigkeit von Drittmitteln.

Wie bereits im Jahr 2010 wird der Buchwert in Höhe der Einzahlung des Gesellschafters in die Kapitalrücklage um 25.600,00 EUR erhöht. Diese wurde jedoch im vergangenen Jahr teilweise, in 2011 vollständig unterjährig verwendet bzw. zur Deckung des negativen Jahresergebnisses eingesetzt.

Im Schlussbericht zum vorhergehenden Jahresabschluss nimmt das Rechnungsprüfungsamt hierauf Bezug und empfiehlt eine Korrektur. Diese befand sich zum Zeitpunkt der Ausfertigung dieses Abschlusses noch in der Fachbereichsprüfung. Der Wert wird nach Beendigung dessen verändert. Ab 2012 erfolgt die Ausreichung als laufender Zuschuss mit zeitgleicher Ergebniswirksamkeit.

Die im Jahr 2011 geplante Gründung einer neuen Eigengesellschaft zur Betreuung des Brandenburgischen Staatsorchesters Frankfurt wurde nicht vollzogen und wieder verworfen.

1.3.3. Mitgliedschaft in Zweckverbänden

Die Stadt hat gemäß § 57 Absatz 3 Nr. 1.3.3. die Bilanzierung von Mitgliedschaften in Zweckverbänden als Finanzanlage auszuweisen. Ein kommunaler Zweckverband ist in der Regel ein Zusammenschluss von Gebietskörperschaften zur eigenverantwortlichen Erfüllung öffentlicher Aufgaben nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg.

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) ist Mitglied im Zweckverband „**Niederlausitzer Studieninstitut für kommunale Verwaltung**“ (NLSI). Er ist von seinen Trägern mit Aufgaben rund um die Aus- und Fortbildung von Angestellten, Beamten und Arbeitern der Verwaltungen betraut worden.

Entsprechend der Satzung des NLSI erfolgte keine Eigenkapitalausstattung durch die Mitgliedsgemeinden. Der Verband finanziert sich durch Umlagen. In der Eröffnungsbilanz wurde die Mitgliedschaft der Stadt Frankfurt (Oder) mit einem Erinnerungswert von 1,00 EUR aufgenommen, welcher nicht zu verändern war.

Eine Bilanzierung des **Zweckverbandes Sparkasse Oder-Spree** in der Eröffnungsbilanz erfolgte nicht, da gemäß § 36 des Brandenburgischen Sparkassengesetzes seit dem 19.07.2005 die Gewährträgerhaftung entfallen ist und somit kein eigentumsgleiches Recht mehr besteht.

Der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes im Prüfbericht der Eröffnungsbilanz auch diese Mitgliedschaft mit einem Erinnerungswert zu erfassen wird gefolgt. Eine Umsetzung erfolgt in einer der kommenden verkürzten Jahresrechnungen.

Für nachfolgende Zweckverbände besteht eine Pflichtmitgliedschaft:

- Gewässer- und Deichverband „Oderbruch“ - Sitz Seelow
- Wasser- und Bodenverband „Schlaubetal/Oderauen“ - Sitz Eisenhüttenstadt
- Wasser- und Landschaftspflegeverband „Untere Spree“ - Sitz Steinhöfel/ OT Hasenfelde.

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) hat keine Einlagen eingebracht und hält keine Beteiligungen. Es gehen jährliche Beitragsbescheide ein.

In Anlehnung an entsprechende Ausführungen des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern gehören die oben aufgeführten Gewässerunterhaltungsverbände zu den sondergesetzlich gegründeten Verbänden und sind damit nicht zu bilanzieren.

A. 1.3.4. Anteile an sonstigen Beteiligungen

Es werden folgende Anteile an sonstigen Beteiligungen ausgewiesen:

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
- AKS Aqua-Kommunal-Service GmbH	39.471,73	39.471,73	-
- VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	7.700,00	7.700,00	-
- Binnenhäfen Oder GmbH Eisenhüttenstadt	-	1,00	1,00
- Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/ Frankfurt (Oder) mbH	1,00	1,00	-
1.3.4. Anteile an sonstigen Beteiligungen	47.172,73	47.173,73	1,00

- Aqua-Kommunal-Service GmbH - AKS 16,8 %

Die Bilanzierung der Finanzanlage erfolgte nach Anschaffungskosten.

Wertänderungstatbestände waren zum Stichtag nicht ersichtlich.

- VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH - 1,85 %

Die Bilanzierung der Finanzanlage erfolgte nach Anschaffungskosten. Damit ergäbe sich rechnerisch ein Anteil von 6.000,00 EUR. Die fehlerhafte Aufnahme eines zu einem früheren Zeitpunkt bestehenden Anteils wurde vom Fachbereich bisher nicht korrigiert.

Weitere Wertänderungstatbestände sind zum Stichtag nicht bekannt.

- Binnenhäfen Oder GmbH Eisenhüttenstadt

Die Stadt hielt/ hält 20% Geschäftsanteile an dieser Gesellschaft. Nach Liquidation des Unternehmens konnte jedoch die Löschung im Handelsregister noch nicht vollzogen werden. Insofern wurde die Eröffnungsbilanz korrigiert und der Erinnerungswert von 1 EUR aufgenommen.

- Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/ Frankfurt (Oder) mbH - 48 %

Die Anteile an der Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/ Frankfurt (Oder) mbH wurden zum 01. Januar 2010 mit einem beizulegenden Wert von 1,00 EUR angesetzt. Hintergrund ist die Einschätzung einer äußerst geringen Werthaltigkeit des Unternehmens. Die jährlichen Zuschüsse haben existenziellen Charakter.

A. 1.3.5. Wertpapiere des Anlagevermögens

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) hält und erwarb 2010 keine Wertpapiere, die hier zu bilanzieren wären.

A. 1.3.6. Ausleihungen

Ausleihungen sind Forderungen gegen Dritte, die durch Hingabe von Kapital erworben werden. Sie sind analog zur Eröffnungsbilanz mit dem Rückzahlungsbetrag erfasst.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
1.3.6.1. an Sondervermögen (EB Sportzentrum)	350.000,00	515.000,00	165.000,00
1.3.6.2. an verbundene Unternehmen - Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft Frankfurt (Oder) mbH	347.318,97	307.318,97	- 40.000,00
1.3.6. Ausleihungen	697.318,97	822.318,97	125.000,00

Die Ausleihung an den **Eigenbetrieb Sportzentrum Frankfurt (Oder)** erfolgte im Rahmen der Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes; konkret der Maßnahme Erweiterung des zum Sportzentrum und Olympiastützpunkt Frankfurt (Oder) gehörenden Schießzentrums.

Die Projektförderung betrug 90 Prozent, welche aus Bundes- und Landesmitteln im Durchführungszeitraum 2009 - 2011 zur Verfügung gestellt wurde. Die Bereitstellung des kommunalen Eigenmittelanteils von 10 Prozent erfolgte ebenfalls über das Konjunkturpaket II, als unbedingt rückzahlbare Zuwendung.

Da die Bauabwicklung vollständig über die Bücher des Eigenbetriebs erfolgte, wurde der geförderte Eigenanteil von der Stadt an den Eigenbetrieb mittels Rückzahlungs-Vereinbarung zur Verfügung gestellt.

In 2011 werden weitere Mittel an den Eigenbetrieb ausgezahlt (Gesamtsumme: 515.000,00 EUR). Die Rückzahlung erfolgt in Raten bis zum Jahr 2017, analog zur Darlehensverpflichtung der Stadt gegenüber der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB).

Zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen wurden nach 2009 auch mehrere Ausleihungen an die **Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft Frankfurt (Oder) mbH** gegeben. 40.000 EUR sind im Jahr 2011 zurückgeflossen. Inwieweit eine vollständige Rückzahlung an die Stadt in künftigen Jahren erfolgt, konnte aufgrund der prekären wirtschaftlichen Lage des Unternehmens (Beteiligungsbuchwert auf 1,00 EUR abgewertet) zum Bilanzstichtag nicht eingeschätzt werden.

A.2. UMLAUFVERMÖGEN

A.2.1. VORRÄTE

Vorräte sind Waren und Güter, die nicht zum Geschäftsbedarf der Verwaltung, der Bewirtschaftung der Grundstücke oder der Haltung von Fahrzeugen gehören, sondern zum Verzehr und Verbrauch oder zur Verarbeitung in Betriebszweigen der Verwaltung.

Vorräte wurde gebildet für:

- Druckmaterial (Toner) und
- Sandsäcke im Bereich Katastrophenschutz.

Grundstücke in Entwicklung zählen ebenfalls zum Umlaufvermögen.

Bei den Grundstücken in Entwicklung, solche Grundstücke, die nicht auf Dauer der kommunalen Aufgabenerledigung dienen sollen, wird auf die Erfassung zum Niederstwertprinzip im Rahmen der Aufstellung der Eröffnungsbilanz verwiesen.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
2.1.1. Grundstücke in Entwicklung	9.109.282,79	8.406.549,70	- 702.733,09
~ unbebaute Grundstücke - Konversionsflächen	107.301,00	1,00	- 107.300,00
~ Städtebauliche Entwicklungsgebiete	1.442.543,00	1.442.543,00	-
~ Sonstige Grundstücke in Entwicklung	706.513,01	94.670,80	- 611.842,21
~ Grundstücke in Entwicklung - Veräußerungsabsicht	6.851.459,46	6.867.891,99	16.432,53
~ Straßenbaulastim Übergang - Zensus	126,00	126,00	-
~ Wasserwirtschaftliche Anlagen - Übergabe FWA	1.340,32	1.316,91	- 23,41
2.1.2. Sonstiges Vorratsvermögen	39.523,24	38.613,55	- 909,69
2.1. Vorräte	9.148.806,03	8.445.163,25	- 1.406.375,87

Besonderheit zur Übertragung der Baulast von Straßen, Brücken und Stützwänden

Gemäß § 5 Abs. 2 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) wechselt die Straßenbaulast für Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen per Gesetz von der Gemeinde auf den Bund, wenn bei der Volkszählung die Einwohnerzahl unter 80.000 Einwohner festgestellt wurde. Zeitpunkt des Wechsels ist der Beginn des dritten Haushaltsjahres nach dem Jahr der Volkszählung.

Mit dem Zensus (letzte Volkszählung) wurde eine Einwohnerzahl von Frankfurt (Oder) unter 80.000 Einwohner festgestellt. Der Zeitpunkt des Überganges ist per Gesetz der 01.01.2014. Mit dem Wechsel der Straßenbaulast gehen gem. § 6 Abs. 1 Satz 1 FStrG das Eigentum des bisherigen Straßenbaulastträgers an der Straße und an den dazugehörigen Anlagen (vgl. § 1 Abs. 4 FStrG, z. B. Straßenkörper, Brücken, Durchlässe, Entwässerungsanlagen, Luftraum, Verkehrszeichen, LSA etc.) sowie alle Rechte und Pflichten, die mit der Straße im Zusammenhang stehen, ohne Entschädigung auf den neuen Straßenbaulastträger über.

Aufgrund der Gewissheit des deutlichen Unterschreitens des für den Wechsel der Baulast maßgeblichen Einwohnerzahl (im Zuge des Zensus) wurden die entsprechenden Straßen/ Straßenabschnitte und die Brücken und Stützwände mit einem Erinnerungswert von jeweils einem Euro im Umlaufvermögen erfasst. Abschließend gilt dies jedoch nicht, da sich ein Teil des betroffenen Straßenvermögens in Bau befindet.

Wasserwirtschaftliche Anlagen

Wasserwirtschaftliche Anlagen und Leitungen, welche getrennt vom Straßenvermögen erfasst sind, wurden im Umlaufvermögen bilanziert, da diese mittelfristig aus dem Vermögen der Stadt herausgelöst und an die FWA übergeben werden. Ein Übertrag in 2011 hat nicht stattgefunden.

Hochwasserschutz

Gemäß § 126 Abs. 3 Satz 3 Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG) i. V. m. § 125 BbgWG ist das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) als Wasserwirtschaftsamt des Landes Brandenburg für die Unterhaltung, die Bedienung und den Ausbau der Hochwasserschutzanlagen einschließlich der dazugehörigen wasserbaulichen Anlagen zuständig.

Auf dieser Grundlage ist eine unentgeltliche Übertragung der Hochwasserschutzanlagen an das Land Brandenburg (LUGV) geplant. Das Vermögen wurde nach dem Niederstwertprinzip mit jeweils 1 EUR Erinnerungswert in die Eröffnungsbilanz im Umlaufvermögen erfasst.

A.2.2. FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Forderungen sind in den Personenkonten mit dem Nennwert erfasst.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
2.2.1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	10.612.501,19	11.292.864,73	680.363,54
2.2.2. Privatrechtliche Forderungen	972.844,48	1.136.288,19	163.443,71
2.2.3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.225.939,85	1.439.142,63	213.202,78
2.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.811.285,52	13.868.295,55	1.057.010,03

Die Bilanz soll die realistische Vermögenslage der Stadt widerspiegeln. In Anwendung des Niederstwertprinzips wurden im Jahr 2010 (Vorjahr) Wertberichtigungen vorgenommen, um diese mit ihrem niedrigeren, beizulegenden Wert anzusetzen. Bei der Bemessung der Wertberichtigungen waren alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die bis zum Bilanzstichtag realisiert wurden, berücksichtigt.

Forderungen mit einem Alter (Fälligkeit) von über zwei Jahren (zum Stichtag 31.12.2010) wurden als uneinbringliche Forderungen eingestuft. Für uneinbringliche Forderungen wurden

pauschale Einzelwertberichtigungen in Höhe von 100 % gebildet. Davon ausgenommen sind Forderungen an öffentlich-rechtliche Körperschaften.

Auf den Bestand der einbringlichen, nicht pauschal einzelwertberichtigten Forderungen wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 3 % gebildet.

In Anwendung der Erleichterungsregelungen des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse wird auf die Erstellung einer Forderungsübersicht verzichtet. Somit wurden im Jahr 2011 zwar Wertberichtigungen des Vorjahres aufgrund nachträglicher Zahlungseingänge oder tatsächlichen Forderungsverlusten bereinigt, jedoch erfolgte abgesehen von relevanten Einzelfällen keine neue Berichtigung von Werten.

A 2.2.1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
Öffentlich-rechtliche Forderungen			
2.2.1.1. Gebührenforderungen	1.030.020,71	891.732,73	- 138.287,98
2.2.1.2. Beitragsforderungen	459.473,68	382.769,00	- 76.704,68
2.2.1.3. Wertberichtigungen auf Gebühren und Beiträge	- 432.744,66	- 425.180,10	7.564,56
2.2.1.4. Steuerforderungen	4.802.028,13	4.755.018,75	- 47.009,38
2.2.1.5. Transferleistungsforderungen	1.253.965,80	1.577.436,82	323.471,02
2.2.1.6. Sonstige ö-r Forderungen	4.838.819,44	4.882.199,75	43.380,31
2.2.1.7 Wertberichtigungen	- 1.339.061,91	- 771.112,22	567.949,69
2.2.1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	10.612.501,19	11.292.864,73	680.363,54

Einen Überblick über die Restlaufzeiten der Forderungen enthält in der Regel die Anlage VI.3. - Forderungsübersicht. Wie eingangs bereits beschrieben, entfällt diese jedoch in den verkürzt aufgestellten Jahresrechnungen.

A. 2.2.2. Privatrechtliche Forderungen

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
Privatrechtliche Forderungen			
2.2.2.1. gegenüber dem privaten und öffentlichen Bereich	910.521,81	1.314.419,15	403.897,34
2.2.2.2. gegen Sondervermögen	14.220,71	-	- 14.220,71
2.2.2.3. gegen verbundene Unternehmen	226.210,89	-	- 226.210,89
2.2.2.4. gegen Zweckverbände	-	-	-
2.2.2.5. gegen sonstige Beteiligungen	11.999,90	11.999,90	-
2.2.2.6 Wertberichtigungen	- 190.108,83	- 190.130,86	22,03
2.2.2. Privatrechtliche Forderungen	972.844,48	1.136.288,19	163.443,71

Einen Überblick über die Restlaufzeiten der Forderungen enthält in der Regel die Anlage VI.3. - Forderungsübersicht. Wie eingangs bereits beschrieben, entfällt diese jedoch in den verkürzt aufgestellten Jahresrechnungen.

A. 2.2.3. Sonstige Vermögensgegenstände

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
- Forderungen gegen Treuhänder	1.061.785,79	1.061.785,79	-
- Übrige Forderungen	164.154,06	377.356,84	213.202,78
2.2.3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.225.939,85	1.439.142,63	213.202,78

Die Forderungen gegen Treuhänder resultieren aus der Bewirtschaftung bzw. Abwicklung der Sanierungsgebiete bzw. der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen. Die Aufarbeitung der Abrechnungen 2010 und 2011 konnte vom Fachamt nicht abschließend erfolgen. Dies wird in den kommenden Jahresabschlüssen nach und nach aufgearbeitet.

Die Veränderung der Position „Übrige Forderungen“ ist maßgeblich zurückzuführen auf Forderungen gegenüber dem Finanzamt aus der Umsatzsteuervoranmeldung, die jahresübergreifend zum Stichtag zahlungsseitig offen sind.

A.2.3. WERTPAPIERE DES UMLAUFVERMÖGENS

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) hält und erwarb 2011 keine Wertpapiere, die hier zu bilanzieren wären.

A.2.4. KASSENBESTAND, BUNDESBANKGUTHABEN, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN UND SCHECKS

Die Bestände sind zum Stichtag mit ihrem Nennwert ausgewiesen. Eine Saldierung von Guthaben und Verbindlichkeiten ist dabei nicht zulässig.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
Guthaben bei Kreditinstituten	4.364.972,72	4.069.919,90	- 295.052,82
Kassenbestände	33.612,46	36.517,42	2.904,96
2.4. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	4.398.585,18	4.106.437,32	- 292.147,86

Guthaben bei Kreditinstituten

Der Wert beinhaltet Guthaben auf Geschäftsgiro- und Kontokorrentkonten der Stadt in Höhe von 4.069.919,90 EUR. Guthaben auf von Verwaltern im Namen der Stadt geführten Bankkonten wurden 2011 aufgelöst und werden nunmehr von diesen treuhänderisch geführt.

Kassenbestand

Der Kassenbestand betrifft Barkassen, Kassenautomaten, Handvorschusskassen und Einnahmekassen mit einem Bestandsausweis in Höhe von 36.517,42 EUR.

A.3. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (aRAP) unterliegen nicht den klassischen Bewertungsvorschriften, da es sich nicht um Vermögensgegenstände, sondern lediglich um Abgrenzungsposten zur Gewährleistung der periodengerechten Zuordnung von Aufwendungen handelt.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Bilanzstichtag mit dem Teilbetrag der geleisteten Auszahlungen angesetzt, welcher der aufwandswirksamen Zuordnung im Zeitraum nach dem 31. Dezember 2011 entspricht.

Grundsätzlich werden folgende Sachverhalte ausgewiesen:

- ~ von der Stadt Frankfurt (Oder) vor dem 31. Dezember 2011 an Dritte geleistete Investitionszuschüsse, sofern diese Zuschüsse einen Vermögensgegenstand bei einem Dritten förderten, mit einer mehrjährigen Zweckbindung oder einer Gegenleistungsverpflichtung des Zuwendungsempfängers verbunden sind,
- ~ von der Stadt Frankfurt (Oder) vor dem 31. Dezember 2011 geleistete Auszahlungen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit ab diesem Tag darstellen.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
Abgrenzung aus			
- Auszahlungen der Verwaltungstätigkeit	2.754.898,55	2.645.009,18	- 109.889,37
- geleisteten Investitionszuwendungen an			
◦ verbundene Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen	7.875.884,40	8.609.649,27	733.764,87
◦ sonstige öffentliche Sonderrechnungen	92.119,90	183.629,06	91.509,16
◦ private Unternehmen	15.338,02	63.767,66	48.429,64
◦ übrige Bereiche	7.736.717,25	7.081.205,04	- 655.512,21
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	18.474.958,12	18.583.260,21	108.302,09

Rechnungsabgrenzungsposten aus Auszahlungen aus der Verwaltungstätigkeit:

Bei den wesentlichen Positionen der zum Bilanzstichtag abgegrenzten Auszahlungen handelt es sich um die Bereiche

Innere Verwaltung	137.012,60 EUR
Schulträgeraufgaben	86.468,99 EUR
Soziales und Jugend	2.337.679,32 EUR

Rechnungsabgrenzungsposten aus geleisteten Investitionszuwendungen:

Die an Dritte ausgereichten Zuwendungen erreichen zum Bilanzstichtag einen Gesamtwert von **15.938.251,03 EUR**.

Allein 50 Prozent davon bestehen bei den mit der Stadt verbundenen Unternehmen, Eigenbetrieben und Gesellschaften.

Die übrigen ca. 50 Prozent des Bestandes an Investitionszuwendungen betreffen städtebauliche Maßnahmen; die Sanierungsgebiete Altberesinchen, Südliche Fischerstraße / Walter-Korsing-Straße und Gubener Straße / Lindenstraße und die ehemalige Altstadt.

Städtebauliche Maßnahme	31.12.2010	31.12.2011
SG Gubener Straße/ Lindenstraße	3.151,8 TEUR	2.877,4 TEUR
SG Südl. Fischerstraße/ Walter-Korsing-Straße	1.083,6 TEUR	991,6 TEUR
Städtische Wohneigentumsförderung	14,6 TEUR	12,6 TEUR
SG Altberesinchen	3.010,4 TEUR	2.743,4 TEUR
Ehemalige Altstadt	236,9 TEUR	245,9 TEUR
	7.497,3 TEUR	6.870,9 TEUR

P. BILANZIERUNG UND BEWERTUNG DER KONKRETEN PASSIVPOSTEN

P.1. EIGENKAPITAL

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
1.1. Basis-Reinvermögen	269.175.027,91	266.494.076,30	- 2.680.951,61
1.2. Rücklagen aus Überschüssen	626.323,90	-	- 626.323,90
1.3. Sonderrücklage	-	-	-
1.4. Fehlbetragsvortrag	- 9.524.422,14	- 34.764.099,91	- 25.239.677,77
1. Eigenkapital	260.276.929,67	231.729.976,39	- 28.546.953,28

P.1.1. BASIS-REINVERMÖGEN

Das Basis-Reinvermögen ergab sich im Rahmen der Eröffnungsbilanz rechnerisch als Differenz zwischen den zum Eröffnungsbilanzstichtag ermittelten Aktiva (Vermögen der Stadt) und den übrigen Passiva (Rücklagen und Schulden).

Mit Jahresabschluss 2011 wurden in Anwendung des § 141 Absatz 21 BbgKVerf ebenso wie im Jahr 2010 Wertberichtigungen von EÖB-Bilanzpositionen vorgenommen. Mehrere Einzelvorgänge bewirkten eine Änderung des Basisreinvermögens um -2.680.951,61 EUR.

Eine detaillierte Übersicht aller Korrekturen enthält zusammen mit näheren Erläuterungen die Anlage 4 zum Anhang.

P.1.2. RÜCKLAGEN AUS ÜBERSCHÜSSEN

Die Rücklage aus Überschüssen splittet sich nochmals auf. Es wird die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses getrennt von der Rücklage des außerordentlichen Ergebnisses ausgewiesen.

Die Ergebnisrechnung weist im **ordentlichen Ergebnis** einen Fehlbetrag aus. Ein Überschuss wird damit an dieser Stelle nicht ausgewiesen.

Das **außerordentliche Ergebnis** werden Geschäftsvorfälle erfasst, die Veräußerung von Grundstücken, grundstückgleichen Rechten, Bauten und Finanzanlagevermögen betreffen oder die auf unvorhersehbaren, seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen beruhen und von wesentlicher Bedeutung für die Stadt sind.

Im Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 der Stadt Frankfurt (Oder) wies das Rechnungsprüfungsamt darauf hin, dass in Anwendung des § 26 Abs. 5 KomHKV Überschüsse im außerordentlichen Ergebnis bereits mit dem aktuellen Jahresabschluss zur Deckung des ordentlichen Ergebnisses einzusetzen sind.

Die Ergebnisrechnung 2010 wies einen **Überschuss von 626.323,90 EUR** aus.
 Die Ergebnisrechnung 2011 weist einen **Überschuss von 507.923,56 EUR** aus.

Der Überschuss 2010 wurde aus der Rücklage entnommen und mit dem neu erwirtschafteten Überschuss zur Reduzierung des Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses eingesetzt.

P.1.3. SONDERRÜCKLAGE

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) bildete keine Sonderrücklagen, die an dieser Stelle auszuweisen wären.

P.1.4. FEHLBETRAGSVORTRAG

Fehlbeträge aus kameraleen Vorjahren werden nicht ausgewiesen. Sie finden Ausdruck in den Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten. Doppische Fehlbeträge ab 2010, die nicht durch Verrechnung mit Rücklagen aus Überschüssen ausgeglichen werden konnten, werden an dieser Stelle erfasst.

In Anlehnung an den Punkt P 1.2. - Rücklagen aus Überschüssen wird in der Bilanz auch beim Fehlbetrag nach ordentlichem und außerordentlichem Ergebnis unterschieden.

Die Ergebnisrechnung 2011 weist im **ordentlichen Ergebnis** einen **Fehlbetrag von 26.373.925,23 EUR** aus. Dieser wurde dem Fehlbetragsvortrag aus dem ordentlichen Ergebnis zugeführt.

Aufgrund der gem. § 26 Abs. 5 KomHKV vorzunehmenden Verrechnung setzt sich er Fehlbetragsvortrag zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Ordentliches Ergebnis 2010	- 9.571.202,14 EUR
Außerordentliches Ergebnis 2010	673.103,90 EUR

Ordentliches Ergebnis 2011	- 26.373.925,23 EUR
Außerordentliches Ergebnis 2011	<u>507.923,56 EUR</u>

Bilanz - Fehlbetrag aus ordentlichem Ergebnis - **34.764.099,91 EUR**

P.2. SONDERPOSTEN

Gemäß § 47 Absatz 4 KomHKV sind erhaltene Investitionszuschüsse Dritter sowie Erschließungs-/ Straßenausbaubeiträge und Baukostenzuschüsse Dritter als Sonderposten zwischen Eigenkapital und Rückstellungen zu passivieren.

Die Auflösung ist entsprechend der Wertentwicklung des jeweils bezuschussten Vermögensgegenstandes vorzunehmen.

Die investiven Schlüsselzuweisungen nach dem Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz - BbgFAG werden über einen Zeitraum von 20 Jahren aufgelöst. Eine investitionsscharfe Zuordnung ist nicht gegeben.

Diese Vereinfachung gilt gem. § 67 Abs. 3 KomHKV nur für die in der Eröffnungsbilanz erfassten investiven Schlüsselzuweisungen.

Sie gilt nicht für die Investitions- und Investitionsfördermaßnahmen, für deren Deckung investive Schlüsselzuweisungen maßnahmebezogen zugeordnet wurden und sie gilt nicht für die laufende doppische Haushaltsführung.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
2.1. Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	237.842.253,85	232.495.520,36	- 5.346.733,49
2.2. Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- und Investitionszuschüssen	3.672.406,15	4.042.339,30	369.933,15
2.3. Sonstige Sonderposten	39.547.602,92	40.640.384,39	1.092.781,47
2. Sonderposten	281.062.262,92	277.178.244,05	- 3.884.018,87

P. 2.1. SONDERPOSTEN AUS ZUWEISUNGEN DER ÖFFENTLICHEN HAND

Es werden an dieser Stelle sowohl pauschale Zuweisungen aus investiven Schlüsselzuweisungen nach BbgFAG als auch Sonderposten aus maßnahmebezogenen Zuweisungen des Bundes und des Landes bzw. der sonstigen öffentlichen Hand erfasst.

Art des Sonderpostens	31.12.2010 in TEUR	31.12.2011 in TEUR
~ Sonderposten aus Zuweisungen - Bund - anlagebezogen	998,7	939,3
~ investive Schlüsselzuweisung bis 2009 - pauschal	69.176,7	61.782,8
~ Sonderposten „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“	961,7	961,7
~ Sonderposten aus Zuweisungen Land	167.665,7	168.810,7
~ Sonderposten aus übrigen öffentlichen Zuweisungen	1,2	1,1
Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	237.842,3	232.495,6

Sonderposten sind entsprechend der Wertentwicklung des jeweils bezuschussten Vermögensgegenstands ertragswirksam aufzulösen. Im Jahr 2011 wurden damit als Pendant zu den Abschreibungen die Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand in Höhe von 13.968.683,93 EUR dementsprechend aufgelöst. Hinzu kommt eine Korrektur der Eröffnungsbilanz in diesem Posten; eine Reduzierung um 422.365,35 EUR.

Dem gegenüber steht eine Erhöhung aus der Passivierung neuer investiver Zuwendungen von 9.044.312,79 EUR.

P. 2.2. SONDERPOSTEN AUS BEITRÄGEN, BAUKOSTEN- UND INVESTITIONSZUSCHÜSSEN

Die hier enthaltenen Sonderposten bestehen überwiegend aus Straßenbaubeiträgen und Ausgleichsbeträgen für die Aufwertung von Sanierungsgebieten.

Im Jahr 2011 wurden in den Gemeindestraßen folgende beispielhafte Aktivierungen fertiggestellt oder zugeordnet, bei denen derartige Sonderposten passiviert wurden:

- Tobias-Magirus-Straße
- Radweg Buschmühlenweg
- Franz-Mehring-Straße
- Beleuchtung Klingetal

P. 2.3. SONSTIGE SONDERPOSTEN

Bei den sonstigen Sonderposten wurde die Eröffnungsbilanz in Höhe von **1.150.292,45 EUR** korrigiert.

Nacherfasst wurde hauptsächlich in vergangenen Jahren unentgeltlich übergebene oder nach Vertrag rücküberführte Vermögensgegenstände, bei denen zwar der Gegenstand an sich in der Eröffnungsbilanz bewertet wurde, jedoch der dazugehörige Sonderposten vom Fachbereich nicht erfasst war.

Beispiele hierfür sind Straßen, welche von Erschließungsträgern eines Wohngebietes hergestellt und im Rahmen des Erschließungsvertrages nach Abschluss des Gebietes an die Stadt übergeben wurden.

Allein 59 Prozent der Summe betrifft die Liegenschaft Altes Klinikum in der Heilbronner Straße 1, welche mittels Vermögenszuordnungsvereinbarung von 1997 der Stadt zweckgebunden jedoch unentgeltlich zugeordnet wurde (vgl. 18/SVV/1580). Auch dieser Sonderposten war nicht erfasst.

Nähe Erläuterungen zu den einzelnen Geschäftsvorfällen können der Anlage 4 zum Anhang entnommen werden.

Darüber hinaus enthält der Bilanzpunkt erhaltene **Anzahlungen auf Sonderposten** aus Zuweisungen von Fördermittelgebern, hauptsächlich vom Land Brandenburg. Als Anzahlungen auf Sonderposten gelten Zuwendungen so lange, bis das geförderte Vermögen mit der Herstellung des betriebsbereiten Zustands aktiviert (Beendigung der „Anlage im Bau“) wird. Der entsprechende Sonderposten wird dann in Anwendung des § 47 Absatz 4 KomHKV passiviert.

Der Bestand beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 16.959.086,21 EUR. Davon sind allein 6.650.351,32 EUR zu diesem Zeitpunkt noch nicht verwendete bzw. passivierte investive Schlüsselzuweisungen.

P. 3. RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen wurden grundsätzlich in Höhe des nach vernünftiger Beurteilung wahrscheinlichen Betrages der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet.

Betreffend die nach § 48 Abs. 1 Nr. 9 KomHKV zu bildenden Rückstellungen wurde eine Einzelfallwertgrenze von 10.000 EUR festgelegt, ab der Rückstellungen bei entsprechender Kenntnis der Geschäftsvorfälle zu bilden sind. Ausgenommen werden Rückstellungen für geleistete Überstunden bzw. Gleitzeitüberhänge. Hier ist unabhängig von der Betragsgröße eine Rückstellung zu bilden.

Rückstellungen für sonstige Verpflichtungen unter 10.000 EUR können gebildet werden.

Nachfolgend werden spezielle Ansatz- und Bewertungsgrundlagen der für die Bildung von Rückstellungen wesentlichen Sachverhalte aufgeführt. Für andere gebildete Rückstellungen gelten die allgemein aufgeführten Grundsätze sowie weiterführende Regelungen der Bewertungsrichtlinie Buchvermögen der Stadt Frankfurt (Oder) zur Erstellung der Eröffnungsbilanz.

Abweichend von diesem Grundsatz war folgendes zu berücksichtigen:

In Anwendung der Erleichterungsregelungen des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse beschloss die Stadtverordnetenversammlung mit der Bestätigung des Maßnahmenkatalogs, dass auf die Veränderung der Bestände der Rückstellungen verzichtet wird (vgl. 21/SVV/0635 - Anlage - Maßnahmenkatalog M3).

Die diesem Zeitpunkt bereits verbuchten oder angearbeiteten Rückstellungsveränderungen in 2011 blieben jedoch abgeschlossen oder wurden in der Bearbeitung noch vollendet. Die Erläuterungen zu den jeweiligen Rückstellungspositionen beziehen sich auf diese Geschäftsvorfälle.

Lediglich auf die Bearbeitung weiterer, darüberhinausgehender Vorgänge wurde verzichtet.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
3.1. Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach beamtenrechtl. Bestimmungen	5.441.329,99	5.513.895,00	72.565,01
Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen	999.302,00	1.024.747,00	25.445,00
Rückstellungen für Lohn- und Gehaltszahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen	10.645.548,23	9.133.325,16	- 1.512.223,07
3.2. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen	424.045,50	1.585.537,48	1.161.491,98
3.3. Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	1.445.000,01	1.321.015,15	- 123.984,86
3.4. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	-	-	-
3.5. Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	-	-	-
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	1.182.933,70	2.413.723,87	1.230.790,17
Rückstellungen für sonstige Verpflichtungen, die vor dem Bilanzstichtag wirtschaftlich begründet wurden und die dem Grunde oder der Höhe nach noch nicht genau bekannt sind, sofern der zu leistende Betrag nicht geringfügig ist	15.828.535,29	16.009.558,50	181.023,21
3. Rückstellungen	35.966.694,72	37.001.802,16	1.035.107,44

P. 3.1. RÜCKSTELLUNGEN FÜR PENSIONEN UND ÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN

Pensionsverpflichtungen nach den beamtenrechtlichen Bestimmungen

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) ist Pflichtmitglied im Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg und leistet für die Versorgung der Beamten aufwandswirksame Beiträge. Dennoch ist die Bildung von Pensionsrückstellungen verpflichtend.

Die Bewertung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach beamtenrechtlichen Bestimmungen erfolgte auf Grundlage des § 2 Abs. 4 KVBBgG durch das Sachverständigenbüro Rüss, Dr. Zimmermann und Partner (GbR) im Auftrag des Kommunalen Versorgungsverbandes.

Die Pensionsrückstellungen wurden fortgeschrieben für Versorgungs- und Beihilfeansprüche für aktive und ehemalige Beamte.

Die Stände per 31.12.2011 gliedern sich wie folgt auf

Pensions- und Beihilferückstellungen	Bestand 31.12.2010	Wechsel/ Abgang aktiver/ passiver Dienst	Zuführung	Inanspruchnahme	Bestand 31.12.2011
	€	€	€	€	€
Pensionen	5.441.329,99		143.009,21	43.464,35	5.513.895,00
davon: aktive Beamte	288.427,00	- 26.979,85	22.052,20	43.464,35	240.035,00
Versorgungsempfänger	5.152.902,99	-	120.957,01	-	5.273.860,00
Beihilfe	999.302,00		54.937,74	847,29	1.024.747,00
davon: aktive Beamte	306.233,00	- 28.645,45	36.042,45	-	313.630,00
Versorgungsempfänger	693.069,00	-	18.895,29	847,29	711.117,00

Mittelbare Verpflichtungen aus der Zusatzversorgungskasse der tariflich Beschäftigten

Aus der Zusatzversorgung der Angestellten und Arbeiter bestehen mittelbare Verpflichtungen, für die in Anwendung des Bewertungsleitfadens Brandenburg vom 23.09.2009, Ziffer 4.3.9.7. keine Rückstellungen in der kommunalen Bilanz auszuweisen sind. Der Gesamtbetrag ist jedoch in diesem Anhang anzugeben.

Im Auftrag des Kommunalen Versorgungsverbands Brandenburg - Zusatzversorgungskasse, Gransee ermittelte ebenfalls das Sachverständigenbüro Rüss, Dr. Zimmermann und Partner (GbR) für den Arbeitgeber Stadt Frankfurt (Oder) den Gesamtbetrag der mittelbaren Pensionsverpflichtungen. Der Betrag für das Brandenburgische Staatsorchester Frankfurt wird gesondert ermittelt.

Bilanzstichtag	Gesamtbetrag	Brandenburgisches Staatsorchester Frankfurt
01.01.2010	7.909.715 EUR	
31.12.2010	6.997.968 EUR	
31.12.2011	6.861.295 EUR	26.453 EUR

Altersteilzeitverpflichtungen

Die Fortschreibung der Rückstellungen Lohn- und Gehaltsverpflichtungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen erfolgte entsprechend Anlage 5 des BewertL Bbg, Stand 23. September 2009.

P. 3.2. RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNTERLASSENE INSTANDHALTUNG

Für im Haushaltsjahr 2011 geplante, jedoch unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung, die im folgenden Haushaltsjahr nachgeholt oder fertiggestellt werden sollen, sind Rückstellungen in einer Gesamthöhe von **1.585.537,48** gebildet.

Mit der Bildung ist sicherzustellen, dass die Instandhaltungen im folgenden Haushaltjahr nachgeholt werden (vgl. § 48 Abs. 1 Ziff. 4 KomHKV). Aufgrund vielschichtiger Problemstellungen im ersten doppelten Jahr beantragte der Fachbereich die erneute Bildung von in 2011 nicht Inanspruch genommenen Instandhaltungsrückstellungen aus dem Jahr 2010. Mit Verfügung vom 24.04.2012 wurde dem einmalig zugestimmt.

Bei den einzelnen Bereichen der zum Bilanzstichtag zu bildenden Instandhaltungsrückstellungen handelt es sich um

Allgemeine Immobilien	569.274,48 EUR
Grundschulen	522.216,95 EUR
Kindertagesstätten in freier Trägerschaft	424.046,05 EUR
BgA Hallenbad	70.000,00 EUR

P. 3.3. RÜCKSTELLUNGEN FÜR DIE REKULTIVIERUNG UND NACHSORGE VON ABFALLDEPONIEEN

Für Verpflichtungen aus der Rekultivierung und Nachsorge von Deponien sind Rückstellungen in Höhe der zu erwartenden Gesamtkosten im Zeitpunkt der Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen auszuweisen. In Frankfurt (Oder) wurden Beträge für die Rekultivierung und Nachsorge der Siedlungsabfalldeponie und der Bauschuttdeponie rückstellungsrelevant.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
Rückstellung für die Nachsorge der Siedlungsabfalldeponie	1.290.492,12	1.179.710,77	- 110.781,35
Rückstellung für die Nachsorge der Bauschuttdeponie	154.507,89	141.304,38	- 13.203,51
3.3. Rückstellungen für die Nachsorge von Abfalldeponien	1.445.000,01	1.321.015,15	- 123.984,86

P. 3.4. RÜCKSTELLUNGEN FÜR DIE SANIERUNG VON ALTLASTEN

Es waren keine Vorfälle bekannt, die eine Bildung von Rückstellungen an dieser Stelle erforderlich machten.

P. 3.5. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

Anhängige Gerichtsverfahren

In der Eröffnungsbilanz 2010 wurden diese Rückstellungen gebildet, soweit eine hinreichende Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme bestand, insbesondere aber in den Fällen, in denen Rechtsmittel eingelegt wurden. Die Höhe der Rückstellung richtete sich nach dem Prozesskostenrisiko, wie es am Bilanzstichtag mit hinreichender Wahrscheinlichkeit bestand.

Eine Rückstellung für Kosten eines Aktivprozesses, in dem ein Schadenersatzanspruch geltend gemacht wird, ist zulässig, wenn der Prozess schwebt und mit Verlusten aus ihm zu rechnen ist. Die Höhe der Rückstellung ist nur nach dem Streitwert am Bilanzstichtag unter Berücksichtigung der in diesem Zeitpunkt angerufenen Instanzen zu berechnen.

Im Jahr 2011 erhöhte sich die Rückstellungshöhe um 1.230.790,17 EUR auf **2.413.723,87 EUR**. Ein Gerichtsverfahren zum Kalkulationsjahr 2010/ 2011 im Bereich Notfallrettung und Krankentransport war hauptsächlich Inhalt der Zuführung.

Rückstellungen für sonstige übrige Verpflichtungen

Hierrunter zählen alle übrigen Verpflichtungen, die vor dem Bilanzstichtag wirtschaftlich begründet wurden und die dem Grunde oder der Höhe nach noch nicht genau bekannt sind, sofern der zu leistende Betrag nicht geringfügig ist.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
~ Weitere ungewisse Verpflichtungen, die vor dem Bilanzstichtag wirtschaftlich begründet wurden	662.020,84	843.351,36	181.330,52
~ Rückstellungen für sonstige Verpflichtungen	15.166.514,45	15.166.207,14	- 307,31
Rückstellungen - sonstige Verpflichtungen	15.828.535,29	16.009.558,50	181.023,21

Übertragung der Baulast von Straßen, Brücken und Stützwänden

Gem. § 6 Abs. 1a des Bundesfernstraßengesetzes hat der bisherige Träger der Straßenbaulast dem neuen Träger der Straßenbaulast für nicht ordnungsgemäße Unterhaltung bzw. unterlassenen Grunderwerb einzustehen (Zahlung Einstandspflicht).

Da dies bereits mit Erstellung der Eröffnungsbilanz bekannt war, wurde eine notwendige Rückstellung für die Bundesstraßen zum einen und für die Brücken und Stützwände zum anderen gebildet.

Der tatsächliche Übergang wird voraussichtlich erst im Jahr 2014 erfolgen, so dass im Jahr 2011 keine Veränderung umzusetzen war und in dieser Position ein Betrag von 10.895.000 EUR ausgewiesen bleibt.

Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub

Die Bildung der Rückstellung für nicht genommenen Urlaub in der Bilanz wurde in Anlehnung an die Verfahrensweise zur Eröffnungsbilanz unterlassen, da vorhandener Resturlaub mit Stand vom 31.12. in der Regel bis zum 31.März bzw. 31.Mai des Folgejahres in Anspruch und damit abgegolten wird. Eine Inanspruchnahme der Rückstellung und damit Auszahlung in Höhe des nicht genommenen Urlaubs ist von geringer Wahrscheinlichkeit.

Rückstellungen für geleistete Überstunden, Gleitzeitüberhänge

Soweit Arbeitnehmer vor dem Bilanzstichtag mehr als die gemäß Arbeits- oder Tarifvertrag vereinbarte Regelarbeitszeit geleistet haben und der Ausgleich nach diesem Zeitpunkt erfolgt, wurden Rückstellungen für geleistete Überstunden gebildet, da sich die Stadt Frankfurt (Oder) im Erfüllungsrückstand befindet. Insgesamt reduzierte sich diese Position um 292.299,00 EUR.

Rückstellungen für Gebührenüberdeckungen

Für zu erstattende bzw. zu verrechnende Kostenüberdeckungen der kostenrechnenden Einrichtungen wurden Rückstellungen gebildet. Gemäß § 6 Abs. 3 KAG sind Kostenüberdeckungen spätestens im übernächsten Kalkulationszeitraum auszugleichen, d. h. zur Entgeltentlastung der Abgabenschuldner einzusetzen.

Angesetzt wurden durch die Stadt Frankfurt (Oder) erhobene Benutzungsgebühren oder wiederkehrende Beiträge, die über den tatsächlichen Kosten der Einrichtungen oder Anlagen liegen.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
~ Abfallwirtschaft	554.573,57	554.573,57	-
~ Rettungsdienst	482.302,73	-	- 482.302,73
~ Stadtreinigung	40.578,26	40.578,26	-
Rückstellungen - Gebührenüberdeckungen	1.077.454,56	595.151,83	- 482.302,73

Rückstellungen für Restititionen

Für Überschüsse im Rahmen der vorläufigen Bewirtschaftung von Vermögensgegenständen, deren eigentumsrechtliche Zuordnung ungeklärt ist, sind in Höhe der Überschüsse Rückstellungen gebildet worden.

Angesetzt wurde dabei jeweils die Differenz zwischen den von der Stadt vereinnahmten Entgelten aus einem Miet-, Pacht- oder sonstigen Nutzungsverhältnis abzüglich der Betriebskosten, der Kosten auf Grund von Rechtsgeschäften zur Erhaltung des Vermögenswertes und der Verwaltungskosten i. S. v. § 7 Abs. 7 des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen.

Sachverhalte, aus denen sich künftig finanzielle Verpflichtungen ergeben können

Die Mitgliedschaft im KSA (Kommunaler Schadensausgleich) ist nicht in der Bilanz als Finanzanlagevermögen zu aktivieren, sondern lediglich im Anhang anzuführen. Gemäß § 58

Abs. 2 Ziff. 8 KomHKV sind Sachverhalte, aus denen sich künftig finanzielle Verpflichtungen ergeben können, anzugeben. Hierzu zählt die Mitgliedschaft im KSA, der ein nicht rechtsfähiger Zusammenschluss nach § 1 Abs. 3 Nr. 3 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen ist, der dem Ausgleich der Aufwendungen seiner Mitglieder aus Haftpflicht-, Kraftfahrt- und Unfallschäden dient. Bei Auflösung ohne Rechtsnachfolger gemäß § 12 der KSA - Satzung können auf die Mitglieder verschiedene Verpflichtungen zukommen.

P.4. VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeiten wurden in Anwendung des § 50 Abs. 6 KomHKV (i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB) mit ihrem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
4.1. Anleihen	-	-	-
4.2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	21.485.809,99	19.941.946,31	- 1.543.863,68
4.3. Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten	60.600.000,00	85.242.075,83	24.642.075,83
4.4. Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	-
4.5. Erhaltene Anzahlungen	836.975,81	1.207.872,23	370.896,42
4.6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.459.015,16	4.127.388,15	- 331.627,01
4.7. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	2.243.946,60	2.904.379,10	660.432,50
4.8. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	14.089,91	-	- 14.089,91
4.9. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.212.684,49	-	- 1.212.684,49
4.10. Verbindlichkeiten gegenüber Zweckverbänden	17.669,70	-	- 17.669,70
4.11. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Beteiligungen	2.232,17	-	- 2.232,17
4.12. Sonstige Verbindlichkeiten	4.270.517,08	4.016.132,32	- 254.384,76
4. Verbindlichkeiten	95.142.940,91	117.439.793,94	22.296.853,03

Den herausragenden Anteil mit fast 90 Prozent bilden die Verbindlichkeiten aus kurzfristigen Krediten zur Liquiditätssicherung und langfristigen Investitionskrediten.

Einen Überblick über die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten Forderungen enthält in der Regel die Anlage VI.4. - Verbindlichkeitenübersicht. Wie eingangs bereits beschrieben, entfällt diese jedoch in den verkürzt aufgestellten Jahresrechnungen.

P. 4.1. ANLEIHEN

Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) hat keine Verbindlichkeiten aus Anleihen, die hier zu bilanzieren wären.

P. 4.2. VERBINDLICHKEITEN AUS KREDITAUFNAHMEN FÜR INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERMAßNAHMEN

In der nachfolgenden Übersicht werden die einzelnen Schulden aus Krediten dargestellt:

Kredit	Fälligk./ Jahr	Stand 31.12.2010	Aufnahmen 2011	Tilgungen 2011	Schuldenstand per 31.12.2011
<i>Kreditmarkt:</i>					
01	2021	3.665.458,05	-	271.965,67	3.393.492,38
02	2020	1.220.811,00	-	143.626,00	1.077.185,00
03	2021	1.126.506,03	-	85.421,78	1.041.084,25
04	2021	3.000.474,98	-	232.509,23	2.767.965,75
05	2024	3.377.988,48	-	192.923,95	3.185.064,53
06	2029	5.596.650,00	-	-	5.596.650,00
07		199.911,05	188.974,95	-	388.886,00
08		<u>355.000,00</u>	<u>195.000,00</u>	-	<u>550.000,00</u>
Zwischensumme:		18.542.799,59	383.974,95	926.446,63	18.000.327,91
<i>Schulbaudarlehen:</i>					
11. Gesamtsch.	2012	790.430,00	-	395.218,00	395.212,00
Gauß-Gymn.1.BA	2011	126.028,00	-	126.028,00	-
Gauß-Gymn.2.BA	2013	403.895,00	-	161.558,00	242.337,00
Gauß-Gymn.3.BA	2014	525.000,00	-	150.000,00	375.000,00
Gauß Fassade	2013	75.114,00	-	25.038,00	50.076,00
Förderschule	2012	11.483,40	-	7.660,00	3.823,40
2. Realschule	2014	169.560,00	-	42.390,00	127.170,00
Gymnasium I	2019	<u>841.500,00</u>	-	<u>93.500,00</u>	<u>748.000,00</u>
Zwischensumme:		2.943.010,40	-	1.001.392,00	1.941.618,40
Kreditaufnahme gesamt:		<u>21.485.809,99</u>	<u>383.974,95</u>	<u>1.927.838,63</u>	<u>19.941.946,31</u>

Die Aufnahmen 2011 dienen der Vorfinanzierung des kommunalen Eigenanteils der Investitionsmaßnahmen aus dem vom Bund 2009 aufgelegten Konjunkturpaket II - *Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes.*

P. 4.3. VERBINDLICHKEITEN AUS DER AUFNAHME VON KASSENKREDITEN

Ausgewiesen ist ein negativer Bestand der sonstigen Einlagen bei der SEB Bank (Girokonto für Kontokorrent) in einer Höhe von 10.242.075,83 EUR.

Darüber hinaus war zur Aufrechterhaltung der Kassenliquidität die Verstärkung des Kassenbestandes durch weitere Aufnahmen von Kassenkrediten erforderlich. Die Aufnahme

erfolgte ausschließlich in Form von Kontokorrentkrediten, so dass am Ende des Haushaltsjahres 2011 die Inanspruchnahme des Kassenkredites bei 75.000.000 EUR lag.

P. 4.4. VERBINDLICHKEITEN AUS RECHTSGESCHÄFTEN, DIE KREDITAUFNAHMEN WIRTSCHAFTLICH GLEICHKOMMEN

Insbesondere für den Beteiligungsbereich der Gemeinden werden Bürgschaften, Patronatserklärungen, Verlustübernahmen etc. vereinbart. Zum Bilanzstichtag war eine Inanspruchnahme nicht hinreichend wahrscheinlich und es lagen keine Voraussetzungen für eine Verbindlichkeit vor, so dass hier kein Ausweis erfolgt.

Nachrichtlich:

Übersicht über die Bürgschaften und bürgschaftsähnlichen Rechtsgeschäfte zugunsten von Eigen- und Beteiligungsgesellschaften der Stadt Frankfurt (Oder)

Angaben in TEUR

Unternehmen	Ifd. Nr.	Genehmigung erteilt am:	Betrag in T€	Schuldenstand der vorherigen Kredite in T€		Gesellschaftsanteile der Stadt	Bemerkungen
				per 31.12.2010	per 31.12.2011		
Stadtverkehrsgesellschaft mbH Ffo.	1	29.09.1994	11.146,2	3.598,4	3.172,5	Übergang in die Frankfurter	Ausfallbürgschaft
FWA mbH Ffo.	2	08.01.1996	19.556,6	11.890,5	11.108,2	90,5%	4 Ausfallbürgschaften
	3	18.12.1998	-	37.302,7	35.258,7		Einredeverzichtserklärung aus Forderungskaufvertrag
Wohnungswirtschaft GmbH Frankfurt (Oder)	4	19.06.1995	6.209,7	2.949,6	2.639,1	100,0%	Ausfallbürgschaft
	5	29.06.1995	190,0	90,2	80,7		Ausfallbürgschaft
	6	21.12.1998	2.658,7	1.780,0	1.680,1		harte Patronatserklärung (Sicherung Robert-Havenmann-Straße 5-10)
Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH	7	urspr. 17.08.1998	unbegrenzt	3.493,8	-	100,0%	Gesellschafterbestandserklärung (Klassifizierung als harte Patronatserklärung)
	8	urspr. 17.08.1998	23.744,0	14.985,2	-		Nachtrag zur Gesellschaftererklärung STATOR (Klassifizierung als harte Patronatserklärung)
	9	07.12.2004	3.446,0	2.176,2	2.061,1		Gesellschaftererklärung gegenüber der InvestitionsBank des Landes Brandenburg
Gesamtbetrag:				<u>78.266,6</u>	<u>56.000,4</u>		

P. 4.5. ERHALTENE ANZAHLUNGEN

Die Position erhaltene Anzahlungen bezieht sich auf städtebauliche Maßnahmen. Im Vorhaben Soziale Stadt, in den Sanierungsgebieten Ehemalige Altstadt und Gubener Straße sowie im Bereich Stadtumbau bekam die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) zweckgebundene Drittmittel, welche zum Bilanzstichtag noch nicht vollständig verwendet waren.

P. 4.6. VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten Eingangsrechnungen, die in ihrer Leistungserbringung dem Jahr 2011 zuzurechnen sind, bei denen jedoch die Fälligkeit in Folgejahren liegt.

P. 4.7. VERBINDLICHKEITEN AUS TRANSFERLEISTUNGEN

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen sind Verbindlichkeiten für Unterstützungsaufwendungen der Stadt gegenüber Dritten. Den Transfers an private Haushalte (Sozialtransfers) oder auch an Unternehmen und Vereine (Subventionen) stehen keine Gegenleistungen gegenüber. Fördermittelrückzahlungen an die Zuwendungsgeber Bund oder Land werden hier ebenfalls erfasst. Die Position beinhaltet nunmehr Eingangsrechnungen, die in Ihrer Erbringung dem Jahr 2011 zuzurechnen sind, bei denen jedoch die Fälligkeit in Folgejahren liegt.

P 4.8. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER SONDERVERMÖGEN

Da die Verluste der Eigenbetriebe bereits im Beteiligungswert enthalten sind, werden diese nicht als Verbindlichkeit gesondert in der Bilanz ausgewiesen.

Eine Separierung aus den allgemeinen Verbindlichkeitspositionen bezüglich der Sondervermögen fand in Anwendung des SVV-Beschlusses zur Aufholung der Jahresrechnungen nicht statt.

P 4.9. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Die Stadt Frankfurt (Oder) hat ihre zu Wohnzwecken dienenden Grundstücke und ihr sonstiges Wohnungsvermögen gemäß Beschluss vom 27.08.1992 auf die Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH bei gleichzeitiger Schuldübernahme der hierauf entfallenden Altverbindlichkeiten durch das Unternehmen übertragen. Die bestehenden Altverbindlichkeiten wurden durch die Deutsche Kreditbank AG finanziert.

Im Zusammenhang mit der Übertragung der Grundstücke und des sonstigen Wohnvermögens wurde zwischen der DKB, der Stadt und der WoWi ein Vertrag geschlossen mit einer Gesamtschuld von 294.460.930,33 DM.

Zwischen der Stadt und der WoWi wurde nach Abschluss des Vertrages vereinbart, dass das Unternehmen die Zins- und Tilgungsleistungen übernimmt. Diese Verfahrensweise wurde in vollem Umfang erfüllt. Aus diesem Grund wird die Gesamtschuld inkl. der Zinsleistungen durch die WoWi bilanziert.

Die Gesamtrestschuld betrug zum Stichtag 31.12.2009 insgesamt 8.100.867,22 EUR.

Es besteht Einigkeit zwischen der Stadt Frankfurt (Oder) und der WoWi, dass keine buchhalterische Aufnahme der Restschuld bei der Stadt vorgenommen wird, um eine

doppelte Erfassung zu vermeiden - siehe Vereinbarung zu den Altverbindlichkeiten vom 21./22. März 2011.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus dem Forfaitierungsvertrag zwischen der HELABA und der FWA mbH werden nicht bilanziell erfasst, sondern lediglich im Anhang (siehe Punkt 4.4. - Bürgschaften) dargestellt.

Eine Separierung einzelner Posten aus den allgemeinen Verbindlichkeitspositionen bezüglich der verbundenen Unternehmen fand in Anwendung des SVV-Beschlusses zur Aufholung der Jahresrechnungen nicht statt.

P.5. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden vor dem Bilanzstichtag erhaltene Einzahlungen ausgewiesen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit ab diesem Zeitpunkt darstellen.

Sie wurden zum Bilanzstichtag mit dem Teilbetrag der erhaltenen Einzahlung angesetzt, der der ertragswirksamen Zuordnung im Zeitraum nach dem 31.12.2011 entspricht.

Ausgewiesen wird der Bestand an zum Bilanzstichtag erhaltenen Einzahlungen für künftige Haushaltsjahre in Höhe von 3.109.153,64 EUR.

Diese setzen sich folgendermaßen zusammen:

Bilanzposition bzw. deren Unterteilung	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
	€	€	€
~ Abgrenzung aus Grabnutzungsentgelten und Kriegsgräberpflege der Friedhofsverwaltung	1.458.793,80	1.782.505,21	323.711,41
~ Übrige passive Abgrenzungsposten aus IST-Einzahlungen	1.993.480,87	1.156.975,72	- 836.505,15
~ Passive Abgrenzungsposten aus Investitionseinzahlungen (Ausgleichsmaßnahmen Bereich öffentliches Grün)	131.832,71	169.672,71	37.840,00
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	3.584.107,38	3.109.153,64	- 474.953,74

Die Abgrenzung der Liegegebühren im Friedhofsbereich orientiert sich nicht am Zeitpunkt der Einzahlungen, sondern am Zeitpunkt der Bescheiderstellung. Die Stadt Frankfurt (Oder) hat demnach eine passive Rechnungsabgrenzung für Erträge aus Liegegebühren auch in den Fällen vorgenommen, in denen die Forderungen bis zum 31.12.2011 noch nicht beglichen waren.

Insgesamt wurden 384.927,34 EUR Grabnutzungsentgelte und 21.451,90 EUR noch nicht verbrauchte Mittel der Kriegsgräberpflege neu zugeführt.

Dem gegenüber steht eine ergebniswirksame Zuordnung von Zahlungen aus dem Zeitraum vor dem 01.01.2010 zum Jahr 2011 von 58.798,20 EUR. Der übrige Betrag von 23.869,63 EUR setzt sich überwiegend aus Grabnutzungsentgelten, die nach dem 01.01.2010 eingegangen sind zusammen.

Die Auflösung der Rechnungsabgrenzungsposten den übrigen IST-Einzahlungen waren größtenteils mit rund 620 TEUR dem Stadtumbau und ca. 120 TEUR dem Brandenburgischen Staatsorchester aus den Abonnements zuzuordnen. Im Bereich Stadtumbau wurden im Jahr 2010 eingegangene Fördermittel für den Rückbau aufgrund des Baufortschritts und dem Abrechnungsstand der begünstigten Wohnungsunternehmen erst im Haushaltsjahr 2011 verwendet. Aufgrund der Abweichung des städtischen Haushaltsjahres von der jahresübergreifenden Spielzeit des Brandenburgischen Staatsorchester Frankfurt werden regelmäßig die verkauften Konzert-Abonnements dem korrekten Haushaltsjahr des jeweiligen Konzertes zugeordnet.

IV. VERMÖGENSGEGENSTÄNDE MIT ZUM BILANZSTICHTAG UNGEKLÄRTEN EIGENTUMSVERHÄLTNISSEN

Hierzu waren keine Sachverhalte bekannt.

V. ÜBERSICHT DER ÜBERTRAGENEN HAUSHALTSERMÄCHTIGUNGEN

Mit der Jahresrechnung 2011 wurden neue Haushaltsreste gebildet. Die nach 2012 übertragenen Ermächtigungen setzten sich zusammen aus

1. Aufwendungen der laufenden Verwaltung	2.274.539,12 EUR
2. Auszahlungen der laufenden Verwaltung	4.640.125,45 EUR
3. Einzahlungen für geplante Investitionsmaßnahmen	8.588.200,90 EUR
4. Auszahlungen für geplante Investitionsmaßnahmen	17.266.798,41 EUR.

Einen Überblick über die zum Jahresabschluss 2011 gebildeten Haushaltsreste enthalten die Anlagen 3A und 3B zum Anhang, welche den Unterlagen zum Jahresabschluss beiliegt. Hierauf wird verwiesen.

VI. ÜBERSICHT ÜBER DIE VON DER GEMEINDE BEWIRTSCHAFTETEN TREUHANDMITTEL

Die Bewertung und bilanzielle Abbildung der Sanierungsgebiete und städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen erfolgte in der Eröffnungsbilanz 2010 nach den Vorgaben der Anlagen 7 und 8 des „Bewertungsleitfaden des Landes Brandenburg“ vom September 2009.

Folgende Sanierungsgebiete waren weiterhin zum Bilanzstichtag 31.12.2010 zu berücksichtigen:

- „Altberesinchen“,
- „Gubener Str. / Lindenstraße“,
- „Südliche Fischerstraße/ Walter-Korsing-Straße“,
- „ehemalige Altstadt von Frankfurt (Oder)“

sowie die städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen

- „Südöstliches Stadtzentrum von Frankfurt (Oder)“,
- Stadtumbau.

Bei der Bilanzierung der städtebaulichen Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen wurde unterschieden in:

- Maßnahmen mit beauftragten Treuhänder
- Eigenmaßnahmen der Kommune (ohne Einschaltung von Treuhändern).

Die Aufarbeitung der Sanierungsgebiete zum Jahresabschluss konnte mit den vorhandenen personellen Ressourcen nicht vollständig abgeschlossen werden. Dies wird in den kommenden verkürzten Jahresrechnungen periodenfremd nachgeholt.

VII. ANGABEN ZUM INHALT DER VERWAHR- UND VORSCHUSSKONTEN

Dem Anhang beigelegt sind die Angaben zum Inhalt der Verwahr- und Vorschusskonten per 31.12.2011. Es wird erläutert, aus welchen Sachverhalten sich die Bestände zusammensetzen.

Im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Frankfurt (Oder) wurden Verwahr- und Vorschusskonten eingerichtet. Diese wurden fortgeführt; in einigen Bereichen sind neue eingerichtet worden. Sie stellen in der Regel Forderungen oder Verbindlichkeiten in der Bilanz dar und sind Bestandteil der jeweiligen Bilanzpositionen.

Verwahrkonten (Stadtkasse)

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung des Verwahrkontos	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
				€	€	€
1	111 310	379300	Sonstige Verbindlichkeiten aus der Nichtermittlung des Empfängers	398.505,15	200.285,51	- 198.219,64
2	111 310	3793 03	Sonstige Verbindlichkeiten aus Überzahlungen der Personenkonten	787,07	4.013,26	3.226,19
3	111 310	3793 04	Sonstige Verbindlichkeiten aus Kassendifferenzen	149,89	45,44	- 104,45
4	111 310	3793 05	Sonstige Verbindlichkeiten aus Amtshilfe- und Vollstreckungsersuchen	26.489,55	11.315,93	- 15.173,62
5	111 310	3793 06	Verbindlichkeiten aus der Nichtermittlung von Einzahlungen - Niederschlagungen	3.537,52	4.928,67	1.391,15
Bestände Verwahrkonten Stadtkasse				429.469,18	220.588,81	- 208.880,37

Erläuterungen:

Lfd. Nr. 1 - sog. „großer Einzahlungssirrläufer“

In diesem Verwahrkonto erfolgte die Verbuchung von nichtzuordenbaren Zahlungseingängen. Es handelt sich hier, bis zur Klärung etwaiger Zuordnungsmöglichkeiten zu offenen Posten auf Personenkonten, um Verbindlichkeiten gegenüber dem Einzahler. Der Bestand beinhaltet u. a. einen Saldo von 79.154,55 EUR aus der Erfassung der Veränderungen bei den Bankkontoständen der Verwalterkonten bei der HypoVereinsbank (Objektverwaltung durch die WOWI GmbH). Die ergebniswirksame Zuordnung erfolgt in Folgejahren im Rahmen der Aufholung der Jahresrechnungen.

Lfd. Nr. 2

Hier handelt es sich um tatsächlich erstattungspflichtige Überzahlungen. Ist anhand des Verwendungszwecks der Überweisungsgutschrift erkennbar, dass es sich um eine Überzahlung oder auch Fehlüberweisung handelt, werden die Einzahlungen auf diesem Verwahrkonto separiert und zeitnah die Rücküberweisung geprüft und veranlasst. Der Bestand weist die Einzahlungen aus, die erst nach dem Jahreswechsel zur Auszahlung gelangt sind. Der Betrag stellt Verbindlichkeiten gegenüber den Einzählern dar.

Lfd. Nr. 3

Es handelt sich um Differenzen aus dem Barzahlungsverkehr (Barkasse, Kassenautomaten und Geldannahmestelle Kfz-Zulassungsstelle). Grundsätzlich besteht ein Anspruch auf Rückerstattung. In der Praxis erfolgt regelmäßig nach Ablauf bestimmter Zeiträume die Vereinnahmung der Beträge, da eine Empfängerermittlung i. d. R. nicht mehr möglich ist.

Der Bestand setzt sich aus den noch nicht vereinnahmten positiven Kassendifferenzen des 2. Halbjahres 2009 in Höhe von 19,89 EUR und einer Überweisungsgutschrift aus dem Jahr 2010 in Höhe von 130,00 EUR zusammen. Die Kassenplusbeträge aus 2009 wurden in 2011 vereinnahmt. Der Betrag in Höhe von 130,00 EUR gehörte auf das Produktsachkonto 111330.379304 - Wahrnehmung von Eigentümerpflichten als gesetzlicher Vertreter und wurde im Haushaltsjahr 2011 dorthin umgebucht.

Lfd. Nr. 4

Bei diesem Konto handelt es sich um Einzahlungen aus der Beitreibung von Forderungen aus Amtshilfe- und Vollstreckungsersuchen, die an die ersuchenden Behörden bzw. dritte Gläubiger weiter überwiesen werden - durchlaufende Gelder.

Lfd. Nr. 5

Der Bestand umfasst Einzahlungen auf Forderungen die bereits niedergeschlagen waren. Zur Vermeidung von ungerechtfertigten Rücküberweisungen wurde hierfür ein separates Verwahrkonto eingerichtet. Auch hier gilt grundsätzlich bis zur Zuordnung der Einzahlung auf offene Posten eine mögliche Rückerstattungspflicht. Üblicherweise werden die Zahlungen nach Reaktivierung der Sollstellung dem jeweiligen Personenkonto (Debitor) zugeordnet.

Vorschusskonten (Stadtkasse)

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung des Verwahrkontos	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
				€	€	€
1	111 310	1793 00	Sonstige Forderungen aus Vorschüssen - ungeklärte Ausgaben	1.758,91	20.953,14	19.194,23
2	111 100	1831 30	Hand- und Wechselkasse - Büro des Oberbürgermeisters	200,00	-	200,00
		1831 31	Handvorschuss - Büro des Oberbürgermeisters	-	1.200,00	1.200,00
3	111 510	1831 31	Handvorschuss - Poststelle	-	450,00	450,00
4	424 20	1831 31	Handvorschuss - Hallenbad	-	600,00	600,00
5	612 000	1831 31	Handvorschuss - Bestandsausweis	790,00	790,00	-
Bestände Vorschusskonten Stadtkasse				2.748,91	23.993,14	21.244,23

Erläuterungen:

Lfd. Nr. 1 - allgemeiner Auszahlungssirrläufer

Der Bestand enthält nichtzuordenbare Zahlungsausgänge. Die Zahlungsausgänge resultieren in erster Linie aus Lastschrifteneinzügen Dritter vom Hauptkonto der Stadt.

Bis zur Klärung müssen die Zahlungsausgänge wegen eventueller Rückforderungsansprüche als privatrechtliche Forderungen gegenüber dem Abbucher gewertet werden.

Lfd. Nr. 2 - 5

Hier handelt es sich um ausgereichte Gelder im Rahmen der Gewährung von Handvorschusskassen an andere Bereiche der Stadtverwaltung. Diese sind als liquide Mittel zu werten.

Verwahrkonten der Fachbereiche

Ifd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung des Verwahrkontos	31.12.2010	31.12.2011	Veränderung
				€	€	€
1	111 210	3791 54	Verbindlichkeiten gegenüber Finanzamt aus Personalaufwand	66.522,08	47.526,10	- 18.995,98
2	111 210	3791 55	Übrige Verbindlichkeiten - Personalkosten für Dritte	382,20	- 414,60	- 796,80
3	111 210	3791 59	Ungeklärte Einzahlungen aus Entgeltabrechnung Beschäftigte	3.212,61	42.989,43	39.776,82
4	111 210	3798 00	SV-Verbindlichkeiten - Personalkosten	-	1.238,00	1.238,00
5	111 330	3793 04	Sonstige Verbindlichkeiten - Wahrnehmung von Eigentümerpflichten als gesetzlicher Vertreter	1.558,85	2.208,85	650,00
6	111 330	3793 05	Sonstige Verbindlichkeiten - Wahrnehmung von Eigentümerpflichten nach Einigungsvertrag	- 8.970,55	- 11.969,38	- 2.998,83
7	122110	3793 00	Sonstige Verbindlichkeiten aus Nichtermittlung des Empfängers - Ordnungsrechtliche Angelegenheiten	48,50	- 5,00	- 53,50
8	122 110	3793 03	Sonstige Verbindlichkeiten aus Fischereiabgabe	10.387,61	13.740,23	3.352,62
9	122 110	3793 04	Sonstige Verbindlichkeiten aus Jagdabgabe	225,00	60,92	- 164,08
10	122 110	3793 05	Sonstige Verbindlichkeiten - Bundeskasse Weiden (Auszüge Bundes und Gewerbezentralregister)	1.722,60	189,62	- 1.532,98
11	122 120	3793 00	Sonstige Verbindlichkeiten aus Nichtermittlung des Empfängers - Straßenverkehrsangelegenheiten	31,72	43,88	12,16
12	122 200	3793 00	Sonstige Verbindlichkeiten aus Aufbewahrung Fundbüro	1.946,82	1.799,74	- 147,08
13	122 200	3793 03	Sonstige Verbindlichkeiten - Standesamt	1.563,00	865,00	- 698,00
14	122 200	3793 04	Sonstige Verbindlichkeiten - Bundeskasse Weiden (Auszüge Bundeszentralregister)	22.805,32	39.637,16	16.831,84
15	243 010	3793 00	Sonstige Verbindlichkeiten aus Nichtermittlung des Empfängers	-	5.140,50	5.140,50
16	341 000	3793 03	Sonstige Verbindlichkeiten - Leistungen nach § 37 Unterhaltsvorschussgesetz	4.407,92	7.328,92	2.921,00
17	341 000	3793 04	Sonstige Verbindlichkeiten - Leistungen nach § 5 Unterhaltsvorschussgesetz	- 82.739,07	- 79.719,40	3.019,67
18	351 000	3793 00	Sonstige Verbindlichkeiten aus Nichtermittlung des Empfängers - Sozial- und Jugendamt	8.007,25	23.175,40	15.168,15
19	511 220	3793 03	Sonstige Verbindlichkeiten - Bodensonderungsverfahren	77.989,30	74.819,30	- 3.170,00
20	571 000	3791 70	Sonstige Verbindlichkeiten aus erhaltenen Vorschüssen - RWK	-	6.043,84	6.043,84
Bestände Verwehr-/ Vorschusskonten				109.101,16	174.698,51	65.597,35

Erläuterungen:

Lfd. Nr. 1

In dem Produktsachkonto wurden Zahlungen für Steuerangelegenheiten, wie z. B. Lohnsteuer, Steuer für beschränkt Steuerpflichtige, pauschale Lohnsteuer, verbucht, die bislang keinem offenen Posten zugeordnet werden konnten.

Der Saldo beinhaltet jedoch auch die noch im Dezember 2011 eingegangenen Erstattungszahlungen für den Lohnsteueranteil des Eigenbetriebes Sportszentrum und Kulturbetriebe. Der entsprechende Abzug der Lohnsteuer durch das Finanzamt erfolgt erst im Januar 2012.

Lfd. Nr. 2

Der Bestand ist zum Bilanzstichtag negativ. Er resultiert aus noch nicht geklärten Differenzen im Bereich Lohn und Gehalt, z. B. aus Reisekostenabrechnungen. Diese Differenzen befinden sich in Klärung.

Lfd. Nr. 3

Auf dieser Verwahrung wurden sämtliche Rücküberweisungen aus der Verdienstabrechnung hinsichtlich der an Dritte überwiesenen VWL-Leistungen gebucht. Es handelt sich meist um bereits beendete VL-Verträge, denen die Zahlung nicht mehr zugeordnet werden konnte. Die Rückrechnung gegenüber dem Beschäftigten erfolgt durch den Fachbereich Personal. Der Umgang mit diesen Zahlungseingängen im Rahmen der Verbuchung der Personalaufwendungen ist zum Bilanzstichtag nicht geklärt.

Lfd. Nr. 4

Der Bestand beinhaltet Differenzen aus der Personalabrechnung in Verbindung mit Sozialversicherungsträgern.

Lfd. Nr. 5

Auf Grund der Betretungsbestellung auf Grundlage des Art. 233 § 2 Abs. 3 EGBGB wurde ein Mitarbeiter der Stadt als gesetzlicher Vertreter der Grundstückseigentümer eingesetzt. In seiner Funktion hat er einen Pachtvertrag abgeschlossen und erzielt somit Pachteinahmen, die für den Eigentümer gesondert zu verwahren sind.

Lfd. Nr. 6

Das Konto beinhaltet das Gesamtgebiet Mieten und Pachten. Auf dem Konto befinden sich Kauttionen, Rücklagen für Entschädigungszahlungen und Mietrücklagen von Fremdverwaltungen.

Lfd. Nr. 7

Bei dem Bestand handelt es sich um Zahlungseingänge, die auf Grund fehlender, unvollständiger oder unkorrekter Angaben des Verwendungszweckes den Verfahren der Bußgeldstelle zum 31.12.2011 nicht zugeordnet werden konnten.

Lfd. Nr. 8

Wer im Land Brandenburg die Fischerei ausüben möchte, hat bei der Fischereibehörde eine Fischereiabgabe zu entrichten (bis auf Ausnahmen). Rechtsgrundlage ist hier der § 22 des Fischereigesetzes für das Land Brandenburg i. V. mit der Verordnung über die Erhebung der Fischereiabgabe. Die Abgabe ist zweckgebunden, ist zur Förderung des Fischereiwesens zu verwenden und wird im Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung verwaltet. Die Fischereiabgabe ist durch die untere Fischereibehörde einzunehmen und im Januar und Juli eines jeden Jahres an die oberste Fischereibehörde abzuführen.

Lfd. Nr. 9

Die Jagdabgabe wird mit der Gebühr für die Erteilung/Verlängerung des Jagdscheines erhoben. Rechtsgrundlage ist hier der § 23 des Jagdgesetzes für das Land Brandenburg i. V. m. § 2 der DVO zum BbgJagdG. Hierbei handelt es sich um eine zweckgebundene Abgabe, die ausschließlich zur Förderung des Jagdwesens verwendet wird und im Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung verwaltet wird. Dort wird sie nach einer Richtlinie für förderfähige Projekte ausgereicht. Die Jagdabgabe ist durch die untere Jagdbehörde einzunehmen und im Mai und November eines jeden Jahres an die oberste Jagdbehörde abzuführen.

Lfd. Nr. 10

Auf Antrag des Betroffenen oder anderen Gründen werden Auskünfte aus dem Gewerbezentralregister und dem Bundeszentralregister (Führungszeugnis) eingeholt. Ein Teil der erhobenen Gebühren ist als zweckgebundene Abgabe (Grundgebühr in Höhe von 13,00 EUR für die Auskunft $\frac{3}{5} = 7,80$ EUR) abzuführen. Bei Auskünften aus dem Gewerbezentralregister sind gemäß § 150 Abs. 2 GewO von der erhobenen Grundgebühr in Höhe von 13,00 EUR $\frac{5}{8} = 8,12$ EUR abzuführen. Die Termine zur Abführung sind jeweils der 01. Juni und der 01. Dezember eines jeden Jahres.

Lfd. Nr. 11

In diesem Konto werden periodenfremde Erträge, die durch die Vollstreckungsbehörde eingetrieben werden, geführt. Die Gebührenbescheide befinden sich nicht im HKR.

Lfd. Nr. 12

Auf dieses Konto werden Fundgelder sowie Versteigerungserlöse vom Hauptzollamt gebucht. Diese Mittel müssen für 3 Jahre verwahrt werden (eventuelle Ansprüche des Eigentümers). Nach Ablauf der Verwahrfrist werden die Gelder ertragswirksam im Haushalt vereinnahmt.

Lfd. Nr. 13

Im Standesamt sind bei bestimmten Vorgängen Auskünfte oder Unterlagen von deutschen Botschaften im Ausland erforderlich bzw. werden Dokumente dort geprüft. Die Kosten hierfür müssen vom Antragsteller getragen werden. Der Antragsteller zahlt hierfür einen bestimmten Betrag bei Antragstellung ein. Nach Vorliegen der Kostenaufstellung durch die Botschaft (der Zeitraum kann 1 Jahr und länger dauern) wird diese mit dem bereits eingezahlten Betrag verrechnet. Der Rest wird an den Bürger ausgekehrt oder bei fehlenden Mitteln nachgefordert.

Lfd. Nr. 14

Auf Antrag des Betroffenen oder anderen Gründen werden Auskünfte aus dem Gewerbezentralregister und dem Bundeszentralregister (Führungszeugnis) eingeholt. Ein Teil der erhobenen Gebühren ist als zweckgebundene Abgabe an die Bundeskasse abzuführen. Gem. § 30 Abs. 2 Bundeszentralregister sind von der erhobenen Grundgebühr in Höhe von 13,00 EUR für die Auskunft $\frac{3}{5} = 7,80$ EUR abzuführen. Bei Auskünften aus dem Gewerbezentralregister sind gemäß § 150 Abs. 2 GewO von der erhobenen Grundgebühr in Höhe von 13,00 EUR $\frac{5}{8} = 8,12$ EUR abzuführen. Die Termine zur Abführung sind jeweils der 01. Juni und der 01. Dezember eines jeden Jahres.

Lfd. Nr. 15

Hier werden Schülerfahrtkostenerstattungen u. a. der Bundesagentur für Arbeit vereinnahmt.

Lfd. Nr. 16 - 17

Hier erfolgt die Umsetzung des Gesetzes zur Sicherung des Unterhaltes von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (§§ 5 bzw. 7 UVG). Im Land Brandenburg werden Geldleistungen, die nach dem Gesetz zu zahlen sind, zu einem Drittel vom Bund, im Übrigen vom Land Brandenburg selbst getragen. Insofern handelt es sich hier um durchlaufende Gelder.

Die laufende Nr. 16 ist eine Forderung gegenüber dem Land zur Erstattung ausgezahlter Vorschüsse.

Lfd. Nr. 18 - allgemeiner Einzahlungssirrläufer des Amtes für Jugend und Soziales

Hier erfolgt die Verbuchung von Einzahlungen, die lt. dem Verwendungszweck dem Amt für Jugend und Soziales, jedoch keinem konkreten Personenkonto zugeordnet werden können.

Bis zur Klärung etwaiger Zuordnungsmöglichkeiten zu offenen Posten auf Personenkonten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber dem Einzahler.

Lfd. Nr. 19

Hier handelt es sich um Entschädigungszahlungen in Bodensonderungs-Verfahren. Die Auszahlung konnte bis zum 31.12.2011 aufgrund anhängiger Rechtsstreite, nicht geklärter Erbfolgen, fehlender Pfandhaftentlassung oder fehlender Kontoverbindungen nicht erfolgen.

Abschließender Hinweis:

Bei einigen Verwehr- und Vorschusskonten erfolgten bzw. erfolgen Korrekturbuchungen nach dem 31.12.2011, sodass hier ein geringerer Bestand zu erwarten ist bzw. bereits feststeht.

VIII. KAMERALE ALTFEHLBETRÄGE

Ein gesonderter Ausweis der kameralen Altfehlbeträge in der Bilanz ist aufgrund der unterschiedlichen Systematik des kameralen und doppischen Rechnungswesens sachlich nicht korrekt.

Die Entwicklung und der Stand der kameralen Altfehlbeträge werden entsprechend § 67 Abs. 9 KomHKV in anliegender Übersicht der letzten drei Jahre vor Erstellung der Eröffnungsbilanz ausgewiesen.

Entwicklung kameraler Fehlbeträge				- in Euro -
Fehlbetrag	2007	93.097.611,83	davon Fehlbetrag aus Vorjahren:	79.642.801,52
Fehlbetrag	2008	87.017.902,05	davon Fehlbetrag aus Vorjahren:	87.018.902,05
Fehlbetrag	2009	63.437.207,42	davon Fehlbetrag aus Vorjahren:	63.437.207,42
Stand der noch nicht durch Veranschlagung gedeckten Fehlbeträge im letzten kameralen Jahresabschluss:				-
Bestand an Kassenkrediten zu Beginn des Haushaltsjahres 2009:				83.700.000,01
Vor. Bestand an Kassenkrediten zum Ende des Haushaltsjahres 2009:				96.916.800,00
Summe der bilanzierten Kreditverbindlichkeiten zum 01.01.2010:				61.600.000,00
Summe der bilanzierten Kreditverbindlichkeiten zum 31.12.2010:				60.600.000,00
Summe der bilanzierten Kreditverbindlichkeiten zum 31.12.2011:				85.242.075,83

IX. ERLÄUTERUNGEN ZU POSTEN DER ERGEBNISRECHNUNG

Im Anhang sind gem. § 58 Abs. 2 Ziffer 3 KomHKV einzelne Positionen der Ergebnisrechnung zu erläutern.

Infolge des in der verkürzten Jahresrechnung nicht auszufertigenden Rechenschaftsberichtes wird jedoch an dieser Stelle eine etwas intensivere Erläuterung einzelner Positionen erfolgen, als in einem regulären Jahresabschluss.

Rückblick

Die Haushaltssatzung 2011 wurde am 15.02.2011 vom Kämmerer aufgestellt und vom Oberbürgermeister festgestellt.

Nach umfangreichen Beratungen innerhalb der Fraktionen und Ausschüsse wurde die Haushaltssatzung 2011 am 23. Juni 2011 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen (Vorlagen-Nr. 11/SVV/0803).

Die Haushaltssatzung enthielt für das Haushaltsjahr genehmigungspflichtige Teile.

Das nach § 63 Abs. 5 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg notwendige **Haushaltssicherungskonzept 2011** wurde in gleicher Sitzung durch die Stadtverordneten unter der Vorlagen-Nummer 11/SVV/0805 beschlossen. In der Haushaltssatzung wurden **Kredite** für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen festgesetzt. Auch wurden **Verpflichtungsermächtigungen** ausgewiesen, die aufgrund der Kreditveranschlagung in Folgejahren der Genehmigung bedurften.

Nach Einarbeitung aller Beschlussdaten und Ausfertigung der Dokumente sowie Zusammenstellung der Unterlagen wurde die Satzung inkl. Genehmigungsantrag mit Schreiben vom 15.08.2011 an die Rechtsaufsichtsbehörde übergeben.

Mit Bescheid der Rechtsaufsichtsbehörde Gesch.Z.: III/2-353-31/53 vom 19. Dezember 2011 hat das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg die Genehmigung zur Haushaltssatzung 2011 unter Auflagen erteilt.

Auflagen HSK

Unter Anderem war der Gewerbesteuerhebesatz ab dem Haushaltsjahr 2012 auf 375 v.H. anzuheben. Die Stadt Frankfurt (Oder) ließ hierzu entsprechend der Auflagen gesonderte Hebesatzsatzungen von der Stadtverordnetenversammlung beschließen.

Ab dem Haushaltsjahr 2013 sollte eine nochmalige Anhebung auf 460 v.H. erfolgen.

Gesamtbetrag der Kredite

Von dem in der Haushaltssatzung 2011 festgesetzten Gesamtbetrag der Kredite in Höhe von 6.566.500 EUR wurde gemäß § 74 Abs. 2 BbgKVerf ein Teilbetrag in Höhe von 1.965.000 EUR genehmigt.

Die Haushaltssatzung 2011 war mit Beitrittsbeschluss durch die Stadtverordnetenversammlung entsprechend zu ändern. Dieser Beitrittsbeschluss erfolgte am 20. Dezember 2011 mit der Beschlussfassung der Vorlage 11/SVV/1130.

Die Haushaltssatzung 2011 wurde im Amtsblatt für die Stadt Frankfurt (Oder), Jahrgang 22, Nr. 11 am 29. Dezember 2011 öffentlich bekannt gemacht.

Der Haushalt wurde somit rechtskräftig.

Damit war jedoch das gesamte Haushaltsjahr 2011 von der sog. vorläufigen Haushaltsführung geprägt.

IX. 1. GESAMTERGEBNISHAUSHALT

Die Stadt stellte im Haushaltsplan in der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Defizit in Höhe von 28.100.000 EUR dar; im ordentlichen Ergebnis ein Defizit von 29.456.600 EUR.

Das außerordentliche Ergebnis zeigt einen geplanten Überschuss in Höhe von 122.900 EUR.

Im Haushaltsjahr 2011 schloss die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) mit einem **Gesamtdefizit von 25.866.001,67 EUR** ab.

Hierbei ist zwischen

- ordentlichem Ergebnis mit - 26.373.925,23 EUR und
- außerordentlichem Ergebnis mit einem Überschuss von 507.923,56 EUR

zu unterscheiden.

Der Überschuss aus dem außerordentlichen Ergebnis wurde gemäß § 26 Abs. 5 KomHKV zur Deckung des ordentlichen Ergebnisses eingesetzt.

Im Jahr 2011 war das Handeln der Verwaltung stark durch die Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung eingeschränkt.

Die vorliegende Ergebnisrechnung 2011 enthält aus dem Prinzip der periodengerechten Zuordnung alle Vorgänge, die ihr per 31.12.2011 wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Erträge und Aufwendungen sind als Bruttowert angegeben, sie dürfen bis auf wenige rechtlich festgesetzte Ausnahmen nicht miteinander verrechnet werden.

Zur Ermittlung der Jahresergebnisse sind die Gesamterträge und Gesamtaufwendungen gegenüberzustellen. Den in der Ergebnisrechnung nachzuweisenden Ist-Ergebnissen sind gemäß § 54 KomHKV die Ergebnisse der Rechnung des Vorjahres und die **FORTGESCHRIEBENEN PLANANSÄTZE** voranzustellen und ein Plan-Ist-Vergleich anzufügen.

Zum 31.12.2011 stellt sich die Ergebnisrechnung wie folgt dar:

IX. 2. ERTRÄGE AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis	Fortge-	Ist-Ergebnis	Vergleich
		2010	schr-	2011	Ansatz / Ist
		in EUR	schriebener	in EUR	(Spalte 2 /
			Ansatz		Spalte 3)
		1	2011	3	4
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
		1	2	3	4
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	56.747.976,13	63.532.518,00	64.237.757,72	705.239,72
2.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	74.064.770,18	61.507.538,88	63.465.846,23	1.958.307,35
3.	Sonstige Transfererträge	2.198.349,87	2.128.700,00	2.375.627,51	246.927,51
4.	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	27.998.022,07	29.529.647,61	27.392.906,94	-2.136.740,67
5.	Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.961.128,52	5.944.184,13	5.497.309,86	-446.874,27
6.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	22.081.440,44	23.377.527,75	23.785.119,61	407.591,86
7.	Sonstige ordentliche Erträge	6.180.053,82	3.814.508,56	6.010.636,87	2.196.128,31
8.	Aktivierete Eigenleistungen	41.857,44	0,00	188.728,92	188.728,92
9.	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
10.	<u>= Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>	<u>194.273.598,47</u>	<u>189.834.624,93</u>	<u>192.953.933,66</u>	<u>3.119.308,73</u>

Die Erträge in der Summe stellen das Ressourcenaufkommen der Stadt innerhalb des Jahres dar. Die Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit sind bis zum 31.12.2011 mit einer Erfüllung von 101,6 Prozent im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz dokumentiert.

Als Wesentlich in den Abweichungen Im Bereich **Steuern und ähnliche Abgaben** sind

- Mehrerträge im Gewerbesteueraufkommen mit 446,1 TEUR
- Mehrerträge beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 1.190,4 TEUR
- Mindererträge in den Leistungen des Landes,
- hier Wohngeldeinsparungen mit -614,1 TEUR
- und Mindererträge in den Leistungen des Landes, hier SoBEZ mit -225,9 TEUR

zu nennen.

Die Mehrerträge von 1,9 Mio. EUR in der Position der **Zuwendungen** sind hauptsächlich auf die Auflösung der bilanziell erfassten Sonderposten zurückzuführen. Der ursprünglich hochgerechnete Planansatz wurde aufgrund der zu diesem Zeitpunkt noch offenen Eröffnungsbilanzbewertungen zu gering eingeschätzt. Die Eröffnungsbilanzerstellung und damit die abschließende Bewertung und Erfassung von Vermögensgegenständen und deren Finanzierung wurde erst in 2015 rückwirkend abgeschlossen.

Zwei Sachverhalte kennzeichnen die erhebliche negative Abweichung bei den Erträgen aus **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** i. H. v. 2.138,7 TEUR.

Zum einen wurden 1.562.000 EUR Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen geplant, die im Ergebnis der Bewertungen und Aktivierungen jedoch nur mit 235.549,67 EUR Bestätigung fanden.

Zum anderen sind im Produkt 127020 - Notfallrettung und Krankentransport Benutzungsgebühren mit ca. 422 TEUR nicht realisiert worden.

Die Position **Sonstige ordentliche Erträge** verzeichnet mit 2.196.128,31 EUR Mehrerträgen einen Erfüllungsstand von 157,6 Prozent.

1.247,7 TEUR Mehrerträge resultieren allein aus der Auflösung übriger Sonderposten, wie Spenden oder Sonderposten aus unentgeltlicher Vermögensübertragung, welche aufgrund der nicht abgeschlossenen Eröffnungsbilanzherstellung noch nicht bekannt und damit nicht geplant waren. Weitere 573,1 TEUR zusätzlicher Erträge folgen im Wesentlichen aus Bußgeldern, Stundungs- und Aussetzungszinsen bzw. Säumniszuschlägen.

IX. 3. AUFWENDUNGEN AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT UND FINANZERGEBNIS

Die Aufwendungen in der Summe zeigen den Ressourcenverbrauch der Stadt im Kalenderjahr auf. Die Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit wurden für das Jahr 2011 zu 99,4 Prozent benötigt.

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2010 in EUR	Fort- geschriebener Ansatz 2011 in EUR	Ist-Ergebnis 2011 in EUR	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 2 / Spalte 3) in EUR
11.	Personalaufwendungen	48.567.692,84	50.316.210,95	49.416.745,67	-899.465,28
12.	Versorgungsaufwendungen	278.729,77	5.200,00	-1.128.556,44	-1.133.756,44
13.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	19.069.994,15	31.593.729,55	22.820.354,65	-8.773.374,90
14.	Abschreibungen	19.545.750,90	12.588.688,72	19.141.926,02	6.553.237,30
15.	Transferaufwendungen	70.083.017,87	80.148.471,12	80.597.886,05	449.414,93
16.	Sonstige ordentliche Aufwendungen	46.433.523,13	46.080.369,00	48.647.013,63	2.566.644,63
17.	= <u>Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>	<u>203.978.708,66</u>	<u>220.732.669,34</u>	<u>219.495.369,58</u>	<u>-1.237.299,76</u>
18.	= <u>Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (10 ./ . 17)</u>	<u>-9.705.110,19</u>	<u>-30.898.044,41</u>	<u>-26.541.435,92</u>	<u>4.356.608,49</u>
19.	Zinsen und sonstige Finanzerträge	1.164.303,90	1.101.300,00	1.593.147,03	491.847,03
20.	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.030.395,85	2.283.690,96	1.425.636,34	-858.054,62
21.	= <u>Finanzergebnis</u>	<u>133.908,05</u>	<u>-1.182.390,96</u>	<u>167.510,69</u>	<u>1.349.901,65</u>
22.	= <u>ordentliches Ergebnis (18 + 21)</u>	<u>-9.571.202,14</u>	<u>-32.080.435,37</u>	<u>-26.373.925,23</u>	<u>5.706.510,14</u>
23.	außerordentliche Erträge	1.456.221,58	551.563,80	1.717.986,53	1.166.422,73
24.	- außerordentliche Aufwendungen	783.117,68	428.663,80	1.210.062,97	781.399,17
25.	= <u>außerordentliches Ergebnis</u>	<u>673.103,90</u>	<u>122.900,00</u>	<u>507.923,56</u>	<u>385.023,56</u>
26.	= <u>Gesamtüberschuss / Gesamtfehlbetrag (22 + 25)</u>	<u>-8.898.098,24</u>	<u>-31.957.535,37</u>	<u>-25.866.001,67</u>	<u>6.091.533,70</u>

Eine erhebliche Abweichung zeigt sich bei den **Versorgungsaufwendungen**. Insgesamt wurden 5.200 EUR veranschlagt. Dabei fanden die Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen für Beschäftigte in der Passivphase planungsseitig keine Berücksichtigung. Wie bei den Erträgen zeigt sich auch hier, dass im zweiten doppelten Jahr Geschäftsvorfälle, aus welchen nicht unmittelbar Zahlungen folgen, planungsseitig nicht oder kaum Berücksichtigung fanden. In dieser Position zeigt vor allem die Inanspruchnahme der Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen eine Höhe von 1.285.175,79 EUR.

Bei den Aufwendungen für **Sach- und Dienstleistungen** wird nachfolgend eine Differenzierung der wichtigsten Aufwandsarten dieser Kontengruppe, mit überwiegend Aufwendungen für die der Wartung, Instandhaltung, Reparatur und Bewirtschaftung des Sachanlagevermögens vorgenommen. Aber auch Lern- und Lehrmittel in Schulen oder besondere Leistungen für Beschäftigte gehören hierzu.

KA	Bezeichnung	fortgeschriebener Ansatz	Ist-Ergebnis	Abweichung
		Angaben in EUR		
521	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	7.479.234,91	4.554.879,01	- 2.924.355,90
522	Unterhaltung des sonstigen Vermögens	4.610.332,78	3.640.729,45	- 969.603,33
523	Mieten und Pachten	3.028.600,00	2.960.451,94	- 68.148,06
524	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	7.461.557,45	7.060.158,61	- 401.398,84
525	Haltung von Fahrzeugen	550.981,61	508.718,61	- 42.263,00
526	Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	438.459,98	325.997,62	- 112.462,36
527	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	3.035.939,30	2.199.882,60	- 836.056,70
528	Erwerb von Vorräten	132.300,00	97.996,49	- 34.303,51
529	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	4.856.323,52	1.471.540,32	- 3.384.783,20
	Summe Kontengruppe 52	31.593.729,55	22.820.354,65	- 8.773.374,90

Der fortgeschriebene Planansatz beinhaltet u.a. gebildete Haushaltsreste (nicht verausgabte Ermächtigungen des Vorjahres) i. H. v. 534.074,85 EUR sowie überplanmäßige Reduzierungen der bereitgestellten Ermächtigungen von insgesamt 1.244.845,30 EUR.

In der Kontengruppe 521 - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen wurden 1.523.379,04 EUR der Rückstellung für unterlassene Instandhaltung neu zugeführt. Die Deckung erfolgte aus dem Ansatz der jeweiligen geplanten, jedoch nicht umgesetzten Unterhaltungsmaßnahmen an Gebäuden. In Anspruch genommen wurden aus der gebildeten Rückstellung dagegen 315.021,24 EUR.

Unabhängig von den Vorgängen der unterlassenen Instandhaltung wurden 1.000.000 EUR geplante Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen im Produkt der Wirtschaftsförderung nicht verausgabt; zweckentsprechende Zuwendungen für diesen Zweck konnten nicht generiert werden.

Weitere geplante Maßnahmen mit zweckgebundenen Zuweisungen vom Land für den „Stadtumbau Aufwertung“ und der „Nachhaltigen Stadtentwicklung“ konnten aufgrund der fehlenden Bewilligung nicht begonnen und damit umgesetzt werden.

Im Bereich der *Unterhaltung des sonstigen Vermögens* in den Produkten für Tiefbau (Straßen, Brücken) und Grünflächen ist der fortgeschriebene Planansatz in Höhe von 4.610,3 TEUR mit lediglich 3.640,7 TEUR in Anspruch genommen. Unter anderem wurden 1.380.300 EUR innerhalb der Maßnahme „Nachhaltige Stadtentwicklung“ zu Gunsten der Investition inkl. der Fördermittel i. H. v. 1.050.000 EUR umgewidmet.

Im Produkt Abfallwirtschaft wurden planungsseitig 3.330.000 EUR für die Abfallentsorgung veranschlagt. In diesem Bereich wurde die statistische Kontenzuordnung verändert. Das führte im Ergebnisausweis in der Kontengruppe 529 zu Minderaufwendungen in selber Höhe. Die Neuordnung erfolgte in der Kontenart 545 - Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen.

Bezüglich der **Abschreibungen** wird auf die Ausführungen zur Eröffnungsbilanz bei den Auflösungen der Sonderposten verwiesen. Durch das noch nicht vollständig erfasste und aktivierte Vermögen entsteht die erhebliche Abweichung von 6.553.237,30 EUR überwiegend in

421010 - Förderung des Leistungssports	+1.278,4 TEUR
541000 - Neubau und Unterhaltung Gemeindestraßen	+2.734,7 TEUR
551000 - Neubau und Unterhaltung öffentlichen Grüns	+1.632,8 TEUR

Der wesentlichste Vorgang, der sich hinter dieser Abweichung der **Sonstigen ordentlichen Aufwendungen** verbirgt, ist die bereits erläuterte Neuordnung der Aufwendungen im Produkt Abfallwirtschaft.

X. ERLÄUTERUNGEN ZU POSTEN DER FINANZRECHNUNG

Die Finanzrechnung 2011 schließt mit folgenden Eckdaten ab:

Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-22.214 TEUR
+ Saldo aus Investitionstätigkeit	<u>-1.072 TEUR</u>
= Finanzmittelfehlbetrag	-23.286 TEUR
+ Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	<u>23.098 TEUR</u>
= Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln	-188 TEUR
+ Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres	4.399 TEUR
+ Saldo aus Ein- und Auszahlungen von fremden Finanzmitteln	-104 TEUR
<hr/> = Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	<hr/> 4.107 TEUR

Unter Hinzunahme von Kassenkrediten nach § 76 BbgKVerf war die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) im Haushaltsjahr 2011 jederzeit zahlungsfähig.

Für eine konkretere Untersetzung wird auf die Finanzrechnung des Jahresabschlusses 2011 verwiesen.



0 6. Nov. 2023

1.1.11.1 TEUR
1.1.11.2 TEUR
1.1.11.3 TEUR

21000 Neben- und Unterhaltungsbetriebskosten
21100 Neben- und Unterhaltungsbetriebskosten
21200 Neben- und Unterhaltungsbetriebskosten

Die vorstehende Tabelle zeigt die zum Ende des Jahres 2011 bestehende Bilanz der Kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) im Vergleich mit dem Ende des Jahres 2010. Die Bilanz der Kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) ist im Anhang des Jahresabschlusses 2011 abgedruckt.

FRANKFURT (ODER) - FINANZRECHNUNG

Die Finanzrechnung 2011 enthält folgende Angaben:

1.1.11.1 TEUR
1.1.11.2 TEUR
1.1.11.3 TEUR
1.1.11.4 TEUR
1.1.11.5 TEUR
1.1.11.6 TEUR
1.1.11.7 TEUR
1.1.11.8 TEUR

1.1.11.1 TEUR
1.1.11.2 TEUR
1.1.11.3 TEUR
1.1.11.4 TEUR
1.1.11.5 TEUR
1.1.11.6 TEUR
1.1.11.7 TEUR
1.1.11.8 TEUR

Handwritten signature and date: 21.07.2022

IX. HÄUFIGE ABKÜRZUNGEN

Abs	Absatz
AHK	Anschaffungs- und Herstellungskosten
Art	Artikel
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BbgFAG	Gesetz über den allgemeinen Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Land Brandenburg (Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz - BbgFAG)
DM	Deutsche Mark
DMBiG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (DM-Bilanzgesetz - DMBiG)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EÖB	Eröffnungsbilanz
EUR	Euro
FWA GmbH	Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH
gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung
HELABA	Landesbank Hessen-Thüringen
ILB	Investitionsbank des Landes Brandenburg
inkl.	inklusive
i. V. m.	in Verbindung mit
KomHKV	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung - KomHKV) vom 14. Februar 2008
KVBbgG	Gesetz über den Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg
lt.	laut
Qm	Quadratmeter
SG	Sanierungsgebiet
sog.	sogenannte/- r/ -s
u. a.	unter anderem
UVG	Unterhaltvorschussgesetz
WoWi	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH
z. B.	zum Beispiel

Feuerwehrtechnisches Zentrum

Sanierung und Rekonstruktion Haus 1,3,5 und Außenanlagen

Heinrich-Hildebrand-Straße 21
15232 Frankfurt (Oder)



Investitionsmaßnahme: 0126000039200

Bauzeit: 2009 - 2012

Gesamtkosten: 5.635.001,43 EUR

Finanzierung: 5.596.650,00 EUR

38.351,43 EUR

Eigenmittel - Kredit

Eigenmittel - Investive
Schlüsselzuweisung

Freiwillige Feuerwehr Güldendorf

Ersatzneubau Gebäude

Hohlweg 2
15236 Frankfurt (Oder)
OT Güldendorf



Investitionsmaßnahme: 0216000039000

Bauzeit: 2010 - 2011

Gesamtkosten: 564.394,93 EUR

Finanzierung: 495.000,03 EUR

14.394,90 EUR

Fördermittel - Konjunkturpaket II

Eigenmittel - Investive
Schlüsselzuweisung

Astrid-Lindgren-Grundschule

Konjunkturpaket II Schulhof und Außenanlagen

Alexej-Leonow-Straße 4
15236 Frankfurt (Oder)



Investitionsmaßnahme: 0211000033404

Bauzeit: 2009 - 2011

Gesamtkosten: 349.926,00 EUR

Finanzierung: 314.933,41 EUR

34.992.59 EUR

Fördermittel - Konjunkturpaket II

Eigenmittel - Investive
Schlüsselzuweisung

Grundschule Am Botanischen Garten

Konjunkturpaket II Außenanlagen

Bergstraße 122
15230 Frankfurt (Oder)



Investitionsmaßnahme: 0211000033402

Bauzeit: 2009 - 2011

Gesamtkosten: 395.957,04 EUR

Finanzierung: 356.361,34 EUR Fördermittel - Konjunkturpaket II
39.595,70 EUR Eigenmittel - Investive Schlüsselzuweisung

Grundschule Mitte

Sanierung Turnhalle

Gubener Straße 13a
15230 Frankfurt (Oder)



Investitionsmaßnahme: 0211000033401

Bauzeit: 2009 - 2011

Gesamtkosten: 1.176.450,76 EUR

Finanzierung: 894.439,11 EUR Fördermittel - Konjunkturpaket II
282.011,65 EUR Eigenmittel - Investive Schlüsselzuweisung

Nuhnenfließ Ludwig-Feuerbach-Straße

Sanierung Durchlass Nr. 95

Ludwig-Feuerbach-Straße
15230 Frankfurt (Oder)



Investitionsmaßnahme: 0552000042101

Bauzeit: 2009 - 2010

Gesamtkosten: 222.653,96 EUR Instandhaltung und Investition

Finanzierung: 168.453,50 EUR Fördermittel - Gewässersanierung

54.200,46 EUR Eigenmittel

Klingefließ - Sanierung Durchlass

Sanierung Durchlass Nr. 17

Rathenaustraße
15234 Frankfurt (Oder)



Investitionsmaßnahme: 0552000042100

Bauzeit: 2010 - 2011

Gesamtkosten: 740.392,82 EUR Instandsetzung und Investition

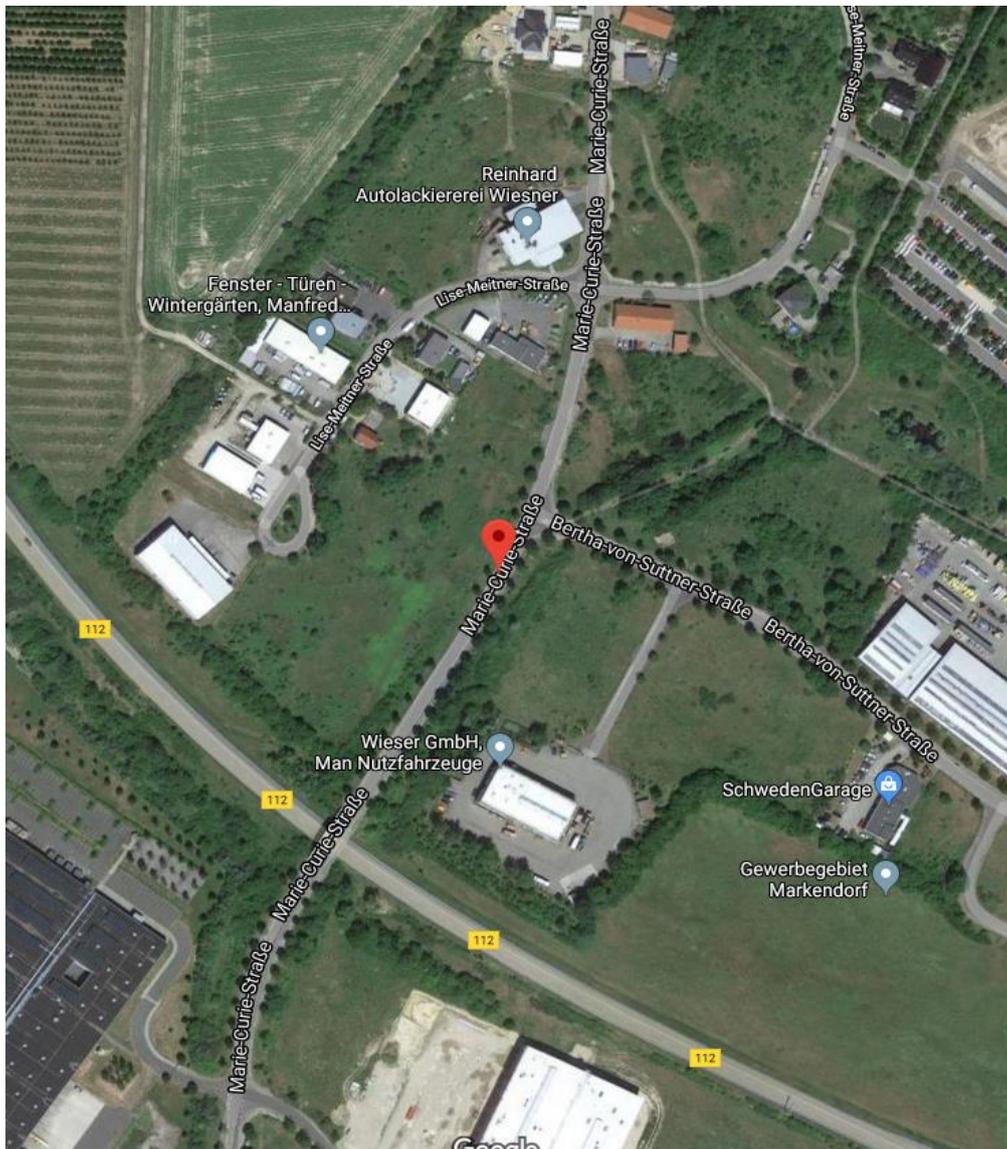
Finanzierung: 505.000,00 EUR Fördermittel - Land Brandenburg

235.392,82 EUR Eigenmittel - Investive
Schlüsselzuweisung

Marie-Curie-Straße

Verlängerung Marie-Curie-Straße - Erweiterung des Gewerbegebietes Markendorf II

Marie-Curie-Straße
15236 Frankfurt (Oder)



Investitionsmaßnahme: 0541010045009

Bauzeit: 2009 - 2011

Gesamtkosten: 569.098,76 EUR

Finanzierung: 370.059,87 EUR

Förderung der wirtschaftsnahen
Infrastruktur - ILB

199.038,89 EUR

Eigenmittel - Investive
Schlüsselzuweisungen

Universitätsplatz und Priestergasse

Schaffung und Neugestaltung

15230 Frankfurt (Oder)



Investitionsmaßnahme: 0511120045100

Bauzeit: 2010

Gesamtkosten: 1.173.688,39 EUR Universitätsplatz inkl. Aufwand

249.846,73 EUR Priestergasse

Finanzierung: 1.044.858,88 EUR Förderung Nachhaltige Stadtentwicklung

378.676,24 EUR Eigenmittel - Investive
Schlüsselzuweisungen

Nördlicher Gehweg Leipziger Straße

Zwischen Baumschulenweg und Weinbergweg

15236 Frankfurt (Oder)



Investitionsmaßnahme: 0541010045201

Bauzeit: 2010

Gesamtkosten: 286.999,15 EUR

Finanzierung:	110.185,90 EUR	Förderung Land Brandenburg
	99.058,32 EUR	Straßenausbaubeiträge
	77.754,93 EUR	Eigenmittel - Investive Schlüsselzuweisungen

Tobias-Magirus-Straße

Umfahrung TeGeCe

15236 Frankfurt (Oder)
TO Markendorf



Investitionsmaßnahme: 0541010045008

Bauzeit: 2010

Gesamtkosten: 681.897,40 EUR

Finanzierung: 250.000,00 EUR Zuweisung privater Unternehmen

431.897,40 EUR Eigenmittel - Investive
Schlüsselzuweisung 2009

Querungshilfe Radweg

Berliner Straße B5 OT Booßen

15234 Frankfurt (Oder)



Investitionsmaßnahme: 0544040045001

Bauzeit: 2010

Gesamtkosten: 100.989,25 EUR

Finanzierung: 70.505,00 EUR

30.484,25EUR

Fördermittel - Land Brandenburg

Eigenmittel - Investive
Schlüsselzuweisungen

Radweg Kieler Straße

3. Bauabschnitt HET

begleitend zur Kieler Straße
15234 Frankfurt (Oder)



Investitionsmaßnahme: 0544020045010

Bauzeit: 2008 - 2010

Gesamtkosten: 219.395,29 EUR

Finanzierung: 100.597,32 EUR Fördermittel

118.797,97 EUR Eigenmittel - Investive Schlüsselzuweisungen

Kriegsgräberstätte Nuhnen

Bauten auf fremdem Grund und Boden

Nuhnenstraße 23
15234 Frankfurt (Oder)



Investitionsmaßnahme: 0553010065000

Bauzeit: 2009 - 2010

Gesamtkosten: 77.096,62 EUR

Finanzierung: 70.783,25 EUR

6.001,00 EUR

312,37 EUR

Fördermittel Land Brandenburg

Sachspenden Volksbund Deutsche
Kriegsgräberfürsorge e.V.

Eigenmittel - Investive
Schlüsselzuweisungen

Errichtung Medienkabinett OSZ I

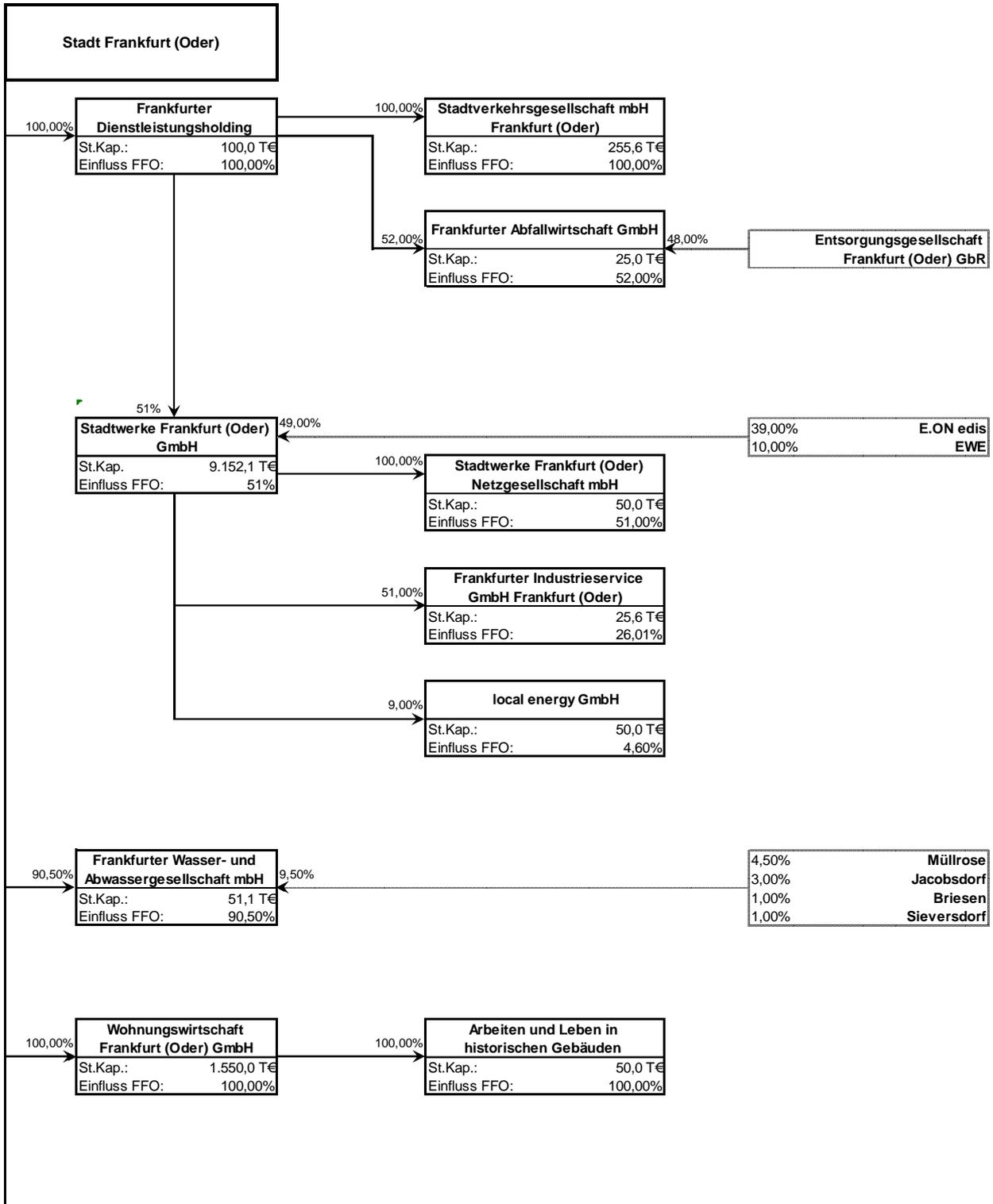
Potsdamer Straße 4
15234 Frankfurt (Oder)



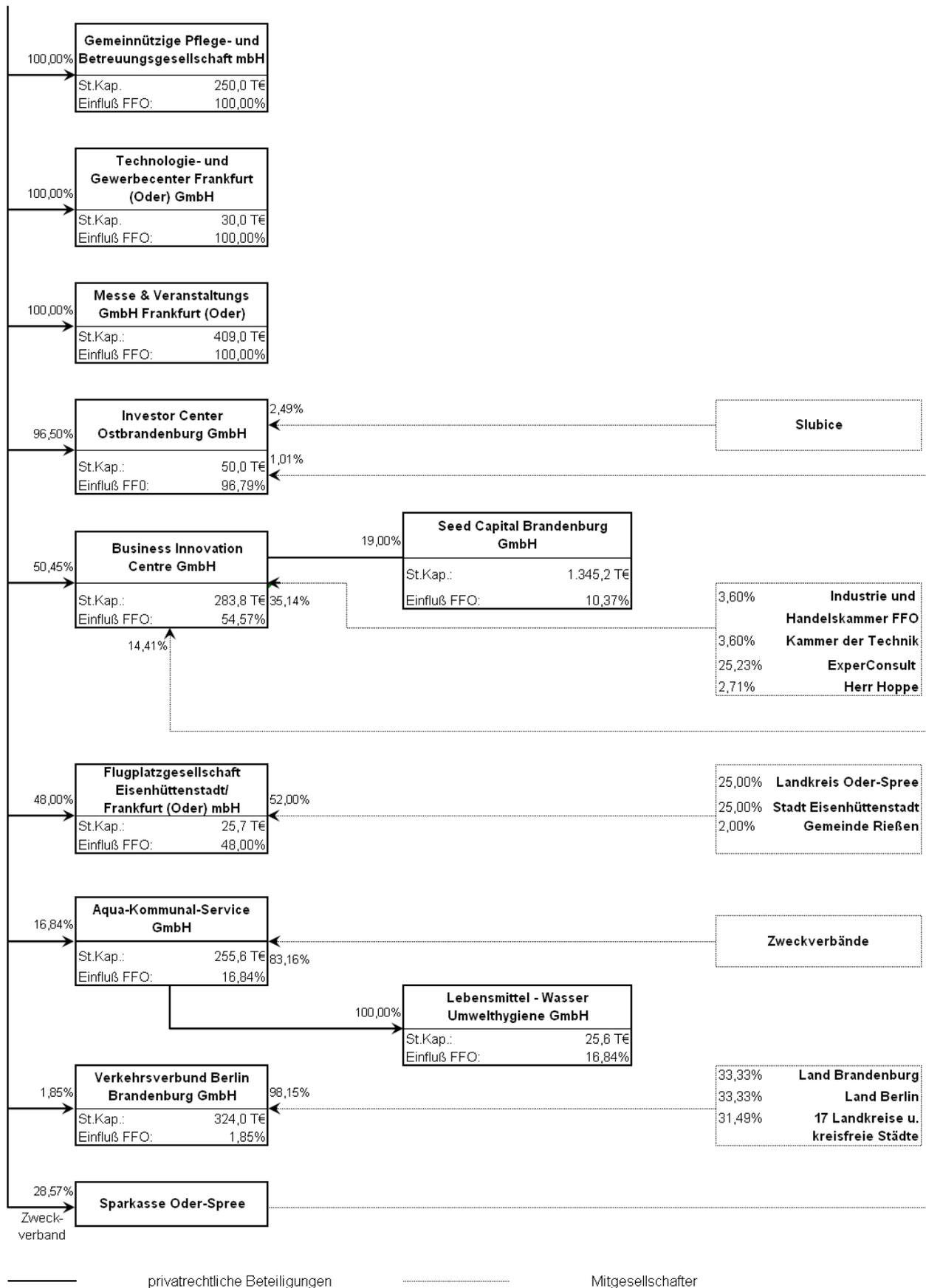
Investitionsmaßnahme:	0511130033001	
Bauzeit:	2009-2010	
Gesamtkosten:	<u>8.231,23 EUR</u>	Investition (und 14.713,02 € Aufwand)
Finanzierung:	5.487,49 EUR	Fördermittel „Soziale Stadt“
	2.743,74 EUR	Eigenmittel - Investive Schlüsselzuweisung

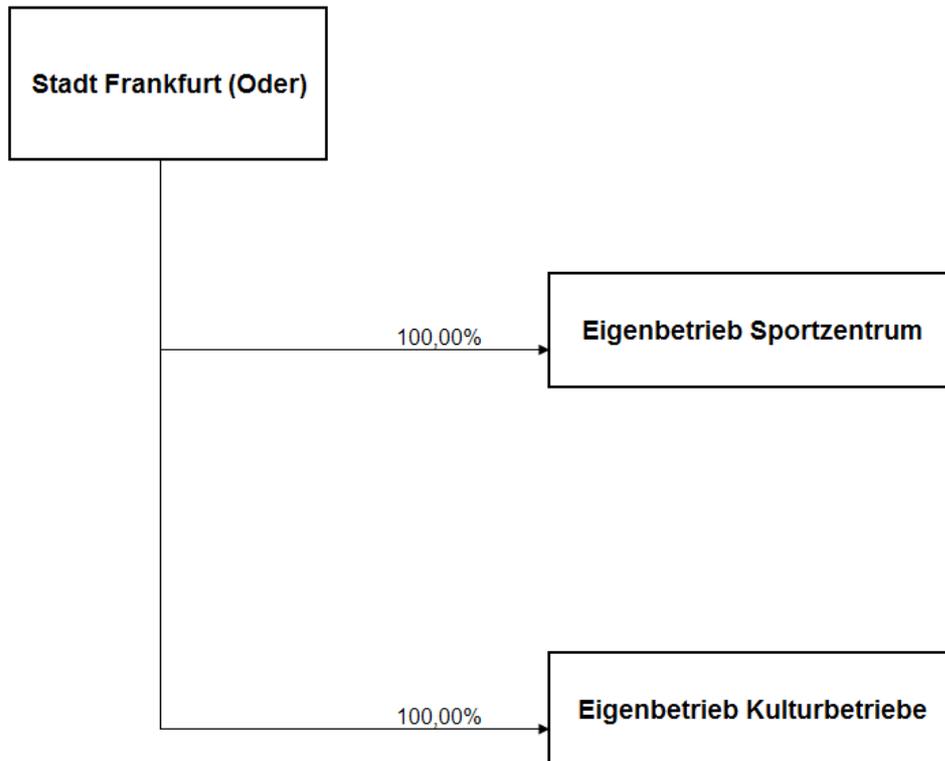
Überblick über die kommunalen Beteiligungsverhältnisse

Graphische Gesamtdarstellung

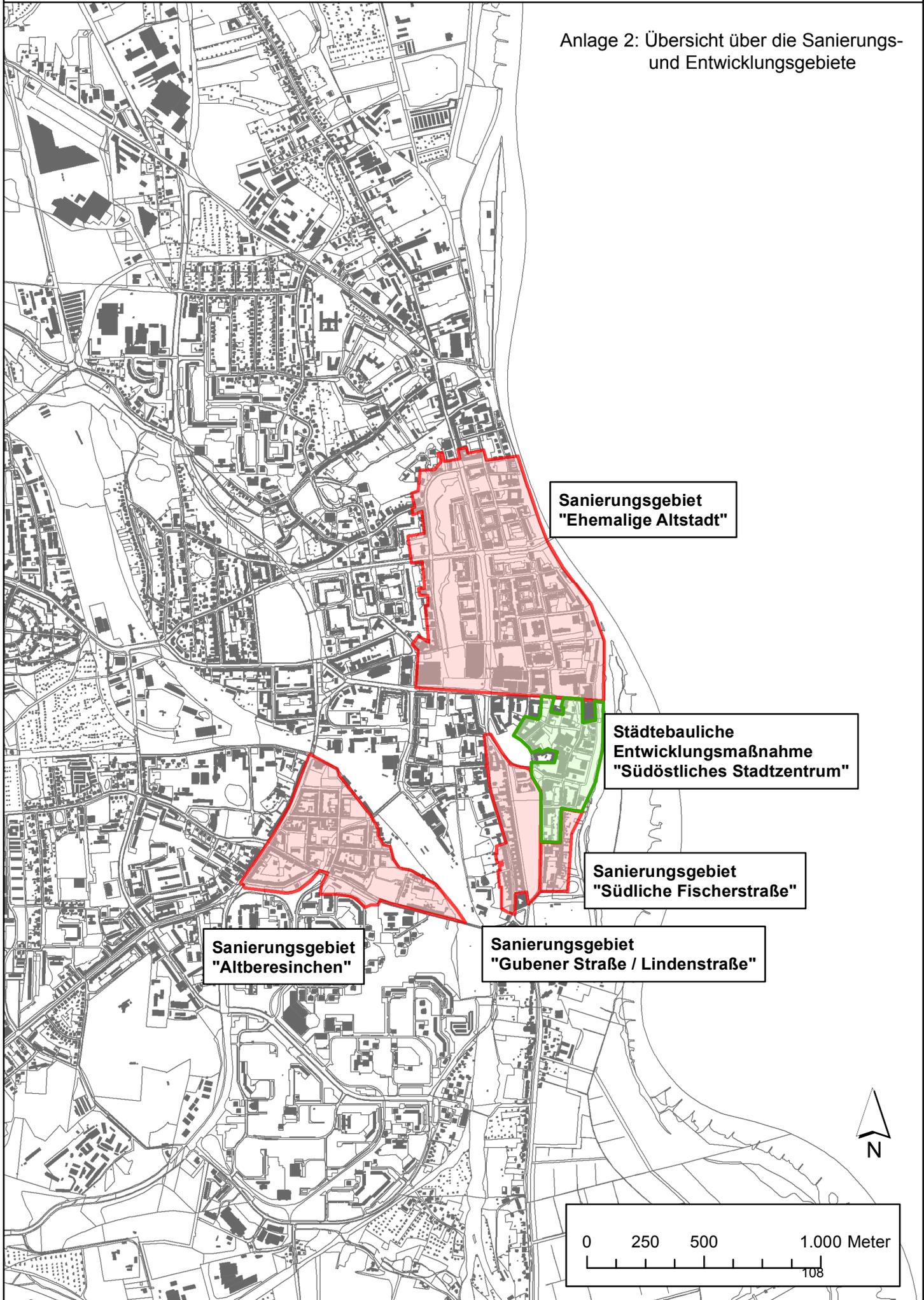


Anlage 1: Übersicht über die Beteiligungen





Anlage 2: Übersicht über die Sanierungs- und Entwicklungsgebiete



Haushaltsreste 2011

hier: Übertragene Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen der laufenden Verwaltung

lfd. Nr.	Amt	Produkt		Konto Nr.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in EUR	Auswirkungen Haushalt 2012 in EUR	
		Nr.	Bezeichnung				Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
1	13	111101	Beauftragter Internationale Zusammenarbeit inkl. Projekte	543190/ 743190	für bestehende Verbindlichkeit gemäß bestehenden Rahmenvertrag zwischen dem Frankfurt-Slubicer Kooperationszentrum	97.801,34	94.707,34	97.801,34
2	13	111102	Kommunaler Sitzungsdienst	522100/ 722100	Übertragung der noch nicht verwendeten Reparaturaufwendungen in den Ortsteilen	39.807,66	39.807,66	39.807,66
3	DV I	111110	Steuerung und Leitung Dezernat I	743190	Honorarkosten: Schlussrechnung für Verfassungsbeschwerde	7.990,85	-	7.990,85
4	DV I	111110	Steuerung und Leitung Dezernat I	743190	Schlussrechnungen für die Ermittlung der Bilanzwerte	34.425,56	-	34.425,56
5	10	111210	Personalangelegenheiten, Kommunikation- und	743190	Vorbereitung der Gesamtorganisationsuntersuchung der Verwaltung	17.427,00	-	17.427,00
6	15	111220	Steuerung der Beteiligungen	743190	Rechnung an Rechtsanwaltskanzlei gem. Abschluss Mandatsvertrag	25.090,00	-	25.090,00
7	20	111310	Finanzmanagement und Rechnungswesen	701900	Begleichung der fälligen Honorarrechnung	1.769,29	-	1.769,29
8	65	111330	Zentrales Immobilienmanagement	521134/ 721134	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Übertragung zweckgebundener Mittel - Bismarckturm	2.749,14	2.749,14	2.749,14
9	61	111330	Zentrales Immobilienmanagement	521171/ 721171	Stadtumbau - Hüllensanierung Kita "Hans und Hanka" Maßnahme 0522021521001/1	293.761,01	282.459,08	293.761,01
10	61	111330	Zentrales Immobilienmanagement	521172/ 721172	Stadtumbau - Rückbau Am Arboretum Maßnahme 0522023521008/1	97.000,00	97.000,00	97.000,00
11	61	111330	Zentrales Immobilienmanagement	521175/ 721175	SG Ehemalige Altstadt - Einbau historische Fenster Marienkirche - Maßnahme 0511140034002/3	31.310,29	31.310,29	31.310,29
12	65	111330	Zentrales Immobilienmanagement	721194	Sanierung Sanitäranlage jüdische Gemeinde - offene Rechnung für 2011 - Maßnahme	10.761,83	-	10.761,83
13	65	111330	Zentrales Immobilienmanagement	721194	Historisches Stadtarchiv - Erweiterung Brandmeldeanlage - Maßnahme 0251000034200	30.000,00		30.000,00
14	65	111330	Zentrales Immobilienmanagement	721195	Brandschutz Rathaus - Maßnahme 0111330039000/14 - Zuführung Rückstellung	210.000,00		210.000,00

lfd. Nr.	Amt	Produkt		Konto Nr.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in EUR	Auswirkungen Haushalt 2012 in EUR	
		Nr.	Bezeichnung				Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
15	65	111330	Zentrales Immobilienmanagement	521192/ 721195	Brandschutz und Sanierung Fenster Kita Bambi - Maßnahme 0511130521000/1	221.392,58	220.291,12	221.392,58
16	65	111330	Zentrales Immobilienmanagement	721195	Brandschutz "Kita Parkschlösschen - Maßnahme 0111330032000/4	140.420,09	-	140.420,09
17	65	111330	Zentrales Immobilienmanagement	521192/ 721195	Sanierung Euro-Kita - Maßnahme 0365000032000	35.067,76	20.656,86	35.067,76
18	65	111330	Zentrales Immobilienmanagement	721195	Brandschutz "Kita Villa Kunterbunt" - Maßnahme 0365000032202/2	111.777,51	-	111.777,51
19	65	111330	Zentrales Immobilienmanagement	721195	Sanierung Unterhaltung - Kita "Spatzenhaus" Maßnahme 0365000032205/2	28.966,07	-	28.966,07
20	65	111330	Zentrales Immobilienmanagement	721195	Sanierung - Kita "Märchenland" Maßnahme 0365000032210/2	190.000,00	-	190.000,00
21	65	111330	Zentrales Immobilienmanagement	521192/ 721195	Stadtumbau - Rückbau Kita Clara Zetkin Maßnahme 0522023032002/1	146.482,80	144.780,12	146.482,80
22	65	111330	Zentrales Immobilienmanagement	721195	Sanierung Obdachlosenunterkunft	7.003,19	-	7.003,19
23	65	111330	Zentrales Immobilienmanagement	721195	Brandschutz Kita "Kinderland am Park" Maßnahme 0111330032000/2	104.591,01	-	104.591,01
24	65	111330	Zentrales Immobilienmanagement	724132	Umstellung Fernwärmeabrechnung in 2012 von 11 Abschlägen auf 12 Abschläge	120.000,00	-	120.000,00
25	13	121030	Erhebungsstelle Zensus 2011	701900	Honorarkosten: Rechnungslegung für erbrachte Leistung im Monat Dezember 2011	1.066,67	-	1.066,67
26	13	121030	Erhebungsstelle Zensus 2011	523150/ 723150	Rechnung für Nutzung Mietkopierer	159,61	106,12	159,61
27	13	121030	Erhebungsstelle Zensus 2011	542100/ 742100	Zahlung von vertraglich gebundene Aufwandsentschädigungen	2.580,00	2.580,00	2.580,00
28	32	122110	Ordnungsrechtliche Angelegenheiten	543101/ 743101	Geschäftsauszahlungen Präventionsrat	2.569,28	2.569,28	2.569,28
29	61	211000	Grundschulen	521170/ 721170	Soziale Stadt - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Maßnahme 0511130033000/5 (GRS Mitte)	235.400,00	225.400,00	235.400,00
30	65	211000	Grundschulen	721193	GRS Mitte- Sanierung und Unterhaltung Schulgebäude Gubener Straße 0211000521003/1	291.216,95	-	291.216,95
31	65	211000	Grundschulen	721193	GRS "Am Botanischen Garten"- Sanierung und Unterhaltung- Inv.Nr. 0211000521000/1	120.000,00	-	120.000,00
32	65	211000	Grundschulen	721193	GRS "Astrid Lindgren"- Sanierung und Unterhaltung- Inv.Nr. 0211000521001/1	111.000,00	-	111.000,00
33	40	211000	Grundschulen	527200/ 727200	Beschaffung Klassensätze (Ersatz Festwert) - Auftrag 2011/ Lieferung 2012	13.791,12	13.791,12	13.791,12

lfd. Nr.	Amt	Produkt		Konto Nr.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in EUR	Auswirkungen Haushalt 2012 in EUR	
		Nr.	Bezeichnung				Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
34	61	217000	Gymnasien	521171/ 721171	Stadtumbau Aufwertung - Sanierung Brennergymnasium	213.482,79	213.482,79	213.482,79
35	40	217000	Gymnasien	527200/ 727200	Beschaffung Klassensätze (Ersatz Festwert) - Auftrag 2011/ Lieferung 2012	4.525,30	4.525,30	4.525,30
36	40	218000	Gesamtschulen	527200/ 727200	Beschaffung Klassensätze (Ersatz Festwert) - Auftrag 2011/ Lieferung 2012	4.587,69	4.587,69	4.587,69
37	40	221000	Förderschulen/Förderklassen	721193	Förderschule "Lessingschule" Sanierung und Unterhaltung - 0221000521001/1	120.000,00	-	120.000,00
38	13	281000	Kleistjahr (2011)	501900/ 701900	Honorarkosten: Rechnungslegung für erbrachte Leistung im Monat Januar 2012	450,00	450,00	450,00
39	13	281000	Kleistjahr (2011)	501900/ 701900	Honorarvertrag für Erarbeitung eines Strategiekonzeptes zur Implementierung von nachhaltigen Maßnahmen zum Kleistjahr 2011	49.980,00	49.980,00	49.980,00
40	13	281000	Kleistjahr (2011)	501900/ 701900	Weißbildungsmaßnahme erforderlich, um die Auftragserfüllung zu gewährleisten.	3.500,00	3.500,00	3.500,00
41	13	281000	Kleistjahr (2011)	527100/ 727100	Veranstaltungskosten für Catering im Rahmen des Kleistjahres 2011	5.848,51	5.848,51	5.848,51
42	13	281000	Kleistjahr (2011)	527100/ 727100	Rechnung für Lieferung Pressespiegel "Kleistjahr 2011" und zwei weitere Rechnungen	849,14	253,50	849,14
43	13	281000	Kleistjahr (2011)	527100/ 727100	Rechnung für Lieferung Pressespiegel "Kleistjahr 2011" und zwei weitere Rechnungen	5.200,00	1.200,00	5.200,00
44	13	281000	Kleistjahr (2011)	527100/ 727100	vorliegende Rechnungen für Durchführung Richtfest - Anbau Kleistjahr	2.888,60	2.888,60	2.888,60
45	13	281000	Kleistjahr (2011)	527100/ 727100	vorliegende Rechnungen für Durchführung Richtfest - Anbau Kleistjahr	4.986,53	4.986,53	4.986,53
46	13	281000	Kleistjahr (2011)	527100/ 727100	Beauftragung eines Banners - Anbau Kleistjahr	379,02	379,02	379,02
47	92	281020	Feuerwehrsternfahrt	727100	Offene Rechnungen der Feuerwehrsternfahrt aus 2011	363,29	-	363,29
48	50	331000	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	733100	Offene Verbindlichkeiten für 2011	220.231,31	-	220.231,31
49	50	351000	Sonstige Hilfen und Leistungen	749900	Erstattungsanspruch vom Jobcenter	1.875,00	-	1.875,00
50	50	365000	Kindertagesstätten in freier Trägerschaft	721100	vorliegende Rechnungen für Baumschnitt-arbeitern in Kindertagesstätten	11.060,21	-	11.060,21
51	65	365000	Kindertagesstätten in freier Trägerschaft	721192	Finanzrest für gebildete Rückstellungen diverse Kitas	210.000,00	-	210.000,00
52	61	366000	Stadtteilorientierte Jugendzentren	531870/ 731870	Soziale Stadt Modellvorhaben SMS - Straßensozialarbeit - Maßnahme 0511131521000/1+2	66.555,68	26.315,85	66.555,68
53	53	414020	Gesundheitsamt-Zuweisungen an Land	731100	Rückzahlung nicht verbrauchter Fördermittel	307,97	-	307,97
54	61	414020	Gesundheitsamt	531870/ 731870	Projektzuschuss "Fit mit Biss" - Maßnahme 0511130521004	13.881,89	13.881,89	13.881,89

lfd. Nr.	Amt	Produkt		Konto Nr.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in EUR	Auswirkungen Haushalt 2012 in EUR	
		Nr.	Bezeichnung				Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
55	65	421010	Förderung des Leistungssports	521191/ 721191	Hüllensanierung Finkensteig - Maßnahme 0522021521000/1	22.782,61	14.984,49	22.782,61
56	15	421010	Förderung des Leistungssports	531520/ 731520	11/SVV/0803-07 - Maßnahme Mensa Kieler Straße - Vergleich zwischen Stadt Frankfurt(Oder) und betroffenen Anwohnern	150.000,00	150.000,00	150.000,00
57	40	424200	BgA Hallenbad	721198	BgA Hallenbad, Sanierung und Unterhaltung-Babybecken - 0424200521000/1	70.000,00		70.000,00
58	61	511100	Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	531870/ 731870	Soziale Stadt - Kompetenzagentur - Maßnahme 0511130521002	646,11	646,11	646,11
59	61	511100	Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	531870/ 731870	Soziale Stadt - Quartiersfonds - Maßnahme 0511130521001	5.000,00	5.000,00	5.000,00
60	61	511100	Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	543170/ 743170	Soziale Stadt - Verfahrenssteuerung/ Öffentlichkeitsarbeit - Maßnahme 0511130521001	13.143,38	13.143,38	13.143,38
61	61	511100	Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	543190/ 743190	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten: Erstellung eines Mietpreisspiegels	28.200,00	28.200,00	28.200,00
62	61	511100	Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	743190	offene Rechnung für 2011 - Im Rahmen der Ansiedlung von Wohnbauten erforderliches Gutachten zur Einschätzung Altlasten, Bereich Lebuser Vorstadt	6.422,43	-	6.422,43
63	61	522020	Stadtumbau	531590/ 731590	Zuschuss Abriss Wohngebäude an WOWI / Maßnahme 0522024530000/3+4	165.442,11	165.442,11	165.442,11
64	61	522020	Stadtumbau	531790/ 731790	Zuschuss Abriss Wohngebäude an Wohnbau / Maßnahme 0522024530000/1+2	111.101,05	111.101,05	111.101,05
65	61	522020	Stadtumbau	543195/ 743195	Prüfgebühren Abriss Wohngebäude / Maßnahme 0522024530000/5+6	5.213,32	5.213,32	5.213,32
66	60	547000	ÖPNV	543190/ 743190	Grenzüberschreitender Busverkehr / Planungs- und Sachverständigenkosten (100% FM)	65.607,95	65.607,95	65.607,95
67	60	547000	ÖPNV	543190/ 743190	Grenzüberschreitender Busverkehr / Planungs- und Sachverständigenkosten (Erstattung Slubice)	43.979,90	43.979,90	43.979,90
68	60	547000	ÖPNV	743190	Gutachterkosten - offene Rechnungen für 2011	21.500,00	-	21.500,00
69	13	548000	BgA KV-Terminal	743190	Anwaltskosten: Rechnungslegung für erbrachte Leistungen in 2011	7.420,84	-	7.420,84
70	13	548000	BgA KV-Terminal	522100/ 722100	Wartungs- und Instandhaltungskosten an Eisenbahninfrastrukturanlagen des KV-Terminals aus 2011	31.724,87	23.793,65	31.724,87
71	66	553010	Friedhof inkl. Kriegsgräber	522101/ 722101	Friedhöfe - Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens - Übertragung der zweckgebundenen Mittel	122.657,64	122.657,64	122.657,64

lfd. Nr.	Amt	Produkt		Konto Nr.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in EUR	Auswirkungen Haushalt 2012 in EUR	
		Nr.	Bezeichnung				Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
72	39	555020	Stadtwald	527100/ 727100	Spende - finanzielle Unterstützung bei den Erhaltungsmaßnahmen vorhandener touristischer Erlebnis- und Erholungsmöglichkeiten im Stadtwald Frankfurt (Oder)	915,97	915,97	915,97
73	39	561000	Umweltschutzmaßnahmen	743190	Honorarkosten: Rechnung für die Erstellung eines integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes	30.135,68	-	30.135,68
74	13	571000	Wirtschaftsförderung und Projektmanagement	527101/ 727101	Förderbescheid "Regionalbudget für den Regionalen Wachstumskern Frankfurt (Oder) / Eisenhüttenstadt" Übertragung der nicht verausgabten Eigenmittel	13.900,05	13.365,74	13.900,05
Summen:						<u>4.640.125,45</u>	<u>2.274.539,12</u>	<u>4.640.125,45</u>

VI.1. - Anlage 3 B : Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen
aus geplanten Investitionsmaßnahmen

Haushaltsreste 2011

hier: Übertragene Ermächtigungen aus geplanten Investitionsmaßnahmen

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in EUR	Auswirkungen Haushalt 2012 in EUR	
					Ergebnishaushalt	Finanzaushalt

Einzahlungen

1	Koop.	0111101082001/6	Förderung - Erwerb BGA - Kooperationszentrum (EFRE - 85 %)	25.207,18		25.207,18
2	65	0111330034000/4	Förderung - Anbau Kleistmuseum	3.778.866,00		3.778.866,00
3	65	0111330034001/16	Zuweisung Land - Umbau/ Sanierung VHS	1.661.064,00		1.661.064,00
4	37	0127010013101/4	Zuweisung Land - Verschlüsselungssoftware Regionalleitstelle	45.485,57		45.485,57
5	37	0127010082103/8	Förderung - Redundanz-Arbeitsplätze - aus 2009	76.864,05		76.864,05
6	37	0127010082103/18	Förderung - Redundanzarbeitsplätze - WLAN/ LAN Schnittstelle	13.722,98		13.722,98
7	61	0511120042100/8	Zuweisung Land - Freianlagen Grüner Weg	675.048,00		675.048,00
8	61	0511120047100/4	Zuweisung Land - NSE Funktionsgebäude Stadion	788.000,00		788.000,00
9	61	0511120065100/ 6	Zuweisung Land - NSE Ehemaliges Georgenhospital	91.424,59		91.424,59
10	61	0511140045101/2	KAG Beiträge Schulstraße	60.000,00		60.000,00
11	61	0522021045001/4	Förderung Stadtumbau - Sanierung Stadtplatz Süd - Aufwertung	66.600,00		66.600,00
12	61	0522021045003/6	Ausbau Ziegelstraße - Anzahlung Beiträge nach KAG	100.000,00		100.000,00
13	66	0535000191208/4	Fördermittel EFRE - Investförderung FWA - Westkreuz/ Schubertstraße	3.107,23		3.107,23

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in EUR	Auswirkungen Haushalt 2012 in EUR	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
14	66	0535000191210/4	Fördermittel EFRE - Investförderung FWA - Große Müllroser Straße	2.811,30		2.811,30
15	66	0544010045000/8	Förderung - Knoten B 112 neu	616.954,00		616.954,00
16	66	0544010045000/10	Förderung - Brücke B 112 neu	25.046,00		25.046,00
17	66	0544010045000/12	Förderung - Verbindungsstraße B 112 neu	558.000,00		558.000,00
Summen:				8.588.200,90	-	8.588.200,90

Auszahlungen

1	Koop.	0111101082001/2	Erwerb BGA - Kooperationszentrum	14.875,00		14.875,00
2	D I	0111110082200/2	Erwerb GWG - Ausstattung Dienstzimmer	952,00		952,00
3	D I	0111110082200/6	Erwerb GWG - Ausstattung Dienstzimmer	224,91		224,91
4	D III	0111130080000/2	Erwerb GWG - Ersatz	1.642,99		1.642,99
5	10	0111210012000/2	Erwerb Serverlizenzen	9.401,00		9.401,00
6	10	0111210012000/14	Erwerb geringwertiger Einzellizenzen	1.977,95		1.977,95
7	10	0111210013000/2	Erwerb Software - Personalabrechnung DMS	1.606,50		1.606,50
8	20/10	0111210013100	Erwerb Software - DMS - zentrales Archivierungssystem	57.390,70		57.390,70
9	10	0111210082100/2	Erwerb BGA - Beamer	2.000,00		2.000,00
10	10	0111210082102/2	Erwerb BGA - Netzwerkkomponenten	9.718,73		9.718,73
11	10	0111210082103/2	Erwerb BGA - Netzwerkspeicher	23.383,50		23.383,50

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in EUR	Auswirkungen Haushalt 2012 in EUR	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
12	10	0111210082200/6	Ersatzbeschaffung Laptop	1.000,00		1.000,00
13	BS/10	0111220013100/2	Erwerb Fachsoftware - Beteiligungsverwaltung	9.571,09		9.571,09
14	20	0111310013100/8	Erwerb Fachsoftware - Doppisches Berichtswesen	63.750,50		63.750,50
15	20/10	0111310013101/2	Erwerb Fachsoftware - zusätzliche Lizenzen Aviso (Vollstreckungssoftware)	1.309,00		1.309,00
16	20	0111310082200/2	Erwerb GWG - Ersatz	3.918,67		3.918,67
17	65	0111330020000/6	Ankauf diverser unbebauter Grundstücke nach Bedarf	4.750,00		4.750,00
18	65	0111330020000/18	Bundesstraßen - Ankauf unbebauter Grundstücke	918,00		918,00
19	65	0111330020000/20	Erwerb Arrondierungsflächen Internat Finkensteig	66.000,00		66.000,00
20	65	0111330034000/2	AiB - Anbau Kleistmuseum	3.406.029,66		3.406.029,66
21	65	0111330034000/20	Anbau Kleistmuseum - Ausstattung	202.000,00		202.000,00
22	65	0111330034000/26	Anbau Kleistmuseum - Investzuschuss an Kleist-Gedenk- und Forschungsstätte e.V.	150.000,00		150.000,00
23	61	0111330034001/2	Sanierung VHS - AiB Planung und Bauvorber.	216.419,18		216.419,18
24	61	0111330034001/4	Sanierung VHS - AiB Haus 1 Neubau	672.084,15		672.084,15
25	61	0111330034001/8	Sanierung VHS - AiB Haus 2 Altbau	715.771,59		715.771,59
26	61	0111330034001/12	Sanierung VHS - AiB Haus 3 Altbau	660.499,48		660.499,48
27	61	0111330034001/18	Sanierung VHS - AiB Verbindungsgebäude	387.515,88		387.515,88
28	65	0111330041000/4	Grunderwerb - Grenzübergang Oderbrücke	241.000,00		241.000,00

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in EUR	Auswirkungen Haushalt 2012 in EUR	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
29	65	0111330041101/2	Ankauf unbebauter Grundstücke - Bereinigung	5.849,41		5.849,41
30	14/10	0111400013100/2	Erwerb Fachsoftware - Prüfungssoftware	12.000,00		12.000,00
31	66	0111540071100/2	Erwerb Kleintransporter (Ersatz FF 2611)	24.990,00		24.990,00
32	66	0111540071101/2	Ersatz Fahrzeug Bauhof - FF-2658	19.340,30		19.340,30
33	66	0111540071102/2	Ersatzbeschaffung Kleintransporter - Bauhof	24.990,00		24.990,00
34	66	0111540071103	Ersatzbeschaffung Fahrzeuge Multicar - Bauhof	117.230,01		117.230,01
35	65	0111550082000/6	Erwerb ergonomische Multikontursitze - Dienstfahrzeug D I	7.900,00		7.900,00
36	10	0122110082200/2	Erwerb GWG	847,28		847,28
37	32	0122110082201/6	Erwerb GWG - Laptop Gewerbeamt	2.000,00		2.000,00
38	32/10	0122120082101/4	Erwerb BGA - Hardware (Scanner Führerscheinstelle)	1.300,00		1.300,00
39	32/10	0122200013100/6	MESO - Import kleinräumige Gliederung	4.284,00		4.284,00
40	65	0126000039000/14	Nicht förderfähige Herstellungskosten - FFW Güldendorf	2.280,06		2.280,06
41	65	0126000039200/4	Rekonstruktion Feuerwehr	514.521,61		514.521,61
42	37	0126000071100/12	Einsatzleitwagen 2 - 4m & 2m Funkgeräte	1.727,05		1.727,05
43	37	0126000071100/16	Erwerb GWG - 4 Funkgeräte 2m Band und ein Laptop	1.762,69		1.762,69
44	37	0126000071102/2	Mannschaftstransportwagen (Ersatz FF 2563)	48.066,03		48.066,03
45	37	0126000071102/12	Funkgeräte 2m Band	910,00		910,00

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in EUR	Auswirkungen Haushalt 2012 in EUR	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
46	37	0126000082100/2	4m Funkgeräte für Mannschaftstransportwagen	4.759,43		4.759,43
47	37	0127010013101/2	Erwerb Fachsoftware - Verschlüsselungssoftware Regionalleitstelle	6.198,24		6.198,24
48	37	0127010013101/6	Erwerb - Verschlüsselungshardware Regionalleitstelle	11.444,42		11.444,42
49	37	0127010013101/16	Lizenz Verschlüsselungssoftware	4.641,00		4.641,00
50	37	0127010013101/18	Erwerb GPS-Antennen	22.337,14		22.337,14
51	37	0127010013101/20	Anzahlung Verschlüsselungssoftware	2.189,60		2.189,60
52	37	0127010013102/2	Störmeldeeinrichtung	21.836,50		21.836,50
53	37	0127010073100/6	Erneuerung DAU-Standorte	29.379,70		29.379,70
54	37	0127010082103/12	Erwerb BGA - Redundanzarbeitsplätze - LAN Schnittstelle	90.587,03		90.587,03
55	37	0127020071102/2	Ersatz Krankentransportwagen (FF1625)	78.000,00		78.000,00
56	37	0127020071102/8	Beschaffung Funkgerät Krankentransportwagen	1.950,00		1.950,00
57	40	0211000082100/2	Erwerb Medientechnik (4 PC) GRS Mühlenfließ	1.344,20		1.344,20
58	40	0211000082101/10	Erwerb GWG - Schulleiterzimmer - GRS Mühlenfließ	4.886,14		4.886,14
59	40	0211000082101/16	Erwerb BGA - netzwerkfähiger Drucker - GRS Mühlenfließ	1.955,01		1.955,01
60	40	0211000082102/2	Erwerb Medientechnik - GRS Astrid Lindgren	6.543,81		6.543,81
61	40	0211000082103/14	Erwerb GWG - Hochregale - GRS Astrid Lindgren	892,50		892,50
62	40	0211000082106/2	Erwerb Medientechnik (4 PC) GRS Mitte	2.688,42		2.688,42

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in EUR	Auswirkungen Haushalt 2012 in EUR	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
63	40	0211000082107/4	Erwerb GWG - Ausstattung - GRS Mitte	2.401,26		2.401,26
64	40	0211000082115/10	Erwerb GWG - Sportgeräte - GRS Erich Kästner	920,78		920,78
65	40	0211000082118/2	Erwerb GWG - GRS Lennéschule	912,73		912,73
66	40	0211000082118/24	Erwerb BGA - Soundsystem - Lennéschule	367,71		367,71
67	40	0211000082118/26	Erwerb BGA - DVD/ VHS-Recorder - Lennéschule	249,90		249,90
68	40	0216000082100/24	Erwerb GWG - PC-Technik - Kleist OS	8.100,00		8.100,00
69	40	0217000082101/2	Erwerb BGA - Glasvitrine - Karl-Liebknecht-Gymnasium	4.000,00		4.000,00
70	40	0218000082101/10	Erwerb GWG - OS Ulrich von Hutten	264,49		264,49
71	40	0221000082100/2	Erwerb Miniküchen - Hansaschule Ausstattung	3.133,02		3.133,02
72	40	0221000082102/10	Erwerb BGA - Soundsystem - Lessingschule	367,71		367,71
73	40	0243010082100/6	Erwerb GWG - Zentrale Steuerung der Schulen	5.800,00		5.800,00
74	40	0243020082000/2	Erwerb GWG - Sonderpädagog. Beratungsstelle	2.000,00		2.000,00
75	41	0262000082100/ 2	Erwerb BGA - BSOF - inklusive Instrumente	60.861,56		60.861,56
76	Kleist	0281000061100/2	Erwerb Archivalien - Kleistjahr 2011	5.035,00		5.035,00
77	50	0311000082100/4	Erwerb GWG - Sozialamt	600,00		600,00
78	50 (10)	0311100013100/2	Erwerb Fachsoftware - Sozialamt - Freischaltung Einnahmenverwaltung	9.295,27		9.295,27
79	50 (10)	0311100013100/6	Erwerb Fachsoftware - Sozialamt - Freischaltung Einnahmenverwaltung	3.272,73		3.272,73

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in EUR	Auswirkungen Haushalt 2012 in EUR	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
80	50 (10)	0363000016100/2	Erwerb geringwertiger Fachsoftware - Sozialamt - "Advoexpert"	248,00		248,00
81	50	0363000082100/4	Erwerb GWG - Jugendamt	6.358,10		6.358,10
82	65	0365000032000/2	AiB - Sanierung Euro-Kita	55.300,00		55.300,00
83	40	0424100071100/2	Ersatz Fahrzeuge Sportplätze - Spindelrasenmäher	50.200,00		50.200,00
84	61	0511100190000/2	Investitionsförderung - Wohneigentumsförderung	8.750,00		8.750,00
85	61	0511120032000/2	NSE - AiB Sport und Freianlagen Gubener Straße	184.852,68		184.852,68
86	61	0511120039000	AiB - Sanierung Bürgerschule	913.017,16		913.017,16
87	61	0511120042100/2	AiB - Klingefließ (Renaturierung)	4.734,84		4.734,84
88	61	0511120042100/6	AiB - Freianlagen Grüner Weg	986.163,21		986.163,21
89	66	0511120045100/6	AiB - Universitätsplatz	71.298,20		71.298,20
90	61	0511120047100/2	AiB - Funktionsgebäude Stadion	1.013.469,91		1.013.469,91
91	61	0511120065100/4	AiB - ehemaliges Georgenhospital (NSE)	3.337,60		3.337,60
92	61	0511120065100/8	AiB - ehemaliges Georgenhospital (STUB RSI sozial)	176.423,00		176.423,00
93	65	0511130032000/2	AiB - Horthaus GRS Mitte	930.952,31		930.952,31
94	61	0511130033000/ 2	AiB - Schulgebäude Grundschule Mitte	102.800,00		102.800,00
95	66	0511130047000/2	Lennépark - Schöpferdenkmal	36.028,22		36.028,22
96	61	0511140034001/ 6	"Ehemalige Altstadt" - Sanierung Anbau Konzerthalle	98.624,97		98.624,97

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in EUR	Auswirkungen Haushalt 2012 in EUR	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
97	61	0511140045101/2	AiB - Sanierung Schulstraße 1. BA	571.095,50		571.095,50
98	61	0511140051100/ 2	AiB - Freianlagen Neubau Kleistmuseum	50.000,00		50.000,00
99	61	0511140051100/ 6	AiB - Freianlagen Bischofstraße 1-5	50.000,00		50.000,00
100	62	0511210010000/2	Erwerb Lizenzen digitale Orthophotos	10.567,20		10.567,20
101	62	0511210082200/12	Erwerb geringwertiger fachspezifischer Hardware	3.641,40		3.641,40
102	62	0511220013100/10	Software Förderprojekte - Infrastrukturknoten/ Geoportal	10.000,00		10.000,00
103	62	0511220013102/8	Software Förderprojekte - Aufbau Stadtkarte	8.000,00		8.000,00
104	62	0511220082200/8	Erwerb geringwertiger fachspezifischer Hardware	606,90		606,90
105	61	0522021045001/2	AiB - Stadtplatz Süd - Stadtumbau Aufwertung	99.900,00		99.900,00
106	61	0522021045003/2	AiB - Ausbau Ziegelstraße - Stadtumbau Aufwertung	327.642,60		327.642,60
107	61	0522023032003/2	AiB - Hüllensanierung Eltern-Kind-Zentrum (RSI)	180.000,00		180.000,00
108	61	0522025191200/6	Investitionszuschüsse an private Eigentümer - Stadtumbau SSE	250.000,00		250.000,00
109	66	0535000191208/2	Investfördermaßnahme FWA - Westkreuz/ Schubertstraße	3.107,23		3.107,23
110	66	0535000191210/2	Investfördermaßnahme FWA - Große Müllroser Straße	2.811,30		2.811,30
111	66	0541010045002/2	AiB - Zschokkestraße aus 2009	471,24		471,24
112	66	0541010045002/2	AiB - Zschokkestraße - EM 2010	1.831,56		1.831,56
113	66	0541020045018/2	AiB - Radweg Sonnenallee - Kopernikusstraße	37.000,00		37.000,00

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in EUR	Auswirkungen Haushalt 2012 in EUR	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
114	66	0541030042100/2	AiB - Brücke Leinengasse - Planung	41.699,43		41.699,43
115	66	0541030042100/4	AiB - Brücke Leinengasse - Bau	310.515,93		310.515,93
116	66	0541040041001/2	Sanierung Ortsteilstraßen Rosengarten 2. Bauabschnitt Booßener Straße - Straßenkörper	160.000,00		160.000,00
117	66	0544010045000/2	AiB - Verbindungsstraße B112n	239.856,85		239.856,85
118	66	0544010045000/4	AiB - Brücke B112n	48.240,41		48.240,41
119	66	0544010045000/6	HET 4. BA - AiB Verbindungsstraße B112 Neu	759.684,70		759.684,70
120	66	0544010045104/2	HET 4. BA - AiB Straßenkörper und -zubehör	4.084,26		4.084,26
121	66	0544010045108/2	HET 8. BA - AiB Straßenkörper und -zubehör	313.256,71		313.256,71
122	60	0547000191200/2	Investitionsförderung Stadtverkehrsgesellschaft - Haltestellen	109.111,07		109.111,07
123	WiFö	0548000043101	Ausbau KV - Terminal - Verlängerung Umschlagfläche, Neubau Gatebereich und Gleisanlage	110.303,51		110.303,51
124	66	0551000047001/ 2	AiB - Gestaltung Eingangsbereich Stadtwald	77.284,46		77.284,46
125	66	0551000047206/2	AiB - Spielplatz August-Bebel-Straße	17.500,00		17.500,00
126	66	0552000042100/8	AiB - Brücke über das Klingefließ/ Rathenaustraße	61.916,90		61.916,90
127	66	0552000044100/2	AiB - Planung Entwässerungssystem Rosengarten	10.402,37		10.402,37
128	66	0552000044100/4	AiB - Entwässerungssystem Rosengarten	90.000,00		90.000,00
129	66	0552000046100/2	AiB - Sanierung Uferwand Lokbad	83.800,00		83.800,00
130	66	0552000046101/2	AiB - Dammbauwerk Klingspeicher	200.000,00		200.000,00
131	66	0552000046102/2	AiB - Entwässerung Fürstenwalder Poststraße	50.000,00		50.000,00
132	66/ 10	0553010013101/2	Erwerb Fachsoftware - Friedhofsverwaltung	4.799,27		4.799,27

lfd. Nr.	Amt	Investitions-Nr./ Pos.	Verwendung/ Zweckbestimmung	genehmigter Haushaltsrest in EUR	Auswirkungen Haushalt 2012 in EUR	
					Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
133	66	0553010071100/2	Ersatz Absetzkipper Friedhof - FF 2654	77.836,71		77.836,71
134	66	0555020039200/2	AiB - Stadtförsterei - Ausbau Wildkammer	27.300,00		27.300,00
135	Wifö	0571000046100/4	Sportbootmarina - Planung Zufahrt	14.716,70		14.716,70
136	Wifö	0571000046100/12	Sportbootmarina - Planung Steganlage	631,78		631,78
137	Wifö	0571000046101/2	Marina Winterhafen - 2. Ausbaustufe - Planung	89.700,00		89.700,00
Summen:				<u>17.266.798,41</u>	<u>-</u>	<u>17.266.798,41</u>

Abkürzungsverzeichnis Haushaltsreste

AiB	Anlage im Bau
B 112n	Bundesstraße 112 neu
BGA	Betriebs- und Geschäftsausstattung
BSOF	Brandenburgisches Staatsorchester Frankfurt
D	Dezernat
DAU	Digitaler Alarmumsetzer
DMS	Dokumentenmanagementsystem
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
FFW	Freiwillige Feuerwehr
FWA	Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH
GPS	Global Positioning System
GRS	Grundschule
GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter
KAG	Kommunalabgabengesetz
Kita	Kindertagesstätte
Koop.	Frankfurt-Slubicer Kooperationszentrum
MESO	Software für Meldebehörden
NSE	Nachhaltige Stadtentwicklung
OS	Oberschule
RSI	Rückführung städtischer Infrastruktur (Förderprogramm Bund/ Land)
SG	Sanierungsgebiet
SSE	Sicherung, Sanierung und Erwerb von Altbauimmobilien (Förderprogramm Bund/ Land)
VHS	Volkshochschule

Anlage 4

Jahresrechnung 2011

Korrekturen der Eröffnungsbilanz der Stadt Frankfurt (Oder) zum 01.01.2010

Aktiva	ALT Bestand Eröffnungsbilanz inkl. Änd. i. R. der JA bis 31.12.2010	Korrekturen im Jahresabschluss 2011	NEU Bestand Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010
1. Anlagevermögen	632.128.931,46	1.227.733,08	630.901.198,38
1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände	246.437,62	-	246.437,62
1.2. Sachanlagevermögen	474.869.498,50	1.227.734,08	473.641.764,42
1.2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	20.776.792,45	-	20.776.792,45
1.2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	197.410.805,69	- 2.195.524,50	195.215.281,19
1.2.3. Grundstücke und Bauten des Infrastrukturvermögens und sonstiger Sonderflächen	239.219.452,40	500.592,40	239.720.044,80
1.2.4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	-	-	-
1.2.5. Kunstgegenstände/ Kulturdenkmäler	1.198.706,44	- 105.000,00	1.093.706,44
1.2.6. Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen	3.659.096,07	-	3.659.096,07
1.2.7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.388.090,40	-	4.388.090,40
1.2.8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.216.555,05	572.198,02	8.788.753,07
1.3. Finanzanlagevermögen	157.012.995,34	1,00	157.012.996,34
1.3.1. Rechte an Sondervermögen	26.939.664,03	-	26.939.664,03
1.3.2. Anteile an verbundenen Unternehmen	129.926.565,60	-	129.926.565,60
1.3.3. Mitgliedschaft in Zweckverbänden	1,00	-	1,00
1.3.4. Anteile an sonstigen Beteiligungen	47.172,73	1,00	47.173,73
1.3.5. Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-	-
1.3.6. Ausleihungen	99.591,98	-	99.591,98
1.3.6.1. an Sondervermögen	-	-	-
1.3.6.2. an verbundene Unternehmen	99.591,98	-	99.591,98
1.3.6.3. an Zweckverbände	-	-	-
1.3.6.4. an sonstige Beteiligungen	-	-	-
1.3.6.5. Sonstige Ausleihungen	-	-	-

Aktiva

	ALT Bestand Eröffnungsbilanz inkl. Änd. i. R. der JA bis 31.12.2010	Korrekturen im Jahresabschluss 2011	NEU Bestand Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010
2. Umlaufvermögen	28.109.655,76	67.876,62	28.177.532,38
2.1. Vorräte	9.164.602,01	65.333,93	9.229.935,94
2.1.1. Grundstücke in Entwicklung	9.115.495,81	65.333,93	9.180.829,74
2.1.2. Sonstiges Vorratsvermögen	49.106,20	-	49.106,20
2.1.3. Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	-	-	-
2.2. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	14.244.881,09	2.542,69	14.247.423,78
2.2.1. öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	9.297.273,32	-	9.299.816,01
2.2.1.1. <i>Gebühren</i>	767.702,07	-	767.702,07
2.2.1.2. <i>Beiträge</i>	337.271,11	-	337.271,11
2.2.1.3. <i>Wertberichtigungen auf Gebühren und Beiträgen</i>	413.331,04	-	413.331,04
2.2.1.4. <i>Steuern</i>	3.956.324,91	-	3.956.324,91
2.2.1.5. <i>Transferleistungen</i>	699.016,83	2.542,69	701.559,52
2.2.1.6. <i>Sonstige öffentlich-rechtlichen Forderungen</i>	4.759.804,46	-	4.759.804,46
2.2.1.7. <i>Wertberichtigungen auf Steuern, Transferleistungen, sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen</i>	809.515,02	-	809.515,02
2.2.2. Privatrechtliche Forderungen	3.672.049,67	-	3.672.049,67
2.2.2.1. <i>gegenüber dem privaten und öffentlichen Bereich</i>	1.117.502,15	-	1.117.502,15
2.2.2.2. <i>gegen Sondervermögen</i>	4.541,65	-	4.541,65
2.2.2.3. <i>gegen verbundene Unternehmen</i>	2.807.230,42	-	2.807.230,42
2.2.2.4. <i>gegen Zweckverbände</i>	-	-	-
2.2.2.5. <i>gegen sonstige Beteiligungen</i>	11.999,90	-	11.999,90
2.2.2.6. <i>Wertberichtigungen auf privatrechtliche Forderungen</i>	269.224,45	-	269.224,45
2.2.3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.275.558,10	-	1.275.558,10
2.3. Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-
2.4. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	4.700.172,66	-	4.700.172,66
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	16.511.725,59	-	16.511.725,59
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	-	-	-
Bilanzsumme Aktiva	676.750.312,81	1.159.856,46	675.590.456,35

Erläuterungen zu den Korrekturen der Eröffnungsbilanz - Aktiva

Bilanzposition Aktiva		Bestand ALT	Korrektur	Bestand NEU
1.1.	Immaterielle Vermögensgegenstände			
1.1.	Immaterielle Vermögensgegenstände	246.437,62	-	246.437,62
1.2.	Sachanlagevermögen			
1.2.1.	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	20.776.792,45	-	20.776.792,45
1.2.2.	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	197.410.805,69	- 2.195.524,50	195.215.281,19
	03xxxx - Außenanlagen - Überprüfung/ Anpassung Nutzungsdauer		- 1.529.708,00	
	03xxxx - Außenanlagen - Überprüfung/ Anpassung Nutzungsdauer - Ende ND vor 31.12.2009		- 665.816,50	
1.2.3.	Grundstücke und Bauten des Infrastrukturvermögens und sonstiger Sonderflächen	239.219.452,40	500.592,40	239.720.044,80
	041100 - Erwerb Grundstücke ETTC Süd - Nachtrag Anteil Erwerb 2009		500.000,00	
	041100 - Nachtrag Grunderwerb Booßener Str., OT Rosengarten		592,40	
1.2.4.	Bauten auf fremdem Grund und Boden	-	-	-
1.2.5.	Kunstgegenstände/ Kulturdenkmäler	1.198.706,44	- 105.000,00	1.093.706,44
	065100 - Korrektur Doppelerfassung Kriegsgräberstätte Nuhnen		- 105.000,00	
1.2.6.	Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen	3.659.096,07	-	3.659.096,07
1.2.7.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.388.090,40	-	4.388.090,40
1.2.8.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.216.555,05	572.198,02	8.788.753,07
	096111 - AiB Volkshochschule - Nachtrag Rechnungen aus 2009		31.877,50	
	096112 - AiB Sanierung/ Erweiterung TH Grs. Mitte, Gubener Straße 13 - Nachtrag AiB 2009		19.077,26	
	096200 - AiB Renaturierung Nuhnenfließ		9.305,99	
	096207 - AiB Verlängerung Marie-Curie-Straße		41.140,74	
	096112 - AiB Horthaus Grs. Mitte, Gubener Straße		67.165,14	
	096112 - AiB Feuerwehrtechnisches Zentrum		256.426,39	
	096112 - Rücknahme pauschaler Vortrag AiB Maßnahmen "Soziale Stadt"		- 165.394,01	
	096112 - AiB Sanierung Horthaus Grs. Mitte (ehem. Direktorenhaus)		84.348,83	
	096114 - AiB Sanierung Mikado		186.118,24	
	096206 - AiB Umfahrung TeGeCe - Nachtrag		84.879,17	
	096260 - AiB Radweg Kieler Straße		- 42.747,23	

Bilanzposition Aktiva		Bestand ALT	Korrektur	Bestand NEU
1.3.	Finanzanlagevermögen			
1.3.1.	Rechte an Sondervermögen	26.939.664,03	-	26.939.664,03
1.3.2.	Anteile an verbundenen Unternehmen	129.926.565,60	-	129.926.565,60
1.3.3.	Mitgliedschaft in Zweckverbänden	1,00	-	1,00
1.3.4.	Anteile an sonstigen Beteiligungen	47.172,73	1,00	47.173,73
	111400 - Nachtrag Geschäftsanteil Binnenhäfen Oder GmbH		1,00	
1.3.5.	Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-	-
1.3.6.	Ausleihungen	99.591,98	-	99.591,98
1.3.6.1.	<i>an Sondervermögen</i>	-	-	-
1.3.6.2.	<i>an verbundene Unternehmen</i>	99.591,98	-	99.591,98
1.3.6.3.	<i>an Zweckverbände</i>	-	-	-
1.3.6.4.	<i>an sonstige Beteiligungen</i>	-	-	-
1.3.6.5.	<i>Sonstige Ausleihungen</i>	-	-	-
2.1.	Vorräte			
2.1.1.	Grundstücke in Entwicklung	9.115.495,81	65.333,93	9.180.829,74
	151300 - Gewerbestandstück ETTC Süd, Flur 120, Flurstück 109		87.541,43	
	151310 - Anpassung Grundstückswert entsprechend Wertgutachten aus 2005	-	22.207,50	
2.1.2.	Sonstiges Vorratsvermögen	49.106,20	-	49.106,20
2.1.3.	Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	0,00	-	-
2.2.	Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände			
2.2.1.	öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen			
2.2.1.1.	<i>Gebühren</i>	767.702,07	-	767.702,07
2.2.1.2.	<i>Beiträge</i>	337.271,11	-	337.271,11
2.2.1.3.	<i>Wertberichtigungen auf Gebühren und Beiträgen</i>	-413.331,04	-	413.331,04
2.2.1.4.	<i>Steuern</i>	3.956.324,91	-	3.956.324,91
2.2.1.5.	<i>Transferleistungen</i>	699.016,83	2.542,69	701.559,52
	169290 - Nachtrag Forderung aus Abruf FM Konjunkturpaket II für Grs. Erich Kästner		2.542,69	
2.2.1.6.	<i>Sonstige öffentlich-rechtlichen Forderungen</i>	4.759.804,46	-	4.759.804,46
2.2.1.7.	<i>Wertberichtigungen auf Steuern, Transferleistungen, sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen</i>	-809.515,02	-	809.515,02

Bilanzposition Aktiva	Bestand ALT	Korrektur	Bestand NEU
2.2.2. Privatrechtliche Forderungen			
2.2.2.1. gegenüber dem privaten und öffentlichen Bereich	1.117.502,15	-	1.117.502,15
2.2.2.2. gegen Sondervermögen	4.541,65	-	4.541,65
2.2.2.3. gegen verbundene Unternehmen	2.807.230,42	-	2.807.230,42
2.2.2.4. gegen Zweckverbände	0,00	-	-
2.2.2.5. gegen sonstige Beteiligungen	11.999,90	-	11.999,90
2.2.2.6. Wertberichtigungen auf privatrechtliche Forderungen	-269.224,45	-	269.224,45
2.2.3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.275.558,10	-	1.275.558,10
2.3. Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-
2.4. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	4.700.172,66	-	4.700.172,66
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	16.511.725,59	-	16.511.725,59

Passiva

	ALT Bestand Eröffnungsbilanz inkl. Änd. i. R. der JA bis 31.12.2010	Korrekturen im Jahresabschluss 2011	NEU Bestand Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010
1. Eigenkapital	269.175.027,91	2.680.951,61	266.494.076,30
1.1. Basis Reinvermögen	269.175.027,91	2.680.951,61	266.494.076,30
1.2. Rücklagen aus Überschüssen	-	-	-
1.2.1. Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	-	-	-
1.2.2. Rücklage aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses	-	-	-
1.3. Sonderrücklage	-	-	-
1.4. Fehlbetragsvortrag	-	-	-
1.4.1. Fehlbetrag aus ordentlichem Ergebnis	-	-	-
1.4.2. Fehlbetrag aus außerordentlichem Ergebnis	-	-	-
2. Sonderposten	279.794.271,46	727.927,10	280.522.198,56
2.1. Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	246.951.022,94	422.365,35	246.528.657,59
2.2. Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- u. Investitionszuschüssen	3.176.842,43	-	3.176.842,43
2.3. Sonstige Sonderposten	29.666.406,09	1.150.292,45	30.816.698,54
3. Rückstellungen	35.980.430,28	295.846,27	36.276.276,55
3.1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	18.632.813,31	-	18.632.813,31
3.2. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	-	-	-
3.3. Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	1.559.055,00	-	1.559.055,00
3.4. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	-	-	-
3.5. Sonstige Rückstellungen	15.788.561,97	295.846,27	16.084.408,24
4. Verbindlichkeiten	89.963.669,50	497.321,78	90.460.991,28
4.1. Anleihen	-	-	-
4.2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	17.548.504,79	-	17.548.504,79

Passiva

	ALT Bestand Eröffnungsbilanz inkl. Änd. i. R. der JA bis 31.12.2010	Korrekturen im Jahresabschluss 2011	NEU Bestand Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010
4.3. Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten	61.600.000,00	-	61.600.000,00
4.4. Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	-
4.5. Erhaltene Anzahlungen	663.315,61	497.321,78	1.160.637,39
4.6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.529.541,31	-	2.529.541,31
4.7. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.606.883,61	-	1.606.883,61
4.8. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	17.551,58	-	17.551,58
4.9. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	945.123,00	-	945.123,00
4.10. Verbindlichkeiten gegenüber Zweckverbänden	557,76	-	557,76
4.11. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Beteiligungen	656,88	-	656,88
4.12. Sonstige Verbindlichkeiten	5.051.534,96	-	5.051.534,96
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	1.836.913,66	-	1.836.913,66
Bilanzsumme Passiva	676.750.312,81	- 1.159.856,46	675.590.456,35

Erläuterungen zu den Korrekturen der Eröffnungsbilanz - Passiva

Bilanzposition Passiva		Bestand ALT	Korrektur	Bestand NEU
1.1.	Basis Reinvermögen	269.175.027,91	- 2.680.951,61	266.494.076,30
1.2.	Rücklagen aus Überschüssen	-	-	-
1.2.1.	Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses			
1.2.2.	Rücklage aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses			
1.3.	Sonderrücklage	-	-	-
1.4.	Fehlbetragsvortrag	-	-	-
1.4.1.	Fehlbetrag aus ordentlichem Ergebnis			
1.4.2.	Fehlbetrag aus außerordentlichem Ergebnis			
2.1.	Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	246.951.022,94	- 422.365,35	246.528.657,59
	231110 - Außenanlagen - Überprüfung/ Anpassung Nutzungsdauer -> Korrektur SoPo		- 422.365,35	
2.2.	Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- und Investitionszuschüssen	3.176.842,43	-	3.176.842,43
2.3.	Sonstige Sonderposten	29.666.406,09	1.150.292,45	30.816.698,54
	233100 - Nachtrag SoPo auf Grundlage Zuordnungsbescheid (unentgeltliche Übertragung mit Zweckbindung)		1.225.122,99	
	235270 - Rücknahme pauschaler Vortrag Anzahlung SoPo Maßnahmen "Soziale Stadt"		- 110.262,67	
	235270 - Anzahlung SoPo für Maßnahme Horthaus Grs. Mitte (ehem. Direktorenhaus)		56.232,55	
	235270 - Anzahlung SoPo für Maßnahme Sanierung Mikado		110.094,47	
	235240 - Kreisel Kliestow - Korrektur Doppelerfassung Anzahlung SoPo aus Zuwendungen Land		- 305.000,00	
	235260 - Radweg Kieler Straße - Nachtrag Anzahlung SoPo aus Zuwendungen Land		145.000,00	
	235260 - Radweg Hafensbahn - Nachtrag Teilbetrag erhaltene Anzahlung SoPo		5.021,91	
	235200 - Korr. Doppelerfassung Anzahlung SoPo Kriegsgräberstätte Nuhnen		- 65.000,00	
	235375 - SG Ehemalige Altstadt - Nachtrag Anzahlung SoPo aus Ausgleichsbetrag		89.083,20	
3.5.	Sonstige Rückstellungen	-	295.846,27	295.846,27
	283100 - Notfallrettung und Krankentransport - Gebührenüberdeckung 2009		295.846,27	
3.1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	18.632.813,31	-	18.632.813,31
3.2.	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	-	-	-
3.3.	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	1.559.055,00	-	1.559.055,00
3.4.	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	-	-	-
3.5.	Sonstige Rückstellungen	15.788.561,97	-	15.788.561,97

Bilanzposition Passiva		Bestand ALT	Korrektur	Bestand NEU
4.1.	Anleihen	-	-	-
4.2.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	17.548.504,79	-	17.548.504,79
4.3.	Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten	61.600.000,00	-	61.600.000,00
4.4.	Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	-
4.5.	Erhaltene Anzahlungen	663.315,61	497.321,78	1.160.637,39
	381090 - Vortrag nicht verwendete FM "Soziale Stadt" aus Zwischenabrechnung 31.12.2009		497.321,78	
4.6.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.529.541,31	-	2.529.541,31
4.7.	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.606.883,61	-	1.606.883,61
4.8.	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	17.551,58	-	17.551,58
4.9.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	945.123,00	-	945.123,00
4.10.	Verbindlichkeiten gegenüber Zweckverbänden	557,76	-	557,76
4.11.	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Beteiligungen	656,88	-	656,88
4.12.	Sonstige Verbindlichkeiten	5.051.534,96	-	5.051.534,96
5.	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	1.836.913,66	-	1.836.913,66

VI.2. Anlagenübersicht

VI.3. Forderungsübersicht

VI.4. Verbindlichkeitenübersicht

Die Stadtverordneten der Stadt Frankfurt (Oder) stimmten in ihrer 5. Sitzung am 05. Dezember 2019 mit der Vorlagen-Nummer 19/SVV/0079 der Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse vom 15. Oktober 2018 mehrheitlich zu. Mit Änderung des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 war eine Ausweitung auf alle offenen Jahresabschlüsse bis einschließlich 2019 möglich. Die Anwendung dieser Ergänzung wurde mit Beschluss der Vorlage 21/SVV/0635 ebenfalls zugestimmt.

Damit entfallen die Anlagen VI. 2. bis VI.4. zur Jahresrechnung 2011.

VI.5. Beteiligungsbericht



BETEILIGUNGSBERICHT

DER

STADT FRANKFURT (ODER)

über das Wirtschaftsjahr

2011

Impressum

Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der uns von den Einrichtungen zur Verfügung gestellten Daten kann nicht übernommen werden. Die veröffentlichten Daten besitzen Informationsfunktion, Änderungen vorbehalten.

Herausgeber:

Stadt Frankfurt (Oder)
Der Oberbürgermeister

Beteiligungssteuerung
Marktplatz 1
15230 Frankfurt (Oder)

Redaktionsschluss:
14. November 2012

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigungen und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

VORWORT	III
WIRTSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG DER STADT FRANKFURT (ODER)	1
RECHTLICHE GRUNDLAGEN	1
ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS.....	1
WIRTSCHAFTLICHKEIT DER STÄDTISCHEN UNTERNEHMEN.....	1
RECHTSFORMEN DER WIRTSCHAFTLICHEN BETÄTIGUNG	1
STEUERUNGSBEDARF	2
GEGENSTAND DES BETEILIGUNGSBERICHTES	3
ÜBERBLICK ÜBER DIE KOMMUNALEN BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE.....	4
GRAPHISCHE GESAMTDARSTELLUNG.....	4
DARSTELLUNG NACH RECHTSFORM UND BETEILIGUNGSGRAD.....	7
DARSTELLUNG NACH BETÄTIGUNGSBEREICHEN.....	8
ERLÄUTERUNG DER KENNZAHLEN	9
BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN DER KOMMUNALEN BETEILIGUNGEN	15
BEREICH VER- UND ENTSORGUNG	15
<i>Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH.....</i>	<i>15</i>
<i>Frankfurter Abfallwirtschaft GmbH.....</i>	<i>20</i>
<i>Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH</i>	<i>24</i>
<i>FIS Frankfurter Industrieservice GmbH Frankfurt (Oder).....</i>	<i>31</i>
<i>Stadtwerke Frankfurt (Oder) Netzgesellschaft GmbH.....</i>	<i>36</i>
<i>FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH.....</i>	<i>42</i>
<i>AKS Aqua-Kommunal-Service GmbH.....</i>	<i>49</i>
BEREICH VERKEHR	55
<i>Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/Frankfurt (Oder) mbH</i>	<i>55</i>
<i>Stadtverkehrsgesellschaft Frankfurt (Oder) mbH</i>	<i>60</i>
BEREICH WOHNUNGSBAU UND -VERWALTUNG.....	66
<i>Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH</i>	<i>66</i>
BEREICH STANDORTENTWICKLUNG	73
<i>Investor Center Ostbrandenburg GmbH – Betreiber des World Trade Centers Frankfurt (Oder) –Slubice</i>	<i>73</i>
<i>Business and Innovation Centre Frankfurt (Oder) GmbH</i>	<i>78</i>
<i>Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH.....</i>	<i>83</i>
<i>Messe und Veranstaltungen GmbH Frankfurt (Oder).....</i>	<i>88</i>
BEREICH SPORT	96
<i>Eigenbetrieb Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder)</i>	<i>96</i>
BEREICH KULTUR	103

<i>Eigenbetrieb Kulturbetriebe Frankfurt (Oder)</i>	<i>103</i>
SPONSORING DER KOMMUNALEN UNTERNEHMEN	111

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dieser Ausgabe des Beteiligungsberichtes setzt die Stadt Frankfurt (Oder) ihre Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung nach den Vorschriften der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) fort.

Der 16. Beteiligungsbericht liefert die wesentlichen Daten der städtischen Unternehmen und schafft damit Transparenz hinsichtlich ihrer Entwicklung. Diese Transparenz unterstützt nicht nur die Verantwortlichen bei der wirtschaftlichen Steuerung, sondern gewährt interessierten Bürgerinnen und Bürgern informative Einblicke in die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Frankfurt (Oder). Mit der Berichterstattung zum 31.12.2011 wurde zeitnah die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen bekanntgegeben.

Die Aufgabe der kommunalen Unternehmen und Beteiligungen besteht vor allem darin, für die Bevölkerung Leistungen und Güter in den Bereichen der Energieversorgung, Wasserver- und Entsorgung, Wirtschaftsförderung und Personennahverkehr anzubieten, aber auch Kultur-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsleistungen bereitzustellen. Dabei sollen sie die übertragenen Aufgaben betriebswirtschaftlicher erledigen, als dies in der Gemeindeverwaltung auf Grund der Strukturen möglich ist.

Dazu muss den Unternehmen ein hinreichendes Maß an Selbständigkeit zur wirtschaftlichen Entfaltung gewährt werden, ohne dass eine Verselbständigung vom demokratisch legitimierten öffentlichen Zweck eintritt. Ziel ist es, durch eine effiziente Beteiligungssteuerung ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Selbständigkeit, Steuerung und Kontrolle zu sichern.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren auch in 2011 für die Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Wohnungswirtschaft durch den Stadtumbau und die Bewältigung der Folgen von Bevölkerungsverlust geprägt. Der Stadtumbau und Stadtentwicklung bleiben wichtige infrastrukturelle Entwicklungsmaßnahmen der kommenden Jahre, deren Bewältigung für alle Beteiligten eine große Herausforderung darstellt.

Durch die **Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH** wurde das Stadtumbaukonzept aktiv vorangetrieben, so dass die Maßnahmen entsprechend der Planung zum Jahreswechsel 2010/2011 umgesetzt und abgeschlossen werden konnten. Auf Grund der ausgebliebenen Anschlussförderung zur Altschuldenhilfe musste die Gesellschaft seit 2010 bereits 495 Wohnungen ohne Entlastung der betreffenden Altschulden vom Markt nehmen.

Bei der **Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH** erfolgte zum 1. April 2011 die vertragliche Andienung des Heizkraftwerkes von der STATOR Heizkraftwerk Frankfurt (Oder) GmbH & Co. KG.

Des Weiteren wurde im Wege einer Anwachsung das Reinvermögen der STUPA Heizwerk Frankfurt (Oder) Nord GmbH & Co. KG durch die Gesellschaft zum 1. April 2011 übernommen. Zur Finanzierung des Erwerbs des Heizkraftwerkes und des Heizwerkes wurden Darlehen in Höhe von EUR 21,8 Mio. aufgenommen.

Zur langfristigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Strom- und Wärmeerzeugung wurde die Erarbeitung eines optimierten Erzeugungskonzeptes fortgeführt.

Der **FIS Frankfurter Industrieservice GmbH** ist zum 31.12.2011 eine Tochtergesellschaft der Stadtwerke Frankfurt (Oder) mbH (51 %) und der Dalkia GmbH (49 %). Mit Wirkung zum 01.01.2012 hat die Dalkia GmbH ihre Anteile an die Stadtwerke Frankfurt (Oder) mbH veräußert.

Die **Stadtwerke Frankfurt (Oder) Netzgesellschaft mbH** sahen sich im Geschäftsjahr 2011 erneut einer Steigerung der Neuanschlüsse bei dezentralen Erzeugungsanlagen nach dem EEG und einer damit verbundenen Anpassung sowie Optimierung der Netzstrukturen gegenübergestellt.

In der **Gemeinnützigen Pflege- und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder) mbH** besteht derzeit eine schwierige wirtschaftliche Lage. Auf Grund Personalwesen und grundlegenden Problemen in der Buchhaltung kam es zu Verzögerungen bei der Erstellung des Jahresabschlusses 2011. Die Jahresabschlussprüfung nahm durch unvorhergesehene Ereignisse und Probleme ebenfalls einen wesentlich längeren Zeitraum in Anspruch als geplant. In Folge dessen lag zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes der geprüfte Jahresabschlussbericht für das Jahr 2011 noch nicht vor. Die Berichterstattung wird nachgereicht.

Für die geleistete Arbeit der städtischen Unternehmen möchte ich mich an dieser Stelle bedanken und wünsche mir weiterhin eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Interesse aller Frankfurterinnen und Frankfurter.

Frankfurt (Oder), 14.11.2012

Dr. Martin Wilke
Oberbürgermeister

Wirtschaftliche Betätigung der Stadt Frankfurt (Oder)

Rechtliche Grundlagen

Die Gemeinden können Unternehmen auf Grund eines Beschlusses der Gemeindevertretung gründen oder sich an Unternehmen beteiligen.

Die Grundsätze für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden wie auch der Beteiligung Dritter sind festgelegt im § 91 ff. Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf).

„Wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Gesetzes ist das Herstellen, Anbieten und Verteilen von Gütern, Dienstleistungen oder vergleichbaren Leistungen, die ihrer Art nach auch mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnten.“ Nach dieser Begriffsbestimmung der wirtschaftlichen Tätigkeit sind auch hoheitliche Aufgaben, die der Kommune als pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben übertragen worden sind, wie z. B. der Abwasserbereich, der wirtschaftlichen Tätigkeit zuzuordnen. Ebenso ist dies auch möglich für Einrichtungen der Bildung, Gesundheit, Kultur und des Sports.

Eine Unternehmensgründung sind folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

- bedient sich die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben eines Unternehmens in privater Rechtsform, müssen die vertraglichen Vereinbarungen (Gesellschaftsvertrag, Satzung) ausreichend die Aufgabenerfüllung sicherstellen,
- die Haftung der Gemeinde muss auf einen bestimmten Betrag beschränkt sein,
- ein angemessener Einfluss in Abhängigkeit von der Höhe der Beteiligung ist sicherzustellen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Unternehmen und Einrichtungen sind nach § 92 Abs. 4 BbgKVerf so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Ein öffentlicher Zweck liegt immer dann vor, wenn Lieferungen und Leistungen eines Unternehmens im Aufgabenbereich der Stadt liegen und eine im öffentlichen Interesse gebotene Versorgung der Einwohner zum Ziel haben.

Von entscheidender Bedeutung für das Vorliegen eines öffentlichen Zwecks ist, ob ein ausreichender Bedarf an den zu erwartenden Leistungen und Lieferungen besteht, zumindest aber in absehbarer Zeit zu erwarten ist.

Der öffentliche Zweck ist in den Satzungen bzw. Gesellschaftsverträgen der städtischen Unternehmen unter der Überschrift „Gegenstand des Unternehmens“ hinreichend festzuschreiben.

Wirtschaftlichkeit der städtischen Unternehmen

Soweit die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird und andere gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen, soll ein Jahresgewinn erwirtschaftet werden, der mindestens einer marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals entspricht.

Der Erfolg oder Misserfolg der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde kann allerdings nicht allein an der Gewinnerzielung gemessen werden, sondern muss sich an der Realisierung der gesetzlichen Ziele orientieren. Durch ein systematisches und planvolles Einwirken auf die Unternehmen können die Gemeinden die Umsetzung der Zielvorgaben kontrollieren und steuern.

Eine unternehmensübergreifende Kontrolle und Steuerung durch die Beteiligungssteuerung erfolgt auf der Grundlage systematischer Auswertungen und Beurteilungen von Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Prüfungsberichten, Geschäftsberichten und Niederschriften.

Rechtsformen der wirtschaftlichen Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung können sich die Gemeinden privatrechtlicher und öffentlich rechtlicher Organisationsformen bedienen (§ 92 BbgKVerf).

Die privatrechtlichen Beteiligungen der Stadt Frankfurt (Oder) werden als Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt. Sie unterliegen deshalb den Rechnungslegungsvorschriften des Handels- und Steuerrechts.

Die **Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)** ist eine mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gesellschaft, deren Gesellschafter durch einen Geschäftsanteil (Stammeinlage) am Gesellschaftsvermögen beteiligt sind, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften.

Das GmbH-Recht lässt im Gegensatz zum Aktienrecht eine weitgehende Gestaltungsfreiheit zu und ermöglicht dem Gesellschafter die Einräumung umfassender Rechte.

Die Stadt Frankfurt (Oder) hat sich bei der Ausgestaltung der Gesellschaftsverträge einen starken Einfluss auf die Unternehmen gesichert. Zudem werden die Organe der GmbH – Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat bzw. Beirat – zur Einflussnahme auf die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch die städtischen Unternehmen genutzt.

Die wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit werden in der Stadt Frankfurt (Oder) als Eigenbetriebe geführt.

Bei einem **Eigenbetrieb** handelt es sich um einen organisatorisch und wirtschaftlich verselbstständigten Betrieb. Der Werksausschuss ist das Kontrollorgan. Das Vermögen ist als Sondervermögen im Haushalt der Stadt ausgewiesen. Das Rechnungswesen erfolgt unabhängig vom städtischen Haushalt. Dadurch ist die Unternehmensführung nach kaufmännischen Grundsätzen möglich. Die eigene Planung des Eigenbetriebes erfolgt im Wirtschaftsplan. Dieser ist als Anlage dem Haushaltsplan der Stadt Frankfurt (Oder) beizufügen.

In der Darstellung der Gesellschaftsformen nach dem städtischen Einfluss ist zwischen Eigengesellschaften und Beteiligungsgesellschaften zu unterscheiden.

Eigengesellschaften sind Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, deren sämtliche Anteile einem Gesellschafter, hier der Stadt, unmittelbar gehören. Eigengesellschaften der Stadt Frankfurt (Oder) sind die Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH, die Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH, die Messe und Veranstaltungen GmbH, Technologie und Gewerbecenter GmbH Frankfurt (Oder) sowie die Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft mbH.

Beteiligungsgesellschaften sind Gesellschaften, an denen die Stadt Frankfurt (Oder) mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen, jedoch unter 100% beteiligt ist. Man unterscheidet hier Mehrheitsbeteiligungen (über 50%) und Minderheitsbeteiligungen (unter 50%). Die Höhe der Anteile beeinflusst maßgeblich den Einfluss des Gesellschafters.

Die Stadt Frankfurt (Oder) ist neben ihrer unmittelbaren Gesellschafterfunktion auch mittelbar an den Töchtern ihrer Eigengesellschaften und Beteiligungsgesellschaften beteiligt.

Steuerungsbedarf

Immer mehr Verwaltungseinheiten, die früher in kommunale Haushalte integriert waren, werden in selbstständige oder teilselbstständige Betriebe ausgegründet u. a., weil von den kommunalwirtschaftlichen Unternehmen Vorteile durch eine wirtschaftliche und rechtliche Selbstständigkeit erwartet werden.

Mehr Selbstständigkeit bedeutet jedoch erhöhte Anforderung an die Steuerung der Unternehmen. Die große Selbstständigkeit gerade privatrechtlicher Gesellschaften macht ein umfangreiches Beteiligungsmanagement notwendig, um die aktuellen Situationen ihrer Unternehmen angemessen beurteilen und kurzfristig steuernd eingreifen zu können.

Die kommunalen Unternehmen können nicht allein an den kaufmännischen Erfolgen gemessen werden; zusätzlich zu den ökonomischen Zielstellungen sind die konkreten Sachaufgaben gesondert zu beurteilen. Auch allgemeine politische Vorgaben des Gesellschafters können eine Rolle spielen.

Unter Beachtung der Vorschriften in der BbgKVerf für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden ist dem Aspekt der Steuerung ein wichtiger Stellenwert einzuräumen. Über Gesellschaftsverträge sichern sich die Kommunen einen starken Einfluss auf die Unternehmen. Der Oberbürgermeister oder die zuständigen Dezernenten sind in den Aufsichtsgremien der Beteiligungen mit Stimmrecht vertreten.

Es ist erforderlich, dass die Politik am Anfang klare Zielvorgaben und Anforderungen an die Unternehmen formuliert und am Ende eine wirksame Zielverfolgung ermöglicht. Das dazwischen liegende operative Geschäft muss jedoch denen überlassen bleiben, die es am besten beherrschen, den Unternehmen selbst.

Gegenstand des Beteiligungsberichtes

In Fortschreibung des Beteiligungsberichtes gemäß § 98 Nr. 3 BbgKVerf werden die Einwohner, die politischen Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung sowie die Mitarbeiter der Verwaltung über die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) informiert.

Neben den Quartalsberichten stellt der Beteiligungsbericht ein weiteres Instrumentarium zur Steuerung und Kontrolle der städtischen Unternehmen dar. Er hat die Aufgabe, einen generellen Überblick über die städtischen Unternehmen zu geben, insbesondere über ihre Entwicklung in der jährlichen Fortschreibung.

Wie bereits in den Vorjahresberichten ist die Darstellung nicht auf die privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen beschränkt, sie beinhaltet ebenso die Eigenbetriebe als Einrichtungen des öffentlichen Rechts.

Als Informationsgrundlage für die Darstellung der einzelnen Beteiligungen der Stadt Frankfurt (Oder) dienen die durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften testierten Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2011 sowie die Wirtschaftspläne 2012 und 2013.

Die Bilanzen sowie die Gewinn- und die Verlustrechnungen der Gesellschaften wurden in komprimierter und vereinheitlichter Form dargestellt, um die Jahresabschlüsse vergleichbar zu gestalten.

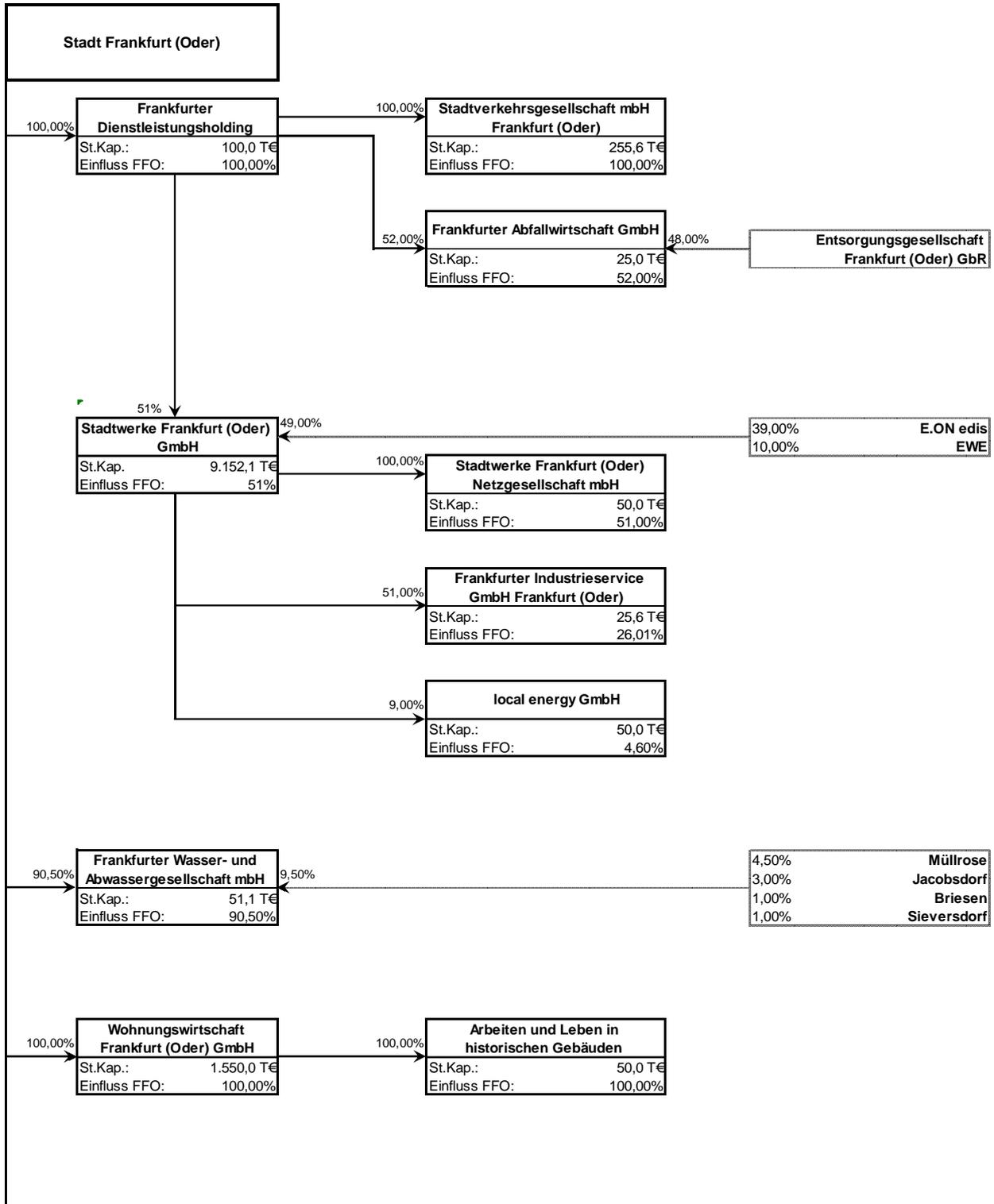
Zur Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Beteiligungen wurden einige betriebswirtschaftliche Kennzahlen anhand der Bilanzpositionen ermittelt. Diese Kennzahlen sind definiert und den Jahresabschlussberichten entnommen.

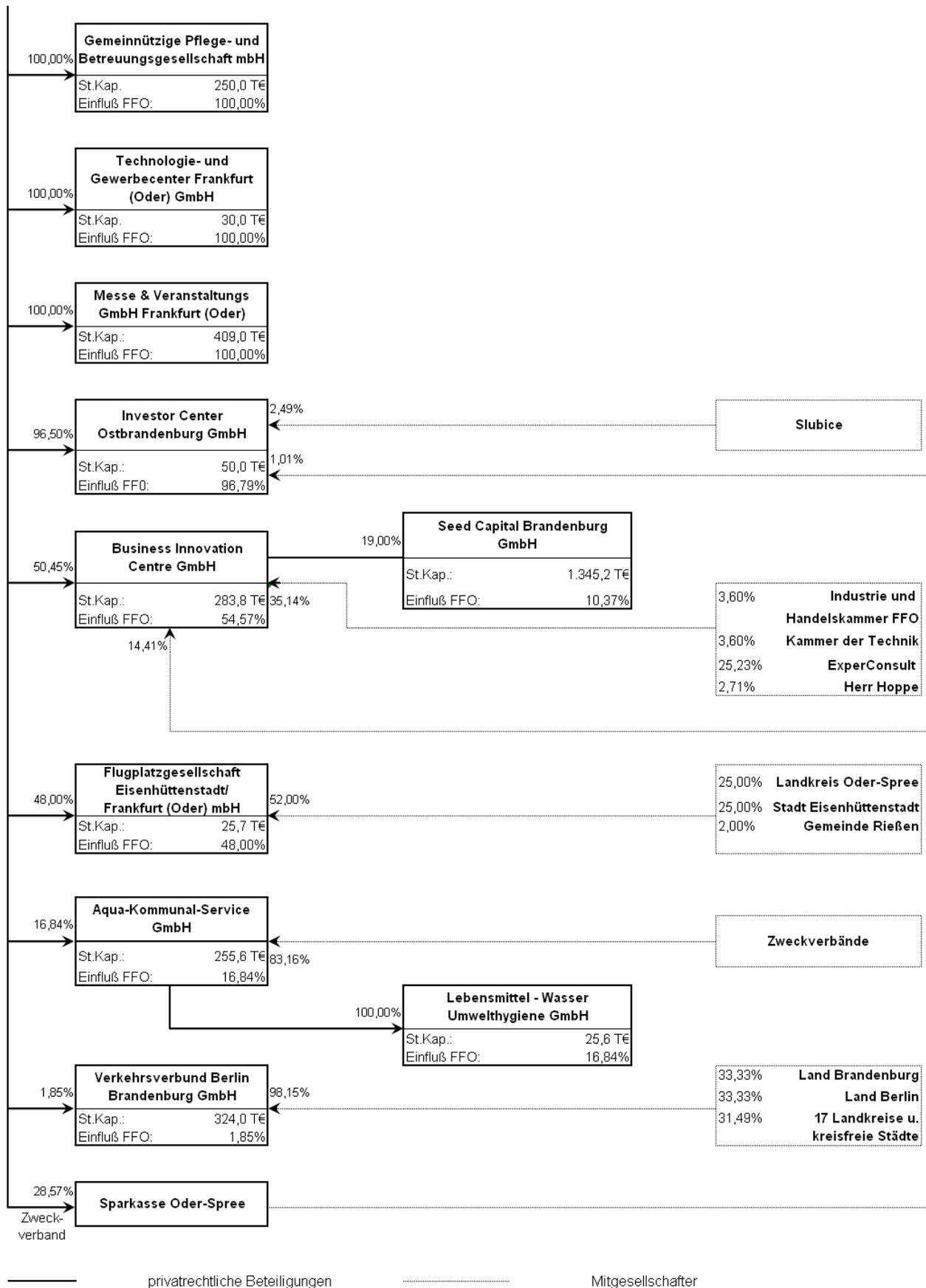
Der Beteiligungsbericht für das Wirtschaftsjahr 2011 umfasst die unmittelbaren Beteiligungen und die Eigenbetriebe der Stadt Frankfurt (Oder). Des Weiteren sind auch Unternehmen mit einer Beteiligungsquote unter 50% bei dem Punkt „Betriebswirtschaftliche Daten der kommunalen Beteiligungen“ erfasst. In diesem Abschnitt erfolgt die Berichterstattung über die einzelnen Unternehmen in einer nach Tätigkeitsfeldern gegliederten Systematik.

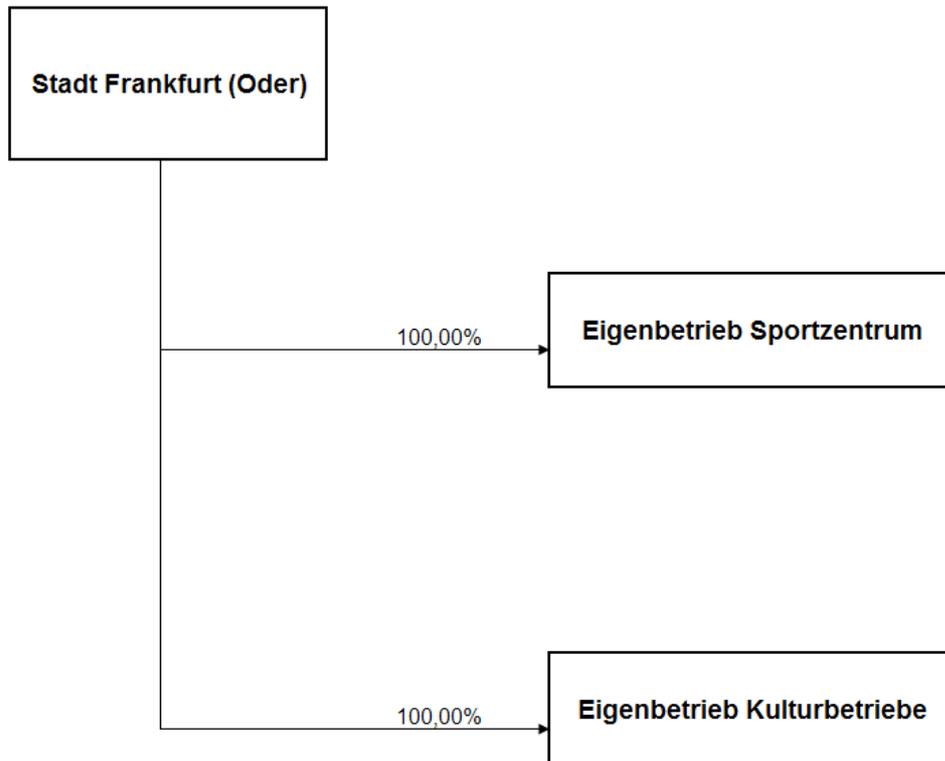
Für die Darstellung der über das Berichtsjahr hinausgehenden Entwicklungen werden jeweils die zum Zeitpunkt der Bearbeitung vorliegenden aktuellen Daten verwendet.

Überblick über die kommunalen Beteiligungsverhältnisse

Graphische Gesamtdarstellung







Darstellung nach Rechtsform und Beteiligungsgrad

Die Liste der Beteiligungsunternehmen kann nach unterschiedlichen Gesichtspunkten aufgestellt werden. Sowohl eine Zusammenstellung nach Rechtsformen als auch Einteilung nach Betätigungsfeldern ist sinnvoll.

Der folgende Gesamtüberblick über alle kommunalen Beteiligungen und Sondervermögen der Stadt Frankfurt (Oder), direkter oder indirekter Art, ist zunächst nach der Rechtsform gegliedert.

lfd. Unternehmen Nr.	Abkürz.	Stammkapital (T€)	wird gehalten von Nr.	Anteil	Stammkapitaleinlage (T€)	durchgerechneter Einfluß
----------------------	---------	-------------------	-----------------------	--------	--------------------------	--------------------------

1 Stadt Frankfurt (Oder)

Privatrechtliche Beteiligungen mit 100%

2	Frankfurter Dienstleistungs Holding GmbH	FDH	100,0	1	100,00%	100,0	100,00%
3	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH	WoWi	1.550,0	1	100,00%	1.550,0	100,00%
4	Messe und Veranstaltungen GmbH	MuV	409,0	1	100,00%	409,0	100,00%
5	Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder) mbH	gGmbH	250,0	1	100,00%	250,0	100,00%
6	Technologie- und Gewerbe Center Frankfurt (Oder) GmbH	TeGeCe	30,0	1	100,00%	30,0	100,00%

Privatrechtliche, direkte Mehrheitsbeteiligungen

7	Frankfurter Wasser- und Abwassergesellsch. mbH	FWA	51,1	1	90,50%	46,2	90,50%
8	Investor Center Ostbrandenburg GmbH - Betreiber des World Trade Center Frankfurt (Oder)-Slubice	ICOB	50,0	1	96,50%	48,3	96,79%
				22	1,01%	0,5	
9	Business and Innovation Centre Ffo. GmbH	BIC	283,8	1	50,45%	143,2	54,57%
				22	14,41%	40,9	

Privatrechtliche, direkte Minderheitsbeteiligungen

10	Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/Frankfurt (Oder) mbH	FLP	25,65	1	48,00%	12,3	48,00%
11	AKS Kommunal-Service-GmbH Frankfurt (Oder)	AKS	255,6	1	16,84%	43,0	16,84%
12	Verkehrsverbund Berlin Brandenburg GmbH	VBB	324,0	1	1,85%	6,0	1,85%

Privatrechtliche Beteiligungen von Tochtergesellschaften

13	Stadtwerke Frankfurt (O) GmbH	SWF	9.152,1	2	51,00%	4.667,6	51,00%
14	Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder)	SVF	255,6	2	100,00%	255,6	100,00%
15	Frankfurter Abfallwirtschaft GmbH	FAW	25,0	2	52,00%	13,0	52,00%
16	Seed Capital Brandenburg GmbH	SCB	1.345,2	10	19,00%	255,6	10,37%
17	Arbeiten und Leben in historischen Gebäuden gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	ARLE	50,0	3	100,00%	50,0	100,00%
18	Lebensmittel-, Wasser- und Umwelthygiene GmbH	LWU	25,6	12	100,00%	25,6	16,84%

Eigenbetriebe

19	Eigenbetrieb Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder).	SEB		1	100,00%	0,0	100,00%
20	Eigenbetrieb Kulturbetriebe Frankfurt (Oder)	KEB		1	100,00%	0,0	100,00%

Anstalt des öffentlichen Rechts

21	Sparkasse Oder-Spree	SOS		1	28,57%	0,0	28,57%
----	----------------------	-----	--	---	--------	-----	--------

Darstellung nach Betätigungsbereichen

In der folgenden Darstellung sind die einzelnen Beteiligungen den Betätigungsfeldern zugeordnet.

lfd. Unternehmen Nr.	Abkürz.	Stammkapital (T€)	wird gehalten von Nr.	Anteil	Stammkapitaleinlage (T€)	durchgerechneter Einfluß
----------------------	---------	-------------------	-----------------------	--------	--------------------------	--------------------------

1 Stadt Frankfurt (Oder)

Ver- und Entsorgung

2	Frankfurter Dienstleistungs Holding GmbH	FDH	100,0	1	100,00%	100,0	100,00%
7	Frankfurter Wasser- und Abwassergesellsch. mbH	FWA	51,1	1	90,50%	46,2	90,50%
11	AKS Kommunal-Service-GmbH Frankfurt (Oder)	AKS	255,6	1	16,84%	43,0	16,84%
13	Stadtwerke Frankfurt (O) GmbH	SWF	9.152,1	2	51,00%	4.667,6	51,00%
15	Frankfurter Abfallwirtschaft GmbH	FAW	25,0	2	52,00%	13,0	52,00%
18	Lebensmittel-, Wasser- und Umwelthygiene GmbH	LWU	25,6	11	100,00%	25,6	16,84%

Verkehr

10	Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/Frankfurt (Oder) mbH	FLP	25,65	1	48,00%	12,3	48,00%
12	Verkehrsverbund Berlin Brandenburg GmbH	VBB	324,0	1	1,85%	6,0	1,85%
14	Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder)	SVF	255,6	2	100,00%	255,6	100,00%

Wohnungsbau- und Verwaltung

3	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH	WoWi	1.550,0	1	100,00%	1.550,0	100,00%
17	Arbeiten und Leben in historischen Gebäuden gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	LuW	75,0	3	100,00%	75,0	100,00%

Standortentwicklung

4	Messe und Veranstaltungen GmbH	MuV	409,0	1	100,00%	409,0	100,00%
6	Technologie- und Gewerbe Center Frankfurt (Oder) GmbH	TeGeCe	30,0	1	100,00%	30,0	100,00%
8	Investor Center Ostbrandenburg GmbH - Betreiber des World Trade Center Frankfurt (Oder)-Slubice	ICOB	50,0	1	96,50%	48,3	96,79%
				21	1,00%	0,5	
9	Business and Innovation Centre Ffo. GmbH	BIC	283,8	1	50,45%	143,2	54,57%
				21	14,41%	40,9	
16	Seed Capital Brandenburg GmbH	SCB	1.345,2	9	19,00%	255,6	10,37%

Kultur, Sport und Soziales

5	Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder) mbH	gGmbH	250,0	1	100,00%	250,0	100,00%
19	Eigenbetrieb Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder).	SEB		1	100,00%	0,0	100,00%
20	Eigenbetrieb Kulturbetriebe Frankfurt (Oder)	KEB		1	100,00%	0,0	100,00%

Anstalt des öffentlichen Rechts

21	Sparkasse Oder-Spree	SOS		1	28,57%	0,0	28,57%
----	----------------------	-----	--	---	--------	-----	--------

Erläuterung der Kennzahlen

Gesamtvermögen/-kapital

- Eigen- und Fremdkapital ergeben das Gesamtvermögen/-kapital

Eigenkapital

- Finanzielle Mittel, die dem Unternehmen von den rechtlichen Eigentümern, wie z. B. den Gesellschaftern, unbefristet zur Verfügung gestellt werden
- das Eigenkapital setzt sich aus dem gezeichneten Kapital, der Kapitalrücklage, der Gewinnrücklage, dem Gewinn-/Verlustvortrag, Jahresüberschuss/-fehlbetrag zusammen
- das Eigenkapital ist im allgemeinen Voraussetzung für die Fremdfinanzierung, da ohne ausreichend haftendes Eigenkapital die Fremdkapitalgeber nicht zur Kreditvergabe bereit sind

Fremdkapital

- Finanzielle Mittel, die dem Unternehmen von Dritten zeitlich befristet zur Verfügung gestellt werden
- zum Fremdkapital gehören die Rückstellungen, die Verbindlichkeiten und der passive Rechnungsabgrenzungsposten

Eigenkapitalquote

- Aufgabe: dient der Beurteilung der Finanzkraft eines Unternehmens, da sie das Verhältnis des Eigenkapitals zum Gesamtkapital wiedergibt
- $\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100$
- Kritischer Wert: < 25 %
- Bewertung:
 - je höher die Eigenkapitalquote ist, desto größer ist die finanzielle Stabilität des Unternehmens
 - eine konstante und hohe Quote erleichtert die Beschaffung von Fremdkapital
 - es lässt ein Rückschluss auf die Unternehmensstrategie zu (Sicherheitsstrategie oder Risikostrategie)

Fremdkapitalquote

- Aufgabe: gibt den prozentualen Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital an
- $\text{Fremdkapitalquote} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100$
- Kritischer Wert: > 75 %
- Bewertung:
 - die Fremdkapitalquote ist das Gegenstück zur Eigenkapitalquote und sollte nicht zu hoch ausfallen

Verschuldungsgrad

- Aufgabe: stellt das Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital dar
- $$\text{Verschuldungsgrad} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Eigenkapital}} \times 100$$
- Kritischer Wert:
 - als Richtwert kann ein Verhältnis zwischen Fremdkapital und Eigenkapital von 2:1 herangezogen werden (wobei auch ein Verhältnis von 1:1 oder 1:2 denkbar ist)
- Bewertung:
 - je höher der Verschuldungsgrad, desto abhängiger ist das Unternehmen von den Fremdkapitalgebern (Gläubigern)
 - eine allgemein gültige Regel ist nicht möglich, denn bei der Bestimmung des optimalen Verschuldungsgrades muss sowohl der Gesichtspunkt der Rentabilität als auch der Gesichtspunkt des Risikos berücksichtigt werden

Anlagevermögen

- Vermögensgegenstände, die auf Grund ihrer Eigenschaft und/oder der betrieblichen Zweckbestimmung dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsprozess zu dienen
- es umfasst immaterielle Vermögensgegenstände, Sach- und Finanzanlagen

Umlaufvermögen

- Vermögensgegenstände, die im Gegensatz zum Anlagevermögen nicht dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen
- es beinhaltet Vorräte, Forderungen, Wertpapiere, Zahlungsmittelbestand (Kasse, Bankguthaben)

Anlagendeckungsgrade

- die Fristenkongruenz fordert, dass der Zeitraum der Kapitalüberlassung mit dem Zeitraum der Kapitalbindung übereinstimmt, d. h. dass langfristige Vermögensgegenstände durch langfristiges Kapital und kurzfristige Vermögensgegenstände durch kurzfristiges Kapital finanziert werden
- Aufgabe: geben Auskünfte über den Deckungsgrad des langfristigen Vermögens
- Anlagendeckungsgrad 1: gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens durch Eigenkapital finanziert wird
- $$\text{Anlagendeckungsgrad 1} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$$
- Anlagendeckungsgrad 2: berücksichtigt neben dem Eigenkapital noch das langfristige Fremdkapital
- $$\text{Anlagendeckungsgrad 2} = \frac{\text{Eigenkapital} + \text{lfr. Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$$
- Kritischer Wert (Anlagendeckungsgrad 2): < 100 %

- Bewertung:
 - je höher der Anlagendeckungsgrad 2, desto sicherer sind die lfr. Vermögensgegenstände finanziert
 - sollte das Ergebnis sehr stark unter dem kritischen Wert liegen, kann die Fristenkongruenz nicht eingehalten werden und die Kapitalbindung im Unternehmen ist wesentlich länger als die Kapitalüberlassung, was auf Dauer nicht tragbar ist

Liquidität

- Fähigkeit des Unternehmens, berechnete Zahlungsanforderungen termin- und betragsgenau erfüllen zu können
- gibt Auskunft über den Deckungsgrad der kurzfristigen Schulden

Liquidität 1. Grades (Barliquidität)

- Aufgabe: legt offen, inwiefern dem Unternehmen liquide Mittel zur Verfügung stehen, seinen kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen
- Liquiditätsgrad 1. Grades = $\frac{\text{Liquide Mittel}}{\text{kfr. Fremdkapital}} \times 100$
- Kritischer Wert: < 20 %
- Bewertung:
 - die Liquidität sollte den kritischen Wert nicht unterschreiten, um überhaupt Zahlungen tätigen zu können
 - allerdings sollte sie nicht zu hoch sein, da flüssige Mittel keine Zinsen erwirtschaften

Liquidität 2. Grades

- Aufgabe: gibt das Verhältnis an, mit welchem das monetäre Umlaufvermögen die kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen deckt
- Liquidität 2. Grades = $\frac{\text{Liquide Mittel} + \text{Forderungen}}{\text{kfr. Fremdkapital}} \times 100$
- Kritischer Wert: < 100 %
- Bewertung:
 - Liquidität unterhalb des kritischen Werts kann zu Zahlungsschwierigkeiten führen
 - problematisch ist allerdings, dass die Kennzahl anfällig für abschlusspolitische Maßnahmen ist

Working Capital

- Aufgabe: Information über die zukünftige Zahlungsfähigkeit des Unternehmens
- Working Capital = Umlaufvermögen - kfr. Fremdkapital
- Kritischer Wert: negatives Ergebnis
- Bewertung:
 - je größer das Working Capital, desto stabiler die Liquiditätslage
 - Vorteil: resistent gegen abschlusspolitische Maßnahmen
 - Nachteil: absolute Kennzahl, welche einen Unternehmensvergleich schwer zulässt

Umsatzrentabilität

- Aufgabe: gibt die durchschnittlich aus dem Umsatz erwirtschaftete Marge an
- $\text{Umsatzrentabilität} = \frac{\text{Betriebsergebnis}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100$
- Kritischer Wert: negatives Ergebnis
- Bewertung:
 - je höher desto besser (Umsatzerlöse Ausgangspunkt für operatives Betriebsergebnis)
 - Kennzahl für den zwischenbetrieblichen Vergleich

Materialintensität

- Aufgabe: gibt an, wie viel Material pro Umsatz eingesetzt wird
- $\text{Materialintensität} = \frac{\text{Herstellungskosten}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100$
- Kritischer Wert: -
- Bewertung:
 - dient bei der Betrachtung der Aufwandsstruktur als Kalkulationsgröße
 - eine wichtige Einflussgröße ist das Verhältnis zwischen Einkaufspreisen und Verkaufspreisen, da geringe Änderungen in diesem Bereich zu starken Schwankungen führen können
 - eine niedrige Materialintensität lässt auf eine geringe Produktionstiefe schließen, bedeutet aber auch Flexibilität in der Produktion

Personalintensität

- Aufgabe: Information über das Verhältnis zwischen Personal und Ertrag
- $\text{Personalintensität} = \frac{\text{Personalkosten}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100$
- Kritischer Wert: -
- Bewertung:
 - ein hohes Ergebnis stellt eine hohe Abhängigkeit des Erfolges von der Entwicklungen der Personalkosten dar
 - Ursache für Veränderungen: Personalauf-/abbau und Lohnkostenänderungen

Anlagenintensität

- Aufgabe: Beurteilung des Umfangs des langfristig gebundenen Vermögens im Unternehmen
- $\text{Anlagenintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} \times 100$
- Kritischer Wert: keiner, da branchenspezifisch variabel
- Bewertung:
 - eine sehr hohe Kennzahl wird allgemein als negativ angesehen

- kann allerdings auf größere Investitionen in der Vergangenheit (Erhöhung des Anlagevermögens) oder auf eine Lagerverlagerung (Minderung des Umlaufvermögens) zurückzuführen sein
- die Kennzahl ist durch abschlusspolitische Maßnahmen (z. B. Wahl der Abschreibungsmethode, Factoring, sale and lease back) beeinflussbar

Umschlagshäufigkeit der Forderungen

- Aufgabe: gibt an, wie oft sich der durchschnittliche Forderungsbestand in einer Periode umgeschlagen hat
- $$\text{Umschlagshäufigkeit der Forderungen} = \frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Durchschn. Bestand an Forderungen}}$$
- Kritischer Wert: -
- Bewertung
 - zeigt an, wie oft die gesamten Forderungen über die Umsatzerlöse zurückgeflossen sind
 - je höher die Kennzahl, desto kürzer ist die durchschnittliche Kreditdauer und die Zinsbelastung für das eigene Unternehmen, somit steigen auch Liquidität, Rentabilität und Wirtschaftlichkeit
 - beim Rückgang dieser Kennzahl nimmt die Kapitalbindung in den Forderungen zu, was negativ zu bewerten ist

Umschlagshäufigkeit der Vorräte

- Aufgabe: Aussage über die Mittelverwendung, d. h. wie häufig werden die Vorräte in der Berichtsperiode umgeschlagen
- $$\text{Umschlagshäufigkeit der Vorräte} = \frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Durchschn. Vorratsbestand}}$$
- Kritischer Wert: -
- Bewertung:
 - eine hohe Umschlagshäufigkeit der Vorräte ist positiv zu werten, da sich die Lagerbestände schnell in liquide Mittel umwandeln lassen
 - eine sehr niedrige Kenngröße deutet auf Absatzprobleme
 - allerdings besteht auch die Möglichkeit, dass der Lagerbestand geplant gesteigert wird, wenn eine steigende Auftragslage dieses Handeln verursacht
 - Nachteile sind die branchenspezifische Abhängigkeit und dass es sich um eine absolute Zahl handelt

Produktivität

- Aufgabe: stellt den Umsatz der Anzahl an Mitarbeiter gegenüber
- $$\text{Produktivität} = \frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Durchschn. Anzahl d. Mitarbeiter}} \times 100$$
- Kritischer Wert: -
- Bewertung:
 - je höher die Kennzahl, desto mehr Umsatz wird pro Mitarbeiter erwirtschaftet

Kreditorenlaufzeit

- Aufgabe: gibt die durchschnittliche Anzahl der Tage an, die ein Unternehmen braucht, um seine Lieferanten zu bezahlen
- $$\text{Kreditorenlaufzeit} = \frac{\text{Durchschn. Bestand Vblkt. L \& L}}{\text{Wareneinsatz}} \times 360$$
- Richtwert: < Debitorenlaufzeit, da die Rückzahlung der eigenen Verbindlichkeiten später als die Zahlungseingänge der Kunden erfolgen sollte
- Bewertung:
 - Indikator für die Lieferanten bzgl. der Kreditwürdigkeit des Unternehmens
 - ein relativ hoher Wert wird prinzipiell positiv bewertet, da jedes Unternehmen bestrebt ist, den Mittelabfluss zu verzögern, um einen Zinsvorteil zu erreichen
 - eine zu hohe Kreditorenlaufzeit oder sogar Überziehung kann auf Zahlungsschwierigkeiten hinweisen (Verdacht der Unternehmensfinanzierung auf Kosten der Lieferanten)

Debitorenlaufzeit

- Aufgabe: Aussage, wie viele Tage zwischen Rechnungsstellung und Zahlungseingang liegen
- $$\text{Debitorenlaufzeit} = \frac{\text{Durchschn. Bestand Ford. L \& L}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 360$$
- Richtwert: > Kreditorenlaufzeit, um Kundenzahlung vor Zahlungsverpflichtungen zu realisieren
- Bewertung:
 - Indikator, wie schnell das Unternehmen zu seinem Geld kommt
 - empirisch: durchschnittlich 46 Tage
 - je kürzer die Laufzeit, desto höher ist die Liquidität
 - sehr langes Kundenzahlungsziel kann verschiedene Ursachen haben:
 - Verzerrung durch Vereinbarungen von Ratenzahlung
 - Mängel im Mahnwesen
 - notleidende Kredite
 - säumige Großkunden und die Abhängigkeit von diesen

Betriebswirtschaftliche Daten der kommunalen Beteiligungen**Bereich Ver- und Entsorgung****Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH****Gründungsjahr:** 2001**Stammkapital:** 100 T€**Gesellschafter:** Stadt Frankfurt (Oder), 100%**Organe:**Geschäftsführer: Herr Michael Ebermann
Herr Jörg ThiemAufsichtsrat: Herr Dr. Wilke, *Vorsitzender*
Herr Lorenz, *stell. Vorsitzender*
Herr Grünkorn
Frau Melcher
Herr Dr. Mende
Herr Neumann
Frau Seifert
Herr Alich
Herr Bleck
Herr Spohn**Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehören die Abfallentsorgung einschließlich der Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen und der Ausbau der abfallwirtschaftlichen Infrastruktur im Rahmen des Schutzes der natürlichen Umwelt und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussetzlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben:

- Abfallentsorgung einschließlich Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen und Ausbau der abfallwirtschaftlichen Infrastruktur,
- Vermögensverwaltung aller Art, insbesondere der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen und die Verwaltung eigenen Vermögens,
- Erbringung allgemeiner Dienstleistungen an verbundene Unternehmen

Bemerkungen

Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2011 am 16. Mai 2012 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

Dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat wurden in der Gesellschafterversammlung der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH am 13. Juli 2012 Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

Höhe: **€ 4.580.525,16** (Vj: € 2.426.856,13)

Davon mit einer Restlaufzeit von:

➤ bis 1 Jahr: **€ 288.530,31**

Vj: € 165.176,68

➤ 1 - 5 Jahre: **€ 1.208.685,60**

Vj: € 660.706,76

➤ ab 5 Jahre: **€ 3.083.309,25**

Vj: € 1.600.972,69

Bilanz

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	45.858,5	43.883,6	1.974,9	4,50%
Imm. Vermögensg.	334,8	566,3	-231,5	-40,88%
Sachanlagevermögen	4.872,6	2.666,2	2.206,4	82,75%
Finanzanlagevermögen	40.651,1	40.651,1	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	8.414,9	6.451,6	1.963,3	30,43%
Vorräte	6,3	4,3	2,0	46,51%
Forderungen	2.324,1	2.215,1	109,0	4,92%
Liquide Mittel	6.084,5	4.232,2	1.852,3	43,77%
RAP	22,6	33,7	-11,1	-32,94%
Summe AKTIVA	54.296,0	50.368,9	3.927,1	7,80%
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	40.481,2	40.438,2	43,0	0,11%
Gezeichnetes Kapital	100,0	100,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	40.381,2	40.338,2	43,0	0,11%
Sonderposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Rückstellungen	427,5	369,4	58,1	15,73%
Verbindlichkeiten	13.387,3	9.561,3	3.826,0	40,02%
RAP	0,0	0,0	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	54.296,0	50.368,9	3.927,1	7,80%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	4.881,4	4.957,0	-75,6	-1,53%
Sonstige Erträge	3.215,2	3.035,9	179,3	5,91%
Materialaufwand	4.360,3	4.404,0	-43,7	-0,99%
Personalaufwand	2.120,1	2.059,8	60,3	2,93%
Abschreibungen	524,4	518,6	5,8	1,12%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	947,3	974,7	-27,4	-2,81%
Betriebsergebnis	144,5	35,8	108,7	303,63%
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	655,7	2.871,0	-2.215,3	-77,16%
Aufwendungen aus Verlustübernahme	5.384,6	5.333,7	50,9	0,95%
Zinsergebnis	-160,4	-109,8	-50,6	-46,08%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.744,8	-2.536,7	-2.208,1	-87,05%
Steuern	6,6	6,7	-0,1	-1,49%
Jahresergebnis	-4.751,4	-2.543,4	-2.208,0	-86,81%
Gewinnvortrag	0,0	0,0	0,0	0,00%
Entnahme aus der Kapitalrücklage	4.751,4	2.543,4	2.208,0	86,81%
Bilanzgewinn	0,0	0,0	0,0	0,00%

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäftsverlauf

Die Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH (FDH) ist unverändert eine 100 %ige kommunale Gesellschaft. Sie hält 100 % der Anteile an der Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder) (SVF), 51 % der Anteile an der Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH (SWF) und 52 % der Anteile an der Frankfurter Abfallwirtschaft GmbH (FAW).

Die FDH ist nach § 3 Nr. 38 EnWG ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen und fällt somit in den Anwendungsbereich der Vorschriften zu § 6b Abs. 1 EnWG. Es wird die folgende Tätigkeit im Sinne des § 6b Abs. 3 EnWG ausgeübt: Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors.

Die FDH hat im Geschäftsjahr 2011 weiterhin kaufmännische Dienstleistungen, Personaldienstleistungen und IT-Dienstleistungen für die SWF, für die Netzgesellschaft mbH, für die SVF und für die FAW erbracht.

Zum 1. Januar 2011 hat die Gesellschaft das Aufgabenfeld „Leit-, Fernwirk- und Automatisierungstechnik“ von der SWF übernommen.

Im Zuge der Übertragung weiterer Aufgaben ist ein Mitarbeiter auf die FDH übergegangen.

Das operative Geschäft ist darüber hinaus von den abfallwirtschaftlichen Aktivitäten bestimmt. Dazu zählen hauptsächlich der Betrieb einer Abfallbehandlungs- und Abfallumschlaganlage und das Abfallstoffstrommanagement für die Stadt Frankfurt (Oder). Die Durchsätze in der Abfallbehandlung und dem Abfallumschlag lagen mit 26.300 Tonnen um 2,6 % unter dem Niveau des Vorjahres.

Weiterhin organisierte die FDH auch für das Geschäftsjahr 2011 als Geschäftsbesorger für die Stadt Frankfurt (Oder) die Abfallsammlung, die Papp-/Papiersammlung, die Abfallberatung und die maschinelle Straßenreinigung sowie die Erfassung und teilweise Verwertung der Abfälle gemäß Elektro- und Elektronikgerätegesetz.

Die FDH errichtete im Geschäftsjahr 2011 auf dem Plateau der Siedlungsabfalldeponie Seefichten in Frankfurt (Oder) eine Photovoltaikanlage. Die Anlage mit einer Leistung von 1.071 kWp ging im September 2011 an das Netz.

Der Gesamtumsatz verringerte sich im Berichtsjahr um 1,5 % gegenüber dem Vorjahr auf 4,9 Mio €.

Das Geschäftsjahr schließt durch die aufgabenbedingte Verlustübernahme der SVF mit einem Jahresfehlbetrag ab.

Investitionen und Finanzierung

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen von 2,5 Mio. € umfassten vorrangig die Errichtung einer Photovoltaikanlage, Hardware sowie mobile Technik.

Die Finanzierung erfolgte durch die Aufnahme von Krediten.

Die Gesellschaft führt mit der SVF ein Cash-Management.

Die Ausstattung der FDH mit finanziellen Mitteln zur Erfüllung ihrer Aufgaben erfolgt über eine Vereinbarung mit der Stadt Frankfurt (Oder).

Risikomanagement

Das im Konzern der FDH eingerichtete Risiko-Management-System wird von der Gesellschaft zur Risikofrüherkennung und Einleitung geeigneter Gegenmaßnahmen genutzt. Als kritische Risiken werden u.a. das Betreiberrisiko für die Abfallbehandlungsanlage und der zunehmende Preisdruck in der Abfallbranche gesehen.

Das Ergebnis der SWF wird in den nächsten Jahren maßgeblich durch den Preisdruck im Energiemarkt, die Entwicklung der Energiebeschaffungskosten, die Anreizregulierung im Netzbereich Strom und Gas und den Fernwärmeabsatzrückgang beeinflusst.

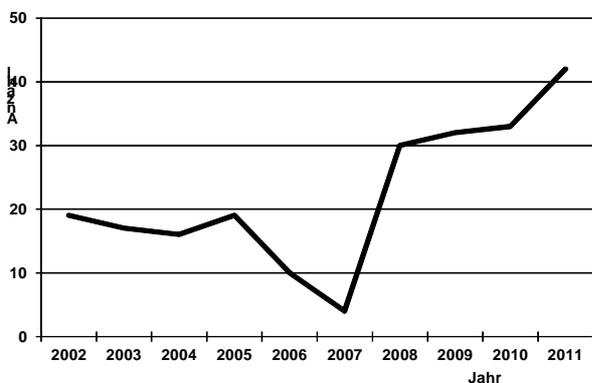
Die Zukunftssicherheit des kommunalen steuerlichen Querverbundes ist durch das Jahressteuergesetz 2009 gegeben.

Bei der SVF und der FAW wird eine unveränderte Ertragssituation erwartet. Die operativen Risiken der Tochterunternehmen haben wirtschaftlich eine mittelbare Wirkung vor allem über die Ergebnisabführungsverträge auf die FDH.

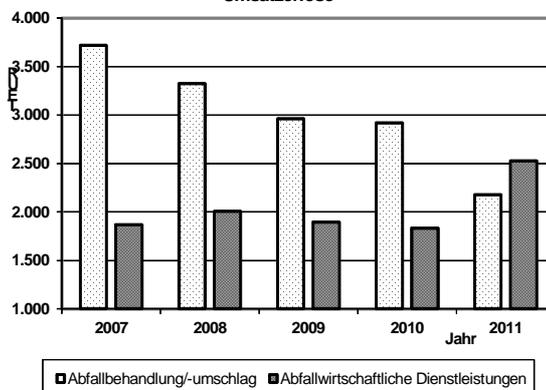
Kennzahlen

	kritischer Wert	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	74,56%	80,28%
EK (+ EK-ähnliche) Quote		74,56%	80,28%
Fremdkapitalquote	> 75 %	25,44%	19,72%
Verschuldungsgrad	-	1/3	1/4
Anlagendeckungsgrad I	-	88,27%	92,15%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	99,37%	99,30%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	69,73%	62,31%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	96,63%	95,42%
Working Capital	< 0	-310,6 T€	-340,8 T€
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	2,96%	0,72%
Materialintensität	-	89,32%	88,84%
Personalintensität	-	43,43%	41,55%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	84,46%	87,12%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	2,15	1,37
Produktivität	-	116,22 T€/Ma.	150,21 T€/Ma.
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	-	53 Tage	49 Tage
Debitorenlaufzeit	-	15 Tage	17 Tage

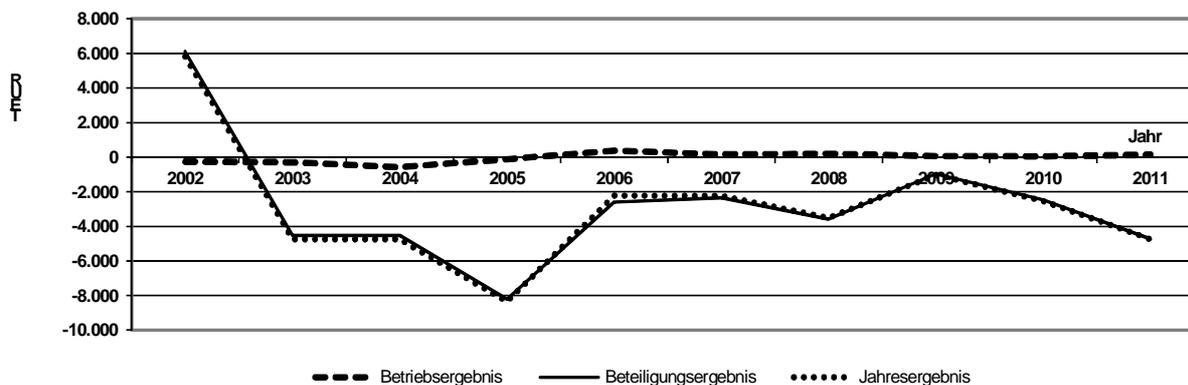
Anzahl der Mitarbeiter



Umsatzerlöse



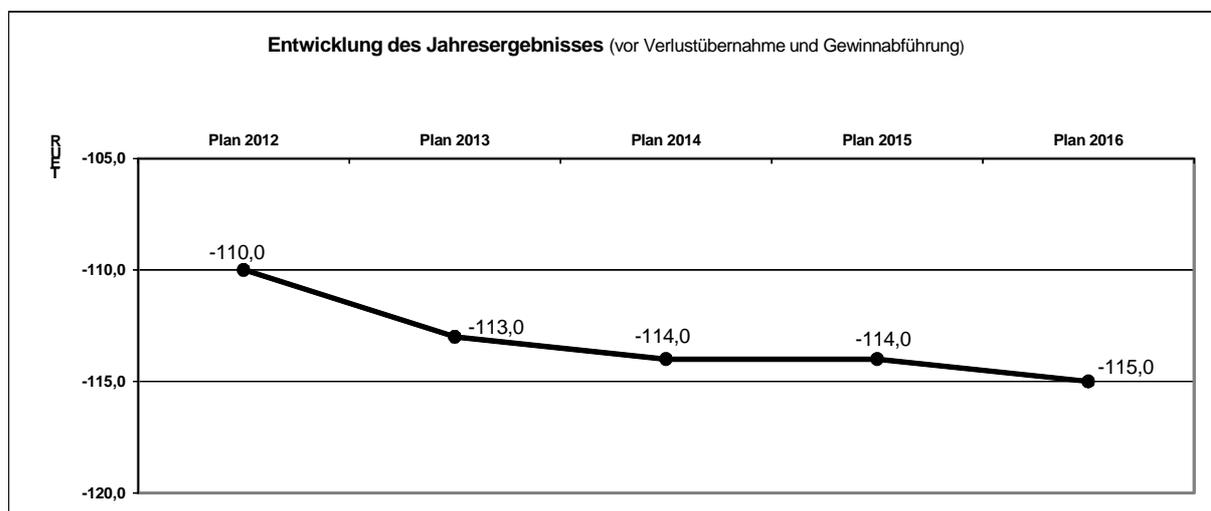
Ertragslage



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	prozentual
Umsatzerlöse	5.069,0	5.069,0	4.967,0	-102,0	-2,01%
Sonstige Erträge	3.199,0	3.199,0	3.181,0	-18,0	-0,56%
Zuschüsse				0,0	0,00%
Materialaufwand	4.232,0	4.232,0	4.110,0	-122,0	-2,88%
Personalaufwand	2.183,0	2.183,0	2.243,0	60,0	2,75%
Abschreibungen	652,0	652,0	633,0	-19,0	-2,91%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.086,0	1.086,0	1.041,0	-45,0	-4,14%
Betriebsergebnis	115,0	115,0	121,0	6,0	5,22%
Zinsergebnis	-219,0	-219,0	-228,0	-9,0	-4,11%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-104,0	-104,0	-107,0	-3,0	-2,88%
Steuern	6,0	6,0	6,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis*	-110,0	-110,0	-113,0	-3,0	-2,73%

* vor Verlustübernahme und Gewinnabführung

**Ausblick**

Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens wird weiterhin maßgeblich durch die wirtschaftliche und demografische Entwicklung in der Stadt Frankfurt (Oder) beeinflusst.

Für das Jahr 2012 bestehen für den Geschäftsbereich Abfallentsorgung der FDH weiterhin die Schwerpunkte in der Erhaltung der Entsorgungssicherheit für die Stadt Frankfurt (Oder) sowie in der zuverlässigen Erfüllung der Geschäftsbesorgungsverträge Abfallstoffstrommanagement, Abfallsammlung und maschinelle Straßenreinigung.

Im Abfallentsorgungszentrum Seefichten werden die Behandlungskapazitäten weiter genutzt.

Für das Jahr 2012 sind Investitionen am Standort Seefichten in Höhe von 0,4 Mio. € und im Verwaltungsbereich im Zusammenhang mit der Erbringung von kaufmännischen Dienstleistungen von 0,4 Mio. € geplant.

In der wirtschaftlichen Entwicklung wird von einer weiteren Stabilisierung ausgegangen.

Durch die aufgabenbedingte Verlustübernahme der SVF schließen die Jahre 2012 und 2013 üblicherweise mit einem Fehlbetrag ab. Es wird davon ausgegangen, dass die von der SVF zu übernehmenden Verluste durch die von der SWF prognostizierte Ergebnisabführung zu einem geringeren Anteil kompensiert werden.

Auch in den kommenden Jahren wird die Stadt Frankfurt (Oder) die Gesellschaft mit finanziellen Mitteln zur Aufgabenerfüllung ausstatten.

Frankfurter Abfallwirtschaft GmbH

Gründungsjahr: 2006

Stammkapital: 25 T€

Gesellschafter: Frankfurter Dienstleistungs-
holding GmbH, 52%
Entsorgungsgesellschaft
Frankfurt (Oder) GbR, 48%

Organe:

Geschäftsführer: Herr Michael Ebermann

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben:

- Wahrnehmung und Überwachung von Entsorgungsdienstleistungen und Ausbau der abfallwirtschaftlichen Infrastruktur im Entsorgungsgebiet Frankfurt (Oder)
- Entsorgungsdienstleistungen sind insbesondere die Entsorgung, der Transport, die Behandlung, die Verwertung und die Vermarktung von Abfällen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehören die Abfallentsorgung einschließlich der Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen und der Ausbau der abfallwirtschaftlichen Infrastruktur im Rahmen des Schutzes der natürlichen Umwelt und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Die PricewaterCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2011 am 30. März 2012 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

Dem Geschäftsführer wurde in der Gesellschafterversammlung der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH am 13. Juli 2012 Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bilanz

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Imma. Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0	0,00%
Sachanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	153,9	115,6	38,3	33,13%
Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,00%
Forderungen	14,2	53,3	-39,1	-73,36%
Liquide Mittel	139,7	62,3	77,4	124,24%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,0	0,1	0,00%
Summe AKTIVA	154,0	115,6	38,4	33,22%
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	25,0	25,0	0,0	0,00%
Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	0,0	0,0	0,0	0,00%
Sonderposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Rückstellungen	118,5	73,3	45,2	61,66%
Verbindlichkeiten	10,5	17,3	-6,8	-39,31%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	154,0	115,6	38,4	33,22%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	445,3	492,2	-46,9	-9,53%
Sonstige Erträge	36,0	0,9	35,1	3900,00%
Materialaufwand	0,6	0,6	0,0	0,00%
Personalaufwand	444,4	459,0	-14,6	-3,18%
Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	36,9	34,2	2,7	7,89%
Betriebsergebnis	-0,6	-0,7	0,1	14,29%
Zinsergebnis	0,6	0,7	-0,1	-14,29%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,00%
Steuern	0,0	0,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,00%

Auszug aus dem Lagebericht**Geschäftsverlauf**

Die Frankfurter Abfallwirtschaft GmbH, Frankfurt (Oder) (FAW) ist eine Tochtergesellschaft der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH (FDH). Die Entsorgungsgesellschaft Frankfurt (Oder) GbR ist seit dem 01.01.2007 zu 48 % an der FAW beteiligt. Zur Entsorgungsgesellschaft Frankfurt (Oder) GbR gehören die Gesellschaften Veolia Umweltservice Ost GmbH & Co. KG und die Becker + Armbrust GmbH. Gegenstand der Gesellschaft ist u. a. die Wahrnehmung von Entsorgungsdienstleistungen und der Ausbau der abfallwirtschaftlichen Infrastruktur im Entsorgungsgebiet Frankfurt (Oder). Die FDH ist die Eigentümerin der Abfallumschlag- und Behandlungsanlage Seefichten in Frankfurt (Oder) und hat die FAW mit der Betriebsführung dieser Anlage beauftragt. Im Rahmen dieser Beauftragung sichert die FAW mit ihrem Personal den Umschlag der Abfälle aus den Haushalten der Stadt Frankfurt (Oder) ab und führt eine Vorbehandlung und Sortierung von Abfällen aus gewerblichen Bereichen durch. In der Anlage wurden im Geschäftsjahr 2011 insgesamt ca. 26.300 t Abfall durchgesetzt. Die FAW erzielte mit ihrer Tätigkeit als Betriebsführer im Geschäftsjahr 2011 einen Umsatz von 445 T€.

Infolge der vertraglichen Regelungen zur Kostenerstattung im Rahmen der Betriebsführung wurde das Geschäftsjahr mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis abgeschlossen.

Risikomanagement

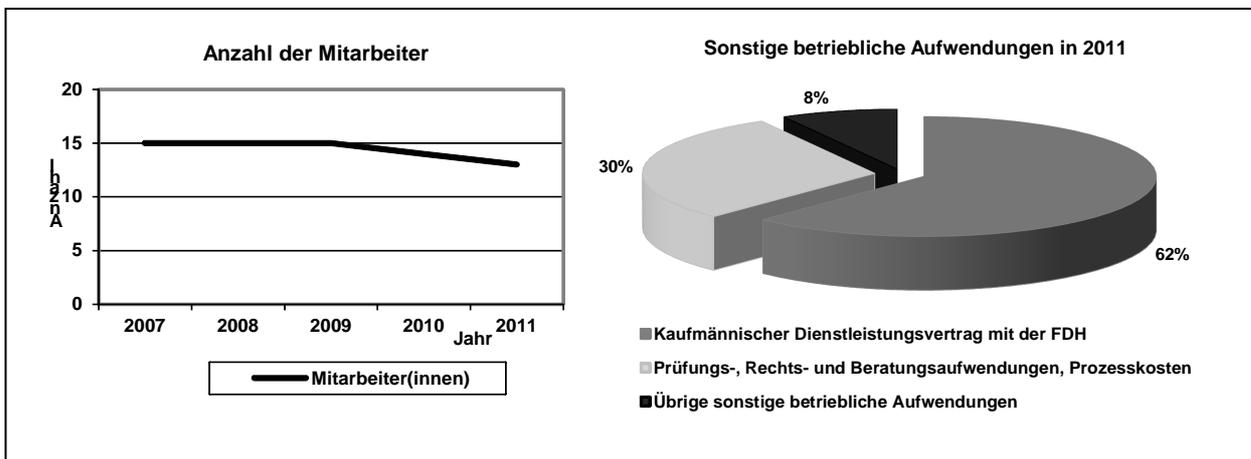
Das im Konzern der Frankfurter Dienstleistungsholding eingerichtete Risiko-Management-System wird von der Gesellschaft FAW zur Risikofrüherkennung und Einleitung geeigneter Gegenmaßnahmen genutzt.

Es wurden keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken festgestellt.

Als kritisch wird die demografische Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Frankfurt (Oder) und die damit verbundene rückläufige Entwicklung des Abfallaufkommens gesehen.

Kennzahlen

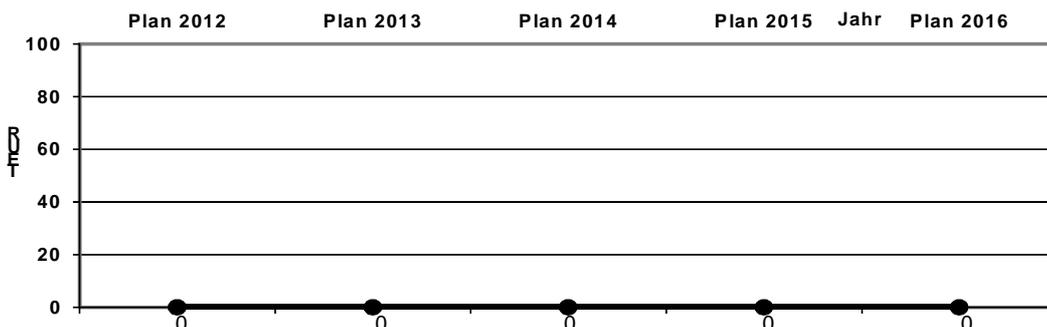
	kritischer Wert	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	16,23%	21,63%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	16,23%	21,63%
Fremdkapitalquote	> 75 %	83,77%	78,37%
Verschuldungsgrad	-	31/6	29/8
Liquidität 1. Grades	< 20 %	108,29%	68,84%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	119,38%	127,73%
Working Capital	< 0	24,9 T€	25,1 T€
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	-0,13%	-0,14%
Materialintensität	-	0,13%	0,12%
Personalintensität	-	99,80%	93,25%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	0,00%	0,00%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	13,19	7,45
Produktivität	-	34,25 T€/Ma.	35,16 T€/Ma.



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	prozentual
Umsatzerlöse	423,2	423,2	469,1	45,9	10,85%
Sonstige Erträge	33,6	33,6	33,6	0,0	0,00%
Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Personalaufwand	423,2	423,2	469,1	45,9	10,85%
Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	33,6	33,6	33,6	0,0	0,00%
Betriebsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Zinsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%

Entwicklung des Jahresergebnisses



Ausblick

Die strategische Ausrichtung der FAW liegt weiterhin in der Betriebsführung der abfallwirtschaftlichen Anlagen am Standort Seefichten.

Es ist neben der Abfallsortierung und dem Abfallumschlag weiterhin vorgesehen, die Aufbereitung von Abfällen zur energetischen Verwertung nach wirtschaftlichem Ermessen durchzuführen.

Der FAW wird für diese Aufgaben weiterhin die Betriebsführung durch die FDH übertragen.

Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 wird bei unveränderten Regelungen zur Kostenerstattung gemäß dem Betriebsführungsvertrag ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH

Gründungsjahr: 1992

Stammkapital: 9.152 T€

Gesellschafter:

Frankfurter Dienstleistungs- holding GmbH	51%
E.ON e.dis	39%
EWE	10%

Organe:

Geschäftsführer: Herr Jörg Thiem

Aufsichtsrat:

Herr Grünkorn *Vorsitzender*
 Herr Paasch *stellv. Vorsitzender*
 Herr Dr. Müller
 Herr Neumann
 Herr Dr. Reichel
 Herr Edelmann
 Frau Seifert
 Frau Melcher
 Herr Gothe
 Frau Veres

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Versorgung mit Energie zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2011 am 15. Mai 2012 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

Dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat wurde in der Gesellschafterversammlung der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH am 13. Juli 2012 Entlastung erteilt.

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben:

- Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme und die Verwirklichung von Maßnahmen auf dem Gebiet der Energieeinsparung und der effizienten Energienutzung einschließlich der Beratung der Energienutzer,
- die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen, insbesondere für die Stadt Frankfurt (Oder) und kommunale Unternehmen

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

Höhe: € **41.580.648,65** (Vj: € 23.558.969,46)

Davon mit einer Restlaufzeit von:

➤ bis 1 Jahr: € **7.825.174,29**

Vj: € 6.709.117,44

➤ 1 - 5 Jahre: € **15.833.161,21**

Vj: € 13.893.473,16

➤ ab 5 Jahre: € **17.922.313,15**

Vj: € 2.956.378,86

Bilanz

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	73.685,7	57.406,4	16.279,3	28,36%
Imma. Vermögensgegenstände	696,8	770,0	-73,2	-9,51%
Sachanlagevermögen	42.606,7	22.050,0	20.556,7	93,23%
Finanzanlagevermögen	30.382,2	34.586,4	-4.204,2	-12,16%
Umlaufvermögen	20.934,4	21.054,6	-120,2	-0,57%
Vorräte	1.583,2	1.842,5	-259,3	-14,07%
Forderungen	15.456,3	14.733,4	722,9	4,91%
Liquide Mittel	3.894,9	4.478,7	-583,8	-13,04%
Rechnungsabgrenzungsposten	55,0	98,4	-43,4	-44,11%
Summe AKTIVA	94.675,1	78.559,4	16.115,7	20,51%
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	31.275,5	31.275,5	0,0	0,00%
Gezeichnetes Kapital	9.152,2	9.152,2	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	22.123,3	22.123,3	0,0	0,00%
Sonderposten	2.430,1	2.276,2	153,9	6,76%
Rückstellungen	5.812,3	5.692,5	119,8	2,10%
Verbindlichkeiten	55.157,2	38.311,7	16.845,5	43,97%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	1.003,5	-1.003,5	-100,00%
Summe PASSIVA	94.675,1	78.559,4	16.115,7	20,51%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	86.381,0	93.302,0	-6.921,0	-7,42%
Bestandsveränderung	0,0	0,0	0,0	0,00%
aktivierte Eigenleistungen	280,3	272,1	8,2	3,01%
Sonstige Erträge	2.157,1	3.991,1	-1.834,0	-45,95%
Materialaufwand	69.943,6	79.567,2	-9.623,6	-12,09%
Personalaufwand	5.917,8	6.056,7	-138,9	-2,29%
Abschreibungen	4.181,9	2.331,6	1.850,3	79,36%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.480,9	6.869,2	-388,3	-5,65%
Konzessionsabgabe	312,0	0,0	312,0	4,54%
Betriebsergebnis	1.982,2	2.740,5	-758,3	-27,67%
Erträge aus				
Gewinnabführungsverträgen	3.171,8	3.376,1	-204,3	-6,05%
Finanzergebnis	-857,6	-838,5	-19,1	-2,28%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.296,4	5.278,1	-981,7	-18,60%
Außerordentliche Aufwendungen	0,0	247,5	-247,5	-100,00%
Steuern	526,6	420,9	105,7	25,11%
Ausgleichszahlungen	3.114,1	1.738,7	1.375,4	79,11%
Gewinnabführung FDH	655,7	2.871,0	-2.215,3	-77,16%
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	-68,33%

Auszug aus dem Lagebericht

Die Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH ist eine 51 %-ige Tochtergesellschaft der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH und hat ihren Sitz in Frankfurt (Oder). Weitere Gesellschafter sind die E.ON edis AG, Fürstenwalde, zu 39 % und die EWE ENERGIE AG, Oldenburg, zu 10 %.

Die Gesellschaft ist nach § 3 Nr. 38 EnWG ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen und fällt somit in den Anwendungsbereich der Vorschriften zu § 6b Abs. 1 EnWG. Es werden folgende Tätigkeiten im Sinne des § 6b Abs. 3 EnWG ausgeübt: Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors und andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Die Gesellschaft versorgt sowohl die Einwohner als auch Unternehmen und Institutionen der Stadt Frankfurt (Oder) mit Strom, Erdgas, Fern- und Nahwärme.

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen der Stadt ist weiterhin rückläufig, wenn auch auf einem deutlich abgeschwächtem Niveau. So lag die Einwohnerzahl am 31. Dezember 2011 bei 59.300 gegenüber 59.616 Einwohnern am 31. Dezember 2010.

In 2011 ging eine weitere Fertigungshalle von First Solar in Betrieb. Neben dieser Entwicklung sind weitere merkliche wirtschaftliche Aktivitäten in der Region verhalten.

Der Stadtbau wurde weitergeführt und es wurden bisher insgesamt 8.363 Wohnungen rückgebaut.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2011 der Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH ist durch einen anhaltend starken Verdrängungswettbewerb, schwankenden Bezugspreisen für Primärenergie und durch die Umsetzung der sich ständig verändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen geprägt. Vor diesem Hintergrund stehen die Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH, wie alle Energieversorgungsunternehmen, vor großen Herausforderungen. So sind neben der regelmäßigen Anpassung der Datenformate für die Lieferantenwechselprozesse zum 1. April und 1. Oktober die umfangreichen Festlegungen der Bundesnetzagentur vom 28. Oktober 2011 umzusetzen.

Die Regulierung im Energiebereich stellt hohe Anforderungen an die Leistungskraft und Leistungsbereitschaft der Marktteilnehmer. Eine Veränderung bzw. Optimierung der Organisationsstrukturen ist erforderlich, um den sich ergebenden Kostenbelastungen entgegenzuwirken. Deshalb stehen Geschäftsprozesse stetig auf dem Prüfstand.

Zum 1. April 2011 erfolgte die vertragliche Andienung des Heizkraftwerkes von der STATOR Heizkraftwerk Frankfurt (Oder) GmbH & Co. KG.

Im Wege einer Anwachsung wurde das Reinvermögen der STUPA Heizwerk Frankfurt (Oder) Nord GmbH & Co. KG durch die Gesellschaft zum 1. April 2011 übernommen. Zur Finanzierung des Erwerbs des Heizkraftwerkes und des Heizwerkes wurden Darlehen in Höhe von EUR 21,8 Mio. aufgenommen.

Zur langfristigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Strom- und Wärmeerzeugung ist die Erarbeitung eines optimierten Erzeugungskonzeptes fortgeführt worden.

Auf der Grundlage einer Absatzanalyse der letzten 5 Jahre wurde eine mittelfristige Vertriebsstrategie erarbeitet und mit der Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen wurde begonnen.

Auf Basis klar definierter Rahmenbedingungen werden die laufenden und zukünftigen Strom- und Gasmengen strukturiert beschafft, um so die sich ergebenden Chancen auch weiterhin optimal zu nutzen.

Umsatz und Ertragslage

Die Gesamtumsatzerlöse verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 % auf EUR 86,4 Mio.

Anteil der einzelnen Versorgungsbereiche am Gesamtumsatz:

Sparte	2011	2010	Veränderung
	TEUR	TEUR	
Strom	45.668	41.474	10,1
Gas	16.854	23.017	-26,8
Wärme	21.621	22.265	-2,9

Jedoch hat sich der Materialaufwand insgesamt um 12,1 % auf EUR 69,9 Mio. reduziert, so dass sich der Rohertrag im Vergleich zum Vorjahr um 19,7 % erhöht hat.

Die Erhöhung der Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr um EUR 1,8 Mio. ist auf die Übernahme der Erzeugerstätten von STATOR und STUPA zurückzuführen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von EUR 4,3 Mio. (im Vorjahr EUR 5,3 Mio.) beinhaltet die Gewinnabführung der Stadtwerke Frankfurt (Oder) Netzgesellschaft mbH in Höhe von EUR 3,2 Mio. (im Vorjahr EUR 3,4 Mio.). Diese Entwicklung ist u.a. auf die letztmalige Inanspruchnahme der Drohverlustrückstellung aus Fernwärmelieferverträgen in Höhe von EUR 1,2 Mio. im Vorjahr zurückzuführen.

Absatz und Beschaffung

Die Abführung der gesetzlichen EEG-Umlage für den Letztverbraucherabsatz erfolgte für 2011 in Höhe von 3,53 Ct/kWh.

Die Strombeschaffung für Kunden betrug 251,7 GWh, im Vorjahr 225,3 GWh. Der entsprechende Absatz liegt mit 11,3 % über dem Vorjahreswert und beträgt 246,0 GWh, vorrangig bedingt durch höhere Stromlieferungen an Großkunden um ca. 14 %. Mit der erfolgreichen Akquisition auch außerhalb von Frankfurt (Oder) konnte der Absatzrückgang im Haushaltskundenbereich kompensiert werden.

Die gestiegenen Bezugspreise wurden an die Stromkunden in allen Preissegmenten ab 1. Januar 2011 weitergereicht.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2011 wurden ca. 0,2 % weniger Haushalts- und Gewerbekunden als im Vorjahr in Frankfurt(Oder) mit Strom versorgt

Der Erdgasbezug insgesamt verringerte sich temperaturbedingt von 702,9 GWh im Vorjahr auf 642,4 GWh im Berichtsjahr. Der Einsatz der Gasturbine im Heizkraftwerk verlief planmäßig und erfolgt in der Heizperiode.

Der Gasabsatz insgesamt verringerte sich um 36,1 % auf 444,1 GWh. Neben dem witterungsbedingten Rückgang des Absatzes bei den Heizgas- und Kleinkunden

(-19,1%) ist der Absatzrückgang hauptsächlich durch die Übernahme der Erzeugungsstätten von STATOR und STUPA (-59,8 %) bedingt. Positiv wirkt sich die erfolgreiche Akquisition von Kunden außerhalb von Frankfurt(Oder) aus.

Neben den Preisanpassungen entsprechend der vertraglichen Preisänderungsklausel bei Sondervertragskunden erfolgte zum 1. Januar 2011 eine Preisanpassung im Haushaltskundenbereich.

Im Geschäftsfeld Wärme ist die Absatzmenge neben dem Rückgang durch Abriss vorrangig temperaturbedingt um 16,1 % gesunken (231,0 GWh im Berichtsjahr, 275,5 GWh im Vorjahr).

In der Stadt Frankfurt (Oder) besteht nach wie vor ein hoher Wohnungsleerstand und das Wohnungsrückbauprogramm wird weiter fortgeführt, was u.a. zu einem Anstieg der spezifischen Fixkosten und Rückbaubelastungen führt.

Preisanpassungen erfolgen in der Regel entsprechend einer Preisgleitklausel für den Arbeitspreis zum 1. April und 1. Oktober. Die jeweiligen Preisanpassungen in 2011 führten zu einer Erhöhung des Arbeitspreises.

Investitionen, Finanzierung und Vermögen

Die Investitionen im Berichtsjahr umfassten vorrangig den Kauf des Heizkraftwerkes, den Zugang des Spitzenheizwerkes durch Anwachsung, Maßnahmen zur Stabilisierung der Versorgungssicherheit bzw. Netzerweiterungen durch Neukundenanschlüsse sowie den Kauf von Anteilen an der FIS und weitere Ausleihungen an verbundene Unternehmen.

In das Sachanlagevermögen wurden EUR 24,5 Mio. (im Vorjahr EUR 2,3 Mio.) und in das Finanzanlagevermögen EUR 2,7 Mio. (im Vorjahr EUR 8,5 Mio.) investiert.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch Investitions- und Baukostenzuschüsse, aus vorhandenen Finanzmitteln und durch Neuaufnahme von Krediten.

Unter Einbeziehung der Stadtwerke Frankfurt (Oder) Netzgesellschaft mbH führen die Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH einen Cash-Pool durch.

Das langfristige Vermögen ist nahezu vollständig durch langfristige Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.

Risikomanagement

Gemäß den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) wurde bereits 1999 ein konzernweites Risikomanagement-System mit dem Ziel erarbeitet, frühzeitig kritische Unternehmensrisiken zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Seit dem Geschäftsjahr 2000 wird ein Risikohandbuch zur Dokumentation und Fortschreibung geführt. Die Risiken werden bereichsweise identifiziert, bewertet und entsprechende Gegenmaßnahmen festgelegt. Das Risikohandbuch wurde im Geschäftsjahr 2009 um den Teil Risikomanagement zur Strombeschaffung erweitert. Über das interne Berichtswesen waren jederzeit die aktuelle Geschäftssituation und mögliche Risiken erkennbar. Es wurden keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken festgestellt.

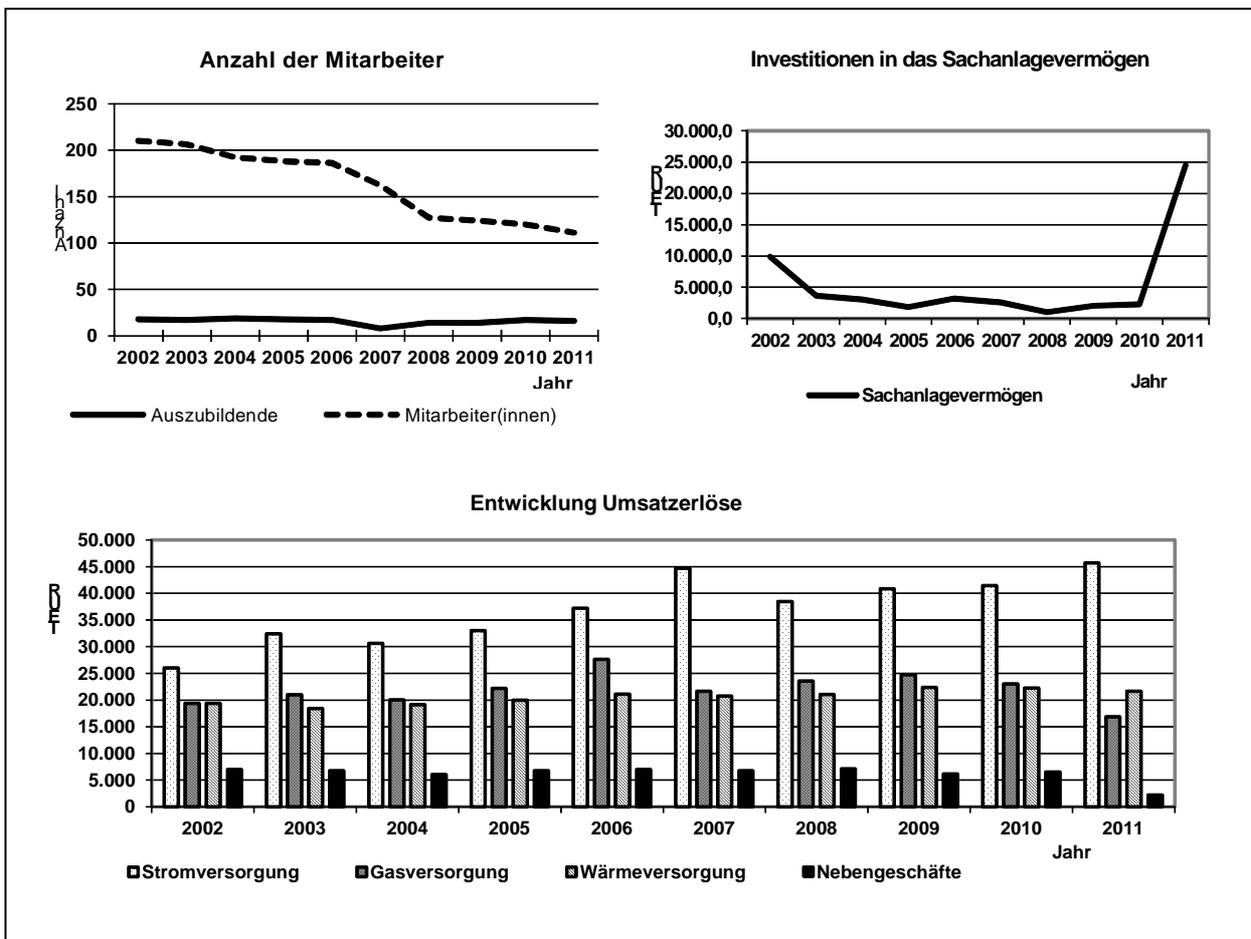
Als kritische Risiken werden u. a. gesehen:

- Marktpreisrisiken in den Bereichen Erzeugung, Handel und Vertrieb, kartellrechtliche Preisvorgaben,
- Kreditrisiken aus unbesicherten Forderungen gegenüber Handelspartnern und Kunden,
- anhaltender Bevölkerungsrückgang in der Stadt Frankfurt (Oder),
- Leerstand und Abriss von fernwärmebeheizten Wohnungen,
- Betreiberrisiko für das HKW,
- Solarstandort Frankfurt (Oder) ist durch die geplanten Kürzungen der Einspeisevergütungen nach dem EEG gefährdet.

Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit werden in Form von Rückstellungen und Wertberichtigungen berücksichtigt.

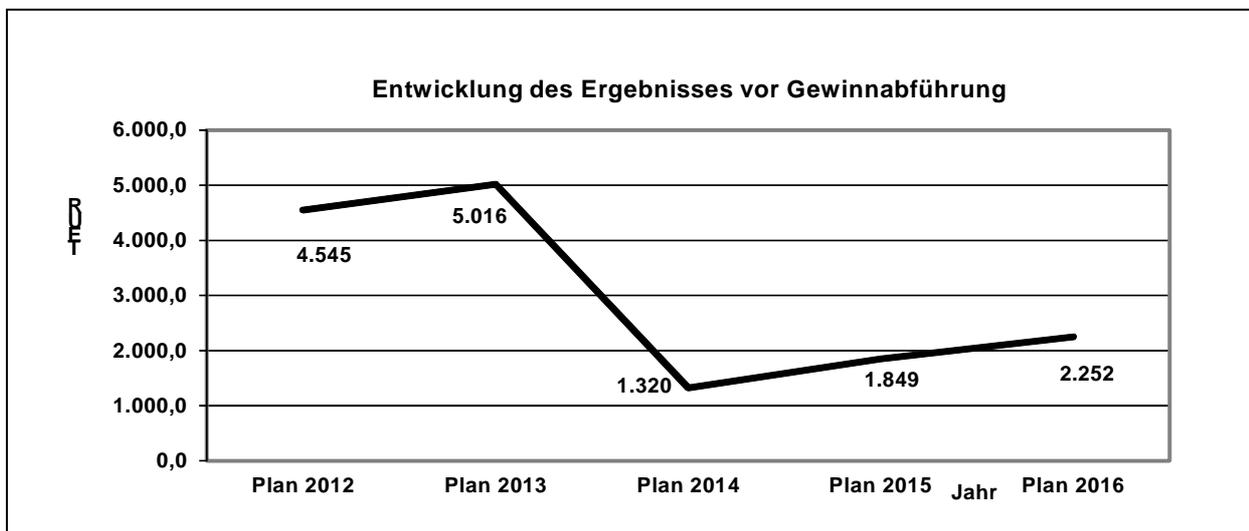
Kennzahlen

	kritischer Wert	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	33,03%	39,81%
EK (+EK-ähnliche)-quote		35,60%	42,71%
Fremdkapitalquote	> 75 %	64,40%	57,29%
Verschuldungsgrad	-	2/1	13/9
Anlagendeckungsgrad I	-	42,44%	54,48%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	95,50%	94,42%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	16,02%	19,18%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	79,84%	79,28%
Working Capital	< 0	-3.373,4 T€	-3.301,3 T€
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	2,29%	2,94%
Materialintensität	-	80,97%	85,28%
Personalintensität	-	6,85%	6,49%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	77,83%	73,07%
Umschlagshäufigkeit der Vorräte	-	50,43	52,49
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	5,72	6,25
Produktivität		674,85 T€/Ma.	676,10 T€/Ma.
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	-	20 Tage	15 Tage
Debitorenlaufzeit	-	41 Tage	35 Tage



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	prozentual
Umsatzerlöse	92.054,0	93.333,0	88.655,0	-3.399,0	-3,69%
Sonstige Erträge	1.941,0	1.751,0	1.846,0	-95,0	-4,89%
Zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	72.718,0	73.813,0	68.382,0	-4.336,0	-5,96%
Personalaufwand	5.998,0	5.998,0	5.896,0	-102,0	-1,70%
Abschreibungen	4.939,0	4.939,0	5.144,0	205,0	4,15%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.476,0	6.452,0	6.344,0	-132,0	-2,04%
Betriebsergebnis	3.864,0	3.882,0	4.735,0	871,0	22,54%
Finanzergebnis	-1.149,0	-1.147,0	-1.193,0	-44,0	-3,83%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.715,0	2.735,0	3.542,0	827,0	30,46%
Erträge aus Beteiligungen	2.012,0	1.902,0	1.576,0	-436,0	-21,67%
Auflösung Drohverlustrückstellung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Ergebnis vor Steuer	4.727,0	4.637,0	5.118,0	391,0	8,27%
Steuern	182,0	182,0	102,0	-80,0	-43,96%
Ergebnis vor Gewinnabführung	4.545,0	4.455,0	5.016,0	471,0	10,36%



Ausblick

Mit der Vertriebsstrategie 2012-2015 ist die Zielsetzung verbunden, Mengenzuwächse bei Strom und Gas durch Neukundengewinnung in Netzgebieten außerhalb der Stadt Frankfurt (Oder) zu realisieren. Frankfurt (Oder) als größte Stadt im Umland hat aufgrund der vorhandenen behördlichen Einrichtungen, Institutionen, Unternehmen, Geschäfte sowie Kultur- und Sporteinrichtungen einen hohen Einpendleranteil. Die Stadtwerke Frankfurt (Oder) sind in der Lage, mit den vorhandenen materiellen, systemseitigen und auch personellen Kapazitäten Kunden- und Mengenzuwächse zu beherrschen und mit hoher Qualität umzusetzen.

Die Bundesnetzagentur stellt die Energiebranche weiterhin vor große Herausforderungen. So sind u.a. die Angabepflichten in den Rechnungsformularen erweitert worden.

Zum 1. April 2012 sind die Festlegungen der Bundesnetzagentur vom 28. Oktober 2011 zu den geänderten Regelungen zum Lieferantenwechselprozess Gas und Strom organisatorisch und softwareseitig umzusetzen.

Aufgrund der sich wirtschaftlich verschlechternden Rahmenbedingungen für die Solarindustrie hat das Unternehmen First Solar im April 2012 bekannt gegeben, bis Ende Oktober 2012 seine komplette Produktion einzustellen und den Standort Frankfurt (Oder) zum Ende des Jahres ganz zu schließen. Betroffen von dieser Entscheidung sind 1.200 direkt bei First Solar beschäftigte Mitarbeiter. Für die Gesellschaft wird mit erheblichen Auswirkungen gerechnet.

Zur Optimierung der Energiebeschaffung wird u. a. das aufgebaute eigene Bilanzkreismanagement weiter intensiv genutzt. Für die Jahre 2014 und 2015 wird von einer Unterdeckung bei den zugeteilten CO₂-Zertifikaten ausgegangen. Aufgrund der positiven Marktsituation im Januar 2012 wurden 55.000 EUA für 2014 und 65.000 EUA für 2015 preislich gesichert. Dabei entspricht 1 EUA 1 t CO₂.

Im Zuge des fortgeführten Stadtumbaus wird die Gesellschaft mit weiteren Belastungen beim Rückbau der Netzinfrastruktur bzw. für die Sicherung von Leitungsrechten rechnen müssen.

Hohe Priorität haben Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit der Erzeugungs- und Wärmeverteilungsanlagen bei hoher Wirtschaftlichkeit, daher sind im Geschäftsjahr 2012 EUR 4,1 Mio. für Investitionen geplant. Die Stärkung der umweltfreundlichen Energieerzeugung durch die Kraft-Wärme-Kopplung im Heizkraftwerk findet ihren Niederschlag in der geplanten Verlängerung der Fernwärmesatzung in der Stadt Frankfurt (Oder) über den 31.12.2012 hinaus.

Stark schwankende Energiepreise, der anhaltende und immer aggressiver werdende Wettbewerb und die zu erwartenden Auswirkungen der Regulierung bei Strom und Gas werden in naher Zukunft zu einem weiteren Rückgang der Margen führen.

Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 werden weiterhin positive Jahresergebnisse vor Steuern, Gewinnabführung und Ausgleichszahlungen, welche auf Basis des mit der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH bestehenden Ergebnisabführungsvertrages erfolgen, erwartet. Jedoch werden die Jahresergebnisse durch Wegfall von Großkunden aus der Solarindustrie beeinträchtigt.

FIS Frankfurter Industrieservice GmbH Frankfurt (Oder)**Gründungsjahr:** 1992**Stammkapital:** 25,6 T€**Gesellschafter:** Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH, 51%
Dalkia GmbH, 49%**Organe:**

Geschäftsführer: Herr Uwe Bohm

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat wurde in 2007 aufgelöst.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Versorgung mit Energie zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Gegenstand des Unternehmens

Erbringung von Industriedienstleistungen:

- Versorgung mit Elektrizität und Wärme (Erzeugung und Verteilung) sowie Gasverteilung; Herstellung, Vertrieb von Reinstwasser; die Abwasser- und Abfallentsorgung nebst Errichtung und Betrieb einer Telekommunikationsanlage. Die Versorgungsaufgaben sind standortgebunden und erstrecken sich auf den Industriestandort Markendorf auf der Gemarkung Frankfurt (Oder)
- Erbringung von weiteren typischen Industriedienstleistungen für haustechnische Anlagen, einschließlich Montagearbeiten; Labortechnische Dienstleistungen (Analytik, Arbeitshygiene)
- Transport von Gütern und Personen
- Facility Management (ganzheitliches Management für Liegenschaften und/oder Gebäude)

Bemerkungen

Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2011 hat am 19. März 2012 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

Dem Geschäftsführer wurde in der Gesellschafterversammlung der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH am 13. Juli 2012 Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bilanz

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	1.130,6	1.125,4	5,2	0,46%
Imma. Vermögensgegenstände	2,7	4,9	-2,2	-44,90%
Sachanlagevermögen	1.127,9	1.120,5	7,4	0,66%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	932,2	1.037,9	-105,7	-10,18%
Vorräte	65,5	5,4	60,1	1112,96%
Forderungen	415,4	366,5	48,9	13,34%
Liquide Mittel	451,3	666,0	-214,7	-32,24%
Rechnungsabgrenzungsposten	33,6	31,8	1,8	5,66%
Summe AKTIVA	2.096,4	2.195,1	-98,7	-4,50%
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	1.643,0	1.694,8	-51,8	-3,06%
Gezeichnetes Kapital	25,6	25,6	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	1.617,4	1.669,2	-51,8	-3,10%
Sonderposten	1,5	2,9	-1,4	-48,28%
Rückstellungen	213,9	246,4	-32,5	-13,19%
Verbindlichkeiten	238,0	251,0	-13,0	-5,18%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	2.096,4	2.195,1	-98,7	-4,50%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	4.365,9	3.798,1	567,8	14,95%
Sonstige Erträge	124,7	50,3	74,4	147,91%
Materialaufwand	1.487,6	1.296,0	191,6	14,78%
Personalaufwand	2.416,2	2.020,0	396,2	19,61%
Abschreibungen	57,6	51,7	5,9	11,41%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	311,6	313,9	-2,3	-0,73%
Betriebsergebnis	217,6	166,8	50,8	30,46%
Zinsergebnis	7,3	5,5	1,8	32,73%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	224,9	172,3	52,6	30,53%
Steuern	69,2	47,9	21,3	44,47%
Jahresergebnis	155,7	124,4	31,3	25,16%

Auszug aus dem Lagebericht

Der FIS Frankfurter Industrieservice GmbH, Frankfurt (Oder) ist zum 31.12.2011 eine Tochtergesellschaft der Stadtwerke Frankfurt Oder) mbH, Frankfurt (Oder) (51 %) und der Dalkia GmbH, Hamburg (49 %). Mit Wirkung zum 01.01.2012 hat die Dalkia GmbH ihre Anteile an die Stadtwerke Frankfurt (Oder) mbH veräußert.

Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2011

Im Geschäftsfeld **Gebäudemanagement** widerspiegeln sich die technischen Hauptaktivitäten des Unternehmens. Hier bieten sich, auf Grund der personellen und strukturellen Grundlagen, die größten Möglichkeiten der Unternehmensentwicklung. Deshalb wird mit Zielstrebigkeit am Ausbau dieses Geschäftsfeldes durch die Beteiligung an Ausschreibungen und daraus folgend dem Abschluss weiterer Verträge gearbeitet.

In der technischen Betriebsführung konnte der Umfang der Leistungen erweitert werden.

Überregional haben sich die Standorte Cottbus und auch Berlin etabliert und weiterentwickelt.

Am Standort Berlin konzentrieren sich die Aktivitäten des technischen Services auf Objekte im öffentlichen und kommunalen Bereich.

Auf dem Gebiet der **EDV-Dienstleistungen** und der **Arbeitssicherheit** sind Aktivitäten im kommunalen Bereich regional und überregional entwickelt worden.

Im Bereich Umweltschutz konnte durch einen Auftrag zur Entsorgung/Baufeldvorbereitung wesentlicher Umsatz erzielt werden.

Die Umsatzentwicklung im **Laborbereich** wird nach wie vor durch Auftragsleistungen bestimmt. Hier schlägt sich die Zusammenarbeit mit den Landkreisen Oder-Spree und Märkisch Oderland besonders positiv in der Wasseranalytik nieder. Durch veränderte Auftragsvergabe eines Kunden mussten Umsatzrückgänge verkraftet werden.

Im Geschäftsjahr 2011 ist eine Umsatzsteigerung zum Vorjahr von 15 % zu verzeichnen. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Abschluss eines neuen Vertrages. Ein einmaliger Auftrag beeinflusste die Umsatzentwicklung ebenfalls wesentlich.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 18 TEUR.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Leistungen sind um 15 % gestiegen.

Der Lohnaufwand stieg infolge der Tarifierpassung und Neueinstellung von Arbeitskräften.

Der sonstige betriebliche Aufwand ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken.

Das erzielte Jahresergebnis hat sich gegenüber dem des Vorjahres verbessert.

Investitionen und Vermögenslage

An Investitionen wurden im Geschäftsjahr 63 TEUR realisiert. Wesentliche Maßnahmen waren die Anschaffung eines Partikelzählers sowie eines Dampfsterilisators für den Laborbereich, die Anschaffung eines Transporters sowie die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern in Höhe von 19 TEUR.

Das langfristige Vermögen (Anlagevermögen) ist analog dem Vorjahr vollständig durch eigene Mittel (Eigenkapital) gedeckt. Die Eigenkapitalquote beträgt 78,4 % (Vorjahr:77,2%).

Die Gesellschaft finanziert sich vollständig aus eigenerwirtschafteten Mitteln.

Risiken

Gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz (KonTraG) vom 01. Mai 1998 wurde ein Risikomanagementhandbuch erstellt und findet seit dem Jahr 2000 (2005 überarbeitet) Anwendung.

Bestandsgefährdende oder die Gesellschaft wesentlich beeinträchtigende Risiken bestehen nicht.

In den Risiken für das Unternehmen wird besonderes Augenmerk auf die vertraglichen Risiken gelegt.

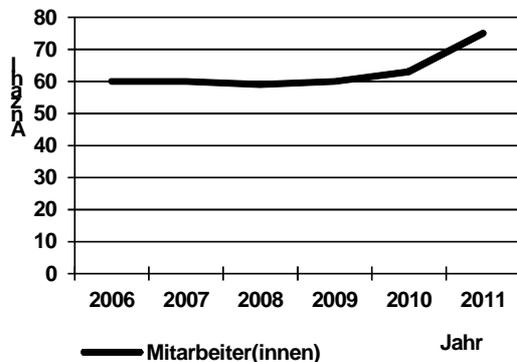
Dienstleistungsverträge, die in der Regel eine jährliche Kündigungsmöglichkeit enthalten, wurden nicht aufgekündigt. Die Auftragslage entwickelte sich positiv.

Der Abschluss von weiteren Verträgen verspricht, dass die geplanten Steigerungen umsatzseitig Erfolg haben werden.

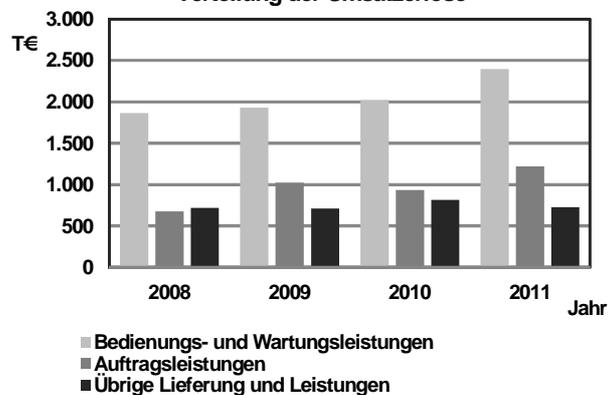
Kennzahlen

	kritischer Wert	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	78,37%	77,21%
EK (+EK-ähnliche)-quote	-	78,44%	77,34%
Fremdkapitalquote	> 75 %	21,56%	22,66%
Verschuldungsgrad	-	2/7	2/7
Anlagendeckungsgrad I	-	145,32%	150,60%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	145,32%	150,60%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	99,85%	133,90%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	199,18%	213,97%
Working Capital	< 0	480,2 T€	540,5 T€
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	4,98%	4,39%
Materialintensität	-	34,07%	34,12%
Personalintensität	-	55,34%	53,18%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	53,93%	51,27%
Umschlagshäufigkeit der Vorräte	-	123,16	607,70
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	11,17	8,02
Produktivität	-	58,21 T€/Ma.	60,29 T€/Ma.
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	-	31 Tage	57 Tage
Debitorenlaufzeit	-	29 Tage	38 Tage

Anzahl der Mitarbeiter



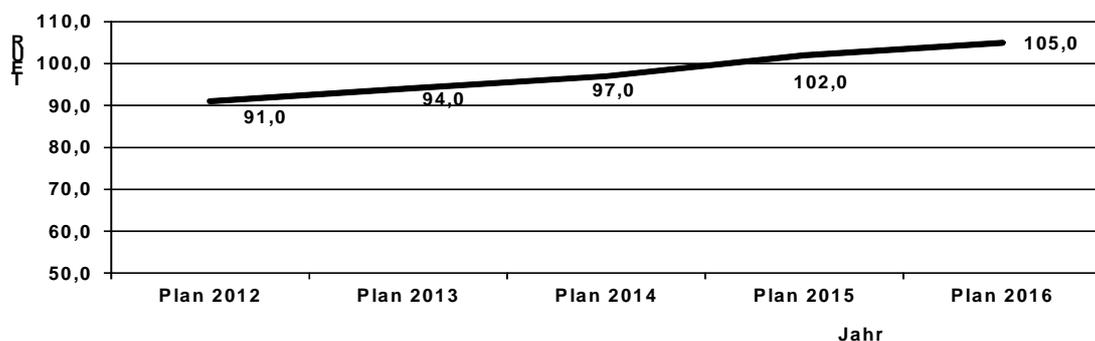
Verteilung der Umsatzerlöse



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	prozentual
Umsatzerlöse	4.095,0	3.955,0	4.218,0	123,0	3,00%
Sonstige Erträge	30,0	30,0	31,0	1,0	3,33%
Zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	1.244,0	1.156,0	1.281,0	37,0	2,97%
Personalaufwand	2.443,0	2.415,0	2.517,0	74,0	3,03%
Abschreibungen	55,0	55,0	60,0	5,0	9,09%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	252,0	252,0	260,0	8,0	3,17%
Betriebsergebnis	131,0	107,0	131,0	0,0	0,00%
Zinsergebnis	10,0	11,0	15,0	5,0	50,00%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	141,0	118,0	146,0	5,0	3,55%
Steuern	50,0	43,0	52,0	2,0	4,00%
Jahresergebnis	91,0	75,0	94,0	3,0	3,30%

Entwicklung des Jahresergebnisses

**Ausblick**

Der FIS Frankfurter Industrieservice GmbH sieht sich als regionaler Dienstleister und ist bestrebt, die Marktposition zu festigen und auszubauen. Der Wettbewerbsvorteil liegt in dem großen technischen Know-how des Unternehmens.

Die Strategie des Unternehmens für das Geschäftsjahr 2012 ist es, bestehende Vertragsbeziehungen zu festigen, sich erfolgreich an Ausschreibungen zu beteiligen und weitere, möglichst längerfristige Verträge in der Region um Frankfurt (Oder) abzuschließen.

Eine wichtige Rolle in 2012 spielt die weitere Qualitätssicherung bei der Betreuung der versorgungstechnischen Anlagen eines neuen Vertragspartners.

Die Leistungen des Labors werden regional und überregional angeboten, dabei spielt die Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern eine wesentliche Rolle. Schwerpunkt für 2012 sind die Leistungen im Zusammenhang mit der Novellierung der Trinkwasserverordnung vom November 2011.

Die Planung sieht eine kontinuierliche Entwicklung und Steigerung der Umsatzerlöse für die kommenden Geschäftsjahre vor. Die Umsatzgröße aus 2011 wird sich für 2012 aufgrund der Besonderheit des einmaligen Auftrages wesentlicher Größe nicht bestätigen lassen. Deshalb wird von einer Steigerung von 8 % auf Basis des 2010 erreichten Niveaus ausgegangen. Damit in Verbindung stehen, bedingt durch die Vertrags- und Auftragsstrukturen und geänderte Tarifbedingungen, steigende Aufwendungen.

Für das Geschäftsjahr 2012 sind Investitionen in Höhe von 50 TEUR geplant, die im Wesentlichen als Ersatzinvestitionen getätigt werden. Ein erhöhter Investitionsbedarf besteht dabei weiterhin für die Technik im Labor.

Stadtwerke Frankfurt (Oder) Netzgesellschaft GmbH

Gründungsjahr: 2007
Stammkapital: 50,0 T€
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH, 100%
Organe:
Geschäftsführer: Herr Hans-Ulrich Konieczek

Gegenstand des Unternehmens
Aufgaben:
- Die Errichtung, der Erwerb, der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau von örtlichen Verteilungsanlagen für Elektrizität und Gas einschließlich aller dazugehöriger Aufgaben und Dienstleistungen.

Verbindlichkeiten
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:
Höhe: € 750.000,00 (Vj: € 850.000,00)
Davon mit einer Restlaufzeit von:
➤ bis 1 Jahr: € 100.000,00
Vj: € 100.000,00
➤ 1 - 5 Jahre: € 400.000,00
Vj: € 400.000,00
➤ ab 5 Jahre: € 250.000,00
Vj: € 350.000,00

Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Versorgung mit Energie zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.
Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).
Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen
Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2011 am 14. Mai 2012 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.
Dem Geschäftsführer wurde in der Gesellschafterversammlung der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH am 13. Juli 2012 Entlastung erteilt.

Bilanz

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	43.816,1	43.965,8	-149,7	-0,34%
Imma. Vermögensgegenstände	501,6	465,5	36,1	7,76%
Sachanlagevermögen	43.314,5	43.500,3	-185,8	-0,43%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	5.650,5	9.861,3	-4.210,8	-42,70%
Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,00%
Forderungen	5.453,1	5.824,1	-371,0	-6,37%
Liquide Mittel	197,4	4.037,2	-3.839,8	-95,11%
Rechnungsabgrenzungsposten	6,5	15,1	-8,6	-56,95%
Summe AKTIVA	49.473,1	53.842,2	-4.369,1	-8,11%
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	18.317,1	18.317,1	0,0	0,00%
Gezeichnetes Kapital	50,0	50,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	18.267,1	18.267,1	0,0	0,00%
Sonderposten	12.343,4	13.210,5	-867,1	-6,56%
Rückstellungen	2.256,6	5.254,8	-2.998,2	-57,06%
Verbindlichkeiten	16.556,0	17.059,8	-503,8	-2,95%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	49.473,1	53.842,2	-4.369,1	-8,11%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	31.738,6	29.725,4	2.013,2	6,77%
Sonstige Erträge	217,3	567,9	-350,6	-61,74%
Materialaufwand	20.361,8	18.660,8	1.701,0	9,12%
Personalaufwand	707,4	734,3	-26,9	-3,66%
Abschreibungen	3.022,9	2.941,1	81,8	2,78%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.149,2	3.957,5	191,7	4,84%
Betriebsergebnis	3.714,6	3.999,6	-285,0	-7,13%
Zinsergebnis	-566,6	-585,0	18,4	3,15%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.148,0	3.414,6	-266,6	-7,81%
Außerordentliche Aufwendungen	0,0	30,5	-30,5	-100%
Steuern*	-23,8	8,0	-31,8	-398%
Gewinnabführung	3.171,8	3.376,1	-204,3	-6%
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0%

* In 2011 Ertrag aus der der Auflösung einer Steuerrückstellung

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäftsverlauf

Mit der Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag, welcher im Jahr 2010 für weitere 5 Jahre angepasst wurde.

Mit den Stadtwerken Frankfurt (Oder) GmbH besteht weiterhin ein Vertrag über die Durchführung von kaufmännischen sowie technischen Dienstleistungen. Ein Vertrag zur Beschaffung von Verlustenergie für das Stromnetz ist mit den Stadtwerken neu vereinbart worden. Die Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH erbringt weiterhin die kaufmännischen Dienstleistungen auf Grundlage eines abgeschlossenen Dienstleistungsvertrages.

Die technische Betriebsführung der Netze wird seit dem 1. Januar 2008 durch die EWE Netz GmbH für das Gasnetz und durch die E.ON edis AG für das Stromnetz nach europaweiter Ausschreibung im Rahmen von abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen durchgeführt.

Die Netzgesellschaft stand im abgelaufenen Geschäftsjahr wie alle Netzbetreiber vor großen Herausforderungen. Insbesondere die Umsetzung der Vorgaben der Bundesnetzagentur und des EEG stellen an die Netzgesellschaft permanente und umsetzungstechnische Schwerpunktaufgaben, die in hohem Maße Personal binden und eine kontinuierliche Anpassung der eingesetzten Ressourcen zur Folge haben.

Die von der Bundesnetzagentur geforderte Umsetzung der Anpassung der Geschäftsprozesse insbesondere zu den Marktregeln Bilanzierung Strom (MaBiS) und den Wechselprozessen im Messwesen (WiM) wurden termingerecht umgesetzt.

Die Netzgesellschaft verfügt über separate Hardware für die Abwicklung aller erforderlichen Netzprozesse zum Lieferantenwechsel, zur Bilanzierung bis hin zur Netznutzungsabrechnung und Einspeiserabrechnung. Die Anforderungen aus diesen terminisierten Ablaufprozessen bedingen auch eine Erhöhung der personellen Kapazitäten und deren Qualifikation.

Die Regulierung der Netzbereiche stellt hohe Anforderungen an die Leistungskraft und Leistungsbereitschaft der Gesellschaft und deren Dienstleistungsunternehmen. Die dabei erhöhten Anforderungen im Jahr 2011 zur Umsetzung der Anforderungen für die Kostenprüfung Gas und die kurzfristige Umsetzung der Poolinganforderungen für die Netzentgeltermittlung im Strombereich wurden durch die Gesellschaft erbracht. Eine Anpassung bzw. Optimierung der Organisationsstrukturen und somit der Geschäftsprozesse ist deshalb kontinuierlich erforderlich.

Die Grundsätze einer möglichst sicheren, preisgünstigen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung sind in die auszugestaltenden Prozessabläufe der Netzgesellschaft integriert.

Wesentlich im Geschäftsjahr 2011 ist erneut die Steigerung der Neuanschlüsse bei dezentralen Erzeugungsanlagen nach dem EEG und die damit verbundene Anpassung sowie Optimierung der Netzstrukturen.

Lage der Gesellschaft

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr vorrangig durch den Abbau der flüssigen Mittel infolge der Steuernachzahlungen für die Jahre 2007 bis 2009 um 8,1 % gesunken.

Der Eigenkapitalanteil ist geringfügig auf 37,0 % (Vorjahr 34,0 %) gestiegen. Die Netzgesellschaft sichert seinen finanziellen Bedarf über die eigenen erwirtschafteten Mittel hinaus durch Darlehensaufnahme beim Gesellschafter.

Grundlage für den Umsatz der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2011 bilden die gemäß Anreizregulierungsverordnung ermittelte Erlösobergrenze und die daraus abgeleiteten Netzentgelte, welche dem Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg jeweils mit Email vom 23. Dezember 2010 für den Netzbereich Gas und Strom mitgeteilt wurden. Ab dem 1. Juli 2011 übertrug das Land Brandenburg als Organleihe die Aufgabe der Netzregulierung für die Netzgesellschaft an die Bundesnetzagentur.

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr einen Umsatz von TEUR 31.739 (Vorjahr TEUR 29.725) bei einer transportierten Gasmenge von 661,1 GWh (Vorjahr 761 GWh) und einer transportierten Strommenge von 399,1 GWh (Vorjahr 382,8 GWh). Der Umsatzanstieg gegenüber dem Vorjahr ist vorrangig durch die erhöhte EEG- Einspeisung im Netzgebiet begründet.

Die geringeren Absatzmengen im Gasbereich gegenüber dem Vorjahr sind im Wesentlichen auf witterungsbedingte Einflüsse zurück zu führen. Der dagegen leichte Anstieg der Mengen im Stromnetz ist auf Grund der Anlagenerweiterung eines Industriekunden bedingt. Infolge des geänderten Kundenverhaltens, als auch einer geringeren Gradtagszahl gegenüber dem langjährigen Temperaturmittel kam es im Geschäftsjahr 2011 gegenüber dem Planansatz zu keiner Überschreitung der bei der Bestimmung der Erlösobergrenze zu Grunde gelegten Mengenansätze. Es erfolgte daher keine Zuführung auf dem Regulierungskonto.

Die Umsatzerlöse der einzelnen Netzbereiche am Gesamtumsatz gliedern sich wie folgt:

	2011	2010
Netz Gas	TEUR 5.835	TEUR 5.984
Netz Strom	TEUR 25.904	TEUR 23.741

Der Materialaufwand für die Gas- und Stromnetze ist gegenüber dem Vorjahr infolge der höheren Aufwendungen in der Netznutzung der vorgelagerten Gas- und Stromnetze und dem Aufkauf erhöhter EEG-Einspeisemengen um ca. 9,1 % auf TEUR 20.362 gestiegen.

Das im Geschäftsjahr erzielte Jahresergebnis von TEUR 3.172 wird an die Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH vollständig abgeführt.

Die Gesellschaft hat ihre Aufbauorganisation und die Konten gemäß den Anforderungen der §§ 6 bis 7 des EnWG gestaltet und die entsprechenden Konten zur Nachweisführung eingerichtet.

Investitionen und Finanzierung

Die Investitionen im Geschäftsjahr in Höhe von TEUR 3.061 umfassten im Wesentlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Versorgungssicherheit bzw. der Netzerweiterung und des IT-Umfeldes. Vom Investitionsumfang entfielen TEUR 2.394 auf das Stromnetz. Dabei wurde u.a. eine Mittelspannungsschaltstation für die Versorgung eines Teilnetzes der Stadt zur Verbesserung der Netzstabilität und ein Großtrafo 110 / 20 kV als Ersatzinvestition in Betrieb genommen.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch Investitions- und Ertragszuschüsse, aus dem Cash flow und bei der Gesellschafterin Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH aufgenommene Darlehen.

Die Gesellschaft ist in einem von den Stadtwerken Frankfurt (Oder) GmbH geführten Cash-Pool eingebunden.

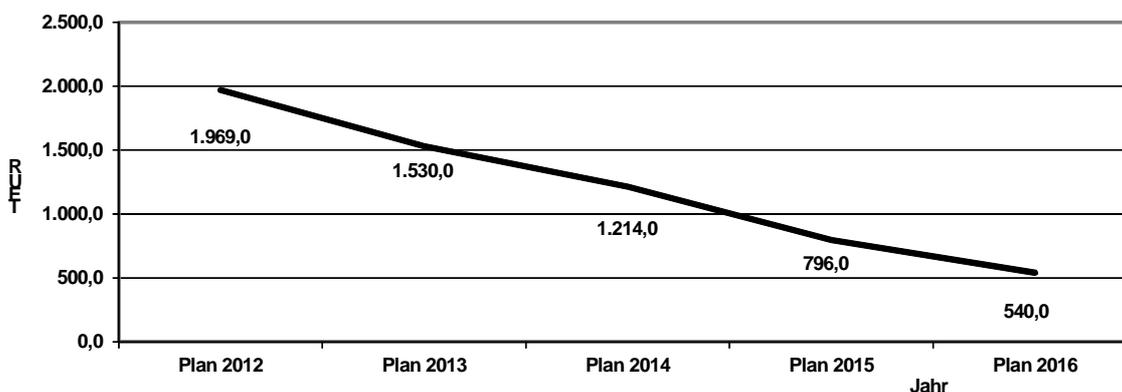
Kennzahlen

	kritischer Wert	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	37,02%	34,02%
EK (+EK-ähnliche)-quote	-	61,97%	58,56%
Fremdkapitalquote	> 75 %	38,03%	41,44%
Verschuldungsgrad	-	1/1	11/9
Anlagendeckungsgrad I	-	41,80%	41,66%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	63,35%	70,32%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	2,11%	41,55%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	60,37%	101,65%
Working Capital	< 0	-3.720,33 T€	144,90 T€
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	11,70%	13,46%
Materialintensität	-	64,15%	62,78%
Personalintensität	-	2,23%	2,47%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	88,57%	81,66%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	5,63	4,59
Produktivität	-	1.587 T€/Ma.	1.749 T€/Ma.
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	-	54 Tage	50 Tage
Debitorenlaufzeit	-	39 Tage	35 Tage

Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	prozentual
Umsatzerlöse	32.330,0	35.224,0	33.560,0	1.230,0	3,80%
Sonstige Erträge	1.096,0	111,0	1.097,0	1,0	0,09%
Zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	22.643,0	24.570,0	24.314,0	1.671,0	7,38%
Personalaufwand	795,0	795,0	809,0	14,0	1,76%
Abschreibungen	3.079,0	3.084,0	3.123,0	44,0	1,43%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.330,0	4.411,0	4.280,0	-50,0	-1,15%
Betriebsergebnis	2.579,0	2.475,0	2.131,0	-448,0	-17,37%
Finanzergebnis	-600,0	-600,0	-591,0	9,0	1,50%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.979,0	1.875,0	1.540,0	-439,0	-22,18%
Steuern	10,0	10,0	10,0	0,0	0,00%
Ergebnis vor E/E-Steuer	1.969,0	1.865,0	1.530,0	-439,0	-22,30%

Entwicklung des Ergebnisses vor E/E-Steuer



Ausblick

Das Geschäftsjahr 2012 wird maßgeblich durch die Umsetzung des geänderten energiewirtschaftlichen Rechtsrahmens und den Vorgaben der Regulierungsbehörde geprägt sein.

Ab 1. Januar 2012 ist das vierte Jahr der Anreizregulierung wirksam. Entsprechend den Vorgaben der Bundesnetzagentur und unter Berücksichtigung der angepassten Rechtsvorschriften, wie die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes, die Anreizregulierungsverordnung und weitere energiewirtschaftliche Verordnungen, wurden für die Sparte Gas und für die Sparte Strom die Erlösobergrenzen bestimmt, die Netzentgelte Gas und Strom zum 1. Januar 2012 ermittelt und im Internet veröffentlicht.

Ein besonderer Schwerpunkt ergibt sich im Jahr 2012 durch die Anforderungen zur Kostenprüfung und Effizienzwertbestimmung im Strombereich unter Berücksichtigung des Basisjahres 2011, sowie der parallelen Fortführung der Kostenprüfung und der Effizienzwertbestimmung im Gasbereich jeweils zur Bestimmung der Erlösobergrenze für die zweite Regulierungsperiode.

Im Jahr 2012 sind für Investitionen TEUR 2.281 geplant. Neben den Ersatzinvestitionen im Netzbereich beziehen sich die Investitionen im IT-Bereich im Wesentlichen auf die Umsetzung der Anforderungen der GPKE, GELi Gas, Marktregeln Bilanzierung Strom, der Wechselprozesse im Messwesen sowie der neuen Anforderungen im Gasbereich. Die vorgesehene Umsetzung der Ertüchtigung der Gleichrichteranlagen gegenüber allen EEG - Einspeisern soll im Jahr 2012 beginnend durch die Netzbetreiber umgesetzt werden und ist im Investitionsbudget 2012 noch nicht enthalten.

Infolge der Weltmarktentwicklung bei Solaranlagen produzierenden Betrieben kam es im Versorgungsgebiet im Laufe des Monats April 2012 zur Insolvenz eines Solaranlagenherstellers und zur Ankündigung der Produktionsstilllegung eines energieintensiven Solaranlagenherstellers im Laufe des Jahres 2012. Ein weiterer Solarmodulproduzent hat eine Minderung der Netznutzungsmengen für das Geschäftsjahr 2012 angekündigt.

Für das Wirtschaftsjahr 2012 wird bezogen auf die angepasste Erlösobergrenze und infolge der Verminderung der Netznutzungsmengen im Stromnetz und auch im Gasnetz ein deutlicher Rückgang des Jahresergebnisses bei den Netznutzungserlösen erwartet.

Infolge der umfassenden Regulierungsaktivitäten und der Umsetzung der Qualitätsregulierung im Strombereich, als auch einer wesentlich veränderten Netznutzungsstruktur infolge des Wegbruchs von Großabnehmern aus der Solarbranche wird ab 2013 mit einem weiteren Rückgang des positiven Jahresergebnisses gerechnet. Die wesentlich veränderte Abnehmerstruktur ab 2013 führt zu höheren Belastungen aller Netznutzer im Gas – und Stromnetz. Durch eine kontinuierliche Kosten- und Prozessoptimierung wird dieser Ergebnissrückgang nur unwesentlich zu kompensieren sein.

Ende des Jahres 2013 laufen die Konzessionsverträge für das Gas- und Stromnetz aus, wobei die Netzgesellschaft gute Voraussetzungen für einen erneuten Zuschlag der Konzessionen im laufenden Ausschreibungsverfahren ab 2014 besitzt.

Die Stadtwerke Frankfurt (Oder) Netzgesellschaft mbH ist in das **Risikomanagementsystem** der Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH eingebunden. Das bei der Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH eingerichtete Risiko-Management-System wird von der Gesellschaft zur Risikofrüherkennung und Einleitung geeigneter Gegenmaßnahmen genutzt. In einem Handbuch werden unter Berücksichtigung des Unbundlings für die Netzgesellschaft die Risiken dokumentiert und fortgeschrieben.

Dies erfolgt als kontinuierlicher Prozess für die Risikoidentifikation, Risikoanalyse und Bewertung mit regelmäßiger Berichterstattung.

Als kritische Risiken werden angesehen:

- Regulierung der Netze Gas und Strom, sich aus der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen eventuell ergebende personelle und materielle Aufwendungen
- Risiken aus bestehenden und zukünftig fortzuführenden Verträgen
- Kreditrisiken aus unbesicherten Forderungen gegenüber Netzkunden und Händlern
- Umsetzung der Anforderungen zum Messwesen, insbesondere der Datenfernab-lesung sowie Datenlieferung aus den Smart Metern
- Minderung der Netznutzungsmengen im Strombereich durch stärkere Nutzung des Selbstverbrauches bei EEG-Einspeisern bei gleichzeitig stärkerem Ausbau der dezentralen Einspeisungen
- Starker Absatzeinbruch der Energiemengen durch Stilllegung von Produktionsstätten der Solarmodul herstellenden Industriekunden an die geänderten Bedarfsanforderungen und der Anpassung des erneuerbaren Energien Gesetzes
- Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Frankfurt (Oder) und damit verbundener Stadtrückbau

Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit werden in Form von Rückstellungen und Wertberichtigungen berücksichtigt. Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH

Gründungsjahr: 1992	
Stammkapital:	51,1 T€
Gesellschafter:	Stadt Frankfurt (Oder) 90,5%
	Stadt Müllrose 4,5%
	Gemeinde Jacobsdorf 3,0%
	Gemeinde Jacobsdorf, OT Sieversdorf 1,0%
	Gemeinde Briesen, OT Biegen 1,0%
Organe:	
Geschäftsführer: Herr Weber	
Aufsichtsrat:	Frau Dr. Schmitz, Vorsitzende
	Herr Stumm, stellv. Vorsitzender
	Herr Kulle
	Herr Winter
	Herr Dr. Freier
	Herr Derling
	Herr Bleck
	Frau Matuschke
	Frau Förster

Gegenstand des Unternehmens	
Aufgaben:	
-	Versorgung der Abnehmer im Gebiet der Stadt Frankfurt (Oder) und des Umlandes mit Trink- und Brauchwasser und dessen Bereitstellung sowie die Beseitigung des anfallenden Abwassers durch Erwerb, Errichtung, Unterhaltung und Betrieb der dafür erforderlichen Anlagen und Einrichtungen
-	Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich erscheinen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf. gehören die Wasserver- und Abwasserentsorgung zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde. Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf. verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).
Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen
Die WIBERA Wirtschaftsberatung AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2011 am 04. Mai 2012 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.
Der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat wurde in der Gesellschafterversammlung der Frankfurter Wasser und Abwassergesellschaft mbH am 25. Juni 2012 Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:
Höhe: T€ 26.137 (Vj: T€ 25.569)
Davon mit einer Restlaufzeit von:
➤ bis 1 Jahr: T€ 1.804
Vj: T€ 1.768
➤ 1 - 5 Jahre: T€ 6.511
Vj: T€ 6.316
➤ ab 5 Jahre: T€ 17.822
Vj: T€ 17.485

Bilanz

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	97.112,8	98.722,5	-1.609,7	-1,63%
Imma. Vermögensgegenstände	2.379,4	2.241,2	138,2	6,17%
Sachanlagevermögen	94.733,4	96.389,8	-1.656,4	-1,72%
Finanzanlagevermögen	0,0	91,5	-91,5	-100,00%
Umlaufvermögen	9.468,7	8.329,1	1.139,6	13,68%
Vorräte	155,9	161,0	-5,1	-3,17%
Forderungen	4.095,9	3.899,2	196,7	5,04%
Liquide Mittel	5.216,9	4.268,9	948,0	22,21%
Rechnungsabgrenzungsposten	10,3	12,7	-2,4	-18,90%
Summe AKTIVA	106.591,8	107.064,3	-472,5	-0,44%
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	21.910,2	20.237,2	1.673,0	8,27%
Gezeichnetes Kapital	51,1	51,1	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	21.859,1	20.186,1	1.673,0	8,29%
Sonderposten	15.622,9	15.682,6	-59,7	-0,38%
Empfangene Ertragszuschüsse	1.603,6	1.903,8	-300,2	-15,77%
Rückstellungen	3.580,5	4.517,5	-937,0	-20,74%
Verbindlichkeiten	28.614,0	27.418,6	1.195,4	4,36%
Rechnungsabgrenzungsposten	35.260,7	37.304,6	-2.043,9	-5,48%
Summe PASSIVA	106.591,9	107.064,3	-472,4	-0,44%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	21.713,1	21.522,2	190,9	0,89%
Aktivierete Eigenleistungen	98,0	84,9	13,1	15,43%
Sonstige Erträge	1.626,1	1.395,9	230,2	16,49%
Materialaufwand	3.674,5	3.454,7	219,8	6,36%
Personalaufwand	5.324,1	5.485,5	-161,4	-2,94%
Abschreibungen	5.278,3	5.401,5	-123,2	-2,28%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.650,9	2.508,7	142,2	5,67%
Betriebsergebnis	6.509,4	6.152,6	356,8	5,80%
Zinsergebnis	-3.223,0	-3.402,9	179,9	5,29%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.286,4	2.749,7	536,7	19,52%
Steuern	957,1	833,5	123,6	14,83%
außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	2.329,3	1.916,2	413,1	21,56%

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH (kurz: FWA mbH) erbringt im Wesentlichen Leistungen im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung gegenüber ihren Gesellschaftern Stadt Frankfurt (Oder), Stadt Müllrose, Gemeinde Jacobsdorf und Gemeinde Briesen (Mark). Grundlage bildet der mit einer Laufzeit bis 31.12.2029 abgeschlossene Ver- und Entsorgungsvertrag für die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Die Leistungen im Geschäftsfeld Betriebswasserver- und -entsorgung sowie Trinkwasserversorgung für industrielle Produktionszwecke/Abnahme von Abwasser für Industriekunden erbringt die FWA mbH teilweise im eigenen Namen gegenüber den Industrieunternehmen.

Im Geschäftsjahr 2011 hat sich die in den Vorjahren zu verzeichnende Steigerung der Absatzmenge Wasser nicht weiter fortgesetzt. Die rückläufigen Absatzmengen im Geschäftsfeld Trinkwasserversorgung einschließlich der Trinkwasserversorgung für industrielle Produktionszwecke konnten durch die im Geschäftsfeld Betriebswasserversorgung in 2011 zu verzeichnenden weiteren Steigerungen zum Vorjahr nicht vollständig ausgeglichen werden.

Bei den Absatzmengen Abwasser ist ein geringfügiger Anstieg der Ableitungsmengen im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Der Anstieg ist Ergebnis erhöhter Ableitungsmengen Betriebswasserentsorgung und einer in 2011 durchgeführten einmaligen Grundwasserabsenkungsmaßnahme. Im Geschäftsfeld Schmutzwasserentsorgung einschließlich der Abnahme von Abwasser für Industriekunden war die Leistungsanspruchnahme zum Vorjahr rückläufig.

Das Mengentgelt Trinkwasser für die satzungsgebundene Ver- und Entsorgung der Haushalts- und Gewerbekunden (Tarifkunden) wurde zum 01.01.2011 um 0,04 EUR/m³ brutto im Vergleich zum Vorjahr gesenkt. Die Mengentgelte für die satzungsgebundene Entsorgung Schmutzwasser/Niederschlagswasser der Haushalts- und Gewerbekunden (Tarifkunden) wurden zum 01.01.2011 auf dem Niveau des Vorjahres beibehalten. Desgleichen beibehalten wurden die Grundpreise.

Umsatz-/Absatzentwicklung

Die Umsatzerlöse 2011 in Höhe von 21.713 TEUR liegen mit +191 TEUR über dem Niveau des Vorjahres (21.522 TEUR). Der Anstieg zum Vorjahr beruht mit + 156 TEUR auf der Leistungsanspruchnahme aus der Abwasserentsorgung und mit +67 TEUR aus der Wasserversorgung. In Höhe von - 32 T€ war ein Rückgang bei den sonstigen Umsatzerlösen zu verzeichnen. In der Abwasserentsorgung wirkte sich im Wesentlichen die erhöhte Ableitungsmenge Betriebswasserentsorgung, verbunden mit teilweisen Entgelterhöhungen mit + 128 TEUR, die Abnahme von Abwasser für einen Industriekunden bei rückläufigen Mengen und erhöhten Mengentgelten mit +68 TEUR und die einmalige Grundwasserabsenkung in 2011 mit +41 TEUR zum Vorjahr aus.

Reduziert haben sich die Ableitungsmengen Schmutzwasser der Haushalts- und Gewerbekunden (Tarifkunden), die zu einem Rückgang der Umsatzerlöse von -69 T€ im Vergleich zum Vorjahr geführt haben. Der Anstieg der Umsatzerlöse in der Wasserversorgung ist überwiegend auf die Umsatzerlöse in der Betriebswasserversorgung zurück zu führen. Unter Einbeziehung einer Einmalzahlung wegen Nichterreichung vertraglich vereinbarter Abnahmemengen von 151 TEUR 2011 liegen diese mit + 305 TEUR über dem Vorjahr. Bei den Tarifkunden ist aus der rückläufigen Absatzmenge TW ein Rückgang von - 70 TEUR bei den Umsatzerlösen zu verzeichnen. Ein weiterer Rückgang in Höhe von - 129 TEUR wurde durch die zum 01.01.2011 vorgenommene Senkung des Mengentgeltes TW (- 0,04 EUR/m³ brutto/- 0,04 EUR/m³ netto) bewirkt. Reduziert haben sich gleichfalls die Abnahmemengen der Weiterverteiler. Dies bewirkte einen Rückgang bei den Umsatzerlösen von -26 T€.

Investitionen

Die Investitionen des Geschäftsjahres beliefen sich auf 3,8 Mio. EUR in Sachanlagen/immaterielle Vermögensgegenstände, davon 1,1 Mio. EUR in die Abwasserentsorgung und 2,7 Mio. EUR in die Trinkwasserversorgung. Diese Investitionen werden im Wesentlichen auf Grundlage der kommunalen technischen Trinkwasser- und Abwasserkonzeptionen umgesetzt. Im Abwasserbereich stellen die Sanierungsmaßnahmen Kanalnetz des Gebietes der Stadt Frankfurt (Oder) weiterhin den Schwerpunkt der Investitionstätigkeit dar. Weitere 0,7 Mio. EUR betrafen Investitionen in Finanzanlagen in Verbindung mit der Insolvenzsicherung für Altersteilzeitguthaben und den Rückdeckungsversicherungen für Pensionsverpflichtungen.

Personal

In der FWA mbH waren zum 31.12.2011 90 (Vorjahr 94) Mitarbeiter beschäftigt. Auf Grundlage der in 2001 abgeschlossenen Betriebsvereinbarung zur Altersteilzeit (ATZ) wird der Abbau der Beschäftigtenzahlen grundsätzlich fortgesetzt. Mit Stand 31.12.2011 sind 44 Verträge abgeschlossen worden, darunter sind 15 Mitarbeiter in der Arbeitsphase, 15 Mitarbeiter in der Freistellungsphase und bei 14 Mitarbeitern ist der Renteneintritt nach Beendigung der Freistellungsphase erfolgt. Von den 44 ATZ-Arbeitsplätzen wurden per 31.12.2011 11 wiederbesetzt. Für weitere 7 Arbeitsplätze steht die Wiederbesetzung noch an, darunter 6 durch externe Neueinstellungen. Darüber hinaus standen 8 Auszubildende in einem Ausbildungsverhältnis mit der FWA mbH.

Risikobericht

Bei den zu beobachtenden Risiken haben sich keine signifikanten Veränderungen ergeben. An den Geschäftsführer wurde im Geschäftsjahr 2011 eine Ad-hoc-Meldung zum Risiko „Einfluss auf strategische Unternehmensentwicklung“, ausgelöst durch das Rechtfertigungsersuchen der Landeskartellbehörde Brandenburg zum Trinkwasserentgelt, weitergegeben. Obwohl durch die seitens der FWA mbH getroffenen Maßnahmen eine Verpflichtungszusagenverfügung durch die Landeskartellbehörde nicht erlassen wurde, wird in den kartellrechtlichen Aktivitäten im Land Brandenburg in Bezug auf die Höhe der Wasserpreise weiterhin ein Risiko mit potentiell Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der FWA mbH gesehen.

Ein anhaltendes Risiko mit Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der FWA mbH stellt weiterhin die Abwanderung von Einwohnern der Stadt Frankfurt (Oder) dar. Seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit der FWA mbH 1993 hat sich die Einwohnerzahl der Stadt Frankfurt (Oder) bis 2011 um 31 % reduziert und wird sich nach den vorliegenden Bevölkerungsprognosen bis 2020 nochmals um ca. 9 % verringern.

Technologische und kostenmäßige Folgewirkungen, wie z. B. Instabilität des technologischen Prozesses der Kläranlage, Qualitätsprobleme im Rohrnetz, Forderungen zur Anpassung und zum Rückbau der technischen Infrastruktur in Verbindung mit dem Stadtumbau, sind nicht ausgeschlossen. Das Unternehmen hat die Kosten für in diesem Zusammenhang zu schaffende Provisorien und für Restbuchwerte/erhöhte Abschreibungen zu tragen.

Seitens der FWA mbH wird gemeinsam mit den kommunalen Aufgabenträgern versucht, dieser Entwicklung durch die Ansiedlung neuer und der Unterstützung bestehender Industrieansiedlungen entgegenzuwirken. Das Geschäftsfeld Betriebswasserversorgung und -entsorgung konnte seit dem GJ 2007 kontinuierlich bis 2011 auf- und ausgebaut werden. Allerdings war bereits im GJ 2011 eine differenzierte Entwicklung in dieser Kundengruppe, die sich aus Unternehmen der Solarindustrie zusammensetzt, zu verzeichnen. In Verbindung mit der wirtschaftlichen Lage in dieser Branche kam es u. a. zu Umstellungen in den Produktionsprozessen, die kundenbezogen bereits im GJ 2011 zu einer geringeren Inanspruchnahme der Leistungen der Betriebswasserversorgung und -entsorgung geführt haben. Für das GJ 2012 ist aktuell davon auszugehen, dass ca. 11 % der geplanten Absatzmengen Wasser/Abwasser aus dieser Kundengruppe heraus nicht realisiert werden können.

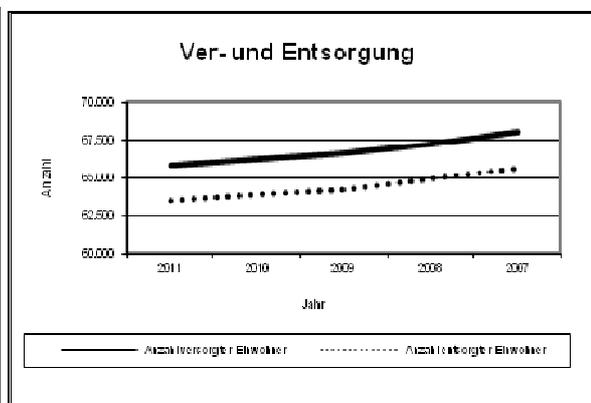
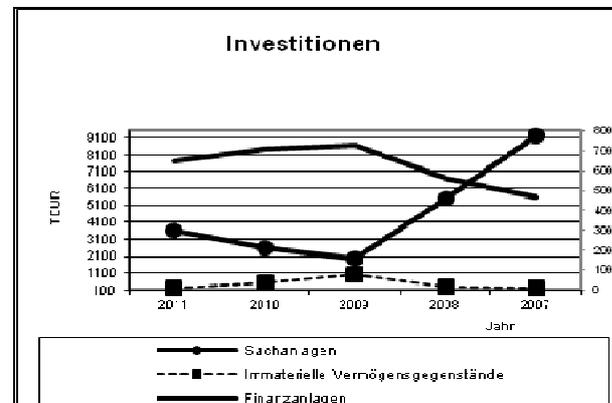
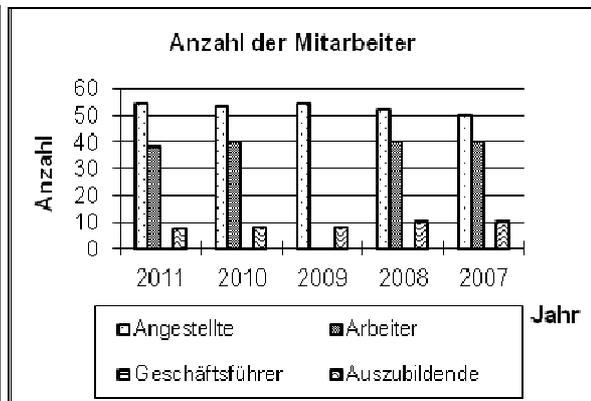
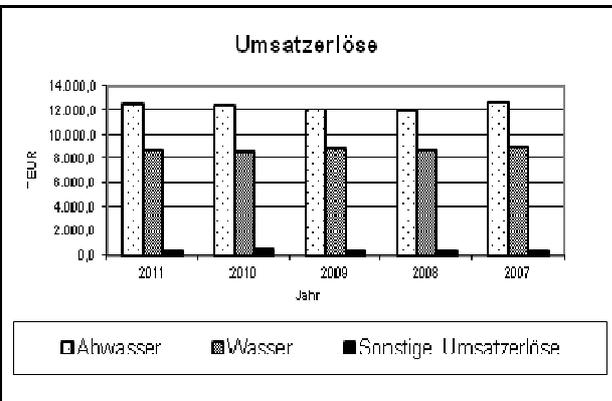
Durch die Zunahme der Starkregenereignisse besteht Handlungsbedarf, um auch zukünftig die schadlose Ableitung des Niederschlagswassers sicherstellen zu können. Ohne anteilige Förderung dieser Investitionen - diese sind zzt. nicht förderfähig - ist eine Umsetzung unter dem Aspekt sozialverträglicher Entgelte nicht einzuordnen.

Da die Trinkwasserversorgung durch die FWA mbH in dem zu versorgenden Gebiet zu 99 % über das Wasserwerk Briesen mit Infiltration aus der Spree erfolgt, ist die Güteentwicklung der Spree zu beobachten. Bei der qualitativen Entwicklung kann es nach bisherigen Informationen des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg zu einem Sulfatanstieg im Spreewasser bis auf 250 mg/l durch die Bergbaufolgebemaßnahmen in der Lausitz kommen (Grenzwert 250 mg/l). Diffuse Sulfateinträge durch den Grundwasserwiederanstieg in den Rekultivierungsgebieten können bisher nicht prognostiziert werden. Diese Tatsache bedeutet erhebliche Zusatzmaßnahmen, um den Sulfatgehalt auf dem jetzigen Niveau zu halten. Seitens der Gesellschaft wird davon ausgegangen, dass die Finanzierung ggf. erforderlicher technologischer Maßnahmen durch den Verursacher zu erfolgen hat. Finanzielle Mittel sind hierfür derzeit nicht in die Pläne der FWA mbH eingeordnet.

Die zukünftige Handlungsfähigkeit der FWA mbH, auch unter Beachtung von Basel II, hinsichtlich der Realisierungsmöglichkeit der kommunalen Trinkwasser- und Abwasserkonzeptionen und der Reaktionsmöglichkeit auf potentielle Investitionsanforderungen steht in starker Abhängigkeit zu diesen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der finanziellen Ausstattung der FWA mbH durch die Gesellschafter.

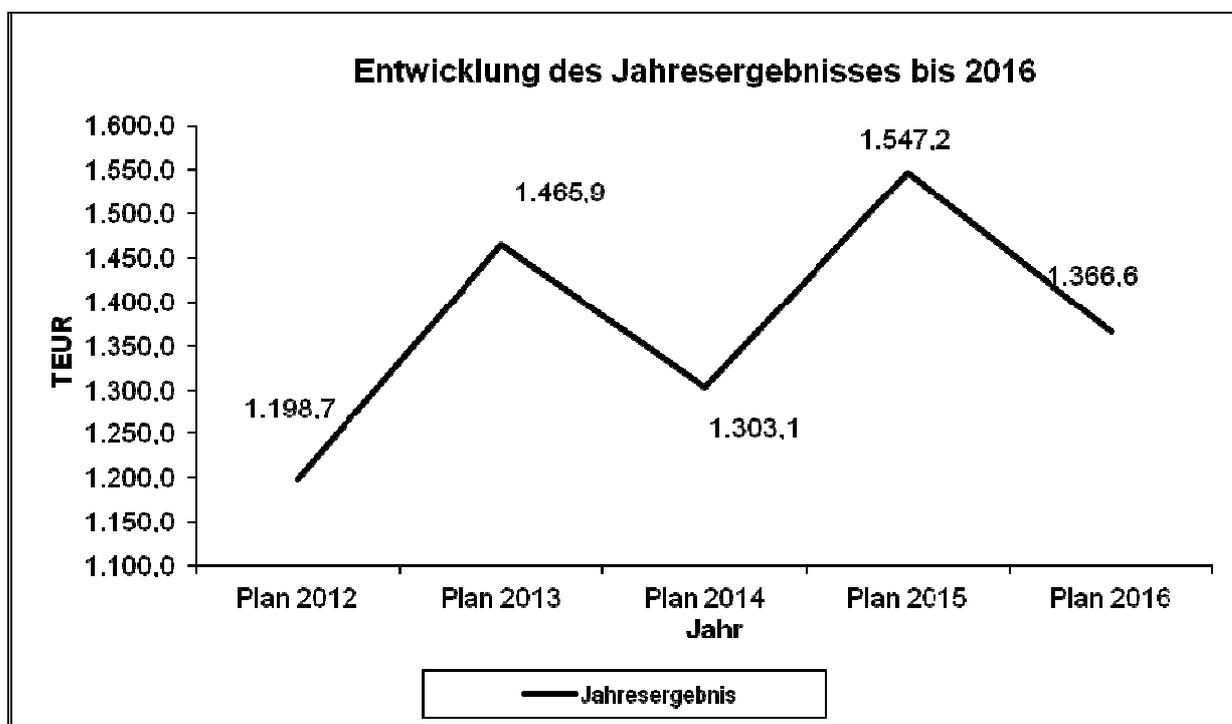
Kennzahlen

	Sollgröße	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	> 25 %	21%	19%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	37%	35%
Fremdkapitalquote	< 75 %	63%	65%
Verschuldungsgrad	-	3/1	24/7
Anlagendeckungsgrad I	-	23%	20%
Anlagendeckungsgrad II	> 100 %	49%	47%
Liquidität 1. Grades	> 20 %	82%	81%
Liquidität 2. Grades	> 100 %	146%	155%
Working Capital	> 0	3.074,4	3.042,0
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	> 0	30%	29%
Materialintensität	-	17%	16%
Personalintensität	-	25%	25%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	91%	92%
Umschlagshäufigkeit der Vorräte	-	137	148
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	5	5
Produktivität	-	217 T€/Ma.	211 T€/Ma.
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	-	90 Tage	69 Tage
Debitorenlaufzeit	-	5 Tage	1 Tage



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	prozentual
Umsatzerlöse	19.567,5	19.731,7	19.025,9	-541,6	-2,77%
Aktivierete Eigenleistungen	81,4	110,0	68,2	-13,2	-16,22%
Sonstige Erträge	1.407,7	1.455,5	1.263,2	-144,5	-10,26%
Materialaufwand	3.787,9	3.507,9	2.994,9	-793,0	-20,94%
Personalaufwand	4.946,9	4.946,9	4.810,3	-136,6	-2,76%
Abschreibungen	5.114,6	5.114,6	5.122,4	7,8	0,15%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.341,6	2.312,5	2.302,9	-38,7	-1,65%
Betriebsergebnis	4.865,6	5.415,3	5.126,8	261,2	5,37%
Zinsergebnis	-3.141,6	-3.141,6	-2.991,6	150,0	-4,77%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.724,0	2.273,7	2.135,2	411,2	23,85%
Steuern	525,3	678,7	669,3	144,0	27,41%
Jahresergebnis	1.198,7	1.595,0	1.465,9	267,2	22,29%



Ausblick

Mit den im September 2011 durch die FWA mbH aktualisiert vorgelegten Entgeltprognosen wurde für das Geschäftsjahr 2012 die Senkung des Mengenentgeltes Trinkwasser um - 0,03 EUR/m³ auf 1,63 EUR/m³ brutto, bei Beibehaltung der Mengenentgelte Schmutzwasser mit 2,54 EUR/m³ und Niederschlagsentwässerung für private Flächen mit 1,02 EUR/m² brutto auf dem Preisniveau 2011 vorgeschlagen und umgesetzt.

Verändert wurde zum 01.01.2012 für die Benutzung der öffentlichen Wasserversorgungsanlage aus Wohnbebauung die Berechnungsmethodik der Grundpreiserhebung. Für Grundstücke mit Wohnbebauung erfolgte eine Differenzierung in Grundpreis je 1. WE und Grundpreis ab der 2. WE. Ab der zweiten und ff. WE wurde der Grundpreis von 0,15 EUR/d brutto auf 0,07 EUR/d brutto ab 01.01.2012 gesenkt.

Nach den Planungs- und Kalkulationsrechnungen vom 19.09.2011 ist zum 01.01.2013 eine weitere Absenkung des Mengenentgelte TW um -0,02 EUR/m³ brutto und die Beibehaltung der Mengenentgelte SW und NW auf dem Niveau 2012 geplant.

Aktuell wird geprüft, inwieweit eine Kompensation der Wirkung der rückläufigen Absatzmengenentwicklung der am Standort Frankfurt (Oder) ansässigen Solarunternehmen für die GJ 2012 ff. erreicht/umgesetzt werden kann. Die Prüfungsergebnisse werden voraussichtlich im Juni 2012 den Aufsichtsgremien vorgestellt werden können.

Für das Geschäftsjahr 2012 wird auch unter Einbeziehung der in 2003 bzw. im Januar 2004 gefassten Gesellschafterbeschlüsse zur Behandlung der Kosten Stadtumbau und der ausgefallenen kommunalen Forderungen in den Folgejahren sowie der Einarbeitung der Wirkungen der erwarteten rückläufigen Absatzmengenentwicklung ein positives Ergebnis in Höhe von ca. 1 Mio. EUR erwartet (2011 2,3 Mio. EUR).

Die Umsatzerlöse werden in 2012 und 2013 mit rund 19,5 Mio. EUR prognostiziert.

Die Entwicklung des Personalbestandes der Mitarbeiter der FWA mbH (ohne Auszubildende) soll sich bis zum Geschäftsjahr 2016 auf 82 Mitarbeiter rückläufig gestalten. Ausgehend vom Ist bei Unternehmensgründung - per 30.09.1993 verfügte die Gesellschaft über 143 Beschäftigte - hat sich per 31.12.2011 bereits ein Abbau auf 90 Mitarbeiter vollzogen.

Mit der Fortschreibung der Planungs- und Entgeltkalkulationsrechnungen im Geschäftsjahr 2012 wird geprüft, inwieweit sich aus der Erschließung der Nutzungsmöglichkeiten regenerativer Energien weitere Möglichkeiten der Entgeltsenkung ergeben.

Einfließen werden in die Fortschreibung auch die erwarteten Erkenntnisse aus der Beteiligung des Unternehmens im GJ 2012 am „Benchmarking Energie“.

AKS Aqua-Kommunal-Service GmbH

Gründungsjahr: 1993

Stammkapital: 255,6 T€

Gesellschafter: Stadt Frankfurt (Oder) 16,8%

Verbände:	
Strausberg/Erkner	17,1%
Eberswalde	16,7%
Eisenhüttenstadt	15,2%
Schwedt	12,2%
Fürstenwalde	7,5%
Barnim	4,6%
Panke/Finow	4,0%
Märkische Schweiz	3,2%
Niederbarnim	0,7%
Guben	0,4%
Liebenwalde	0,2%
EB Werneuchen	1,4%

Organe:

Geschäftsführung: Frau Anita Winkler

Verwaltungsrat: Herr Haferkorn, Vorsitz
 Herr Schwanz, stellv. Vorsitz
 Frau Labes
 Frau Ambos
 Frau Scheibe
 Frau Herrmann
 Herr Müller

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf. gehören die Wasserver- und Abwasserentsorgung im Rahmen des Schutzes der natürlichen Umwelt und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Reinlichkeit zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf. verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Die ACCO GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2011 am 17. April 2012 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

Der Geschäftsführung und dem Verwaltungsrat wurde in der Gesellschafterversammlung am 23. Mai 2012 Entlastung erteilt.

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben:

- Planung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und -behandlung,
- Fachliche Beratung von Unternehmen
- Erbringung von Labor, Werk- und Dienstleistungen in den Bereichen Wasserwirtschaft, Kommunal- und Veterinärhygiene
- Großhandel mit entsprechenden Materialien

Verbindlichkeiten

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bilanz

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	2.726,4	2.653,2	73,2	2,76%
Imma. Vermögensgegenstände	64,4	80,1	-15,7	-19,60%
Sachanlagevermögen	2.586,4	2.497,5	88,9	3,56%
Finanzanlagevermögen	75,6	75,6	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	4.293,5	4.336,2	-42,7	-0,98%
Vorräte	41,9	85,8	-43,9	-51,17%
Forderungen	690,8	496,8	194,0	39,05%
Liquide Mittel	3.560,8	3.753,6	-192,8	-5,14%
Rechnungsabgrenzungsposten	9,3	5,7	3,6	63,16%
Summe AKTIVA	7.029,2	6.995,1	34,1	0,49%
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	6.753,3	6.557,3	196,0	2,99%
Gezeichnetes Kapital	255,6	255,6	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	6.497,7	6.301,7	196,0	3,11%
Sonderposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Rückstellungen	76,6	241,2	-164,6	-68,24%
Verbindlichkeiten	179,2	171,5	7,7	4,49%
Rechnungsabgrenzungsposten	20,1	25,1	-5,0	-19,92%
Summe PASSIVA	7.029,2	6.995,1	34,1	0,49%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	2.568,5	2.327,2	241,3	10,37%
Sonstige Erträge	31,4	41,0	-9,6	-23,41%
Bestand an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-44,0	48,3	-92,3	-191,10%
Materialaufwand	400,6	347,9	52,7	15,15%
Personalaufwand	1.738,1	1.680,7	57,4	3,42%
Abschreibungen	204,1	190,4	13,7	7,20%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	230,7	215,4	15,3	7,10%
Betriebsergebnis	-17,6	-17,9	0,3	1,68%
Finanzergebnis	219,1	176,9	42,2	23,86%
Zinsergebnis	96,8	92,3	4,5	4,88%
Ergebnis aus Gewinnabführungsvertrag	122,3	84,6	37,7	44,56%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	201,5	159,0	42,5	26,73%
Steuern	5,5	5,2	0,3	5,77%
Jahresergebnis	196,0	153,8	42,2	27,44%

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2011 wurde das deutlich beste Ergebnis der letzten vier Jahre erreicht. Unter Berücksichtigung der Erträge aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der LWU wird im Ergebnis ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 196 ausgewiesen.

In allen Geschäftsbereichen wurde eine Steigerung des Auftragsvolumens erreicht. Im Wasserfachbüro konnte die termingerechte Auftragsbearbeitung etwas verbessert werden. Der Rest des hier für 2011 vertraglich gebundenen Auftragsvolumens in Höhe von ca. T€ 20 wird im ersten Quartal des Folgejahres realisiert. Die Auftragsituation bei den ingenieurtechnischen Beratungsleistungen war noch immer nicht in allen Auftragsgruppen auskömmlich. In den Aufgabengebieten Hydrologie, Geografische Informationssysteme und bei den Planungsleistungen gab es ein sehr umfangreiches Arbeitsvolumen.

Im Labor ist auch 2011 wieder ein deutlicher Anstieg der Umsätze zu verzeichnen. Für das 2. Halbjahr wurde vom Landeslabor Berlin-Brandenburg der Auftrag zur Gewässerbeprobung Südbrandenburg in Höhe von T€ 23 erteilt, wodurch die Einstellung eines zweiten Probenehmers in Cottbus notwendig war. Des Weiteren konnten wesentliche Neukunden (ca. T€ 50) sowie erhebliche Leistungssteigerungen bei einigen Gesellschaftern (T€ 99) erreicht werden. Einige rückläufige Aufträge wurden damit deutlich mehr als nur kompensiert.

Auch im Geschäftsbereich Personalwesen ist eine Umsatzsteigerung infolge einiger Zusatzleistungen zu verzeichnen. Hierdurch konnte der höhere Personalaufwand, der durch die vorübergehende Doppelbesetzung infolge des Personalwechsels und durch die Zuführung zur Altersteilzeitrückstellung anfiel, ausgeglichen werden. Die Dienstleistungen im Bereich Personalwesen wurden analog der Vorjahre erbracht. Umzusetzen galt es Steuer-, Sozialversicherungs- und Tarifänderungen, die Modifizierung rahmentarifvertraglicher Bestimmungen und die Planung und Abrechnung leistungsbezogener Vergütungsbestandteile. Besonders arbeitsaufwendig gestaltete sich die Umsetzung eines BFH-Urteils vom 09.12.2010 zur Steuerfreistellung der Arbeitnehmeraufwendungen an kapitalgedeckten betrieblichen Altersversorgungsaufwendungen. Damit verbunden war die Umstellung der sozialversicherungsrechtlichen Einordnung der arbeitnehmerfinanzierten Beiträge.

Gegenwärtig werden 13 Kunden in der personalwirtschaftlichen Firmendatenverarbeitung ständig betreut.

Im Rahmen der Berufsausbildung der Fachkräfte für Wasserversorgungs- und Abwassertechnik wurden auch 2011 die Auszubildenden entsprechend der im Lehrplan geforderten Laborkenntnisse ausgebildet.

Die AKS besitzt neben der Akkreditierung des Labors durch die DAkks GmbH (Überwachungsaudit 17. Juni) und zahlreichen Zulassungen als Untersuchungsstelle für spezifische Analysen auch den Zertifizierungsnachweis nach der DIN EN ISO 9001:2008 durch die DEKRA Certification GmbH (Reakkreditierung 29. April), das Zertifikat für die Eintragung in das bundesweite ULV der Auftragsberatungsstelle Brandenburg sowie zusätzlich das Zertifikat für die Eintragung in das bundesweite Präqualifikationsregister PQ-VOL.

Die Qualitätsziele 2010 der AKS wurden zu Beginn des Jahres ausgewertet sowie neue Ziele für 2011 definiert und veröffentlicht. Die Umsetzung der Strategien aus dem Entwicklungskonzept spielt dabei weiterhin eine tragende Rolle. Neben der kontinuierlichen Überarbeitung des Entwicklungskonzeptes 2009 waren insbesondere die Schwierigkeiten bei der Neueinstellung von Mitarbeitern ein wesentlicher Grund zu dessen Aktualisierung im November 2011. Die wirtschaftliche Stabilität und kontinuierliche Leistungssteigerung haben hierbei weiterhin die oberste Priorität.

Mitarbeiter

Zum 01.06.2011 trat der 8. Änderungsarbeitsvertrag zum Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der bei der AKS Aqua-Kommunal-Service GmbH Frankfurt (Oder) beschäftigten Arbeitnehmer in Kraft. Vereinbart wurde die Erhöhung der Tabellenwerte der Monatsentgelttabelle ab 01.06.2011 um 2,4 v. H.

Die aus Gründen der Kosteneinsparung getroffene Vereinbarung der 37-Stunden-Woche für einen Mitarbeiter und die der 34-Stunden-Woche für eine andere Mitarbeiterin aus dem Geschäftsbereich werden dauerhaft fortgeführt.

Das Durchschnittsalter aller Beschäftigten betrug zum 31.12.2011 49,6 Jahre.

In den Personalkosten sind die Zuführungen zur Rückstellung für Altersteilzeit (T€ 47), für die erhöhte Zahlung des Weihnachtsgeldes (T€ 33) und des noch nicht in Anspruch genommenen Urlaubes (T€ 15) enthalten.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 34 erhöht und beläuft sich zum Bilanzstichtag auf T€ 7.029.

Das Anlagevermögen hat sich um T€ 73 erhöht und das Umlaufvermögen um T€ 43 verringert. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 38,8 % (Vorjahr 37,9 %).

Die Finanzanlagen haben sich nicht verändert.

Die Vorräte verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 44 auf T€ 42. Ausgewiesen werden unfertige Leistungen aus dem Wasserfachbüro in Höhe von T€ 41 und ein geringfügiger Bestand an Salpetersalz.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 76 auf T€ 243 erhöht.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen haben sich um T€ 48 auf TEUR 159 und die Forderungen gegen Gesellschafter um T€ 90 auf T€ 225 erhöht.

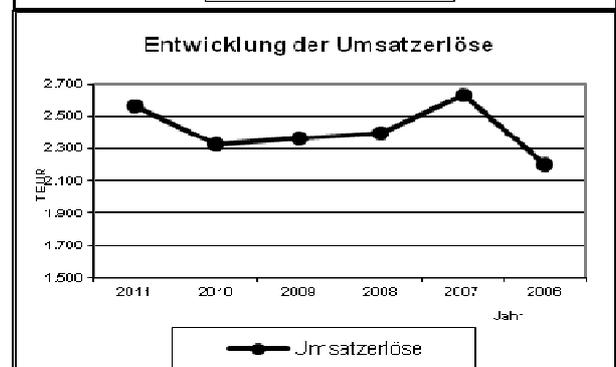
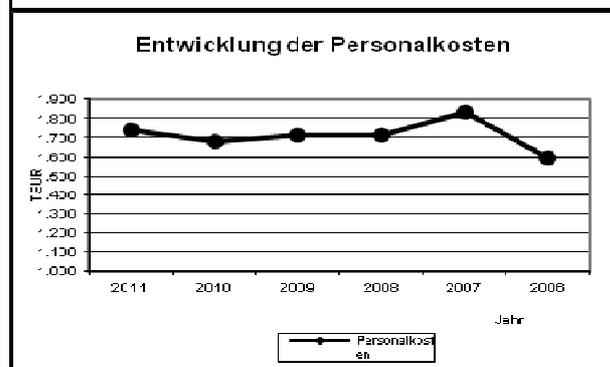
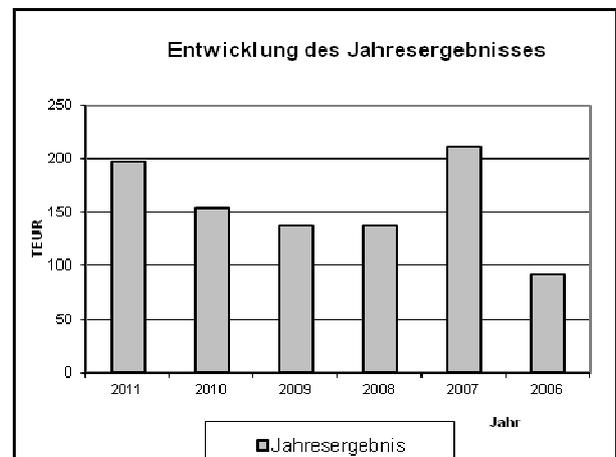
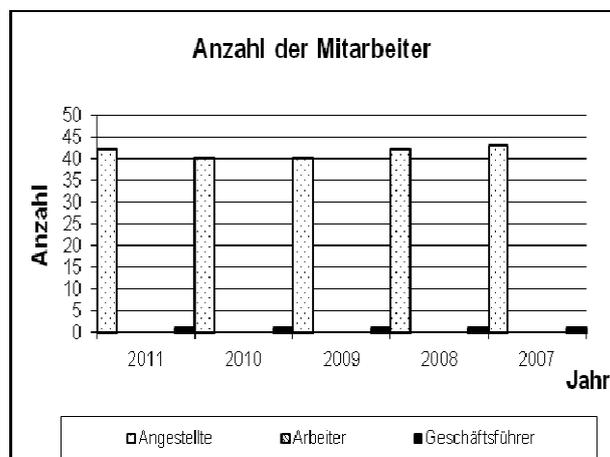
Die übrigen Aktiva (Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten) haben sich um T€ 17 auf T€ 73 vermindert.

Der Ausweis des Bestandes an liquiden Mitteln hat sich um T€ 192,7 vermindert, durch die Verrechnung der gesicherten Bankguthaben für Altersteilzeit (Deckungsvermögen) mit den Rückstellungen für Altersteilzeit.

Das Eigenkapital liegt mit 96,1 % der Bilanzsumme um 2,4 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert von 93,7 %.

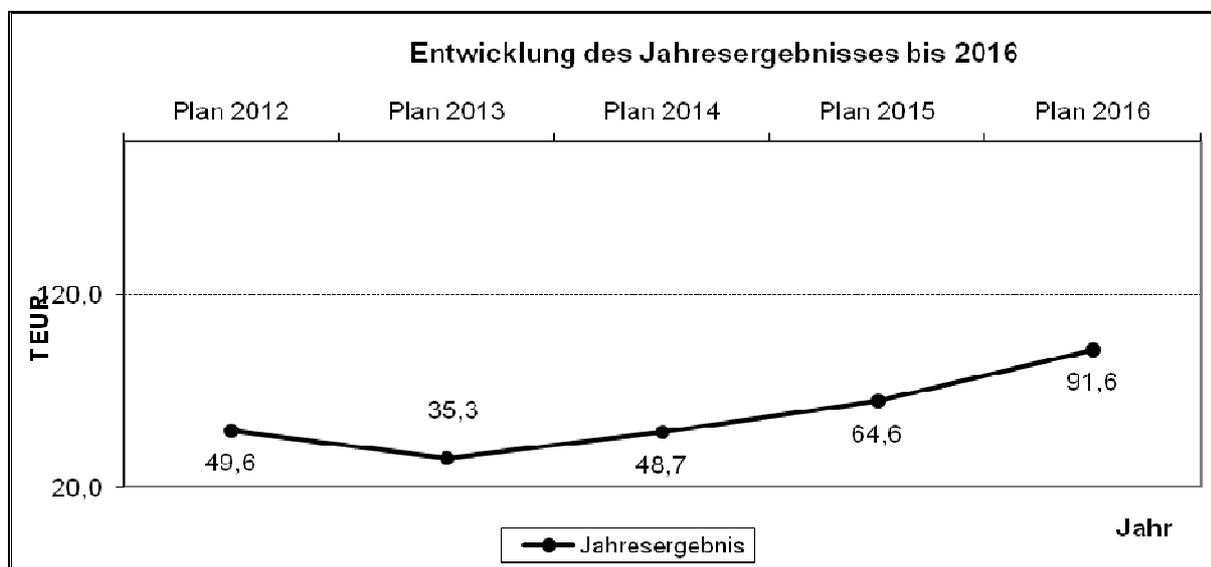
Kennzahlen

	Sollgröße	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	> 25 %	96,07%	93,74%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	96,07%	93,74%
Fremdkapitalquote	< 75 %	3,93%	6,26%
Verschuldungsgrad	-	0/1	0/1
Anlagendeckungsgrad I	-	247,70%	247,15%
Anlagendeckungsgrad II	> 100 %	248,22%	253,89%
Liquidität 1. Grades	> 20 %	1360,64%	1448,71%
Liquidität 2. Grades	> 100 %	1628,16%	1642,65%
Working Capital	> 0	4.031,8	4.077,1
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	> 0	-0,69%	-0,77%
Materialintensität	-	15,87%	14,65%
Personalintensität	-	68,85%	70,75%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	38,79%	37,93%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	4,33	4,03
Produktivität	-	59,73 T€/Ma.	54,12 T€/Ma.
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	-	33 Tage	28 Tage
Debitorenlaufzeit	-	29 Tage	30 Tage



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	prozentual
Umsatzerlöse	2.421,0	2.376,0	2.471,0	50,0	2,07%
Sonstige Erträge	10,3	44,9	10,3	0,0	0,00%
Bestandsveränderung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	355,5	331,2	345,5	-10,0	-2,81%
Personalaufwand	1.693,9	1.761,0	1.768,0	74,1	4,37%
Abschreibungen	198,5	208,1	202,7	4,2	2,12%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	212,8	257,8	205,8	-7,0	-3,29%
Betriebsergebnis	-29,4	-137,2	-40,7	-11,3	-38,44%
Zinsergebnis	84,0	94,0	81,0	-3,0	-3,57%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	54,6	-43,2	40,3	-14,3	-26,19%
Steuern	5,0	5,6	5,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	49,6	-48,8	35,3	-14,3	-28,83%



Ausblick

Die erste Verordnung zur Änderung der Trinkwasserverordnung mit Inkraftsetzung ab 01. November 2011 verpflichtet bestimmte Betreiber von Großanlagen zur Trinkwassererwärmung zu einer jährlichen Untersuchung hinsichtlich einer möglichen Legionellenbelastung im Leitungssystem. Derzeit ist noch nicht absehbar, in welchem Umfang sich hieraus das Auftragsvolumen für die AKS entwickeln wird. Empfehlungen des Ministeriums, die die Unsicherheiten bei den Gesundheitsämtern nicht endgültig beheben konnten, und z. Z. noch fehlende Probenahmehähne in den Anlagen verhindern die zeitnahe Umsetzung der Verordnung.

Ein weiterer Umsatzzuwachs ließe sich durch das neue HPLC/MS – Analysengerät erreichen, wenn die hierfür notwendige Akkreditierung endlich erfolgen würde. Der entsprechende Antrag liegt seit Monaten bei der DAKs GmbH und soll nun im Februar 2012 beschieden werden. Die Reakkreditierung des Labors nach den neuen Regeln erfolgt voraussichtlich im Mai.

Im Wasserfachbüro wird es einen stetigen Rückgang im Aufgabengebiet der Grunddienstbarkeiten geben, welcher durch andere Leistungszuwächse kompensiert werden muss. Die Bewerbung neuer Aufträge muss auf einem qualitativ höheren Niveau erfolgen. Eine erste Maßnahme in diese Richtung wird die am 28. März angebotene Fachtagung zum Thema „Sanierung in wasserwirtschaftlichen Anlagen“ in der AKS sein, die neben der Vermittlung aktueller Informationen und der allgemeinen Kundenpflege im Schwerpunkt der Ermittlung von Kundenwünschen dienen soll.

Bereich Verkehr**Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/Frankfurt (Oder) mbH****Gründungsjahr:** 1993**Stammkapital:** 25.650 €**Gesellschafter:**

Stadt Frankfurt (Oder),	48%
Stadt Eisenhüttenstadt,	25%
Landkreis Oder-Spree,	25%
Gemeinde Siehdichum,	2%

Organe:Geschäftsführer:

Herr Eckhard Pohle

Aufsichtsrat:

Frau Labes
Herr Hellmich
Herr Dr. Behrendt
Herr Kallweit

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf. gehört die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs und die Entwicklung von Freizeitmöglichkeiten zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf. verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Die Münzer & Storbeck GbR hat für den Jahresabschluss 2011 am 11. April 2012 eine uneingeschränkte Abschlussbescheinigung erteilt.

Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat wurde in der Gesellschafterversammlung am 15. Juni 2012 Entlastung erteilt.

Gegenstand des UnternehmensAufgaben:

- Unterhalt und Betrieb des Verkehrslandeplatzes
- Förderung der allgemeinen Luftfahrt nebst Serviceleistungen zur Betreuung der Nutzer

Verbindlichkeiten

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bilanz

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	1.399,7	1.536,9	-137,2	-8,93%
Imma. Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0	0,00%
Sachanlagevermögen	1.399,7	1.536,9	-137,2	-8,93%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	26,1	24,3	1,8	7,41%
Vorräte	7,1	15,6	-8,5	-54,49%
Forderungen	17,9	6,9	11,0	159,42%
Liquide Mittel	1,1	1,8	-0,7	-38,89%
Rechnungsabgrenzungsposten	2,4	2,4	0,0	0,00%
Summe AKTIVA	1.428,2	1.563,6	-135,4	-8,66%
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	199,1	212,0	-12,9	-6,08%
Gezeichnetes Kapital	25,7	25,7	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	173,4	186,3	-12,9	-6,92%
Sonderposten	1.198,2	1.317,4	-119,2	-9,05%
Rückstellungen	3,5	3,7	-0,2	-5,41%
Verbindlichkeiten	27,4	30,5	-3,1	-10,16%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	1.428,2	1.563,6	-135,4	-8,66%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	49,1	28,4	20,7	72,89%
Sonstige Erträge	119,2	119,3	-0,1	-0,08%
Zuschüsse	142,0	145,0	-3,0	-2,07%
Materialaufwand	45,4	24,8	20,6	83,06%
Personalaufwand	97,4	121,5	-24,1	-19,84%
Abschreibungen	139,2	139,5	-0,3	-0,22%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	41,0	39,7	1,3	3,27%
Betriebsergebnis	-12,7	-32,8	20,1	61,28%
Zinsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,00%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-12,7	-32,8	20,1	61,28%
Steuern	0,2	0,2	0,0	0,00%
Jahresergebnis	-12,9	-33,0	20,1	60,91%

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäftsablauf

Das Jahr 2011 war für den Luftverkehr ein sehr dynamisches Jahr hinsichtlich des Passagieraufkommens und des Frachtverkehrs. Der Luftverkehr hat deutschlandweit wie schon im Jahr 2010 einen weiteren Wachstumsschub erfahren. Im weltweiten Vergleich sind die Wachstumszahlen sowohl im Passagier- als auch im Frachtverkehr noch stärker gewachsen als in Deutschland. Dem positiven nationalen als auch internationalen Trend folgend hat das Verkehrsaufkommen am Verkehrslandeplatz Eisenhüttenstadt – Frankfurt (Oder) im Jahr 2011 erheblich zugenommen.

Die Anzahl der durchgeführten Starts und Landungen am Verkehrslandeplatz betragen im Geschäftsjahr 7.811 und haben sich damit im Vergleich zum Vorjahr (6.926) erhöht.

Hauptanliegen im Geschäftsjahr war die Umsetzung der Studie vom 07.10.2010 „Untersuchungen zur gewerblichen Entwicklung des Verkehrslandeplatzes Eisenhüttenstadt“. Der in diesem Zusammenhang erarbeitete Maßnahmenplan wurde termingemäß umgesetzt. Eine moderate Umsatzsteigerung konnte erzielt werden. Durchgeführte Veranstaltungen, wie Tage der offenen Tür, Fliegerlager und Modellflug- Vorführungen erhöhten den Bekanntheitsgrad und die Besucherfrequenz.

Durch den Abschluss einer Vereinbarung mit der Bundespolizei, Fliegergruppe Blumberg wurde der Treibstoffumsatz verbessert. Die Flugplatzgesellschaft sichert seit 02/2011 die Betankung der Hubschrauberstaffel im regionalen Einsatzfall.

Ab 05/2011 werden vier Leih-Fahrräder und ein Leihwagen am VLP angeboten. Monatlich findet am VLP ein „Fliegerstammtisch“ als öffentliche Veranstaltung statt. Auf die Weise sollen Informationen über die Nutzung des Flugplatzes, fliegerische Informationen, Berufsberatung und dergleichen vermittelt werden.

In 2011 erfolgte erneut eine Kontaktaufnahme mit dem polnischen Flugplatz Pzylep und dem Flugplatz Vrchlaby in Tschechien. Polnische Flugschüler nutzen daraufhin den VLP Eisenhüttenstadt für Ausbildungsflüge.

Das in 2002 eingeleitete Verfahren auf Zulassung eines einfachen Instrumentenanfluges auf der Basis eines Luftraumes „F“ wurde in 2011 weiter verfolgt. Zwecks Verhinderung der Rechtskraft des Ablehnungsbescheides wurde durch die Flugplatzgesellschaft in 2009 Klage vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) eingereicht. Eine Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) ist nunmehr für 2012 geplant. Weitere Aussagen dazu werden wahrscheinlich erst nach Inbetriebnahme des internationalen Flughafens Berlin- Schönefeld möglich sein.

Ertragssituation

Die Umsätze in Höhe von TEUR 49 sind gegenüber 2010 um TEUR 21 gestiegen, das entspricht einer Erhöhung der Gesamtleistung um 75 % und ist hauptsächlich durch den erhöhten Treibstoffverkauf entstanden.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Fehlbetrag i. H. v. TEUR 13 ab. Dieses Ergebnis liegt über dem Planansatz von TEUR - 17 und ist auf die über Plan erzielten Umsätze einerseits, aber auch auf die planmäßig geringer vorgesehenen Materialaufwendungen andererseits im Wirtschaftsjahr zurückzuführen. Gleichzeitig wurden im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2011 weniger Personalkosten aufgewendet.

Personal- und Sozialbereich

Der Verkehrslandeplatz beschäftigt im Normalfall 3 Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr erfolgte altersbedingt der Abgang eines Mitarbeiters. Auf eine erneute Festanstellung wurde vorerst im Hinblick auf eine zu erreichende Finanzkonsolidierung verzichtet.

Für den Verkehrslandeplatz gilt grundsätzlich eine 24-stündige Betriebspflicht. Die Flugplatzgesellschaft als Betriebsgesellschaft eines Verkehrslandeplatzes ist verpflichtet sicherzustellen, dass zu jeder Zeit ein Luftfahrzeug den Verkehrslandeplatz anfliegen kann. Die als Flugleiter eingesetzten Personen müssen von der Qualifikation mindestens über das „beschränkt gültige Sprechfunkzeugnis für den Flugfunkdienst“ in englischer Sprache verfügen (BZF I).

Bei Einführung von Instrumentenflugbetrieb mit Luftraum „F“ müssen Flugleiter das „Allgemeine Sprechfunkzeugnis“ (AZF) besitzen. Dies stellt eine überdurchschnittliche Qualifikation dar. Zwei Arbeitnehmer verfügen bereits über diese Qualifikation.

Kennzahlen

	Kritischer Wert	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	> 25 %	13,94%	13,56%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	97,84%	97,81%
Fremdkapitalquote	< 75 %	2,16%	2,19%
Verschuldungsgrad	-	1/6	1/6
Anlagendeckungsgrad I	-	14,22%	13,79%
Anlagendeckungsgrad II	> 100 %	14,22%	13,79%
Liquidität 1. Grades	> 20 %	3,54%	5,84%
Liquidität 2. Grades	> 100 %	68,81%	36,04%
Working Capital	> 0	-5,0	-6,5
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	> 0	-25,87%	-115,49%
Materialintensität	-	92,46%	87,32%
Personalintensität	-	198,37%	427,82%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	98,00%	98,29%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	3,96	2,96
Produktivität	-	16,37 T€/Ma.	9,47 T€/Ma.
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	-	138 Tage	171 Tage
Debitorenlaufzeit	-	62 Tage	107 Tage

Zukünftige Entwicklung					
TEUR	Plan 2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	prozentual
Umsatzerlöse	41,2	41,2	41,5	0,3	0,73%
Sonstige Erträge	120,5	120,5	120,5	0,0	0,00%
Zuschüsse	142,0	142,0	142,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	24,5	24,5	22,9	-1,6	-6,53%
Personalaufwand	80,0	80,0	80,5	0,5	0,63%
Abschreibungen	139,0	139,0	138,0	-1,0	-0,72%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	60,2	60,2	62,6	2,4	3,99%
Betriebsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Zinsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%

Die Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/Frankfurt (Oder) mbH plant auch mittelfristig (bis 2016) mit den bisherig gezahlten 142 T€ Betriebskostenzuschüssen kostendeckend zu arbeiten.

Ausblick

Grundsätzlich bestehen entwicklungsbeeinträchtigende Risiken mit entsprechendem negativem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Zum einen, dass der Verkehrslandeplatz nach derzeitigem Stand nicht kostendeckend betrieben werden kann und zum anderen, da sich die Liquiditätsslage zukünftig verschlechtern kann.

Stadtverkehrsgesellschaft Frankfurt (Oder) mbH

Gründungsjahr: 1992

Stammkapital: 255,6 T€

Gesellschafter: Frankfurter Dienstleistungs-
holding GmbH, 100%

Organe:

Geschäftsführer: Herr Ebermann

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben:

- Personenförderung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
- Organisation bzw. Koordination des überregionalen Personennahverkehrs, soweit diese Leistungen durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt sind und mit dem geltenden kommunalrechtlichen Örtlichkeitsgrundsatz im Einklang stehen
- Darüber hinaus ist die Gesellschaft berechtigt, verschiedene Transportleistungen von Massen- und Stückgütern zu erbringen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2011 am 05. April 2012 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

Dem Geschäftsführer wurde in der Gesellschafterversammlung der Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH am 13. Juli 2012 Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

Höhe: **€ 3.172.499,73** (Vj: € 3.598.405,81)

Davon mit einer Restlaufzeit von:

➤ bis 1 Jahr: **€ 425.906,08**

Vj: € 425.906,08

➤ 1 - 5 Jahre: **€ 1.703.624,32**

Vj: € 1.703.624,32

➤ ab 5 Jahre: **€ 1.042.969,33**

Vj: € 1.468.875,41

Bilanz

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	56.909,6	58.147,5	-1.237,9	-2,13%
Imma. Vermögensgegenstände	288,1	332,7	-44,6	-13,41%
Sachanlagevermögen	56.378,9	57.563,2	-1.184,3	-2,06%
Finanzanlagevermögen	242,6	251,6	-9,0	-3,58%
Umlaufvermögen	7.285,2	6.817,0	468,2	6,87%
Vorräte	1.007,0	917,0	90,0	9,81%
Forderungen	6.050,4	5.655,8	394,6	6,98%
Liquide Mittel	227,8	244,2	-16,4	-6,72%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,2	0,0	0,2	0,00%
Summe AKTIVA	64.195,0	64.964,5	-769,5	-1,18%
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	22.146,8	22.146,8	0,0	0,00%
Gezeichnetes Kapital	255,6	255,6	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	21.891,2	21.891,2	0,0	0,00%
Sonderposten	34.241,8	34.517,1	-275,3	-0,80%
Rückstellungen	1.260,8	1.330,0	-69,2	-5,20%
Verbindlichkeiten	6.025,5	6.428,5	-403,0	-6,27%
Rechnungsabgrenzungsposten	520,1	542,1	-22,0	-4,06%
Summe PASSIVA	64.195,0	64.964,5	-769,5	-1,18%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	5.633,9	5.665,2	-31,3	-0,55%
Sonstige Erträge	3.365,5	2.679,9	685,6	25,58%
Materialaufwand	4.260,6	3.526,0	734,6	20,83%
Personalaufwand	5.739,0	5.632,3	106,7	1,89%
Abschreibungen	3.018,2	3.132,2	-114,0	-3,64%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.228,7	1.176,1	52,6	4,47%
Betriebsergebnis	-5.247,1	-5.121,5	-125,6	-2,45%
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	8,8	14,5	-5,7	-39,31%
Zinsergebnis	-125,9	-192,6	66,7	34,63%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.364,2	-5.299,6	-64,6	-1,22%
Steuern	20,3	34,1	-13,8	-40,47%
Verlustübernahme	5.384,5	5.333,7	50,8	0,95%
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,00%

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäftsverlauf

Geschäftsgrundlage des unternehmerischen Handelns der Gesellschaft war und ist auch weiterhin die „Betrauungsvereinbarung zwischen der Stadt Frankfurt (Oder) und der Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder) über die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs mit Bussen und Straßenbahnen im Stadtgebiet Frankfurt (Oder) für den Zeitraum 2006 bis 2015“, in Verbindung mit dem Nahverkehrsplan der Stadt Frankfurt (Oder), zuletzt durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 08. Dezember 2011 aktualisiert und für den Zeitraum 2012 - 2016 fortgeschrieben.

Im Verlaufe der Jahre 2010/2011 arbeitete eine vom Nahverkehrsbeirat eingesetzte Arbeitsgruppe an der Aktualisierung des Nahverkehrsplanes mit dem Ziel, die Neufassung für die Jahre 2012 – 2016 der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Darin sollte das Ergebnis der gutachterlichen Untersuchung einer „Strategie des Öffentlichen Personennahverkehrs für die Doppelstadt Frankfurt (Oder) / Slubice“ enthalten sein, welches vom bestellten Gutachterkonsortium unter der Leitung von PTV Planung Transport Verkehr AG erstellt wurde, dem weiterhin Ernst Basler + Partner GmbH, TTK Transport Technologie-Consult Karlsruhe GmbH und GIFK InterPROJEKT Spolka z o. o. angehörten.

Die teilweise prognostizierten Fahrgastverluste, wegen der ungünstigen Entwicklung relevanter Strukturdaten, sind nicht eingetreten. Eine Verkehrserhebung im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg im Jahre 2010 hat das, mit der im Jahre 2011 vorliegender Auswertung, bestätigt. Demnach ist die Anzahl der Fahrgäste im Jahr 2010, von 10,6 Mio beförderten Personen im Jahre 2007, auf insgesamt 10,9 Mio leicht gestiegen. Die nächste Verkehrserhebung im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ist im Jahre 2013 vorgesehen. Besondere Herausforderung wird dabei die erstmalige Erfassung von elektronischen Fahrscheinen im Verbundgebiet sein.

Die Gesellschaft hat ihre Unternehmenspolitik der Orientierung auf Kundenanforderungen und Umwelt- und Klimaschutz auch im Geschäftsjahr 2011 konsequent weiterentwickelt. Grundlagen hierfür sind die europäischen Normanforderungen ISO 9001:2008 und ISO 14001:2004, jeweils unter Berücksichtigung der Service Norm für den ÖPV DIN EN 13816:2002. Der Erfolg daraus ist die wiederum gestiegene Kundenzufriedenheit. Nachdem im Jahre 2010 im Ergebnis einer Kundenzufriedenheitsbefragung 94,2% der Befragten mit dem ÖPNV in Frankfurt (Oder) zufrieden oder sehr zufrieden waren, erhöhte sich der Anteil selbiger im Jahre 2011 auf 97,0%.

Die im Vorjahr verstärkte Fokussierung der Mitarbeiterzufriedenheit wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr durch systematische Einbindung in das Management und erfolgreiche Zertifizierung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Unternehmen, in Verbindung mit den beschlossenen Entwicklungszielen nachhaltig etabliert. Damit soll unter anderem eine anforderungsgerechte Fachkräftesicherstellung in den kommenden Jahren erreicht werden.

Die Investitionstätigkeit betraf hauptsächlich die Grunderneuerung der Gleisanlage in einem Streckenabschnitt der August-Bebel-Straße (800 T€), die Grunderneuerung der Fahrleitungsanlage im Streckenabschnitt Conergy bis Buckower Straße (441 T€) und die Fertigstellung der im Vorjahr begonnenen grundhaften Erneuerung der Haltestellenanlage am TeGeCe (528 T€). Damit sind die Voraussetzungen für eine Verknüpfung des Stadtverkehrs mit Straßenbahn und Bus in Frankfurt (Oder) mit den Regionalbuslinien des Landkreises Oder-Spree geschaffen, um den Parallelverkehr beider Verkehrssysteme auf der Relation Markendorf – Stadtzentrum - Markendorf teilweise abzubauen.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt, wenn auch nicht der Höhe nach, war die Ausstattung von höher frequentierten Aufenthaltsbereichen in Frankfurt (Oder) mit so genannten Echtzeit-Informationsmonitoren. Diese zeigen für die nächstgelegene Haltestelle die tatsächlichen Abfahrtszeiten der Busse und Straßenbahnen, aber auch der Züge des SPNV an. Damit ist es den Besuchern/Nutzern im Rathaus, im Kleist Forum, in der Konzerthalle, im Messegelände, aber auch in den Einkaufszentren SMC und Lenne-Passage möglich, bis zum Erreichen der gewählten Abfahrtszeit zu verweilen.

Begonnen wurde mit vorbereitenden Maßnahmen seitens SVF für eine über ca. 2,5 Jahre dauernden Baumaßnahme der DB Netz an der Eisenbahnüberführung Dresdener Straße.

Vermögens- und Finanzlage

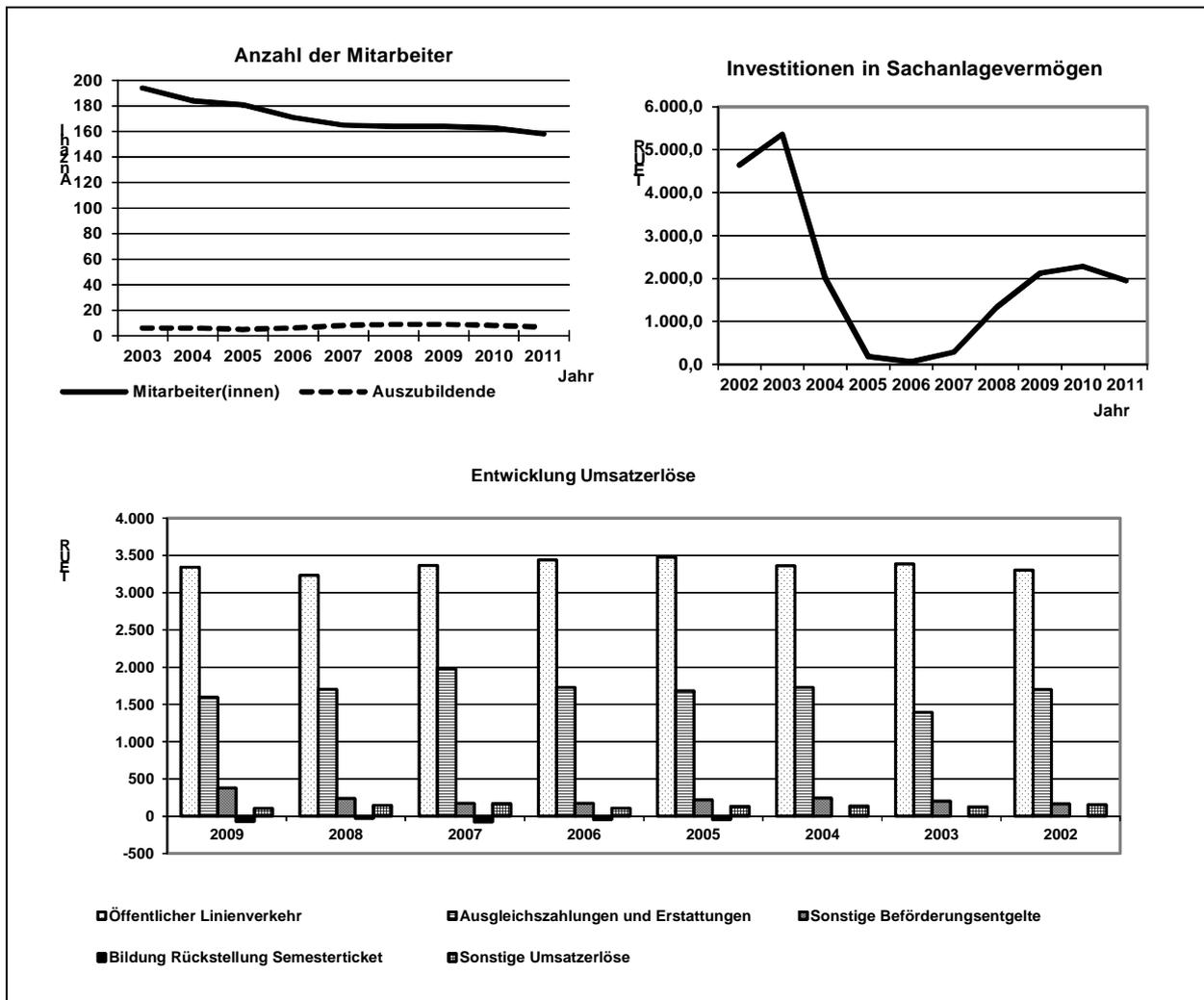
Die finanziellen Verhältnisse sind geordnet. Das langfristig gebundene Vermögen ist langfristig finanziert, das Eigenkapital ausreichend dotiert und die Zahlungsfähigkeit war während des Geschäftsjahres stets gesichert.

Ertragslage

Das Ergebnis vor Verlustübernahme hat sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig verschlechtert, ist jedoch besser als der Wirtschaftsplan dies vorsah. Für die Abweichungen gegenüber dem Vorjahr bei den betrieblichen Erträgen einerseits und dem Materialaufwand andererseits ist in der Hauptsache das Vorhaben der DB Netz, der Neubau der Eisenbahnüberführung Dresdener Straße, verantwortlich. Der Kostendeckungsgrad hat sich von 61,3 Prozent im Geschäftsjahr 2010, bezogen auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, auf 62,8 Prozent verbessert.

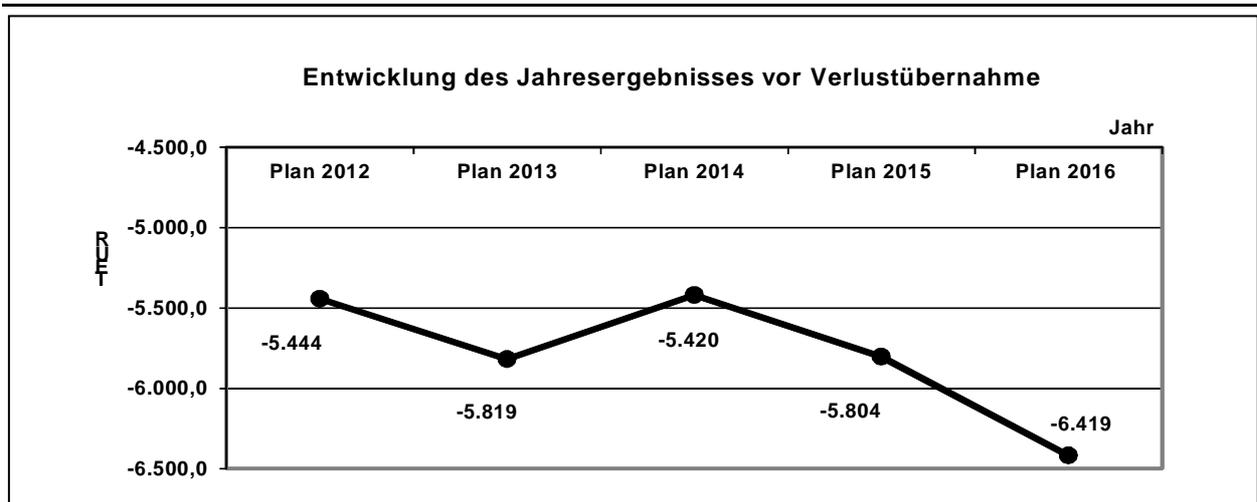
Kennzahlen

	kritischer Wert	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	34,50%	34,09%
EK (+Ek-ähnliche)-quote	-	87,84%	87,22%
Fremdkapitalquote	> 75 %	12,16%	12,78%
Verschuldungsgrad	-	1/3	3/8
Anlagendeckungsgrad I	-	38,92%	38,09%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	45,66%	46,26%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	5,74%	6,88%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	158,11%	166,32%
Working Capital	< 0	3.314,2 T€	3.269,7 T€
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	-93,13%	-90,40%
Materialintensität	-	75,62%	62,24%
Personalintensität	-	101,87%	99,42%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	88,65%	89,51%
Umschlagshäufigkeit der Vorräte	-	6	7
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	1	1
Produktivität	-	34 T€/Ma.	33 T€/Ma.
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	-	72 Tage	40 Tage
Debitorenlaufzeit	-	16 Tage	11 Tage



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	prozentual
Umsatzerlöse	5.488,0	5.488,0	5.293,0	-195,0	-3,55%
Sonstige Erträge	2.381,0	2.381,0	2.462,0	81,0	3,40%
Materialaufwand	3.461,0	3.461,0	3.645,0	184,0	5,32%
Personalaufwand	5.721,0	5.721,0	5.735,0	14,0	0,24%
Abschreibungen	3.081,0	3.081,0	3.004,0	-77,0	-2,50%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	952,0	887,0	1.105,0	153,0	16,07%
Betriebsergebnis	-5.346,0	-5.281,0	-5.734,0	-388,0	-7,26%
Zinsergebnis	-98,0	-98,0	-85,0	13,0	13,27%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.444,0	-5.379,0	-5.819,0	-375,0	-6,89%
Steuern	22,0	22,0	22,0	0,0	0,00%
Verlustübernahme	5.466,0	5.401,0	5.841,0	375,0	6,86%
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%



Ausblick

Ungemindert bestehen die Risiken aus der demographischen Entwicklung im Bediengebiet, den daraus folgenden Maßnahmen des Stadtumbaus und anderen Strukturanpassungsmaßnahmen für den ÖPNV fort, auch wenn die Abnahme der Einwohnerzahl sich deutlich verringert hat. Die positiven Entwicklungen in der jüngeren Vergangenheit haben zu einer Stabilisierung der Verkehrsverhältnisse beigetragen. Eine Konsolidierung des kommunalen Haushalts ist bisher nicht erreicht und erfordert auch zukünftig sparsamstes Wirtschaften, wenn das Konsolidierungsziel für den Frankfurter Haushalt im Jahre 2015 erreicht werden soll.

Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Debatte über die Fortführung des Entflechtungsgesetzes ab dem Jahre 2014. Die erklärte Absicht des Bundes besteht darin, die daraus resultierenden Mittel deutlich zu reduzieren und ab 2020 gänzlich einzustellen. Hinzu kommt die unklare Aussicht über den Fortbestand des Regionalisierungsgesetzes ab dem Jahre 2020.

Eine für den 01.08.2012 angestrebte Tarifänderung im Verbundgebiet ist, neben den eigenen Anstrengungen der Fahrgastgewinnung und Kostenminimierung im Unternehmen, ein wichtiger Beitrag für eine den Bedürfnissen entsprechende Unternehmensfinanzierung. Die Etablierung des so genannten Mobilitätstickets für einkommensschwache Fahrgäste hat sich als richtige Entscheidung erwiesen, die in Verbindung mit der direkten Tarifstützung durch das Land Brandenburg Einnahmenverbesserungen für die Verkehrsunternehmen nach sich zog. Von ganz besonderer Wichtigkeit für einen weniger subventionierten ÖPNV ist nach Branchenmeinung die Ankoppelung der Tarifentwicklung an die Marktentwicklungen, indem Beförderungsentgelte jährlich über einen Preisindex an die veränderten Marktpreise angepasst werden. Zurzeit sind die Beförderungstarife das Ergebnis von Jahr für Jahr geführten politischen Debatten, die den wirtschaftlichen Gegebenheiten nur ungenügend Rechnung tragen.

Dem am 31.12.2012 auslaufenden Vergütungstarifvertrag TV-N BRB, welcher auch für die Beschäftigten der SVF Gültigkeit hat, ist rechtzeitige Aufmerksamkeit zu schenken, um einen den Marktbedingungen entsprechenden Anschluss-Tarifvertrag zu erreichen.

Investitionsschwerpunkte im Geschäftsjahr 2012 werden die grundhafte Erneuerung der Gleise in der Logenstraße, der Ausbau der Fahrleitungsanlage im Bereich WS Markendorf, der Neubau von 2 Gleichrichter-Unterwerken in Abhängigkeit von Zuschüssen des Landes sein.

Besondere Bedeutung misst die Gesellschaft einem etwa zweijährigen Betrieb einer grenzüberschreitenden Buslinie zwischen Frankfurt (Oder) und Slubice bei, welche einen regelmäßigen ÖPNV in der Doppelstadt etablieren soll. Gleichzeitig sollen weitere Vorbereitungen für die Umsetzung des im Gutachten empfohlenen Straßenbahnprojektes getroffen werden. Beides ist Inhalt einer zwischen beiden Städten vereinbarten Doppelstrategie.

Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 wird Ergebnisstabilität sowie Kundensicherung angestrebt. Dabei wird die Baumaßnahme an der Eisenbahnüberführung Dresdener Straße ganze Aufmerksamkeit abverlangen, um Beeinträchtigungen bei eingleisiger Verkehrsdurchführung im Baustellenbereich und Kundenverluste weitestgehend zu vermeiden. Sonstige mögliche negative Einflüsse aus sich verändernden Marktbedingungen oder aus internen Gegebenheiten sollen durch geeignete gegensteuernde Maßnahmen kompensiert werden.

Bereich Wohnungsbau und -verwaltung

Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH

Gründungsjahr: 1990
Stammkapital: 1.550 T€
Gesellschafter: Stadt Frankfurt (Oder) 100%
Organe:
Geschäftsführer: Herr Schürg (bis 28.02.2011) Frau Jorzick (01.03.2011 bis 31.08.2011) Herr Töppe (ab 01.09.2011)
Aufsichtsrat: Frau Jung-Friedrich (Vorsitzende bis 08.02.2011, Mitglied bis 24.03.2011) Herr Dr. Kaspar, Vorsitzender (ab 31.03.2011) Frau Kohlmeyer, stellv. Vors. Herr Derling Frau Groth-Simonides Frau Leschke Herr Pusch Frau Muchajer Herr Schulz Herr Steinfurth

Gegenstand des Unternehmens
Gegenstand der Gesellschaft ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages insbesondere die Vermietung und Verwaltung eigener Wohnungen, Grundstücke und Gewerberäume.
Die Gesellschaft kann Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen sanieren, modernisieren und instand setzen. Daneben kann die Wohnungswirtschaft die Modernisierung, Instandsetzung und Sanierung der Gewerberäume betreuen, Grundstücke verkaufen und eigentumsgleiche Rechte vergeben.
Darüber hinaus regelt der § 2 des Gesellschaftsvertrages, dass die Stadt Frankfurt (Oder) jederzeit bebaute und unbebaute Wohngrundstücke auf die Gesellschaft übertragen oder an diese veräußern kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Verbesserung der Wohnungen der Einwohner durch den sozialen Wohnungsbau und die Förderung des privaten und genossenschaftlichen Bauens zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinden.
Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).
Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Entscheidungen.

Bemerkungen
Der Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH wurde am 23. April 2012 der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk durch die GdW Revision AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für den Jahresabschluss 2011 erteilt. Dabei wurde auch die Prüfung nach § 53 HGrG vorgenommen.
In der Gesellschafterversammlung am 19. Juli 2012, vertreten durch den Oberbürgermeister, Herrn Dr. Wilke, wurde der Jahresabschluss 2011 festgestellt. Dem Geschäftsführer Herr Töppe wurde die Entlastung erteilt. Die Entscheidung über die Entlastung der Geschäftsführer, Herr Schürg und Frau Jorzick, sowie des Aufsichtsrates für das Wirtschaftsjahr 2011 steht noch aus.

Verbindlichkeiten
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:
Höhe: € 120.011.336,30 (Vj: € 119.214.354,20)
Davon mit einer Restlaufzeit von:
➤ bis 1 Jahr: € 5.846.376,17
Vj: € 5.289.028,62
➤ 1 - 5 Jahre: € 24.377.581,08
Vj: € 22.879.073,11
➤ ab 5 Jahre: € 89.787.379,05
Vj: € 91.046.252,47

Bilanz

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	195.743,8	204.893,4	-9.149,6	-4,47%
Imma.				
Vermögensgegenstände	48,5	78,0	-29,5	-37,82%
Sachanlagevermögen	195.620,3	202.859,4	-7.239,1	-3,57%
Finanzanlagevermögen	75,0	1.956,0	-1.881,0	-96,17%
Umlaufvermögen	21.716,0	18.024,5	3.691,5	20,48%
Vorräte	12.538,5	13.618,3	-1.079,8	-7,93%
Forderungen	764,4	823,8	-59,4	-7,21%
Liquide Mittel	8.413,1	3.582,4	4.830,7	134,85%
Rechnungsabgrenzungsposten	216,5	123,8	92,7	74,88%
Akt. Unterschiedsbetrag aus V-Übertrag	6,9	0,0	6,9	0,00%
Summe AKTIVA	217.683,2	223.041,7	-5.358,5	-2,40%
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	71.290,5	74.734,7	-3.444,2	-4,61%
Gezeichnetes Kapital	1.550,0	1.550,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	69.740,5	73.184,7	-3.444,2	-4,71%
Sonderposten	3.016,2	3.098,3	-82,1	-2,65%
Rückstellungen	818,5	2.390,9	-1.572,4	-65,77%
Verbindlichkeiten	142.557,6	142.817,8	-260,1	-0,18%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,4	0,0	0,4	0,00%
Summe PASSIVA	217.683,2	223.041,7	-5.358,4	-2,40%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	35.217,5	36.749,5	-1.532,0	-4,17%
Sonstige Erträge	3.739,4	3.001,0	738,4	24,61%
Zuschüsse Rückbau	1.209,8	862,9	346,9	40,20%
Materialaufwand	19.715,5	20.929,3	-1.213,8	-5,80%
Personalaufwand	3.175,1	3.492,5	-317,4	-9,09%
Abschreibungen	12.965,5	19.732,2	-6.766,7	-34,29%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.007,0	3.151,1	-1.144,1	-36,31%
Betriebsergebnis	2.303,6	-6.691,7	8.995,3	134,42%
Finanzergebnis	-4.877,6	-5.275,7	398,1	7,55%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.574,0	-11.967,4	9.393,4	78,49%
Steuern	870,2	891,8	-21,6	-2,42%
Jahresergebnis	-3.444,2	-12.859,2	9.415,0	73,22%

Auszug aus dem Lagebericht

Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2011 wieder kräftig gewachsen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war um 3,0% höher als im Vorjahr. Damit setzt sich der konjunkturelle Aufholprozess auch im zweiten Jahre nach der Wirtschaftskrise weiter fort. Während im Vorjahr der Außenhandel ein wichtiger Wachstumsmotor war, übernahm diese Rolle im Jahr 2011 die Binnennachfrage. Im Inland wurde deutlich mehr konsumiert und investiert als ein Jahr zuvor.

Die Arbeitslosenquote in Frankfurt (Oder) – bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen – belief sich am 31. Dezember 2011 auf 13,4% (Vorjahr 13,2%). Insgesamt 1.938 Menschen – das entspricht einem Anteil von 44,9% – waren langzeitarbeitslos. Das sind 250 bzw. 14,8% mehr als im Dezember 2010.

Hinsichtlich der Entwicklung der Einwohnerzahlen ist das Land Brandenburg deutlich zwei geteilt. Während die Berlin nahen Regionen weiter vom Zuzug aus der Hauptstadt profitieren, stellt sich die Lage in Berlin fernerer Teilen grundlegend anders dar. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat aktuell ermittelt, dass im äußeren Metropolenraum alle zwei Jahre das Äquivalent einer mittelgroßen Stadt verschwindet. Trotz Stadtumbau-Ost und damit einhergehenden kontinuierlich sinkenden Leerstandsanzahlen bleibt der Handlungsbedarf weiterhin sehr groß.

Die Einwohnerzahl in Frankfurt (Oder) ist von Ende 1999 bis Ende 2011 um 14.588 Personen zurückgegangen. Das entspricht einem Bevölkerungsverlust von 20%.

Die Gesellschaft bewirtschaftete am 31. Dezember 2011 einen eigenen Bestand von 9.890 Vertragseinheiten (Vorjahr: 10.375 Vertragseinheiten). Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr haben sich insbesondere durch Abriss (466 Wohnungen, 3 Gewerbe, 1 sonstige Einheiten) und Stilllegung (42 Wohnungen) ergeben. 2 Wohnungen und 2 Stellplätze wurden verkauft und 30 Stellplätze neu errichtet.

Die Fluktuationsquote auf Basis des Wohnungsbestandes belief sich im Jahr 2011 auf 10,4% (Vorjahr: 10,5%).

Die Leerstandsquote – bezogen auf den Gesamtbestand des Unternehmens – hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,2% verringert und belief sich auf 11,5%. Im dauerhaft zur Bewirtschaftung vorgesehene Bestand stieg der Leerstand um 51 Wohnungen und wies zum 31. Dezember 2011 eine Quote von 8,5% (Vorjahr: 7,9%) auf.

Nach komplexer Sanierung konnten das Hochhaus Moskauer Straße 8 mit 89 Wohnungen und die Häuserzeile Bischofstraße 1-3, 4-5 mit 30 Wohnungen wieder dem Vermietungsprozess zugeführt werden.

Die Vermarktung der frei werdenden Wohnungen ist im gegenwärtigen Wohnungsmarkt mit erheblichem Aufwand verbunden. Am 31. Dezember 2011 standen 973 Wohnungen (Vorjahr: 1.322 Wohnungen) leer.

Die durchschnittlichen Aufwendungen für eine leer stehende Wohnung beliefen sich im Jahr 2011 ohne Kapitaldienst für Neukredite auf € 1.977,92 (Vorjahr: € 1.776,77). Es wirken der Kapitaldienst für Altverbindlichkeiten mit € 200,70 (Vorjahr: € 261,94), die Betriebs- und Verwaltungskosten mit € 1.487,52 (Vorjahr: € 1.247,11) sowie die Instandhaltungs- und Sicherungskosten mit € 289,70 (Vorjahr: € 267,73 €). Die Erlösschmälerungen durch Leerstand bzw. aufgrund baulicher Mängel erreichten 2011 Tsd. € 3.675,6 (Vorjahr: Tsd. € 4.080,9).

Die durchschnittliche monatliche Nettokaltmiete im Wohnungsbestand (einschließlich Aufwendungszuschüsse) belief sich im Dezember 2011 auf 4,24 €/m² (Vorjahr: 4,10 €/m²). Nach Modernisierungsgrad ergibt sich folgende Struktur.

unsanierter Bestand	3,81 €/m ²	(Vorjahr: 3,75 €/m ²)
teilsanierter Bestand	3,88 €/m ²	(Vorjahr: 3,82 €/m ²)
sanierter Bestand	4,89 €/m ²	(Vorjahr: 4,71 €/m ²)

Infolge der Zahlungsunfähigkeit eines Teiles der Mieter hat die Gesellschaft hohe Einnahmeverluste zu verzeichnen. Die mögliche Uneinbringlichkeit von Mietrückständen wurde durch Einzelwertberichtigungen in Höhe von Tsd. € 629,1 berücksichtigt. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2011 uneinbringliche Forderungen in Höhe von Tsd. € 156,3 abgeschrieben.

Stadtumbau

Im Rahmen des Stadtumbaukonzeptes wurden im Jahr 2011 466 Wohnungen, überwiegend in den Stadtgebieten Neuberesinchen und Nord gelegen, rückgebaut. Die Schadstoffbelastungen waren standortbezogen sehr unterschiedlich. Teilweise entstanden Mehrkosten für die Entsorgung.

Für Maßnahmen des Stadtumbaus wurden im Geschäftsjahr 2011 Tsd. € 783,5 aufgewendet, davon für den technischen Abriss Tsd. € 681,0 und für Freizugsaktivitäten Tsd. € 102,5.

Finanzierung des Abrisses und Entlastung von Altschulden gemäß Altschuldenhilfe-Verordnung

Der Gesellschaft gelang es, bis zum 31. Dezember 2011 insgesamt 4.320 Wohnungen vom Markt zu nehmen. Für 4.166 dieser Wohnungen konnten Abrisszuschüsse in Höhe von Tsd. € 12.994,1 vereinnahmt werden. 31 Wohnungen waren nicht zuwendungsfähig im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost. Für 123 im Jahr 2011 realisierte, aber noch nicht seitens der Stadt Frankfurt (Oder) endgeprüfte Wohnungen wurden im Geschäftsjahr weitere Tsd. € 287,7 anteilige Förderzuschüsse ausgereicht. Für 42 im Jahr 2011 begonnen und im Jahr 2012 realisierte Wohnungen wurde auf Grundlage der geschlossenen Verträge bereits 2011 anteilig Förderbeträge in Höhe von Tsd. € 23,4 vereinnahmt.

Auf Grundlage der Ersten Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Altschuldenhilfegesetz vom 10. November 2008 ist mit Bescheid der KfW vom 15. Dezember 2008 die Abruffrist des gewährten Entlastungsbetrages bis zum 30. April 2014 für Maßnahmen, die bis zum 31. Dezember 2013 durchgeführt werden, verlängert worden. Die Gesellschaft hat im Juni 2011 die letzte Tranche in Höhe von Tsd. € 158,2 vereinnahmt. Damit wurde eine Altschuldenentlastung für insgesamt 3.823 Wohnungen mit einer Fläche von 202.772,80 m² in Anspruch genommen.

Auf Grund der ausgebliebenen Anschlussförderung zur Altschuldenhilfe musste die Gesellschaft seit 2010 bereits 495 Wohnungen ohne Entlastung der betreffenden Altschulden vom Markt nehmen. Der durch das Auslaufen der Förderung nicht mehr gewährte Entlastungsbetrag beläuft sich auf Tsd. € 1.548,4 – ermittelt aus der durchschnittlichen Kreditbelastung Ende 2011. In den Jahren 2012 bis 2014 handelt es sich um weitere Tsd. € 1.290,3, die der Gesellschaft aufgrund der Finanzierung aus Eigenmitteln nicht für notwendige Investitionsmaßnahmen zur Verfügung stehen werden.

Verkaufstätigkeit/Grundstücksverkehr

Die Gesellschaft veräußerte im Geschäftsjahr 2011 zwei Wohnungen – jeweils in einer Doppelhaushälfte gelegen. Darüber hinaus wurden im Dezember 2011 zwei Kaufverträge über eine unbebaute Fläche (6.915 m²) und über eine Eigentumswohnung geschlossen.

Aufgrund eines geänderten Zuordnungsbescheides wurde im Geschäftsjahr 2011 eine Grundstücksfläche von 110 m² der Stadt Frankfurt (Oder) zugeordnet.

Laufende Investitionen

Neben den Aufwendungen für die laufende Instandhaltung in Höhe von Tsd. € 1.786,6 wurden im Geschäftsjahr 2011 in einem Volumen von Tsd. € 9.457,8 Bauleistungen erbracht, die sich wie folgt untersetzen lassen:

5.364,7 Tsd. €	aktivierungspflichtige Maßnahmen
1.600,4 Tsd. €	nicht aktivierungsfähige Teilmodernisierungen
1.303,0 Tsd. €	Maßnahmen an haustechnischen Anlagen
806,5 Tsd. €	Abrissmaßnahmen (darunter Tsd. € 783,5 im Rahmen des Stadtumbaus)
383,2 Tsd. €	sonstige Instandsetzungsmaßnahmen.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden Kreditverträge für Baumaßnahmen in Höhe von Tsd. € 1.652,7 € abgeschlossen. Valutierungen erfolgen daraus bis zum Bilanzstichtag in Höhe von Tsd. € 822,7. Im Geschäftsjahr 2011 wurden 43,4% (Vorjahr 47,1%) der Umsatzerlöse aus Hausbewirtschaftung (ohne Umlagen) für den Kapitaldienst aufgewendet.

Entwicklungen im Personal- und Sozialbereich

Der Personalbestand entwickelte sich von 83 Mitarbeitern (darunter 7 Auszubildende) in 2010 auf 82 Mitarbeiter (darunter 7 Auszubildende) in 2011. Der aktuell gültige Haustarifvertrag für die Beschäftigten der Gesellschaft, geschlossen mit der Gewerkschaft ver.di, besteht seit 15. Dezember 2008. Von der erstmaligen Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 2011 haben beide Vertragsparteien keinen Gebrauch gemacht. Am 26. April 2010 wurde zwischen Geschäftsführung und Arbeitnehmervertretung ein Sozialplan mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2011 geschlossen.

Risikomanagement

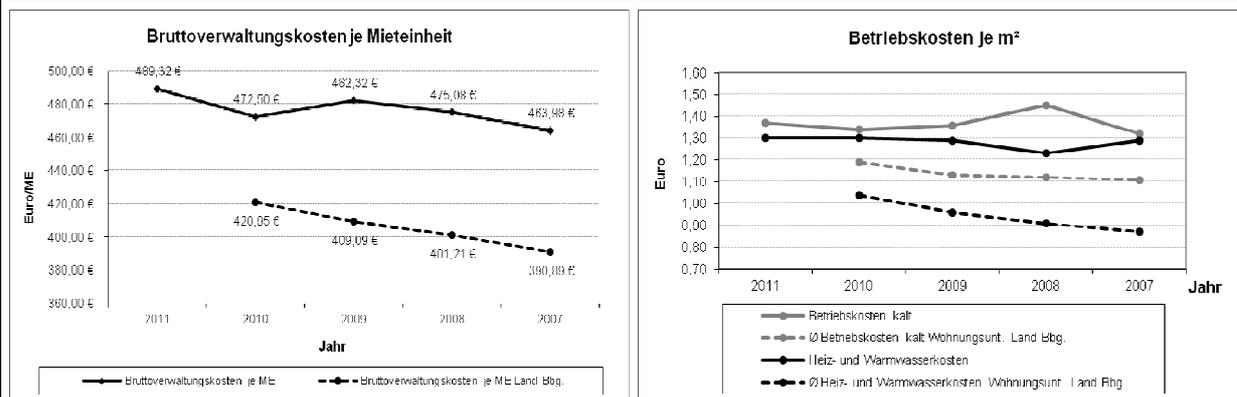
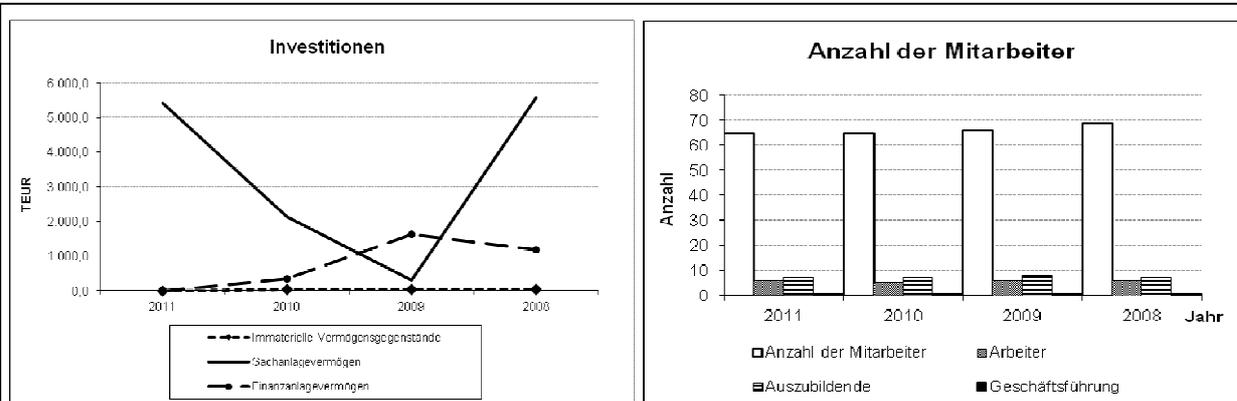
Die Gesellschaft verfügt über ein umfassendes Risikomanagement. Elemente des Risikomanagements sind: monatliche Risikokennzahlen mit Festlegung von kritischen Werten und Vergleichen zur Benchmark, tägliche Überwachung des Liquiditätsstatus, mehrjährige Finanz- und Erfolgspläne (die unter Veränderung von Prämissen analysiert werden), Überwachung des Kreditportfolios/Zinsabläufe und der Kapitalmarktentwicklung und regelmäßige Berichterstattung an Aufsichtsrat.

Die Geschäftsführung ist der Auffassung, dass durch dieses System alle relevanten Risiken frühzeitig erkannt werden und entsprechende Gegenmaßnahmen vorbereitet werden können. Das Risikomanagement ist so angelegt, dass nicht nur bestandsgefährdende Risiken erkannt werden, sondern auch Abweichungen von wesentlichen Planzielen auf Sachbearbeiterebene aufgedeckt und an die zuständige Stelle weitergeleitet werden. Ziel ist die möglichst genaue und schnelle Information der Geschäftsführung zur Beurteilung der Abweichung im Hinblick auf die Unternehmensplanung.

Vorübergehende überschüssige Liquidität investiert die Gesellschaft ausschließlich in mündelsichere Geldanlagen.

Kennzahlen

	Kritischer Wert	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	34,75%	35,69%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	36,22%	37,17%
Fremdkapitalquote	> 75 %	69,89%	69,34%
Verschuldungsgrad	-	2/1	2/1
Anlagendeckungsgrad I	-	36,42%	36,47%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	97,88%	95,13%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	36,46%	14,32%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	40,71%	18,10%
Working Capital	< 0	-1.357,9 T€	-6.999,6 T€
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	6,54%	-18,21%
Materialintensität	-	55,98%	56,95%
Personalintensität	-	9,02%	9,50%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	89,92%	91,86%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	44,35	26,66
Produktivität	-	445,79 T€/MA	471,15 T€/MA
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	-	44 Tage	54 Tage
Debitorenlaufzeit	-	0 Tage	0 Tage



	2007	2008	2009	2010	2011
Wohnungsbestand am 31.12.	10.593	9.705	9.314	8.988	8.477
darunter WE leer	2.019	1.480	1.462	1.322	972
Leerstandsquote in %	19,1	15,3	15,7	14,7	11,5
Sollmieten WE in T€	26.002,7	25.021,2	24.365,9	23.937,8	23.459,8
Erlösschmälerungen wegen Leerstand in T€	3.877,8	3.538,9	3.355,8	3.162,3	2.749,5
Ausfallquote in %	14,9	14,1	13,8	13,2	11,7
Istmieten Wohnungen in T€	22.124,9	21.482,3	21.010,1	20.775,5	20.710,3

Ausblick

In den kommenden zwei Jahrzehnten wird die Bevölkerung in Deutschland nicht nur schrumpfen, sondern es werden sich auch die Proportionen zwischen jungen, mittleren und älteren Altersgruppen deutlich verschieben. Eine besondere Ausprägung wird der demografische Wandel in den neuen Bundesländern erfahren, da in den meisten Regionen durch den Geburtenknick nach der Wende und die starken Abwanderungen erwerbsfähiger Haushalte der Alterungsprozess wesentlich intensivere Formen annehmen wird als in den alten Bundesländern.

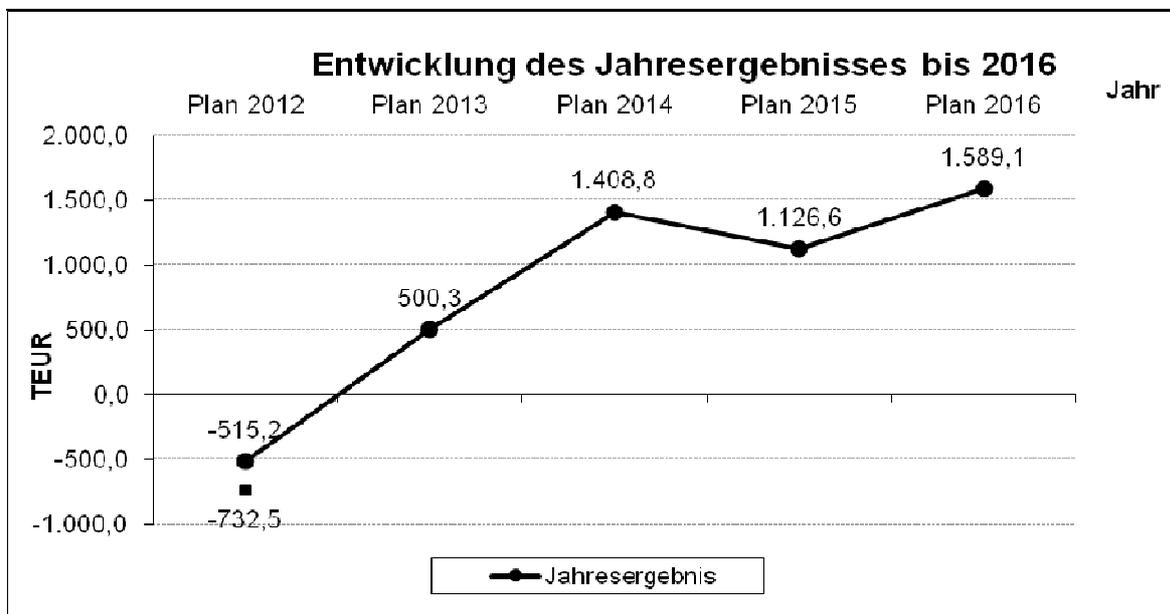
Steigende Erwartungen der Kunden erfordern qualifizierte Mitarbeiter, die die zunehmend vielfältigeren Aufgaben bewältigen. Um jungen Mitarbeitern die Chance zu geben, diese Prozesse aktiv mit zu gestalten, erfolgt im Jahr 2012 die Übernahme der drei Auszubildenden, die ihre Berufsausbildung abschließen werden. Um den wohnungswirtschaftlichen Trends Rechnung zu tragen, wird die Gesellschaft ihre Organisationsstruktur neu ausrichten. Die Umsetzung erfolgt im ersten Halbjahr 2012.

Angesichts der strukturell bedingten Rahmenbedingungen belasten die Stadtumbaunotwendigkeiten das Unternehmen weiterhin maßgeblich. Die daraus resultierenden Kosten verhindern notwendige Investitionen zur Bestandserhaltung und -entwicklung. Die Liquiditätssicherung der Gesellschaft bleibt das vordringlichste Ziel.

Das Portfoliomanagement wird zukünftig systemimmanent über das Tool „avestrategy“ abgewickelt und gewinnt damit Einfluss auf investive Prozesse und Entscheidungen. Durch die stringente Optimierung der Risiko-Controllinginstrumente hat die Geschäftsführung einen steten und detaillierten monatlichen Überblick über finanzwirtschaftliche und objektbezogene Risiken.

Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	prozentual
Umsatzerlöse	36.495,4	36.416,3	35.814,6	-680,8	-1,87%
Sonstige Erträge	1.293,0	1.413,5	998,0	-295,0	-22,82%
Zuschüsse	450,8	350,4	844,5	393,7	87,33%
Materialaufwand	21.821,3	22.017,0	19.815,2	-2.006,1	-9,19%
Personalaufwand	3.690,1	3.663,0	3.509,0	-181,1	-4,91%
Abschreibungen	5.951,9	5.951,9	6.585,2	633,3	10,64%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.811,9	1.893,2	1.694,2	-117,7	-6,50%
Betriebsergebnis	4.964,0	4.655,1	6.053,5	1.089,5	21,95%
Finanzergebnis	-4.650,2	-4.558,6	-4.733,2	-83,0	-1,78%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	313,8	96,5	1.320,3	1.006,5	320,75%
Steuern	829,0	829,0	820,0	-9,0	-1,09%
Jahresergebnis	-515,2	-732,5	500,3	1.015,5	197,11%



Bereich Standortentwicklung

Investor Center Ostbrandenburg GmbH – Betreiber des World Trade Centers Frankfurt (Oder) –Slubice

Gründungsjahr: 2005

Die Gründung erfolgte durch Verschmelzung der 3 wirtschaftsfördernden Gesellschaften WTC, ETTC und Technologiepark Ostbrandenburg GmbH im Jahr 2005.

Stammkapital: 50,0 T€

Gesellschafter: Stadt Frankfurt (Oder)	96,50%
Stadt Slubice	2,50%
Sparkasse Oder-Spree	1,00%

Organe:

Geschäftsführer: Herr Dr. Martin Wilke
(01.01. - 28.02.2011)
Herr Dr. Martin Godau
(01.01. - 31.05.2011)
Herr Sebastian Jarantowski
(01.06. - 31.12.2011)

Aufsichtsrat: Besetzung erfolgte zum 24.03.2011 mit
Herr Dr. Martin Wilke
(Vorsitzender)
Herr Eberhardt Tief
(Stellv. Vorsitzender)
Frau Heidrun Förster
Herr Michael Schönherr
Herr Stefan Voss

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben

- Akquisition von Ansiedlungen und Dienstleistungen zur Förderung der Wirtschaft
- Vermarktung/Vermittlung der kommunalen Gewerbegebiete und weitere Ansiedlungsflächen
- Entwicklung des Güterverkehrszentrums in Frankfurt (Oder) incl. KV-Terminal
- Die Vertretung in der World Trade Center Association New York und Betreuung des World Trade Centers Frankfurt (Oder) für das Land Brandenburg, Frankfurt (Oder) und Slubice unter Beachtung der Lizenzrechte
- Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar wirtschaftsfördernde Zwecke unter der Maßgabe eines kostendeckenden Geschäftsbetriebes
- Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die dem genannten Gesellschaftszweck unmittelbar dienen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Förderung von Wirtschaft und Gewerbe zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegen kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Erfordernissen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Die DOMUS AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2011 am 09. März 2012 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

Die Gesellschafterversammlung, vertreten durch den Oberbürgermeister, Herrn Dr. Wilke, hat den Jahresabschluss 2011 per Beschluss vom 27.06./02.07.2012 festgestellt. Den Geschäftsführern, Herrn Dr. Godau, Herrn Dr. Wilke und Herrn Jarantowski sowie dem Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bilanz

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	37,0	40,0	-3,0	-7,50%
Imma. Vermögensgegenstände	10,6	6,1	4,5	73,77%
Sachanlagevermögen	26,4	33,9	-7,5	-22,12%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	517,5	539,2	-21,7	-4,02%
Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,00%
Forderungen	206,1	144,3	61,8	42,83%
Liquide Mittel	311,4	394,9	-83,5	-21,14%
Rechnungsabgrenzungsposten	2,8	9,0	-6,2	-68,89%
Summe AKTIVA	557,3	588,2	-30,9	-5,25%
TEUR	2010	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	196,9	203,5	-6,6	-3,24%
Gezeichnetes Kapital	50,0	50,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	146,9	153,5	-6,6	-4,30%
Sonderposten	0,5	1,1	-0,6	-54,55%
Rückstellungen	209,1	119,9	89,2	74,40%
Verbindlichkeiten	150,8	189,3	-38,5	-20,34%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	74,4	-74,4	-100,00%
Summe PASSIVA	557,3	588,2	-30,9	-5,25%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	82,4	94,8	-12,4	-13,08%
Sonstige Erträge	1.355,2	30,1	1.325,1	4402,33%
Zuschüsse		1.093,7	-1.093,7	-100,00%
Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,00%
Personalaufwand	632,6	528,9	103,7	19,61%
Abschreibungen	21,2	20,6	0,6	2,91%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	793,5	682,3	111,2	16,30%
Betriebsergebnis	-9,7	-13,2	3,5	26,52%
Zinsergebnis	3,7	4,0	-0,3	-7,50%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6,0	-9,2	3,2	34,78%
Steuern	0,5	0,0	0,5	0,00%
Jahresergebnis	-6,5	-9,2	2,7	29,35%

Auszug aus dem Lagebericht

Der wirtschaftliche Aufschwung im Regionalen Wachstumskern Frankfurt (Oder)/Eisenhüttenstadt konnte auch in 2011 deutlich wahrgenommen werden. Nach nur 1,5-jähriger Planungs- und Bauphase hat das bereits am Standort ansässige amerikanische Unternehmen First Solar seine Produktionskapazitäten in Frankfurt (Oder) verdoppelt und damit ein klares Zeichen und Bekenntnis zum Produktionsstandort Deutschland gesetzt. Auch die getgoods.de AG, ein führender Betreiber von E-Commerce Plattformen für IT- und Telekommunikationsprodukte, hat sich in Frankfurt (Oder) erweitert und ein neues Logistikcenter mit einer Lagerfläche von ca. 3.000 m² in Betrieb genommen. Durch diese Kapazitätserweiterung mit einem Investitionsvolumen in Höhe von EUR 1,3 Mio. wurden ca. 40 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die Investor Center Ostbrandenburg GmbH betreute beide Unternehmen intensiv, obwohl sie sich bereits am Standort befanden. In enger Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Partnern konnten darüber hinaus mehr als 50 Anfragen von nationalen und internationalen Unternehmen bearbeitet und mehr als 30 Standortbesuche im Regionalen Wachstumskern Frankfurt (Oder)/Eisenhüttenstadt erfolgreich durchgeführt werden.

Orientierung auf Branchenschwerpunkte

Entsprechend den Vorgaben der Brandenburger Landesregierung bei der Definition von Regionalen Wachstumskernen war die Projektarbeit des ICOB im Jahr 2011 auf die im RWK Frankfurt (Oder)/Eisenhüttenstadt geltenden Schwerpunktbranchen ausgerichtet: Metallherzeugung, Be- und Verarbeitung / Mechatronik, Solar / Mikroelektronik, Medien / IKT, Logistik, Automotive, Papier- und Verpackung und Ernährungswirtschaft. Das ICOB hat 2011 vereinbarungsgemäß die wirtschaftliche Vermarktung für den „Regionalen Wachstumskern Frankfurt (Oder)/ Eisenhüttenstadt“ fortgeführt. Das regionale und überregionale Netzwerk der Investor Center Ostbrandenburg GmbH wurde weiter gestärkt. Als direkte Folge des Kooperationsvertrages mit der ZukunftsAgentur Brandenburg (ZAB) erfolgte eine Standortpräsentation des RWK Frankfurt (Oder)/Eisenhüttenstadt mit Vertretern aus beiden Städten und der Geschäftsführung des ICOB bei Germany Trade & Invest in Berlin. Eine Reihe von gemeinsam bearbeiteten Investitionsprojekten bestätigt die enge Zusammenarbeit.

Für die Zusammenarbeit mit der Stadt Słubice bildet das WTC Frankfurt (Oder) – Słubice die Grundlage. Durch das INTERREG IVA Projekt „Gemeinsames Grenzüberschreitendes deutsch-polnisches Ansiedlungsnetzwerk“ wurde diese weiter intensiviert.

Projektschwerpunkte:

- Ansiedlungsnetzwerk Frankfurt (Oder) – Słubice
- Mikroelektronik Entwicklungstrend und Ansiedlungschancen
- WTC-Arbeit
- Wertschöpfungskette Solarindustrie
- Vermarktung und Optimierung KV-Terminal
- Marketing – Logistikstandort Ostbrandenburg
- Asien-Aktivitäten
- Höherwertige Dienstleistungen

Geschäftsverlauf und Ergebnisse

Mehr als 800 neue Arbeitsplätze entstehen in Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt aus Erweiterungsinvestitionen von bereits angesiedelten Unternehmen (Bsp.: First Solar, Yamaichi, GetGoods oder 5N PV). Das an die Papierfabrik angrenzende Kraftwerk der EnBW/Propower hat in Eisenhüttenstadt zur Schaffung von 36 hochwertigen Arbeitsplätzen geführt.

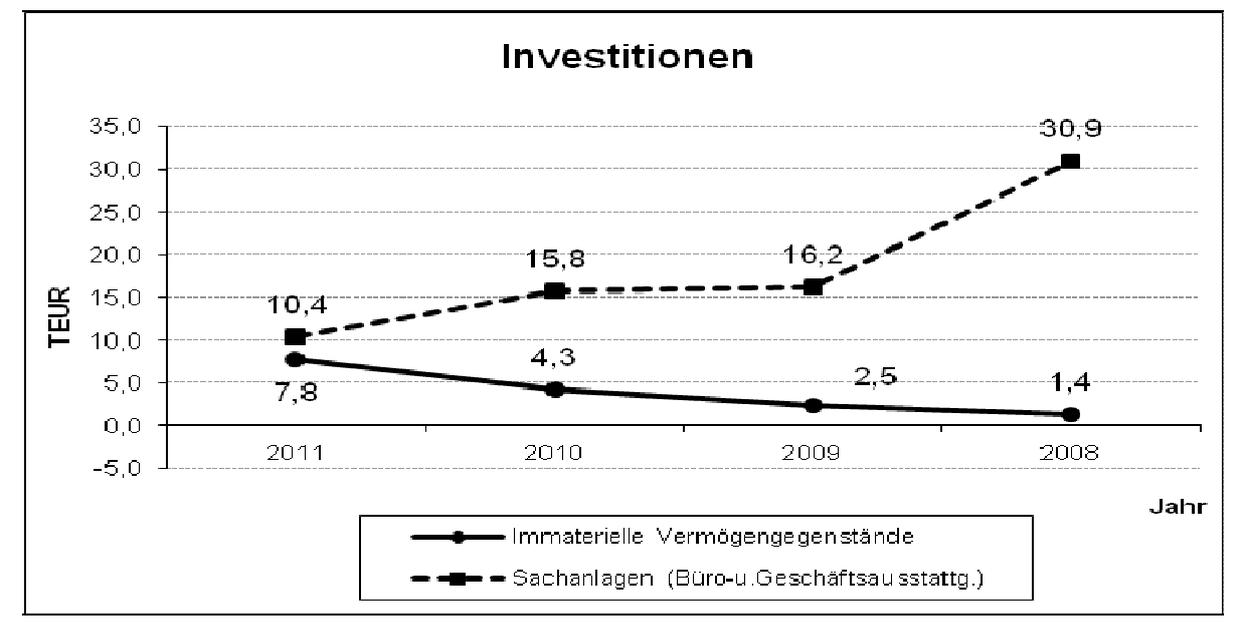
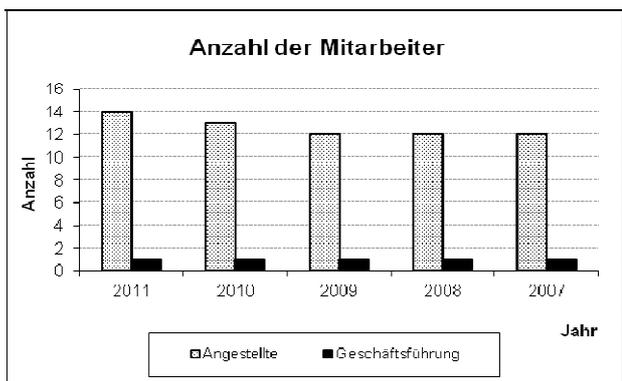
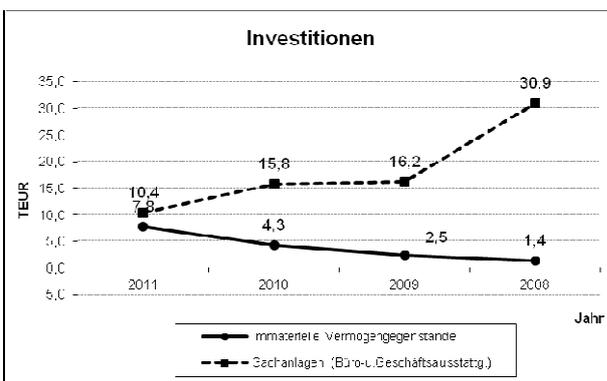
Insgesamt siedelten sich im Berichtsjahr 5 neue Unternehmen in Frankfurt (Oder) an und schafften dabei ca. 112 neue Arbeitsplätze. Insbesondere der Dienstleistungssektor wurde gestärkt. Mit dem dänischen Medienbeobachtungsunternehmen Infopaq kam ein weiteres internationales Unternehmen in die Region. Alle angesiedelten Unternehmen rechnen mit einem weiteren Ausbau der zunächst geschaffenen Arbeitsplätze in den folgenden Jahren.

Personalentwicklung

Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten der Gesellschaft betrug im Geschäftsjahr 2011 ohne Geschäftsführer 14 Mitarbeiter. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Personalaufwand um Tsd. € 103,8 erhöht. (2011: Tsd. € 632,6/ 2010: Tsd. € 528,8). Der Anstieg der Personalkosten kann im Wesentlichen mit der Besetzung der Geschäftsführerstelle zum 01.01.2011 sowie dem Anstieg der Sondervergütungen erklärt werden.

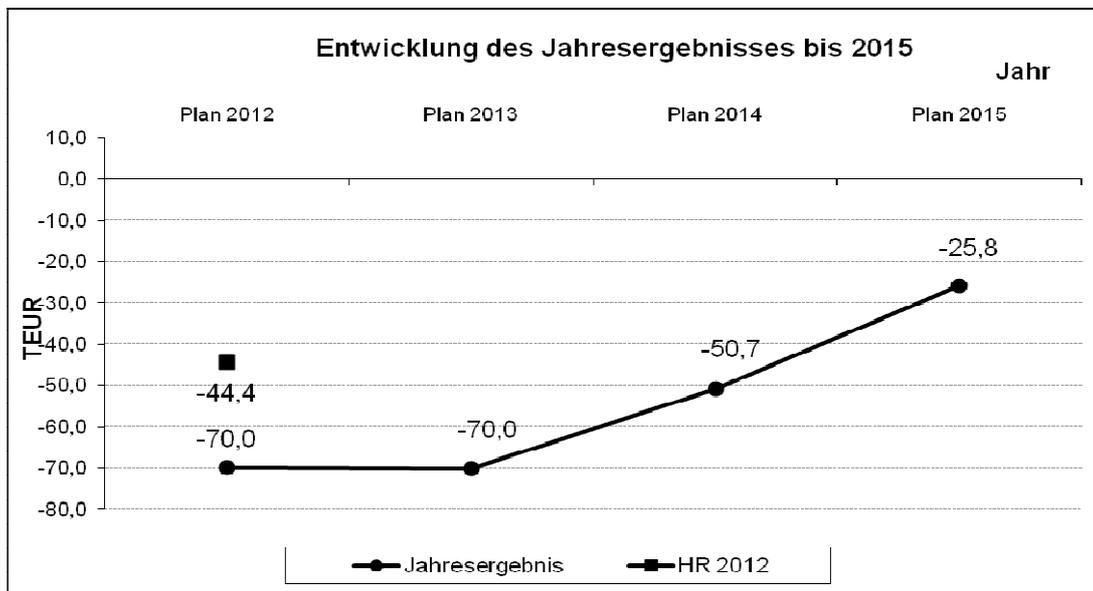
Kennzahlen

	Kritischer Wert	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	> 25 %	35,33%	34,60%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	35,42%	34,78%
Fremdkapitalquote	< 75 %	64,58%	65,22%
Verschuldungsgrad	-	11/6	17/9
Anlagendeckungsgrad I	-	532,16%	508,75%
Anlagendeckungsgrad II	> 100 %	946,76%	988,50%
Liquidität 1. Grades	> 20 %	86,52%	103,65%
Liquidität 2. Grades	> 100 %	144,57%	143,88%
Working Capital	> 0	157,6 T€	158,2 T€
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	> 0	-11,77%	-13,92%
Materialintensität	-	0,00%	0,00%
Personalintensität	-	767,72%	557,91%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	6,64%	6,80%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	0,47	1,01
Produktivität	-	5,49 T€/MA	6,77 T€/MA
Cash- und Forderungsmanagement			
Debitorenlaufzeit	-	86 Tage	59 Tage



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	prozentual
Umsatzerlöse	50,6	143,9	50,6	0,0	0,00%
Sonstige Erträge	0,0	37,0	0,0	0,0	0,00%
Zuschüsse	1.441,8	1.365,4	866,8	-575,0	-39,88%
Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Personalaufwand	717,6	665,2	531,6	-186,0	-25,92%
Abschreibungen	19,1	19,7	17,6	-1,5	-7,85%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	800,7	869,0	414,2	-386,5	-48,27%
Betriebsergebnis	-45,0	-7,6	-46,0	-1,0	-2,34%
Zinsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-45,0	-7,6	-46,0	-1,0	-2,34%
Steuern	25,0	36,8	24,0	-1,0	-4,00%
Jahresergebnis	-70,0	-44,4	-70,0	0,0	-0,07%

**Ausblick**

Das Jahr 2011 war in der 3-Jahres-Betrachtung ein außerordentlich erfolgreiches Jahr für das ICOB. Berechnet auf die Anzahl der angesiedelten Unternehmen und die geschaffenen Arbeitsplätze konnte eine wesentliche Steigerung erreicht werden.

Die Finanzierung der wirtschaftsfördernden Aktivitäten der Investor Center Ostbrandenburg GmbH baut weiterhin auf die Zuschüsse der Städte Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt. Zur Stabilisierung der Gesellschaft wird der Beitritt Eisenhüttenstadt als Gesellschafter favorisiert. Alternativ sollte über eine Fortsetzung des bestehenden Vertrages verhandelt werden. Das ICOB hat sich um zusätzliche Mittel für die Vermarktung des Wachstumskerns Frankfurt(Oder)/Eisenhüttenstadt beworben, um die Akquisitionsaktivitäten der Gesellschaft zielgerichtet mit gemeinsamen Marketinginstrumenten durchführen zu können. Beide Städte arbeiten weiterhin eng zusammen und positionieren sich klar zur Investor Center Ostbrandenburg GmbH als gemeinsame Wirtschaftsfördergesellschaft.

Dem positiven Trend aus dem Jahr 2011 stehen unsichere Bedingungen zu möglichen Fördermittelinstrumenten der Brandenburger Landesregierung für die Jahre 2012 und 2013 gegenüber. Das ICOB setzt sich für den Erhalt der Höchstfördermöglichkeiten für die Region ein, um auch in den folgenden Jahren, die Schaffung von Arbeitsplätzen in beiden Städten weiter voranzutreiben.

Business and Innovation Centre Frankfurt (Oder) GmbH

Gründungsjahr: 1991
Stammkapital: 283,8 T€

Gesellschafter: Stadt Frankfurt (O)
50,45%
ExperConsult GmbH
Dortmund
25,23%
Sparkasse Oder-Spree
14,41%
KdT –Fortbildungs- und
Umschulungs GmbH
3,60%
IHK Frankfurt (Oder)
3,60%
Herr Hoppe
2,71%

Organe:

Geschäftsführer: Herr Hoppe

Beirat: Herr Schülke - Vorsitzender
Herr Dr. Wilke - stellv.Vors.
Herr Maschke
Herr Müller bis 20.11.2011

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Innovations- und Transferzentrums sowie eines Technologieparks in Frankfurt (Oder). Dazu kann sich das Unternehmen an Gesellschaften und Vereinen, die ähnliche Ziele verfolgen, beteiligen. Das Unternehmen soll kostendeckend und nicht vordergründig gewinnorientiert arbeiten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Absatz 2 BbgKVerf. gehört die Förderung von Wirtschaft und Gewerbe zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf. verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung, Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Der Jahresabschluss wurde gemäß § 4 Abs. 1 EStG zum 31. Dezember 2011 auf Grund der Buchführung, der vorgelegten Unterlagen und erteilten Auskünfte und unter Beachtung der handels- und steuerrechtlichen Vorschriften durch den Steuerberater, Herrn Hergarten, am 28. März 2012 fertiggestellt. Die Feststellungen nach § 53 HGrG wurden ebenfalls vom Steuerberater, Herrn Hergarten erstellt.

In der Gesellschafterversammlung am 21. Mai 2012 vertreten durch den Oberbürgermeister, Herrn Wilke, wurde der Jahresabschluss 2011 bestätigt. Der Geschäftsführung und dem Beirat wurde in dieser Gesellschafterversammlung Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

Höhe: € **261.368** (Vj: € 312.960)

Davon mit einer Restlaufzeit von:

➤ bis 1 Jahr:	€	47.883
	Vj:	€ 4.929
➤ 1 - 5 Jahre:	€	0
	Vj:	€ 0
➤ ab 5 Jahre:	€	213.485
	Vj:	€ 308.031

Bilanz

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	642,8	723,9	-81,1	-11,20%
Imma. Vermögensgegenstände	2,7	3,6	-0,9	-25,00%
Sachanlagevermögen	637,2	717,4	-80,2	-11,18%
Finanzanlagevermögen	2,9	2,9	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	51,1	70,5	-19,4	-27,52%
Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,00%
Forderungen	49,4	65,5	-16,1	-24,58%
Liquide Mittel	1,7	5,0	-3,3	-66,00%
Rechnungsabgrenzungsposten	10,0	7,4	2,6	35,14%
Summe AKTIVA	703,9	801,8	-97,9	-12,21%
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	358,1	359,9	-1,8	-0,50%
Gezeichnetes Kapital	283,8	283,8	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	74,3	76,1	-1,8	-2,37%
Sonderposten	-129,2	-134,1	4,9	3,65%
Rückstellungen	86,6	133,5	-46,9	-35,13%
Verbindlichkeiten	387,6	434,3	-46,7	-10,75%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,8	8,2	-7,4	-90,24%
Summe PASSIVA	703,9	801,8	-97,9	-12,21%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	670,3	811,1	-140,8	-17,36%
Sonstige Erträge	349,4	242,4	107,0	44,14%
Zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,00%
Personalaufwand	461,2	479,0	-17,8	-3,72%
Abschreibungen	84,3	87,4	-3,1	-3,55%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	442,8	444,1	-1,3	-0,29%
Betriebsergebnis	31,4	43,0	-11,6	-26,98%
Zinsergebnis	-15,9	-23,5	7,6	32,34%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15,5	19,5	-4,0	-20,51%
Steuern	12,4	14,6	-2,2	-15,07%
Jahresergebnis	3,1	4,9	-1,8	-36,73%
Einstellung in die Kapitalrücklage	0,0	0,0	0,0	0,00%
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,0	0,0	0,0	0,00%
Bilanzergebnis	3,1	4,9	-1,8	-36,73%

Auszug aus dem Lagebericht

Das Jahr 2011 war für die BIC Frankfurt (Oder) GmbH ein durchwachsendes Jahr, die Auswirkungen der Finanzkrise fielen für die Firmen in dieses Jahr. Unabhängig davon gab es für die von uns betreuten Unternehmen keine existenziellen Probleme.

Innerhalb des Jahres konnten für die Mietausfälle der lesswire GmbH, BC Brandenburg GmbH und ZAB GmbH keine äquivalent großen Mieter gefunden werden. Auch im Rahmen der Ansiedlung in Zusammenarbeit mit dem Investor Center war es nicht möglich, größere Mieteinheiten zu vermieten. Abgeschlossen werden konnten Verträge über Einzelbüros, Doppelbüros und Büroservice-Verträge. Mitte des Jahres beendete auch First Solar ihre Weiterbildungszyklen. Eine Firma im Haus verdoppelte ihre Mietfläche durch Umzug in neue Räumlichkeiten. Die Erweiterung des Investor Centers im Haus scheiterte an den nicht vorhandenen Finanzen für diese Mietflächenvergrößerung. Eingezeichnet ist die Silicon Radar GmbH, sie hat gleich auch Flächen für das Wachstum optioniert. Gemeinsam wurde mit dieser Firma eine Finanzierung gesucht, die in der BMP GmbH, Frühphasenfinanzierung für Brandenburg gefunden wurde. Diese Gesellschaft ist seit November 2011 als Investor in die Gesellschaft eingestiegen.

Im Auftrag der KOWA wurden 7 studentische Unternehmensgründungen kostenpflichtig begleitet, die sich jedoch - wie alle dieser Gründungen - nicht im BIC ansiedeln. Im Auftrag des Lotsendienstes der IHK wurden 5 Gründungen kostenpflichtig betreut, 4 Existenzgründerseminare mit Assessment-Center wurden mit einem weiteren Unternehmen im Auftrag des Lotsendienstes bei der IHK Projektgesellschaft mbH durchgeführt. Alle begleiteten Existenzgründungen, außer Silicon Radar und Kilatronic, waren nicht technologieorientierte Gründungen.

Zum 8. Mal wurde, insbesondere durch die BIC GmbH als Sprecher des Arbeitskreises „ExistenzGründerPartner ODERLAND“, der Existenzgründerpreis im Oktober 2011 vergeben. Dies ist insbesondere auch durch das finanzielle Engagement der Sparkassen Oder-Spree und Märkisch Oderland und der Deutschen Bank möglich.

Weiter gefestigt wurde die Zusammenarbeit zwischen dem BIC und den universitären Einrichtungen CfE - Center für Entrepreneurship und der KOWA. Beide Einrichtungen kümmern sich auf ihre spezifische Art um studentische Existenzgründungen.

Durch die Kündigung des Vertrages mit dem „Netzwerk Solar Berlin-Brandenburg e.V.“ schied der dafür eingestellte Mitarbeiter und Geschäftsführer des Vereins zum 28.02.2011 aus dem Unternehmen aus.

Ein zum 01.08.2011 eingestellter Lehrling für die Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation schied auf eigenen Wunsch zum 31.12.2011 wieder aus dem Unternehmen aus.

Das gewählte Beiratsmitglied Herr Hans-Peter Müller schied infolge Krankheit auf eigenen Wunsch zum 20.11.2011 aus dem Beirat aus. Wir bedanken uns hier nochmals für seine Arbeit.

Gut läuft die Projektarbeit im Unternehmen. PROINCOR – Proactive Innovation Support for SME`s along the Baltic-Adriatic Corridor, ein Interreg IV B-Projekt, läuft sehr zufriedenstellend. Bis Ende des Jahres konnten 20 Audits in Brandenburger innovativen KMU`s durchgeführt werden. Es konnten auch zwei weitere Innovationsberater gewonnen werden, die uns 2012 unterstützen werden.

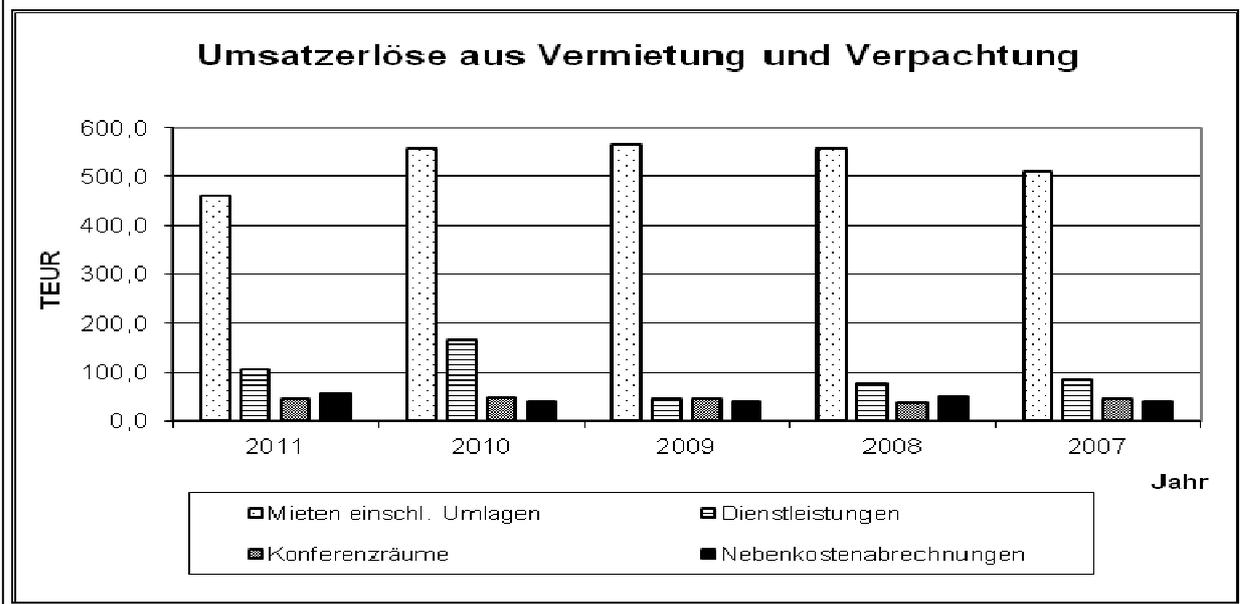
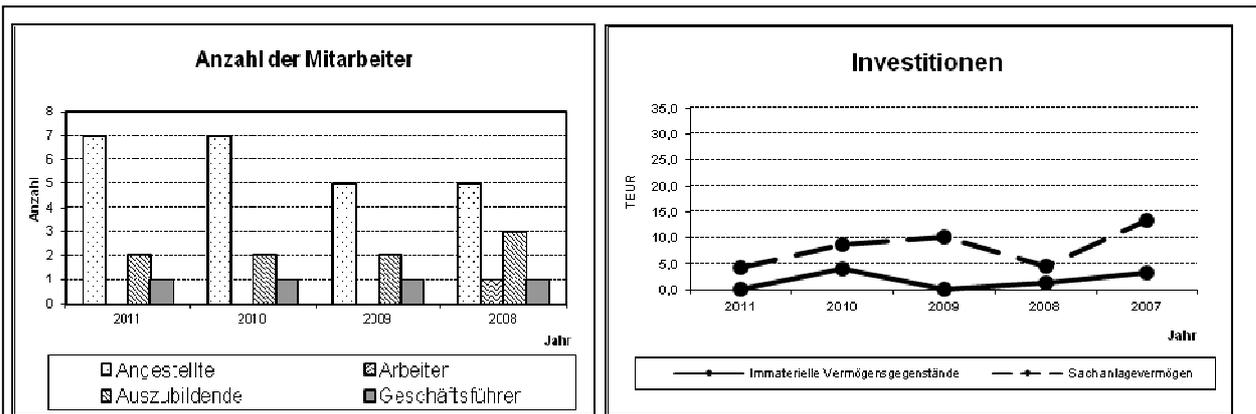
Auch das Projekt „Viadukt innovativ“ als Interreg IV A-Projekt läuft hervorragend. Es wird sowohl durch das technische Sekretariat in Zielona Góra, aber insbesondere auch von den KMU`s der Euroregion, welche dieses Projekt in Anspruch nehmen, sowohl auf deutscher als auch auf polnischer Seite sehr positiv gewertet. Zum Jahresende 2011 haben wir die Verlängerung des Projektes vorbereitet und werden diese Anfang 2012 beantragen.

Im November 2011 wurde das Projekt „Nebal“ (Neue Beschäftigung auf dem Lande), ein ESF-Projekt, beendet.

Abschlägig beschieden wurde im Juni 2011 unser im Januar 2011 eingereichtes Interreg IV A-Projekt „Viadrina-Finanz“. Die vorbereitenden Arbeiten wurden daraufhin eingestellt. Unser polnischer Partner „Lubuska Stiftung westliches Wirtschafts-Centrum Gorzów“ prüft zur Zeit, ob andere polnische Fördermittel für die Etablierung von Fonds generiert werden können.

Das Leonardo-Projekt „Meat matters“ wurde durch den Projekt-Leader, einem Unternehmen aus Wales, Großbritannien im März abgebrochen. Da nur noch zwei Projektpartner (BIC Leuwarden, Niederlande und wir) verblieben, konnte das Projekt nicht fortgesetzt werden (min. 3 Partner erforderlich). Alle entstandenen Kosten wurden jedoch durch das deutsche Leonardo-Projektbüro erstattet.

Kennzahlen			
	Kritischer Wert	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	> 25 %	50,87%	44,88%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	32,52%	28,16%
Fremdkapitalquote	< 75 %	67,48%	71,84%
Verschuldungsgrad	-	4/3	8/5
Anlagendeckungsgrad I	-	55,70%	49,71%
Anlagendeckungsgrad II	> 100 %	102,39%	96,22%
Liquidität 1. Grades	> 20 %	0,97%	2,09%
Liquidität 2. Grades	> 100 %	34,93%	32,55%
Working Capital	> 0	-123,8	-168,8
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	> 0	4,68%	5,30%
Materialintensität	-	0,00%	0,00%
Personalintensität	-	68,81%	59,06%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	91,32%	90,28%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	11,67	12,62
Produktivität	-	67,03	81,11
Cash- und Forderungsmanagement			
Debitorenlaufzeit	-	15	13



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	prozentual
Umsatzerlöse	375,3	375,3	380,4	5,1	1,36%
Sonstige Erträge	591,6	591,6	509,0	-82,6	-13,96%
Zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Personalaufwand	456,1	456,1	426,8	-29,3	-6,42%
Abschreibungen	84,0	84,0	79,0	-5,0	-5,95%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	400,9	400,9	359,8	-41,1	-10,25%
Betriebsergebnis	25,9	25,9	23,8	-2,1	-8,11%
Zinsergebnis	-11,5	-11,5	-8,6	2,9	25,22%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	14,4	14,4	15,2	0,8	5,56%
Steuern	14,0	14,0	14,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	0,4	0,4	1,2	0,8	200,00%

Die Business and Innovation Centre Frankfurt (Oder) GmbH betrachtet in Ihrer Wirtschaftsplanung immer nur das Folgejahr, von daher wird an dieser Stelle auch kein Mittelfristzeitraum abgebildet.

Ausblick

Das BIC unterstützt weiterhin die mit Vertrag vom 22.12.2010 geschlossene Kooperationsvereinbarung zwischen der IHP GmbH und der Adam-Mickiewicz-Universität Poznan. Durch Krankheit des IHP-Beauftragten ist hier Verzug entstanden.

Verstärkte Anstrengungen in 2012 sind insbesondere zu den Fragen der Vermietung notwendig, um die Auslastung in diesem Bereich weiter auf das gewohnte Niveau zu bringen. Die Projektarbeit ist entsprechend den positiven Ergebnissen 2011 fortzusetzen, so dass auch 2012 ein positiver Gewinn angestrebt wird.

Mit der KOWA gemeinsam wurde ein Brainstorming mit studentischen Gründern zur Ausgestaltung des Uni-Incubators durchgeführt.

Damals war auch noch die Sicht der KOWA, diesen Incubator für ihre Arbeit zu nutzen und durch personelle Unterstützung zu stärken (dies wurde im Januar 2012 widerrufen).

Am Konzept für den Uni-Incubator wurde weiter gearbeitet (aus heutiger Sicht ist eine kostendeckende Betreibung durch das BIC ohne entsprechende Zuschüsse nicht möglich).

Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH

Gründungsjahr: 2006
Stammkapital: 30,0 T€
Gesellschafter: Stadt Frankfurt (Oder), 100%

Organe:

Geschäftsführer: Herr Müller (ab 01.10.2011)
 Herr Schubert (bis 30.09.2011)

Aufsichtsrat:

Herr Derling – Vorsitz
 Herr Thom – Stellv. Vorsitz
 Herr Neumann
 Herr Pohl
 Herr Mende
 Herr Müller

Gegenstand des Unternehmens

- Ansiedlung von Technologie- und Gewerbeunternehmen
- Verwaltung eigener und fremder Immobilien
- Vermietung, Verpachtung u. Betreibung von Immobilien u. Grundstücken im eigenen und fremden Namen
- Entwicklung, Beplanung und Bebauung von Immobilien und Grundstücken im eigenen und fremden Namen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Absatz 2 BbgKVerf. gehört die Förderung von Wirtschaft und Gewerbe zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf. verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Der Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH wurde am 02. März 2012 der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk die WIBERA Wirtschaftsberatung AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für den Jahresabschluss 2011 erteilt. Dabei wurde auch die Prüfung nach § 53 HGrG vorgenommen.

In der Gesellschafterversammlung am 12. Juni 2012, vertreten durch den Oberbürgermeister, Herrn Wilke, wurde der Jahresabschluss 2011 festgestellt. Der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat wurde die Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

Höhe: **0,00 €** (Vj: €)

Davon mit einer Restlaufzeit von:

- bis 1 Jahr: 0,00 €
- 1 - 5 Jahre: 0,00 €
- ab 5 Jahre: 0,00 €

Bilanz				
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	10.099,9	9.269,8	830,1	8,95%
Imma. Vermögensgegenstände	3,4	1,7	1,7	100,00%
Sachanlagevermögen	10.096,5	9.268,1	828,4	8,94%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	1.321,7	1.661,9	-340,2	-20,47%
Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,00%
Forderungen	248,1	256,6	-8,5	-3,31%
Liquide Mittel	1.073,6	1.405,3	-331,7	-23,60%
Rechnungsabgrenzungsposten	49,2	48,9	0,3	0,61%
Summe AKTIVA	11.470,8	10.980,6	490,2	4,46%
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	11.137,0	10.551,4	585,6	5,55%
Gezeichnetes Kapital	30,0	30,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	11.107,0	10.521,4	585,6	5,57%
Sonderposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Rückstellungen	105,1	105,4	-0,3	-0,28%
Verbindlichkeiten	228,7	323,8	-95,1	-29,37%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	11.470,8	10.980,6	490,2	4,46%

Gewinn- und Verlustrechnung				
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	2.310,1	2.174,7	135,4	6,23%
Sonstige Erträge	327,0	2.120,1		0,00%
Zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand	1.073,9	1.027,9	46,0	4,48%
Personalaufwand	226,0	248,0	-22,0	-8,87%
Abschreibungen	270,8	222,8	48,0	21,54%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	96,7	116,1	-19,4	-16,71%
Betriebsergebnis	969,7	2.680,0	-1.710,3	-63,82%
Zinsergebnis	19,9	4,2	15,7	373,81%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	989,6	2.684,2	-1.694,6	-63,13%
Außerordentliches Ergebnis	0,0	-0,3	0,3	100,00%
Steuern	0,0	133,3	-133,3	-100,00%
Jahresergebnis	989,6	2.550,6	-1.561,0	-61,20%
Gewinnvortrag	4.406,40	2.259,80	2.146,6	94,99%
Gewinnausschüttung an Gesellschafterin	-404,00	-404,00	0,0	0,00%
Bilanzgewinn	4.992,00	4.406,40	585,6	13,29%

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

In 2011 verlief die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft, gemessen an der wirtschaftlichen Gesamtlage der Bundesrepublik Deutschland, positiv. Die in den vergangenen Jahren getätigten Investitionen in die Mietobjekte zeigten erste Erfolge. Es waren keine wesentlichen Abgänge von Mietflächen zu verzeichnen bzw. es erfolgte eine übergangslose Weitervermietung.

Im Jahr 2011 wurde ein Grundstück mit 1.196 m² verkauft.

Die Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH hat ihre Bemühungen weiter auf die Verbesserung der Auslastung der zur Verfügung stehenden Flächen und Räumlichkeiten des Gewerbegebietes ausgerichtet. So wurden drei Objekte in Zusammenarbeit mit den Mietern modernisiert. Zwei bislang nicht vermietbare Objekte wurden im Innern soweit zurück gebaut, dass ein vom Mieter gewünschter Ausbau in kurzfristig möglich ist.

Ertragslage

Das Vermietungsgeschäft hat sich im Jahr 2011 stabil dargestellt. Es wurden 13 Mietverträge mit einer Mietfläche von 5.964 m² abgeschlossen.

Im gleichen Zeitraum gaben aber auch 12 Mieter eine Mietfläche von 6.384 m² (**ohne Freiflächen**) auf. Diese Mietverhältnisse wurden planmäßig beendet.

Die Umsatzerlöse aus der Vermietung stiegen um TEUR 135.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde ein Jahresüberschuss von 990 TEUR (Vorjahr TEUR 2.551) erzielt. Im Jahresüberschuss sind TEUR 308 für die vorgenommene Wertaufholung von in Vorjahren abgewerteten Gebäuden enthalten.

Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war in 2011 zu jeder Zeit gesichert. Am 31. Dezember 2011 verfügte die Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH über 1.074 TEUR eigene flüssige Mittel.

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit betrug im Jahr 2011 TEUR 867.

Auf Beschluss der Gesellschafterversammlung sind im Mai, Juni und November 2011 aus dem steuerlichen Einlagekonto Ausschüttungen von insgesamt TEUR 404 an die Stadt Frankfurt (Oder) vorgenommen worden.

Vermögenslage

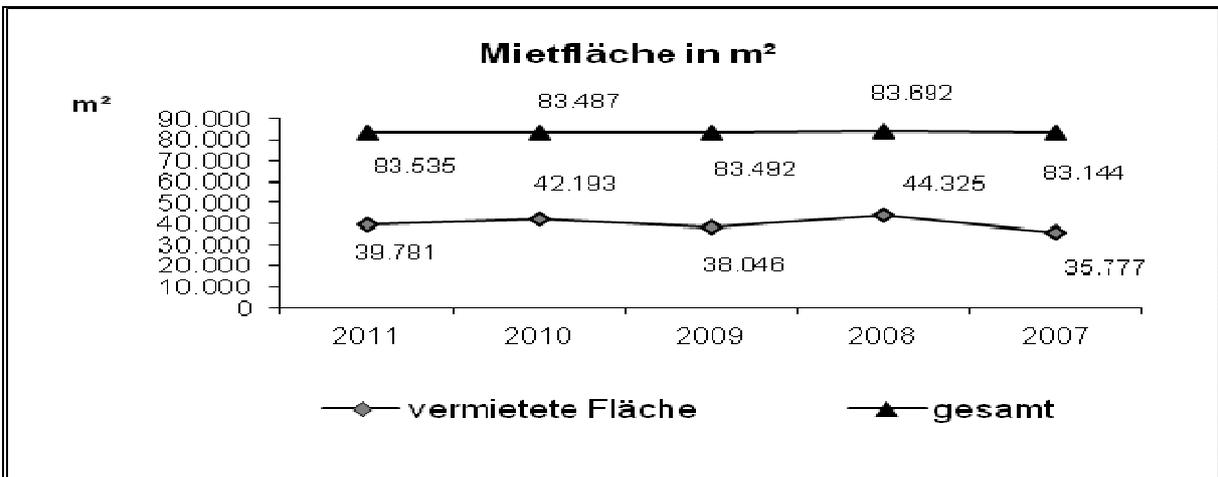
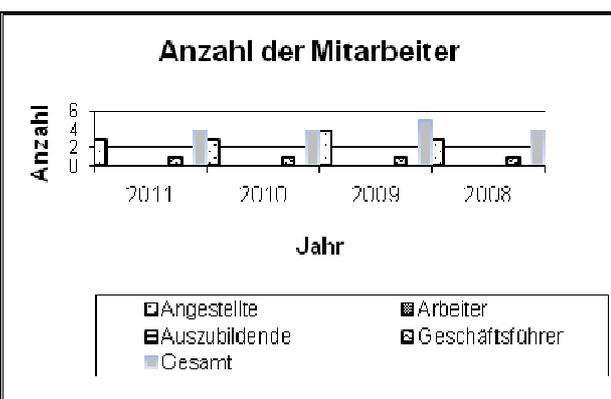
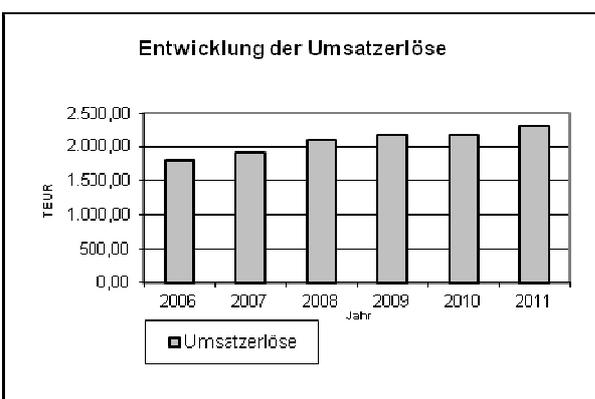
Die Eigenkapitalquote ist im Geschäftsjahr trotz der erfolgten Ausschüttungen aus dem steuerlichen Einlagekonto von 96,1% auf 97,1% angestiegen.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 490 TEUR bzw. 4,5 % angestiegen. Dabei hat auf der Aktivseite vor allem das Anlagevermögen aufgrund der Zuschreibungen zugenommen. Auf der Passivseite entfällt die Zunahme insbesondere auf das Eigenkapital.

Investitionen im Anlagevermögen sind in Höhe von TEUR 803 für 5 Objekte durchgeführt worden.

Kennzahlen

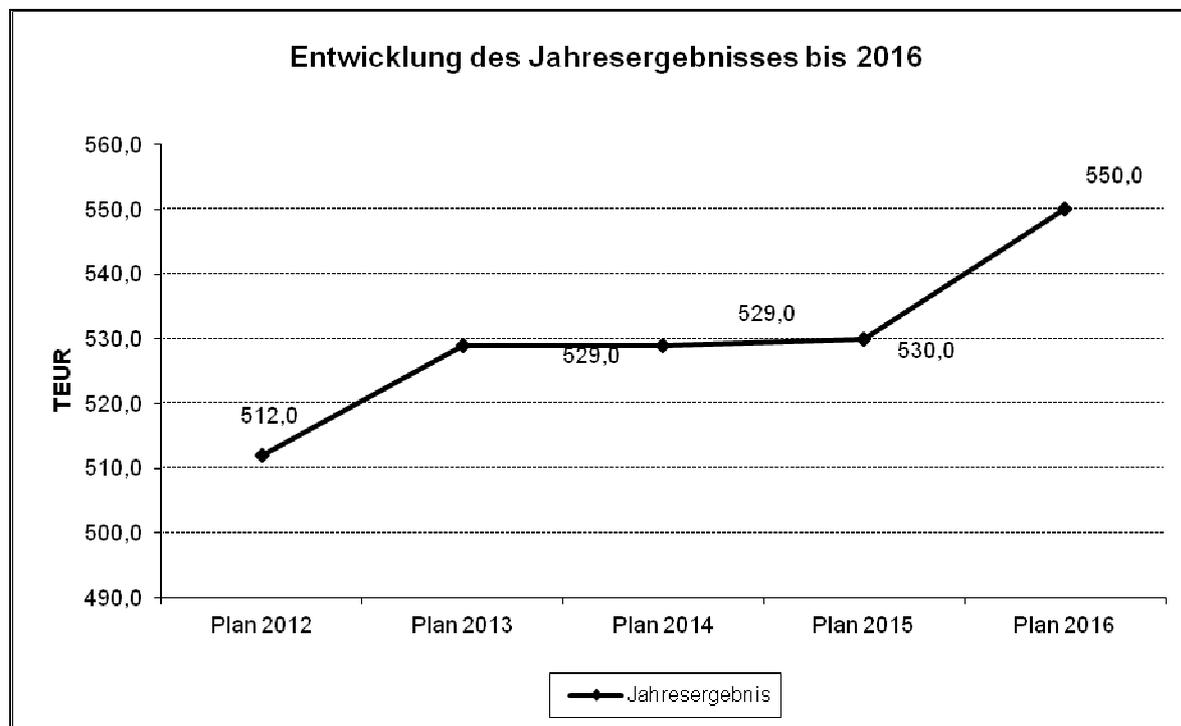
	Kritischer Wert	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	> 25 %	97,09%	96,09%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	97,09%	96,09%
Fremdkapitalquote	< 75 %	2,91%	3,91%
Verschuldungsgrad	-	0/1	0/1
Anlagendeckungsgrad I	-	110,27%	113,83%
Anlagendeckungsgrad II	> 100 %	110,27%	113,83%
Liquidität 1. Grades	> 20 %	321,63%	327,42%
Liquidität 2. Grades	> 100 %	410,70%	398,60%
Working Capital	> 0	987,9	1.232,7
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	> 0	41,98%	123,24%
Materialintensität	-	46,49%	47,27%
Personalintensität	-	9,78%	11,40%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	88,05%	84,42%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	9,15	9,20
Produktivität	-	577,53 T€/Ma.	543,68 T€/Ma.
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	-	35 Tage	42 Tage
Debitorenlaufzeit	-	9 Tage	11 Tage



39.265 m² der Leerstandsfläche sind erst nach einer umfangreichen Sanierung vermietbar.

Zukünftige Entwicklung

TEUR	2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	prozentual
Umsatzerlöse	2.120,0	2.359,0	2.150,0	30,0	1,42%
Sonstige Erträge	50,0	17,0	50,0	0,0	0,00%
Zuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Materialaufwand				0,0	0,00%
Personalaufwand	270,0	284,0	277,0	7,0	2,59%
Abschreibungen	253,0	244,0	251,0	-2,0	-0,79%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.151,0	1.151,0	1.160,0	9,0	0,78%
Betriebsergebnis	496,0	697,0	512,0	16,0	3,23%
Zinsergebnis	16,0	14,0	17,0	1,0	6,25%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	512,0	711,0	529,0	17,0	3,32%
Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	512,0	711,0	529,0	17,0	3,32%



Ausblick

Eine gleichbleibende Nachfrage von Mietern im Jahr 2011 und zu Beginn des Jahres 2012 an einem stabilen und dauerhaften Standort bilden gute Chancen für die weitere Entwicklung.

Es wird erwartet, dass sich die Umsätze in den Folgejahren, resultierend aus dem erreichten Vermietungsstand und vor allem aus der verstärkten Ansiedlung neuer Technologieunternehmen, weiterhin auf einem soliden Niveau bewegen wird.

Die konsequente Führung eines strikten Kostenmanagements und die Nutzung vorhandener Potenziale zur Optimierung der zur Vermietung bereitstehenden Objekte werden zukünftig dazu beitragen, die Erträge der Gesellschaft nachhaltig auf einem hohen Niveau zu sichern.

Messe und Veranstaltungs GmbH Frankfurt (Oder)

Gründungsjahr:	1994
Stammkapital:	409,0 T€
Gesellschafter:	Stadt Frankfurt (Oder) 100%
Organe:	
Geschäftsführer:	Herr Wieners (bis 06.07.2011) Herr Derling (ab 06.07.2011)
Aufsichtsrat:	Herr Spohn Herr Edelmann (bis 02.07.2010) Herr Derling (ab 24.08.2010) Herr Federlein Herr Hammer Herr Hauschild Frau Karaschinski Herr Dr. Mende Herr Pilarski Herr Voss

Bemerkungen
<p>Der Messe und Veranstaltungs GmbH wurde am 22. März 2012 der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk durch die DOMUS AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für den Jahresabschluss 2011 erteilt. Dabei wurde auch die Prüfung nach § 53 HGrG vorgenommen.</p> <p>In der Gesellschafterversammlung am 25. Mai 2012, vertreten durch den Oberbürgermeister, Herrn Dr. Wilke, wurde der Jahresabschluss 2011 festgestellt. Dem Geschäftsführer, Herrn Markus Derling, wurde für den Zeitraum seiner Bestellung im Wirtschaftsjahr 2011 die Entlastung erteilt. Die Entscheidung über die Entlastung des Geschäftsführers, Herrn Markus Wieners, und des Aufsichtsrats für das Wirtschaftsjahr 2011 steht noch aus.</p>

Erfüllung des öffentlichen Zwecks
<p>Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Förderung von Wirtschaft und Gewerbe sowie die Entwicklung des kulturellen Lebens zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.</p> <p>Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).</p> <p>Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Entscheidungen.</p>

Gegenstand des Unternehmens
<ul style="list-style-type: none"> - Organisation und Durchführung von Messen und Ausstellungen und anderen Veranstaltungen zur Förderung von Industrie, Handel und Handwerk sowie die Vornahme aller in diesem Zusammenhang stehenden Geschäfte. Die Freiflächen und aufstehenden Gebäude des Messegeländes werden von der Stadt an die Gesellschaft verpachtet - Der Betrieb des Kleist Forums Frankfurt sowie die damit verbundene Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Ausstellungen, Tagungen und Kongressen kultureller, sozialer, wirtschaftsfördernder sowie kommerzieller Natur. Dafür wurde das Gebäude einschließlich Betriebsausstattungen und Nebenflächen von der Stadt an die Gesellschaft verpachtet - Die Planung und Koordinierung der gewerblichen Nutzung weiterer kommunaler kultureller Einrichtungen wie Marienkirche, Konzerthalle u.a. - Die Förderung des Stadtmarketings und der Tourismuswirtschaft sowie der - Verkauf und Vermittlung touristischer Serviceleistungen

Verbindlichkeiten
<p>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen nicht.</p>

Bilanz

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	197,0	166,6	30,4	18,25%
Imma. Vermögensgegenstände	7,6	11,1	-3,5	-31,53%
Sachanlagevermögen	189,4	155,5	33,9	21,80%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	1.179,5	976,9	202,6	20,74%
Vorräte	18,2	18,5	-0,3	-1,62%
Forderungen	231,5	194,3	37,2	19,15%
Liquide Mittel	929,8	764,1	165,7	21,69%
Rechnungsabgrenzungsposten	3,8	2,5	1,3	52,00%
Summe AKTIVA	1.380,3	1.146,0	234,3	20,45%
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	427,8	406,0	21,8	5,37%
Gezeichnetes Kapital	409,0	409,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	18,8	-3,0	21,8	727,00%
Sonderposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Rückstellungen	186,3	184,2	2,1	1,14%
Verbindlichkeiten	766,2	555,8	210,4	37,86%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,00%
Summe PASSIVA	1.380,3	1.146,0	234,3	20,45%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2110	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	1.874,3	2.077,3	-203,0	-9,77%
Sonstige Erträge	80,7	127,3	-46,6	-36,61%
Zuschüsse	4.083,6	4.083,6	0,0	0,00%
Materialaufwand	1.614,6	1.812,3	-197,7	-10,91%
Personalaufwand	1.733,2	1.707,6	25,6	1,50%
Abschreibungen	84,8	96,5	-11,7	-12,12%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.511,8	2.597,4	-85,6	-3,30%
Betriebsergebnis	94,2	74,4	19,8	26,61%
Zinsergebnis	1,4	8,4	-7,0	-83,33%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	95,6	82,8	12,8	15,46%
Steuern	73,9	86,3	-12,4	-14,37%
Jahresergebnis	21,7	-3,5	25,2	720,00%

Auszug aus dem Lagebericht

Eigenveranstaltungen

Die erste Messe des Jahres 2011, die **HOCHZEIT**, wurde im Kleist Forum Frankfurt (Oder) durchgeführt. Sie war eine Premiere als Einzelveranstaltung der Messe und Veranstaltungs GmbH. Sowohl von Aussteller- als auch von Besucherseite wurde die Messe sehr gut angenommen. Die HOCHZEIT präsentierte das gesamte Spektrum der Hochzeitsbranche. Wichtig für den Erfolg der Messe war die Zusammenarbeit mit dem lokalen Wochenblatt BLICKPUNKT als Medienpartner, der kostenlos in mehreren Ausgaben die Messe ankündigte und bewarb.

Die 1. Messe **FRÜHLING** vereinte die Themenwelten BAUEN, HANDWERK, ENERGIE und MOBIL unter dem neuen Dachmarkennamen. Rund 6.500 Besucher und damit 500 mehr als zur vormaligen Einzelmesse BAUEN+ENERGIE 2010 informierten sich an den Ständen der 160 Aussteller, davon 15 aus Polen, auf der Messe FRÜHLING. Die Themenwelt BAUEN, HANDWERK, ENERGIE wurde wieder mit dem langjährigen Partner, der Handwerkskammer Frankfurt (Oder)-Region Ostbrandenburg durchgeführt. Auf der „Handwerkerstraße“ befand sich wieder die Lehrstellenbörse der Handwerkskammer, die sich großen Zuspruchs bei den jungen Besuchern erfreute. Die Messe FRÜHLING blieb finanziell unter der geplanten Erwartung.

Der 5. **INTERNATIONALE MARKETINGTAG** im August 2011 richtete sich an Unternehmen aus Ostbrandenburg, die sich zum Thema Außenwirtschaft und Einstieg in Auslandsmärkte informieren wollten. Die eintägige Kongressmesse wurde in Zusammenarbeit mit dem RKW Berlin-Brandenburg als Projektträger sowie mit dem Bundesverband mittelständische Wirtschaft, BVMW, organisiert. Die teilnehmenden kleinen und mittleren Unternehmen, davon ein Drittel aus dem produzierenden Gewerbe, suchten Informationen über die Bedingungen eines erfolgreichen Markteintritts im Ausland, im internationalen Vertrieb, in der Außenwirtschaftsförderung des Bundes, über Dienstleistungen der Außenhandelskammern sowie über zollrechtliche Bestimmungen. Die mehr als 300 Besucher ließen sich in individuellen Gesprächen von Vertretern aus 35 Ländern an deren Ständen beraten. Die Höhe der Kosten des Projekts belief sich auf 32 T€ und wurde durch Fördermittel des ILB erstattet.

Die **JOB&KARRIERE**, die 3. Fachmesse für Beruf und Qualifizierung, fand 2011 zum ersten Mal als eigenständige Messe im Kleist Forum statt. Im Vorjahr war sie noch Bestandteil der ODERLAND gewesen. Die JOB&KARRIERE wurde von 1.100 Gästen besucht, die sich an den Ständen der 33 Aussteller und bei mehr als 15 Vorträgen informieren konnten. Die JOB&KARRIERE kann inhaltlich als Erfolg gewertet werden. Die Kooperationspartner Agentur für Arbeit Frankfurt (Oder) sowie das Jobcenter Frankfurt (Oder) zeigten sich ebenfalls zufrieden mit dem Messe-Ergebnis.

Im Rahmen der im Jahr 2010 beschlossenen Neukonzeption der Messen wurde die **ODERLAND** 2011 inhaltlich überarbeitet und setzte sich aus den Themenwelten FOOD&TASTE, GESCHENKE&DEKO, den BAUHERRENTAGEN sowie dem ODERLANDMARKT zusammen. Die zuvor eigenständige Messe FOOD&TASTE wurde als Themenwelt in die ODERLAND integriert. Die ebenfalls zuvor eigenständige Messe aktiv+gesund wurde aufgrund der teilweisen Überschneidung der Ausstellerzielgruppen in die neue FISPO im November 2011 verlagert.

Das Neuprojekt **FISPO** 2011 zog 105 Aussteller in den Bereichen Sport, Fitness, Gesundheit und Wellness in die Messehallen. Charakteristisch für die neue, zweitägige FISPO war die starke Mitmach- und Eventbetonung der Angebote – die komplette Halle 2 war den 50 Kursen, Workouts, offenen Trainings aus dem Sport- und Fitnessbereich sowie einer „Kinderstadolympiade“ in Kooperation mit der Stadt Frankfurt (Oder) vorbehalten. In der gemeinsamen Auswertung mit den Kooperationspartnern wurde der Spätherbsttermin als problematisch angesehen. Die nächste FISPO wird deshalb auf einen von allen Partnern mitgetragenen Termin zum Beginn der Sportsaison im Frühling des Jahres 2013 geplant und das Konzept für die zweite Auflage der Mitmach- und Sportmesse FISPO überarbeitet.

Gastveranstaltungen auf dem Messegelände

Im Geschäftsbereich **Gastveranstaltungen** auf dem Messegelände wurden 2011 insgesamt 82 (im Vorjahr 74) Veranstaltungen und Events, einige davon über mehrere Veranstaltungstage, auf dem Messegelände Frankfurt (Oder) vorbereitet und betreut. Die Veranstaltungen/Vermietungen wurden von ca. 61.000 Personen besucht (im Vorjahr: 66.000). Insgesamt wurden im Rahmen von Raumvermietungen und Vermietung von technischem Equipment Umsätze in Höhe von 269,4 T€ erwirtschaftet. Im Geschäftsjahr 2011 konnte, wie bereits auch im Vorjahr, der Planansatz im Wirtschaftsplan für den Bereich Gastveranstaltungen Messegelände übererfüllt werden. Die überproportionale Steigerung der Einnahmen aus Gastveranstaltungen und Raumvermietungen ist zurückzuführen auf die Gewinnung von weiteren Neukunden bzw. einer qualitativ hochwertigen Betreuung von Bestandskunden. Diese Veranstaltungen tragen maßgeblich zum positiven Gesamtergebnis des Bereichs Gastveranstaltungen bei.

Das Gastveranstaltungs- und Vermietgeschäft hat sich im Jahr 2011 gefestigt und die Auslastung hat sich weiter stabilisiert. Leider muss auch festgestellt werden, dass der geplante Ausbau des Tagungsgeschäftes mit mehrtägigen Veranstaltungen nicht umgesetzt werden konnte. Die auf dem Messegelände vorhandene Infrastruktur ist zwar für Tagungsveranstalter sehr interessant und wird von den Agenturen auch als sehr positiv und den Anforderungen entsprechend bewertet. Die Hauptgründe für die Absagen für Tagungen auf dem Messegelände Frankfurt (Oder) liegen ausschließlich in den fehlenden Übernachtungskapazitäten für die Teilnehmer bei überregionalen oder deutschlandweiten mehrtägigen Tagungen.

Kongresse und Sonstige nicht kulturelle Veranstaltungen im Kleist Forum und in der Konzerthalle

Der Kongressbereich führte im Jahr 2011 für wichtige Unternehmen, Einrichtungen und Parteien in der Region zahlreiche herausragende Veranstaltungen durch - vorrangig im Kleist Forum, aber auch in der Konzerthalle Carl Philipp Emanuel Bach. Insgesamt wurden im Kleist Forum 94 Veranstaltungen im Spektrum von Gesellschaftsveranstaltungen, Schulungen, Versammlungen und Tagungen realisiert, die überwiegend in Kombination mit dem hauseigenen Catering verkauft werden konnten. Zu diesen Veranstaltungen kamen im Kleist Forum 12.100 Gäste. Im Jahr 2010 waren 81 Veranstaltungen mit insgesamt 13.300 Besuchern im Kleist Forum durchgeführt worden. Die Zahl der Veranstaltungsbuchungen konnte weiter gesteigert werden. Der Kongressbereich entwickelte sich im Berichtszeitraum sehr erfreulich und übertraf den im Plan angesetzten Deckungsbeitrag um mehr als das Doppelte. Das Jahresergebnis belief sich auf 91,5 T€.

Kulturveranstaltungen

In der Konzerthalle „Carl Philipp Emanuel Bach“ fanden 2011 insgesamt 75 Konzerte statt, die von insgesamt 23.400 Personen besucht wurden. Ein traditioneller Programmhöhepunkt waren die Musikfesttage an der Oder vom 4. bis 11. März 2011. Am 6. und 7. August 2011 zeigte die Oper Oder-Spree ihre Produktion „Angiolina“ in zwei Gastspielen im Atrium der Konzerthalle, das sich dabei als optimaler Spielort für Sommertheater erwies.

Im Kleist Forum waren in diesem Jahr 162 Vorstellungen aus den Bereichen Musik-, Sprech- und Tanztheater, Comedy, Kabarett sowie Kinder- und Jugendtheater zu sehen. Traditionell bestimmten hauptsächlich Produktionen der Partnertheater aus dem Theater- und Konzertverbund (Hans Otto Theater Potsdam, Staatstheater Cottbus), ergänzt durch Produktionen der Uckermärkischen Bühnen Schwedt, den Spielplan. Im Jahr 2011 beging das Kleist Forum sein zehnjähriges Bestehen mit der Festwoche „10 Jahre Kleist Forum“ von 30. März bis 2. April. Das Kleist-Jahr 2011 aus Anlass des 200. Todestages von Heinrich von Kleist prägte nicht nur die Stadt Frankfurt (Oder), sondern auch den Spielplan des Kleist Forum. So wurde zum Auftakt des Kleist-Jahres am 4. März, im Anschluss an den offiziellen Eröffnungs-Festakt der Musikfesttage an der Oder mit einem Kleist betonten Programm in der Konzerthalle, in der Studiobühne des Kleist Forum „Das Erdbeben in Chili“ in der Regie von Armin Petras gezeigt, eine Produktion des Maxim Gorki Theaters Berlin in Koproduktion mit dem Staatsschauspiel Dresden. Zahlreiche Veranstaltungen im Jahr 2011 widmeten sich dem Leben und Werk Kleists. Auch das vom 14. bis 18. Juni 2011 im Kleist Forum stattfindende 7. Brandenburgische Landesschultheatertreffen versammelte ausschließlich Brandenburgische Schultheatergruppen, die sich in ihrer Arbeit mit dem Thema Kleist beschäftigt hatten.

Zu den Höhepunkten des Kleist-Jahres zählten die **Kleist-Festtage** 2011, die unter dem Motto „Achtung: Vertrauen“ von 18. bis 30. Oktober stattfanden. Die insgesamt 27 Veranstaltungen wurden von 2.400 Zuschauern besucht. Zu den wichtigsten Veranstaltungen zählte die Uraufführung des neuesten Projektes der international renommierten Gruppe Rimini Protokoll „Herrmann's Battle“, eine Überschreibung von Kleists „Hermannsschlacht“ mit zeitgenössischen Kriegsbiographien. Das Projekt wurde eigens für das Kleist-Jahr erarbeitet und in Frankfurt (Oder) uraufgeführt. Außerdem präsentierte das Maxim Gorki Theater zwei Kleist-Inszenierungen – „Prinz Friedrich von Homburg“ in der Regie von Armin Petras und „Amphitryon“ in der Regie von Jan Bosse.

In Fortführung des 2009 begonnenen dreiteiligen **Käthchen-Projektes** wurde 2011 der dritte und letzte Teil „Die Hochzeit“ uraufgeführt. Komponiert von dem renommierten österreichischen Neue-Musik-Spezialisten Wolfgang Mitterer und in Szene gesetzt von Hans-Joachim Frank vom theater89 erlebte das Projekt unter Mitwirkung zahlreicher Frankfurter und Stübicer Bürger und Vereine sowie des Brandenburgischen Staatsorchesters Frankfurt seine Uraufführung in der Marienkirche Frankfurt (Oder). Das Kleist-Jahr wurde großzügig gefördert von der Kulturstiftung des Bundes.

Als Aushängeschild der deutsch-polnischen Zusammenarbeit kann nach wie vor die **transVOCALÉ**, das Festival für Lied und Weltmusik, gelten, das vom 24. bis 26. November zum 8. Mal mit 18 Konzerten insgesamt 4000 Zuschauer ins Kleist Forum und ins Collegium Polonicum lockte.

Als Weiterführung einer umfassenderen **theaterpädagogischen Arbeit** des Kleist Forum wurde die Stelle einer Theaterpädagogin im Kleist Forum geschaffen, die im August 2011 besetzt wurde. Zu ihren Aufgaben zählen inszenierungsbezogene Workshops, Kontakte zu Schulen und Schülergruppen, die Zusammenstellung von Unterrichtsmaterialien zu ausgewählten Inszenierungen und (gemeinsam mit der Künstlerischen Leiterin des Kleist Forum) die Leitung des Theater-Jugendclubs.

Gastronomische Versorgung

Alle vier Quartale des Jahres 2011 waren mit sehr hochwertigen Veranstaltungen belegt. Die Qualität der Veranstaltungen hat sich auf einem konstant hochwertigen Niveau gehalten. Der Bereich Gastronomie hat auch im Berichtsjahr diese vielseitigen und anspruchsvollen Veranstaltungen erfolgreich durchgeführt. In der Gesamtzahl wurden jedoch weniger Veranstaltungen im Tagungs- und Theatergeschäft durchgeführt, was sich auf den Betriebsteil Gastronomie bei den Umsätzen in der Tagungsversorgung, aber auch im Tresengeschäft sowie in der Darstellbar und im Restaurant auswirkte. Die Deckungsbeiträge bei den Veranstaltungen insgesamt haben nicht die gewünschten Werte erzielt, da auch im Jahr 2011 ein erheblicher Anteil an Equipment angemietet werden musste. Inzwischen wurde jedoch Equipment im Wert von 32 T€ für die Messe und Veranstaltungs GmbH angeschafft, so dass sich die Anmietungskosten im Catering extrem verringern werden. Perspektivisch ist es das Ziel, die noch fehlenden Equipment-Bestandteile zu beschaffen, um den Betriebsteil Gastronomie erfolgreich weiterführen zu können. Das Restaurant Schroffenstein's und die Darstellbar haben es nicht geschafft, sich bei den Besuchern in Frankfurt durchzusetzen. Für das Folgegeschäftsjahr 2012 wurde deshalb die Schließung des Restaurants und der Bar beschlossen.

Das Ergebnis des Betriebsteils Gastronomie beläuft sich zum 31.12.2011 auf minus 67 T€. Im Jahr 2011 wurde ein Umsatz von 570,3 T€ (Vorjahr 597,5T €) erzielt. Das entspricht einer Minderung um rund 3,6 %. Der Wareneinsatz stieg dem gegenüber um 10 %. Der gestiegene Wareneinsatz ist auf Preisanstiege für Frischwaren und Getränke zurückzuführen, die nicht proportional an die Kunden weitergegeben werden konnten. Ebenso ist die geringe Auslastung des Restaurants und der Bar im Dauerbetrieb ein erheblicher Faktor für die Vorhaltung von Waren gewesen. Durch die Schließung des Restaurants und der Bar ab Januar 2012 werden diese Kosten wegfallen und somit eine Wareneinsatzquote von 30 % erreicht werden.

Risikobericht

Die Messe und Veranstaltungs GmbH plant ihr wirtschaftliches Ergebnis getrennt nach den vier Sparten Messegelände, Kleist Forum, Konzerthalle und Gastronomie. Die zum Geschäftsbetrieb gehörenden Immobilien sind von der Stadt Frankfurt (Oder) gepachtet. Für die Pacht und den Betrieb der Immobilien sowie für die Durchführung von Theaterveranstaltungen im Kleist Forum erhält die Gesellschaft Zuschüsse vom Land Brandenburg und der Stadt Frankfurt (Oder), die laut Haushaltsplan der Kommune den einzelnen Sparten zugewiesen werden. In allen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen der Stadt Frankfurt (Oder) wurden der Gesellschaft seit dem Jahr 2002 Zuschusskürzungen auferlegt, die inklusive geringfügiger Zuschussanpassungen im Jahr 2010 eine Höhe von 753 T€ jährlich und kumuliert einen Wert 5,9 Mio. € ausmachen. Das bedeutet für die künftigen Wirtschaftsplanungen, dass Umsatzerwartungen den tatsächlich erreichbaren Zielen angepasst werden müssen, weitere Zuschusskürzungen dann zu Verlusten in den Betriebsteilen Messegelände und Konzerthalle führen werden und im Kleist Forum zur Reduzierung von Kulturangebot.

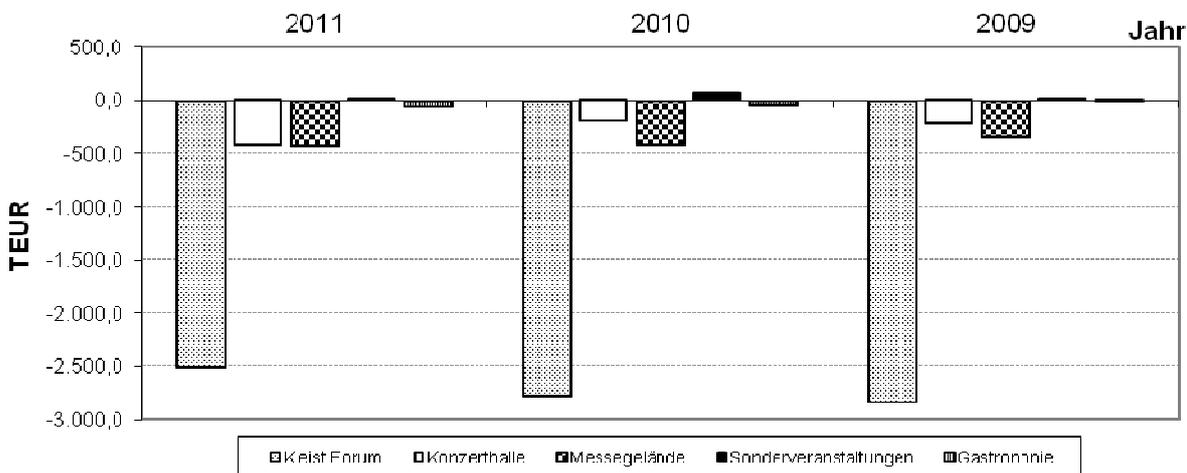
Der Betriebsteil Catering stand ebenfalls im Rahmen der Risikobetrachtung unter besonderer Beachtung. Bis zum III. Quartal wurde linear ein Verlust aufgebaut, der per 30.09.2011 bei ca. minus 68 T€ lag. Leider war im IV. Quartal die Umsatz- und Ertragsentwicklung nicht wie in den Vorjahren außergewöhnlich positiv, sondern nur ausgeglichen, so dass der Verlust bis zum Ende des Geschäftsjahres fortgeführt wurde.

Wirtschaftliche Bestandgefährdungspotentiale, die auf die künftige Entwicklung des Unternehmens Einfluss haben könnten, sind nach wie vor in der starken Abhängigkeit von Zuschüssen zu erkennen. Für ihre Aufgabenerfüllung benötigt die Messe und Veranstaltungs GmbH in erheblichem Umfang (ca. 65 % der Einnahmen) Zuschüsse des Landes Brandenburg, der Stadt Frankfurt (Oder) sowie Zuwendungen Dritter. Ein wesentliches Risiko für das Unternehmen besteht weiterhin zunehmend in der finanziellen Belastung mit Infrastrukturkosten der Immobilien infolge der Kürzung von Erstattungen durch den Eigentümer, die Stadt Frankfurt (Oder), sowie durch bevorstehende Zuschusskürzungen im Kultur- und Messebereich. Notwendige Erneuerungsinvestitionen in den nächsten Jahren auf dem Messegelände und in der Konzerthalle belegen, dass die erforderliche Größenordnung nicht von der Messe und Veranstaltungs GmbH allein finanzierbar sein wird, sondern die Stadt Frankfurt (Oder) als Immobilieneigentümer geeignete Maßnahmen für den Substanzerhalt einleiten muss.

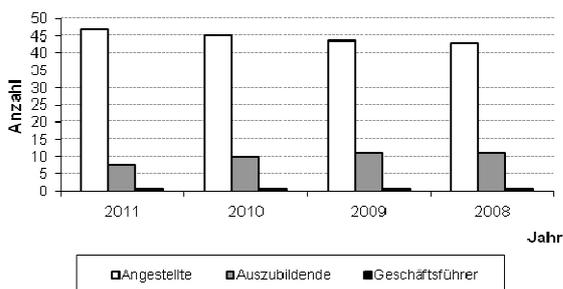
Kennzahlen

	Kritischer Wert	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	30,99%	35,43%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	30,99%	35,43%
Fremdkapitalquote	> 75 %	69,01%	64,57%
Verschuldungsgrad	-	20/9	11/6
Anlagendeckungsgrad I	-	217,16%	243,70%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	348,43%	613,75%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	133,92%	502,37%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	167,81%	631,76%
Working Capital	< 0	485,2 T€	824,8 T€
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	5,03%	3,58%
Materialintensität	-	86,14%	87,24%
Personalintensität	-	92,47%	82,20%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	14,27%	14,54%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	8,80	13,08
Produktivität	-	33,47 T€/MA	37,09 T€/MA
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	-	74 Tage	54 Tage
Debitorenlaufzeit	-	31 Tage	21 Tage

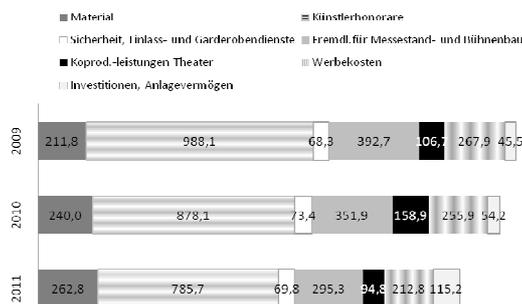
Jahresergebnis nach Sparten vor Zuschüssen



Anzahl der Mitarbeiter

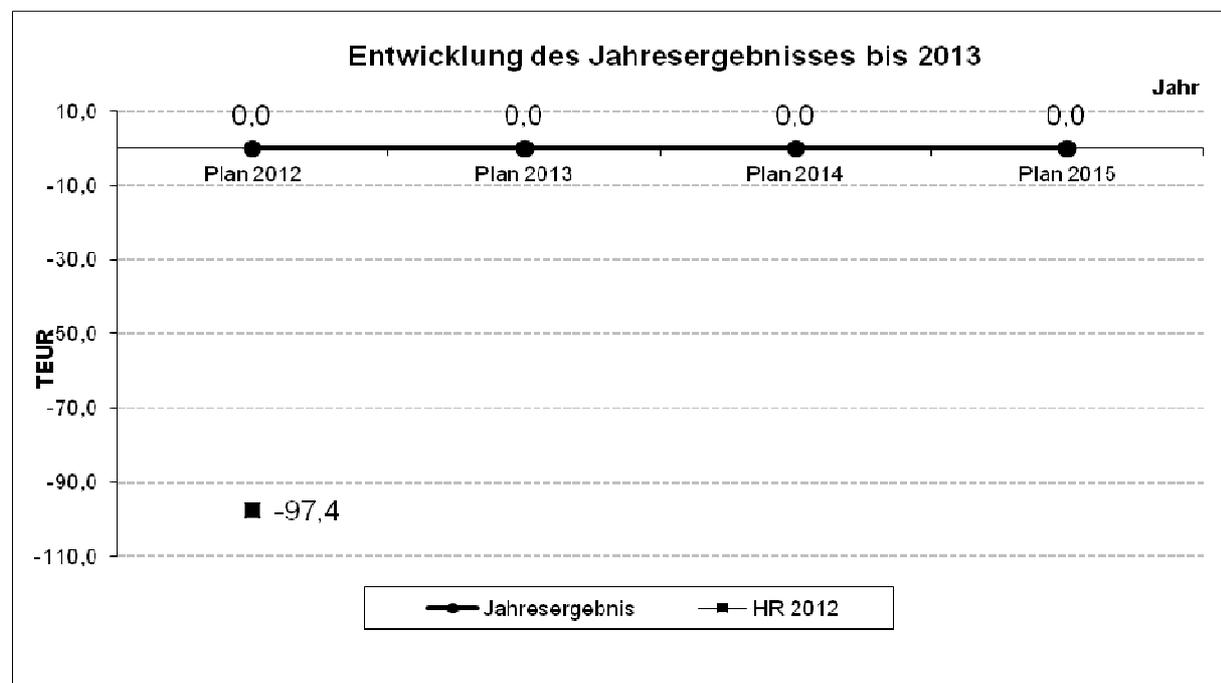


Verteilung der Aufwendungen



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	prozentual
Umsatzerlöse	2.080,4	2.029,9	2.090,8	10,4	0,50%
Sonstige Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Zuschüsse	4.040,5	4.110,5	4.040,5	0,0	0,00%
Materialaufwand	1.918,8	1.884,0	1.936,3	17,5	0,91%
Personalaufwand	1.179,1	1.156,4	1.179,1	0,0	0,00%
Abschreibungen	69,5	62,0	70,0	0,5	0,72%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.273,5	2.450,4	2.288,9	15,4	0,68%
Betriebsergebnis	680,0	587,6	657,0	-23,0	-3,38%
Zinsergebnis	0,0	1,4	0,0	0,0	0,00%
GK-Umlage	-680,0	-686,1	-657,0	23,0	3,38%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,0	-97,1	0,0	0,0	0,00%
Steuern	0,0	0,3	0,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	0,0	-97,4	0,0	0,0	0,00%



Ausblick

Die Ergebnisse einer Unternehmensuntersuchung im Auftrag der Stadt Frankfurt (Oder) durch die Integrated Consulting Group (ICG) vom November 2011 bestätigen, dass die Beibehaltung der Betriebsform für die Beibehaltung eines Kultur-, Messe- und Veranstaltungsbetriebs als sinnvoll angesehen wird.

Der Messe und Veranstaltungen GmbH wurde nach Gesellschafterbeschluss die Durchführung städtischer Events ab dem Geschäftsjahr 2012 übertragen – so des Hansestadtfests „Bunter Hering“. Geplant ist die Akquise weiterer Großveranstaltungen von städtischer und touristischer Bedeutung wie beispielsweise eines Chorfestes. Die Gesellschaft ist gut aufgestellt und verfügt über das Potenzial, über den Betrieb der gepachteten Objekte hinaus derartige Veranstaltungen durchzuführen.

Die Theaterförderung des Landes Brandenburg wird sich auch für 2012 auf Vorjahresniveau bewegen. Die Einsparungen im Spielplanbereich durch die Stadt Frankfurt nach der im März 2011 beschlossenen Kulturentwicklungsplanung werden abgedeckt durch eine Erhöhung der Zuwendungen des Landes Brandenburg für die Stadt Frankfurt (Oder), von denen 100. T€ aus FAG-Mitteln des Landes in den Spielplan der Messe und Veranstaltungen GmbH einfließen. Mittelfristig sind keine weiteren Kürzungen der freiwilligen Leistungen der Stadt geplant. Der für das Jahr 2012-2013 abgeschlossene Theater- und Konzertverbundvertrag sichert die Landesfinanzierung für den Spielplan im Geschäftsjahr 2012.

Im Bereich Gastveranstaltungen Messegelände ist die weitere Auslastung der Hallenkapazitäten mit wirtschaftlich attraktiven Veranstaltungen für verschiedene Zielgruppen geplant. Im Bereich der Messe-Eigenveranstaltungen wird das Messekonzept überarbeitet und an die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Langfristig ist eine Anpassung an die Marktbedingungen in der Region vorgesehen. Ein Fokus liegt auf der Gewinnung von Finanzierungs- und Kooperationspartnern für neue Messeprojekte. Die Tagungs- und Kongresskapazitäten im Kleist Forum sollen weiter genutzt und noch vorhandene zusätzliche Buchungspotenziale ausgeschöpft werden. Das Catering wird sich durch die Schließung der wirtschaftlich defizitären Teile Restaurant und Bar im Dauerbetrieb auf das Kerngeschäft Veranstaltungscatering plus Tresengeschäft konzentrieren und auf eine langfristig solide wirtschaftliche Grundlage gestellt.

Im Geschäftsjahr 2012 sind in der Messe und Veranstaltungen GmbH Zuschüsse aus öffentlicher Hand von 4.040,5 T€ sowie eigene Umsätze und sonstige betriebliche Erträge von rund 2.080,4 T€ geplant – davon alleine 636,5 T€ Umsatz im Bereich Gastronomie.

Es ist geplant, das Stammkapital der Gesellschaft in der bisherigen Höhe beizubehalten. Größere Investitionen sind bis zum Jahr 2015 nicht geplant und auch nicht ohne Zuschusserhöhung seitens des Gesellschafters, der Stadt Frankfurt (Oder), realisierbar.

Bereich Sport

Eigenbetrieb Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder)

Gründungsjahr:	1994
Stammkapital:	keine Festsetzung
Gesellschafter:	Sondervermögen der Stadt Frankfurt (Oder)
Organe:	
Werkleiter:	Herr Lausch
Werksausschuss:	Herr Spohn (Vorsitzender) Frau Teich (stellv. Vorsitzende) Herr Heinrich Frau Meier Herr Bleck Frau Wolf Herr Noack

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört die Entwicklung der Freizeit- und Erholungsbedingungen zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Gegenstand des Unternehmens
Aufgaben:
- Bewirtschaftung der zugeordneten Sporteinrichtungen, der Sportinternate und der Mensa der Sportschule
- Sicherung und Bereitstellung der materiell-technischen Bedingungen für den Breiten-, Gesundheits- und Leistungssport sowie für kulturelle und andere Veranstaltungen

Bemerkungen

Die Münzer & Storbeck Treuhand- und Revisions GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2011 am 25. Mai 2012 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 01. November 2012 wurde der Jahresabschluss 2011 festgestellt. Der Werkleitung wurde Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

Höhe: **T€ 1.899,3** (Vj: T€ 2.243,4)

Davon mit einer Restlaufzeit von:

➤ bis 1 Jahr:	€	344.150,00
	Vj:	€ 344.150,00
➤ 1 - 5 Jahre:	€	1.555.135,00
	Vj:	€ 1.630.685,00
➤ ab 5 Jahre:	€	0,00
	Vj:	€ 268.600,00

Bilanz

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	47.885,0	48.211,0	-326,0	-0,68%
Imma. Vermögensgegenstände	9,7	0,0	9,7	0,00%
Sachanlagevermögen	47.875,3	48.211,0	-335,7	-0,70%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	1.621,8	1.454,0	167,8	11,54%
Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,00%
Forderungen	325,5	178,8	146,7	82,05%
Liquide Mittel	1.296,3	1.275,2	21,1	1,65%
Rechnungsabgrenzungsposten	8,5	24,0	-15,5	-64,58%
Summe AKTIVA	49.515,3	49.689,0	-173,7	-0,35%
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	25.279,3	25.862,6	-583,3	-2,26%
Gezeichnetes Kapital	0,0	0,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	25.279,3	25.862,6	-583,3	-2,26%
Sonderposten	21.250,9	20.490,4	760,5	3,71%
Rückstellungen	238,0	384,2	-146,2	-38,05%
Verbindlichkeiten	2.685,3	2.946,6	-261,3	-8,87%
Rechnungsabgrenzungsposten	61,8	5,2	56,6	1088,46%
Summe PASSIVA	49.515,3	49.689,0	-173,7	-0,35%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	991,5	967,5	24,0	2,48%
Sonstige Erträge	6,3	23,4	-17,1	-73,08%
Zuschüsse	3.868,6	3.484,4	384,2	11,03%
Materialaufwand	505,3	500,2	5,1	1,02%
Personalaufwand	2.249,8	2.009,5	240,3	11,96%
Abschreibungen	1.107,5	1.099,8	7,7	0,70%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.581,0	1.553,7	27,3	1,76%
Betriebsergebnis	-577,2	-687,9	110,7	16,09%
Zinsergebnis	-1,2	-4,1	2,9	70,73%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-578,4	-692,0	113,6	16,42%
Steuern	4,9	4,5	0,4	8,89%
Jahresergebnis	-583,3	-696,5	113,2	16,25%
Zuschüsse Stadt FFO	2.919,7	2.705,2	214,5	7,93%
Zuschüsse Land	313,9	213,2	100,7	47,23%
Zuschüsse Bund	635,0	566,0	69,0	12,19%
Zuschüsse Gesamt	3.868,6	3.484,4	384,2	11,03%

Auszug aus dem Lagebericht

Der Eigenbetrieb Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder) wurde auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 01.01.1994 gebildet. Er hat sich seitdem kontinuierlich entwickelt und seine Aufgabenbereiche erweitert. Neben der Sportstättenverwaltung zählt die Betreuung der Sportinternate mit den drei Häusern in der Kieler Straße, im Finkensteig und in der Stralsunder Straße zu den Aufgaben des Sportzentrums.

Im Jahr 2011 erfolgte die planmäßige Weiterführung der Bauvorhaben zur Sanierung des Sportzentrums. Die Maßnahmen über das Konjunkturpaket II wurden planmäßig zum Jahresende abgeschlossen. Dabei wurden umfangreiche finanzielle Mittel zur Sanierung des Schießstandes im Rahmen des III. Bauabschnittes zur Verfügung gestellt. Bauunterhaltungsmaßnahmen wurden planmäßig im Sportkomplex Stendaler Straße im Jahr 2011 weitergeführt. Die Nutzung der Sportanlagen für zentrale Trainings- und Wettkampfmaßnahmen der Sportverbände ist stabil. Die moderne Infrastruktur wirkt sich dabei positiv aus.

Grundstücksbestand

Zum Eigenbetrieb Sportzentrum gehörten im Berichtszeitraum die Sportstätten in der Stendaler Straße 26, der Schießstand an der Autobahn, das Sportinternat in der Kieler Straße 10, das Internat Finkensteig 13-15, das Internat Stralsunder Straße 1-3 und die Mensa in der Kieler Straße 10 in Frankfurt (Oder).

Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der Anlagen

Die Gesamtauslastung des Sportzentrums war auch im Jahr 2011 stabil. Das zeigt sich zum einen in der intensiven täglichen Nutzung der Sportanlagen und zum anderen in der gestiegenen Anzahl zentraler Trainings- und Schulungsmaßnahmen der Sportverbände an unserem Standort. Die durchschnittliche wöchentliche Gesamtnutzung durch Sportlerinnen und Sportler der Bundes- und Landesstützpunkte, Sportvereine und Schüler der Sportschule Frankfurt (Oder) betrug 1.534 Stunden (2004: 1.186, 2006: 1.289 Stunden, 2008: 1.531 Stunden, 2010: 1.511 Stunden). Im Jahr 2011 fanden 239 Sportveranstaltungen wie Europacups, internationale Turniere, Deutsche Meisterschaften, Bundesligawettkämpfe, Landesmeisterschaften, Pokalspiele, Sport- und Schützenfeste usw. im Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder) statt (2004: 195, 2005: 245, 2008: 253, 2010: nur 190 aufgrund der Sanierung der Brandenburghalle).

Auch 2011 nutzten die Bundes- und Landesverbände die Sportanlagen und Rahmenbedingungen des Sportzentrums umfangreich für zentrale Maßnahmen (Trainingslager, Schulungen, Weiterbildungen u.a.). Der Abschluss der Sanierungsarbeiten im Sportzentrum wirkte sich besonders positiv bezüglich der steigenden Nachfrage der Sportverbände aus. Insgesamt fanden 2011 141 zentrale Maßnahmen in den Sportarten Boxen, Gewichtheben, Handball, Judo, Radsport, Ringen und Schießen statt.

Im Rahmen des täglichen Trainings nutzten 152 Bundeskader regelmäßig unsere Sportanlagen. Der Sportfördergruppe der Bundeswehr in Frankfurt (Oder) mit einem Personalbestand von 55 Personen stehen die Anlagen für das Training zur Verfügung. Im Sportzentrum hat die FSU 90 e.V. mit ihren Mitgliedsvereinen mit insgesamt 2.591 Mitgliedern, davon allein 1.286 trainierenden Jugendlichen, ihren Sitz.

Bei internationalen Meisterschaften der Jugend, Junioren und Senioren (EM und WM) erreichten Sportlerinnen und Sportler des Sportzentrums insgesamt 7 Medaillen. Bei Deutschen Meisterschaften wurden 131 Medaillen, davon 48 Meistertitel, erkämpft. Mit den Wettkämpfen des Jahres 2011 wurde ein weiterer Schritt in Richtung Olympischer Spiele in London 2012 gegangen. Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass das Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder) fester Bestandteil des öffentlichen Lebens in unserer Stadt ist. Der hohe Auslastungsgrad der komplexen Sportanlagen unterstreicht die Attraktivität des Sportzentrums und damit die der Stadt Frankfurt (Oder) deutlich.

3. Stand der im Bau befindlichen Anlagen

Das Gesamtanierungsvorhaben des Sportkomplexes in der Stendaler Straße 26 wurde 2011 planmäßig fortgesetzt.

Die Bauarbeiten im Rahmen des III. Bauabschnittes über das Konjunkturpaket II an der Schießsportanlage Eisenhüttenstädter Chaussee wurden planmäßig abgeschlossen. Mit dieser Maßnahme wurde die Rekonstruktion des 25 m Pistolenstandes und 50 m Laufende Scheibbestandes, der Bau eines 100 m Großkaliberstandes und 50 m Laufende Scheibbestandes, eines Bogenstandes, zweier Skeetstände und Aufenthaltsgebäudes sowie die Erweiterung des 50 m Freien Pistolenstand und die Sanierung des Sportlagers und der Außenanlagen fertiggestellt. Durch die Baumaßnahme werden die vom Landesumweltamt geforderten Maßnahmen hinsichtlich des Lärmschutzes realisiert. Gleichzeitig verbessern sich die Möglichkeiten für den Trainings- und Wettkampfbetrieb im

Sportschießen deutlich und es werden Bedingungen für Breitensportliche Aktivitäten geschaffen.

An den Sportanlagen und Gebäuden des Sportzentrums wurden auch im Jahr 2011 planmäßig Werterhaltungs- und Bauunterhaltungsmaßnahmen durchgeführt. Damit erfolgte auch im Jahr 2011 eine weitere Verbesserung bzw. Beibehaltung des guten Niveaus der Trainings- und Wettkampfbedingungen im Sportzentrum im Bereich der Stendaler Straße, auf dem Schießstand Eisenhüttenstädter Chaussee und in den Sportinternaten.

Ertragslage

Die Zuschüsse durch Bundes- und Landesregierung für die Betreibung des Sportzentrums gestalteten sich auch in 2011 stabil und wurden in voller Höhe durch das Sportzentrum in Anspruch genommen.

Die Einnahmen der Elternbeiträge als wesentlichste Position der Umsatzerlöse erhöhten sich. Aus der Nutzung der Sportanlagen auf dem Schießstand an der Autobahn konnten durch Fertigstellung der Baumaßnahmen über das Konjunkturpaket sowie aus Übernachtungen gegenüber dem Vorjahr Mehreinnahmen abgerechnet werden. Durch die Inbetriebnahme der Brandenburghalle nach Sanierungsarbeiten erhöhten sich die Einnahmen im Bereich Bandenwerbung.

Mit dem vorhandenen Personal konnte die umfangreiche Aufgabenstellung des Sportzentrums, die Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht für die Sportanlagen und die pädagogische Führung von Kindern und Jugendlichen in einem Sportinternat erfüllt werden. Das Sportinternat wird ganztägig durchgängig (24 h) betrieben. Die pädagogische Arbeit wird durch Erzieher im 2-Schichtsystem durchgeführt. Ab 22.00 Uhr wird das Internat durch die Mitarbeiter in Nacht- bzw. Bereitschaftsdienst geführt.

Die Veranstaltungstätigkeit, die Betreibung der Internate, die parallel laufenden Baumaßnahmen im Sportkomplex und der damit zusammenhängenden Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit setzen eine sehr hohe Flexibilität des vorhandenen Personals im Sportzentrum und in den Sportinternaten voraus.

Gegenüber dem Vorjahr nahm der Personalaufwand infolge von Tarifierhöhungen und des zunehmenden Erzieherpersonals durch Vorgaben des Landesjugendamtes zu. Das Jahr 2011 war gekennzeichnet durch die ganzjährige Auslastung des Sportzentrums durch tägliches Training, durch steigende zentrale Schulungs- und Trainingsmaßnahmen sowie Wettkämpfe bei gleichzeitiger Bautätigkeit im Rahmen des Sanierungsvorhabens Schießstand an der Autobahn. Durch die Einsatzbereitschaft aller Mitarbeiter des Sportzentrums wurden die umfangreichen Anforderungen in guter Qualität abgesichert.

Risikobericht

Für die kommenden Haushaltsjahre werden Risiken in der Absenkung der laufenden Zuschüsse, wegen der schwierigen Haushaltslage der Stadt Frankfurt (Oder), in der künftigen Tarifentwicklung, in möglichen Betriebskostenerhöhungen und einer möglichen Reduzierung der Bundes- und Landeszusendungen gesehen.

Der offene Rechtsstreit zwischen der Stadt Frankfurt (Oder) und einem Anwohner bezogen auf die Zufahrtsregelung der Mensa Kieler Straße stellt ebenfalls ein Risiko bezüglich der erforderlichen Umbauinvestitionen dar.

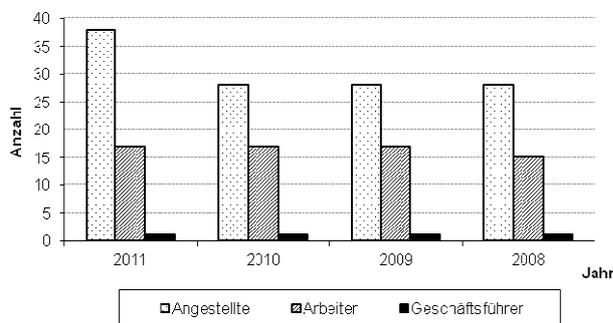
Die Zusammenarbeit im Verbundsystem zwischen Sportzentrum, Olympiastützpunkt Brandenburg, Sportschule, Sportverbände und Sportfördergruppe sowie Auslastung deren personeller und wirtschaftlicher Ressourcen ist weiter zu optimieren, um Synergieeffekte zu schaffen.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass das Sportzentrum der Stadt Frankfurt (Oder) fester Bestandteil des öffentlichen Lebens in unserer Stadt ist. Der hohe Auslastungsgrad der komplexen Sportanlagen unterstreicht die Attraktivität des Sportzentrums und damit die der Stadt Frankfurt (Oder) deutlich.

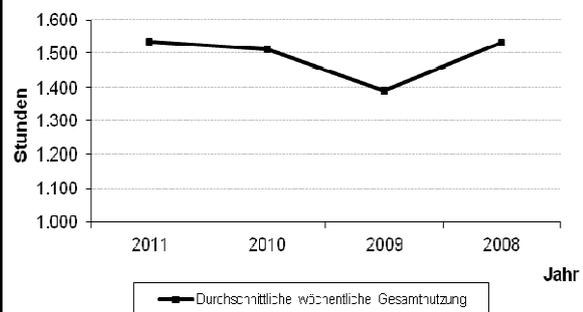
Kennzahlen

	Kritischer Wert	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	51,05%	52,05%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	93,97%	93,29%
Fremdkapitalquote	> 75 %	6,03%	6,71%
Verschuldungsgrad	-	1/8	1/8
Anlagendeckungsgrad I	-	52,79%	53,64%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	57,68%	58,44%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	123,27%	131,33%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	155,03%	152,21%
Working Capital	< 0	570,2 T€	483,0 T€
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	-58,21%	-71,10%
Materialintensität	-	50,96%	51,70%
Personalintensität	-	226,91%	207,70%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	96,71%	97,03%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	3,93	1,79
Produktivität	-	17,71 T€/MA	21,03T€/MA
Cash- und Forderungsmanagement			
Kreditorenlaufzeit	-	215 Tage	265 Tage
Debitorenlaufzeit	-	37 Tage	13 Tage

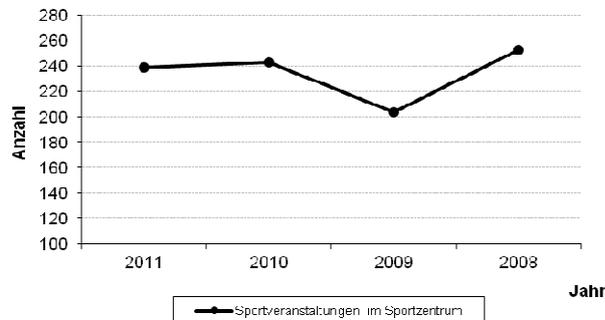
Anzahl der Mitarbeiter



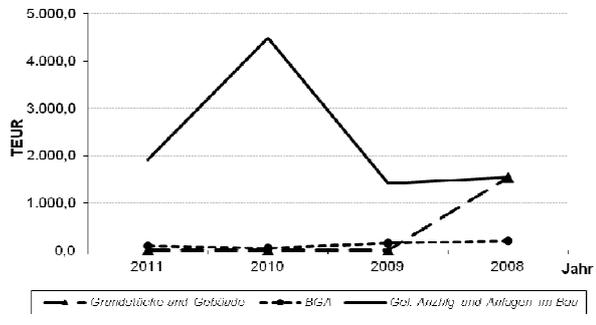
Auslastungsgrad der Anlagen



Sportveranstaltungen



Entwicklung Baumaßnahmen

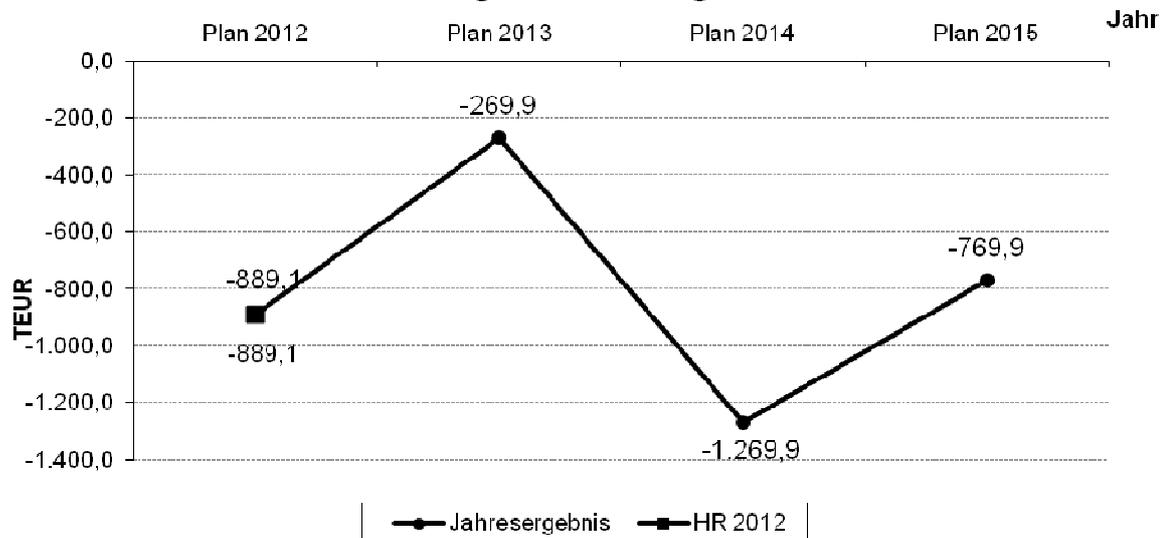


Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	prozentual
Umsatzerlöse	1.033,8	1.043,8	1.072,0	38,2	3,70%
Sonstige Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Zuschüsse	3.778,7	3.928,7	4.498,5	719,8	19,05%
Materialaufwand	555,6	555,6	589,5	33,9	6,10%
Personalaufwand	2.530,0	2.547,0	2.585,9	55,9	2,21%
Abschreibungen	1.200,0	1.200,0	1.200,0	0,0	0,00%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.401,0	1.551,0	1.450,0	49,0	2,00%
Betriebsergebnis	-874,1	-881,1	-254,9	619,2	70,84%
Zinsergebnis	-8,0	-1,0	-8,0	0,0	0,00%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-882,1	-882,1	-262,9	619,2	70,20%
Steuern	7,0	7,0	7,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	-889,1	-889,1	-269,9	619,2	69,64%

Zuschüsse Stadt FFO	3.009,7	3.159,7	3.749,5	739,8	24,58%
Zuschüsse Land	222,0	222,0	202,0	-20,0	-9,01%
Zuschüsse Bund	547,0	547,0	547,0	0,0	0,00%
Zuschüsse Gesamt	3.778,7	3.928,7	4.498,5	719,8	19,05%

Entwicklung des Jahresergebnisses bis 2015



Ausblick

Eine wesentliche Aufgabenstellung des Sportzentrums wird wie in vergangenen Jahren auch 2012 die Sicherung der Rahmenbedingungen für das tägliche Training und zentrale Trainingsmaßnahmen in Vorbereitung auf die internationalen Jahreshöhepunkte sein.

Im Berichtsjahr waren die Sportanlagen für zentrale Trainings- und Wettkampfmaßnahmen der Sportverbände sehr gut ausgelastet. So nutzten im 2011 die Bundes- und Landesverbände die Sportanlagen und Rahmenbedingungen des Sportzentrums umfangreich für zentrale Maßnahmen (Trainingslager, Schulungen, Weiterbildungen u.a.). Der Abschluss der Sanierungsarbeiten im Sportzentrum wirkte sich besonders positiv bezüglich der steigenden Nachfrage der Sportverbände aus. Insgesamt fanden 2011 141 zentrale Maßnahmen in den Sportarten Boxen, Gewichtheben, Handball, Judo, Radsport, Ringen und Schießen statt. Insgesamt rechnet die Geschäftsleitung mit einer vergleichbaren Auslastung der Sportanlagen auch in den Folgejahren. Die moderne Infrastruktur des Sportzentrums sowie die durchgeführten Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sollen positive Auswirkungen haben und die Attraktivität des Standortes weiter steigern.

Im Rahmen des täglichen Trainings nutzten 152 Bundeskader regelmäßig unsere Sportanlagen. Der Sportfördergruppe der Bundeswehr in Frankfurt (Oder) mit einem Personalbestand von 55 Personen stehen die Anlagen für das Training zur Verfügung. Im Sportzentrum hat die FSU 90 e.V. mit ihren Mitgliedsvereinen mit insgesamt 2.591 Mitgliedern, davon allein 1.286 trainierenden Jugendlichen, ihren Sitz. Es wird weiter mit den konstanten Zahlen der Vereinsmitglieder in den Folgejahren gerechnet, was auch die Einnahmen des Sportzentrums sichern soll.

Bei internationalen Meisterschaften der Jugend, Junioren und Senioren (EM und WM) erreichten Sportlerinnen und Sportler des Sportzentrums insgesamt 7 Medaillen. Bei Deutschen Meisterschaften wurden 131 Medaillen, davon 48 Meistertitel, erkämpft. Mit den Wettkämpfen des Jahres 2011 wurde ein weiterer Schritt in Richtung Olympischer Spiele in London 2012 gegangen. Bei den kommenden Olympischen Spielen wird mit mehreren Medaillen gerechnet.

Das Sportzentrum Frankfurt (Oder) wird sich auch in den nächsten Jahren als wichtiger Standort für den Nachwuchs- und Spitzensport weiter entwickeln. Der hohe Umfang von Anmeldungen zur Nutzung des Sportzentrums und zur Aufnahme in das Sportinternat belegen diesen Trend deutlich.

Bereich Kultur

Eigenbetrieb Kulturbetriebe Frankfurt (Oder)

Gründungsjahr: 1998

Stammkapital: keine Festsetzung

Gesellschafter: Sondervermögen der Stadt Frankfurt (Oder)

Organe:

Werkleitung: Frau Wenzke,
amt. 1. Werkleiterin
Frau Christen,
Volkshochschule
Frau Prof. Dr. Rieger-Jähner,
Städt. Museen Junge Kunst und Viadrina
Herr Kröger, Musikschule
Herr Schumann,
Herr Wissen
Stadt- und Regionalbibliothek

Werkausschuss: Frau Meier
Frau Schiefer
Herr Hammer
Herr Adler
Herr Hornauf
Herr Dr. Mende
Herr Hanschel
Herr Schönherr
Frau Bertold
Herr Voss
Herr Hänsel
Frau Grigutsch

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben:

- Förderung von Kunst und Kultur, Bildung und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung
- Förderung von Einzelkünstlern und freien Trägern von Kunst und Kultur
- Zur Erfüllung des Satzungszweckes werden die Teilbetriebe Kulturbüro, Musikschule, Stadt- und Regionalbibliothek, Städtisches Museum Junge Kunst und Viadrina und die Volkshochschule unterhalten

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Laut § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehören die Sicherung und Förderung eines breiten Angebotes an Bildungseinrichtungen sowie die Entwicklung des kulturellen Lebens zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.

Der öffentliche Zweck, den dieses Unternehmen nach § 91 Abs. 2 BbgKVerf verfolgt, ist gerechtfertigt (Beschreibung Betriebsgegenstand und Lagebericht).

Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt Frankfurt (Oder) und zum voraussichtlichen Bedarf unterliegt kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ansprüchen und Entscheidungen.

Bemerkungen

Die Münzer & Storbeck Treuhand- und Revisions GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss 2011 am 02. Juli 2012 ein uneingeschränktes Testat unter Berücksichtigung des § 53 HGrG erteilt.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 01. November 2012 wurde der Jahresabschluss 2011 festgestellt. Der Werkleitung wurde Entlastung erteilt.

Verbindlichkeiten

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bilanz

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Anlagevermögen	1.018,8	1.075,3	-56,5	-5,25%
Imma. Vermögensgegenstände	28,2	34,0	-34,0	-100,00%
Sachanlagevermögen	990,6	1.041,3	-1.041,3	-100,00%
Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,00%
Umlaufvermögen	334,3	325,5	8,8	2,70%
Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,00%
Forderungen	38,6	42,4	-42,4	-100,00%
Liquide Mittel	295,7	283,1	-283,1	-100,00%
Rechnungsabgrenzungsposten	5,1	4,6	0,5	10,87%
Summe AKTIVA	1.358,2	1.405,4	-47,2	-3,36%
TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Eigenkapital	463,6	404,6	59,0	14,58%
Gezeichnetes Kapital	0,0	0,0	0,0	0,00%
Sonst. Eigenkapital	463,6	404,6	-404,6	-100,00%
Sonderposten	312,4	304,1	8,3	2,73%
Rückstellungen	442,8	559,5	-116,7	-20,86%
Verbindlichkeiten	132,1	130,5	1,6	1,23%
Rechnungsabgrenzungsposten	7,3	6,7	0,6	8,96%
Summe PASSIVA	1.358,2	1.405,4	-47,2	-3,36%

Gewinn- und Verlustrechnung

TEUR	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Umsatzerlöse	859,8	854,9	4,9	0,57%
Sonstige Erträge	331,8	280,0	51,8	18,50%
Zuschüsse	4.339,0	4.419,7	-80,7	-1,83%
Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,00%
Personalaufwand	3.117,5	3.061,2	56,3	1,84%
Abschreibungen	130,5	132,6	-2,1	-1,58%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.220,6	2.356,6	-136,0	-5,77%
Betriebsergebnis	62,0	4,2	57,8	1376,19%
Zinsergebnis	1,7	1,1	0,6	54,55%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	63,7	5,3	58,4	1101,89%
Steuern	4,8	4,8	0,0	0,00%
Jahresergebnis	58,9	0,5	58,4	11680,00%
Zuschüsse Stadt FFO	3.955,7	4.048,8	-93,1	-2,30%
Zuschüsse Land	383,3	370,9	12,4	3,34%
Zuschüsse Gesamt	4.339,0	4.419,7	-80,7	-1,83%

Auszug aus dem Lagebericht

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Förderung von Kunst und Kultur, Bildung und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung. Dazu gehört auch die Förderung von Einzelkünstlern und freien Trägern von Kunst und Kultur. Dieser Satzungszweck wird durch die Unterhaltung der Teilbetriebe:

- Kulturbüro
- Stadt- und Regionalbibliothek
- Volkshochschule
- Musikschule
- Städtische Museen Junge Kunst und Viadrina

Die technischen Grundlagen für die Realisierung der satzungsmäßigen Zwecke stellen zum einen die vom Eigenbetrieb angeschafften beweglichen Anlagegüter dar und zum anderen die von ihm genutzten und bewirtschafteten Gebäude, die im Eigentum der Trägerkommune stehen. Zur Finanzierung seiner Aufgaben erhielt der Eigenbetrieb im Berichtsjahr Zuwendungen der Stadt Frankfurt (Oder) in Höhe von TEUR 3.503. Weiterhin erhielt er im Berichtsjahr auf Antrag Zuwendungen der Ministerien des Landes Brandenburg für Wissenschaft, Forschung und Kultur und für Bildung, Jugend und Sport sowie des Landesverbandes für Musikschulen e. V. und des Brandenburgischen Volkshochschulverbands e. V. in Höhe von insgesamt TEUR 383.

Risikobericht

Die wirtschaftliche Entwicklung des Eigenbetriebes wird weiterhin geprägt durch den Konsolidierungsdruck der Stadt. Der seit Jahren nicht ausgeglichene Haushalt der Stadt zwingt den Eigenbetrieb auch künftig, permanent zu sparen. Erschwerend bleiben: Tarif- und Preissteigerungen, für die ein Ausgleich durch Zuschusserhöhungen der Stadt nur zu einem geringen Teil bzw. gar nicht geleistet werden. Für die kommenden Haushaltsjahre werden Risiken in der Absenkung der laufenden Zuschüsse, wegen der schwierigen Haushaltslage der Stadt Frankfurt (Oder), in der künftigen Tarifentwicklung, in möglichen Betriebskostenerhöhungen und einer möglichen Reduzierung der Bundes- und Landeszuwendungen gesehen.

Weitere Angaben nach § 21 Abs. 2 EigV Bbg 2009

Investitionen an beweglichen Anlagengütern in 2011: Betriebsausstattungen (18.731,55 EUR), Musikinstrumente (2.800,00 EUR), Computertechnik (37.895,47 EUR), Sammelposten GWG bis EUR 1.000,00 (14.726,74 EUR) und Kunstgegenstände (337,20 EUR). Die Anschaffung von Computertechnik diente in erster Linie der Ersatzbeschaffung. Für das Kulturbüro/Verwaltung, die Musikschule und die Stadt- und Regionalbibliothek mussten die Server erneuert werden. Für die Musikschule wurde ein Schlagzeug finanziert. Anschaffungen von Betriebsausstattungen: In der Musikschule wurde die Telefonanlage erneuert, im Museum Junge Kunst Grafikschränke, die nicht mehr den Arbeitsschutzbestimmungen entsprechen. Es besteht die Auflage diese schrittweise auszutauschen. Bedingt durch den Umzug aus dem Depot Puschkinstraße in den Südring wurden Schwerlastregale für die Unterbringung von Kunstgegenständen angeschafft, die sich ehemals im öffentlichen Raum befanden (Kunst im öffentlichen Raum, Kunst am Bau).

Die Entwicklung der Umsatzerlöse

Kulturbüro	2007	2008	2009	2010	2011	% zu 2010
Erlöse	107.948	118.556	125.019	115.744	107.309	92,71%
davon Vermietungen	83.408	84.594	85.165	75.038	65.863	87,77%
davon sonstige Einnahmen	24.540	33.962	39.854	40.706	41.446	101,82%
Kennzahlen der Projektförderungen						
Anzahl gestellter Förderanträge	34	30	25	30	40	133,33%
Bewilligte Anzahl der Förderanträge	20	20	21	27	29	107,41%
davon Musik	4	7	7	8	9	112,50%
davon Darstellende Kunst	3	5	2	5	7	140,00%
davon Bildende Kunst	3	4	5	3	3	100,00%
davon Literatur	3	1	3	6	4	66,67%
davon Film / Neue Medien	3	1	2	2	3	150,00%
davon Szene Kultur	2	1	1	1	3	300,00%
davon Tanz	0	0	0	0	0	-
davon Sonstiges	2	1	1	2	0	0,00%
Förderungssumme in €	58.430	74.860	79.000	79.000	79.380	100,48%
Kennzahlen der St. Marienkirche						
Besucher	66.602	56.810	61.093	57.053	64.263	112,64%

Die Erlöse fallen gegenüber den dargestellten Vorjahren geringer aus. Deutlich erkennbar ist, dass die Ursache des Rückgangs im Bereich der Vermietungen liegt. Erklärend kann hier bemerkt werden, dass bei Auszug von Mietern nicht immer sofort eine Weitervermietung möglich ist und somit Leerzeiträume entstehen, die an dieser Stelle zu Mindereinnahmen bei den Vermietungen führen. In den sonstigen Einnahmen werden beispielsweise Entgelte sowie Verkaufserlöse für die Marienkirche erfasst.

Städtische Museen und Viadrina	Junge Kunst	2007	2008	2009	2010	2011	% zu 2011
Erlöse		38.131	14.965	17.960	19.540	27.974	143,16%
davon Entgelte für Eintritt		19.270	9.089	11.842	13.374	20.523	153,45%
davon Kommissionsverkauf		5.513	982	1.206	1.139	209	18,36%
davon sonstige Einnahmen		13.348	4.894	4.912	5.027	7.242	144,06%
Anzahl Ausstellungen		18	17	17	16	15	93,75%
davon Museum Junge Kunst		11	11	10	10	9	90,00%
davon Museum Viadrina inkl. Gedenkstätte		7	6	7	6	6	100,00%
Anzahl Besucher		29.309	25.631	23.013	21.812	23.862	109,40%
davon Museum Junge Kunst		15.305	10.905	9.804	8.876	12.545	141,34%
davon Museum Viadrina inkl. Gedenkstätte		14.004	14.726	13.209	12.936	11.317	87,48%
Anzahl Ausstellungen außerhalb		-	1	3	3	2	66,67%
Anzahl Besucher außerhalb		-	10.061	27.976	8.894	8.750	98,38%
Anzahl Besucher ¹ je Einwohner in %		47,87	42,30	38,43	36,59	40,28	110,09%
Einwohnerzahl per 31.12.		61.228	60.588	59.889	59.616	59.244	

¹ ohne Besucher außerhalb

Die Erlöse sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Wegen des besonderen Anspruchs und des höheren Aufwandes der Ausstellungen in der Rathaushalle sowie der Wechselausstellungen im Junkerhaus "Vom Aschenbecher bis zum Weihwasserbecken" und im PackHof "Morgen letzter Tag" wurden auch im Jahr 2011 gemäß Entgeltordnung höhere Entgelte festgelegt. Im Jahr 2010 betraf dies die "Dresen-Ausstellung" im Museum Viadrina und im Jahr 2009 die Ausstellung "Rückschau in die Moderne", die durch den hohen Arbeitsaufwand gerechtfertigt waren.

Die hohen Erlöse im Jahr 2007 stehen in einem engen Zusammenhang mit der großen Resonanz der Ausstellung "Das spätgotische Antichristfenster". Hier konnten neben Entgelten für Eintritt auch hohe Verkaufserlöse für den dazugehörigen Katalog erzielt werden.

Neben den eigenen Ausstellungen im Jahr 2011 wurden außerhalb der Ausstellungshäuser zwei Ausstellungen gezeigt, eine Ausstellung aus dem Sammlungsbestand des Museums Junge Kunst in der St. Marienkirche und eine (Folge dem Faden - Strickobjekte) in Zielona Góra. Im Jahr 2009 konnte ein enorm hoher Besucherzulauf bei den auswärtigen Ausstellungen - in der St. Marienkirche - verzeichnet werden.

Die Besucherzahlen sind vor allem im Museum Junge Kunst schwankend und in starkem Maße abhängig von der Attraktivität der Ausstellungen und von den zur Verfügung stehenden Werbemitteln. Deshalb ist auch die Erreichbarkeit (Anzahl Besucher je Einwohner) schwankend, konnte gegenüber dem Vorjahr jedoch gesteigert werden. Gut besuchte Ausstellungen waren u. a.:

- "Folge dem Faden" - Strickobjekte
- "Totentänze" - aus der Sammlung H. Mayer
- "Blicke und Gesten" - Porträts aus der Sammlung Museum Junge Kunst
- "Morgen letzter Tag" - Arno Bojak

Die Volkshochschule konnte in diesem Jahr wiederum Erlössteigerungen gegenüber dem Vorjahr erzielen. Ursache hierfür ist die bedarfsgerechte Anpassung der Entgelte an die Teilnehmerzahl in den jeweiligen Kursen, entsprechend den Möglichkeiten der geltenden Entgeltordnung. Aus dem Bildungspaket, wie durch die Kulturentwicklungsplanung vorgesehen, konnten keine Einnahmen generiert werden.

Der deutliche Anstieg der Teilnehmerkennzahlen ist auf Zuwächse in fast allen Bereichen, insbesondere im Bereich Kultur/Gestalten zurückzuführen. Die Veranstaltungen des Projektes "Eltern-Kind-Zentrum Nord" fanden, wie auch in den Jahren zuvor, sehr großes Interesse. Die Teilnehmer an Veranstaltungen sind zum Teil (ca. 20-25%) in der Anzahl Teilnehmer in Kursen enthalten. Hierbei handelt es sich um Kurse und deren Teilnehmer, für die eine Anmeldung aus organisatorischen

Gründen erforderlich ist.

Stadt- und Regionalbibliothek	2007	2008	2009	2010	2011	% zu 2010
Erlöse	81.105	82.157	79.453	74.598	76.418	102,44%
davon Benutzungsentgelte	51.757	50.994	51.231	48.811	49.862	102,15%
davon Versäumnisentgelte	19.921	22.828	21.054	20.280	21.730	107,15%
davon Entgelte für Veranstaltungen*	-	-	1.343	1.041	879	84,44%
davon sonstige Einnahmen	3.007	3.275	3.087	3.177	3.099	97,55%
davon Internet-Entgelte	6.421	5.060	2.738	1.290	849	65,79%
Anzahl Nutzer	5.733	5.696	5.467	5.655	5.592	98,89%
davon aus Ffo.	4.674	4.685	4.499	4.750	4.746	99,92%
Anzahl Entleihungen	859.955	759.729	719.991	681.647	704.809	103,40%
Anzahl Entleihungen je Nutzer in %	150,00	133,38	131,70	120,54	126,04	104,56%
Nutzer je 100 Einwohner in %	9,36	9,40	9,13	9,49	9,44	99,51%
Einwohnerzahl per 31.12.	61.228	60.588	59.889	59.616	59.244	

* separate Erfassung ab 2009

Die Erlöse konnten in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um 1,8 T€ gesteigert werden. Deutlich ist der Rückgang der Internetentgelte im Zeitraum ab 2007 zu beobachten. Entgelte für Internetnutzung sind seit Inkrafttreten der Entgeltordnung im Juli 2009 nur noch von nicht angemeldeten Besuchern der Stadt- und Regionalbibliothek zu entrichten.

Die Anzahl der Nutzer hat sich gegenüber dem Vorjahr um 63 verringert. Im Gegensatz hierzu steht eine relativ geringe Erhöhung in den Benutzerentgelten. Diese Erhöhung resultiert aus einem größeren Betrag von Einnahmen aus gerichtlichen Mahnverfahren. Für die Entleihungen ist im Betrachtungszeitraum ab 2007 erstmals wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Im Vorjahresvergleich konnten hier ca. 23.000 Entleihungen mehr registriert werden.

Die Erreichbarkeit ist verglichen mit dem Vorjahr fast identisch.

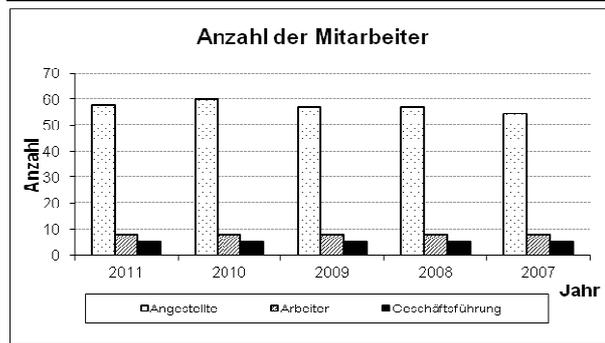
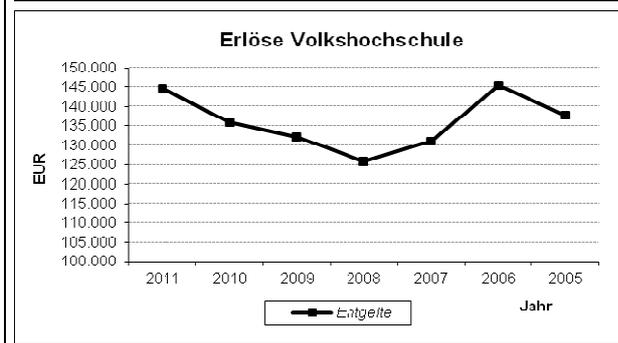
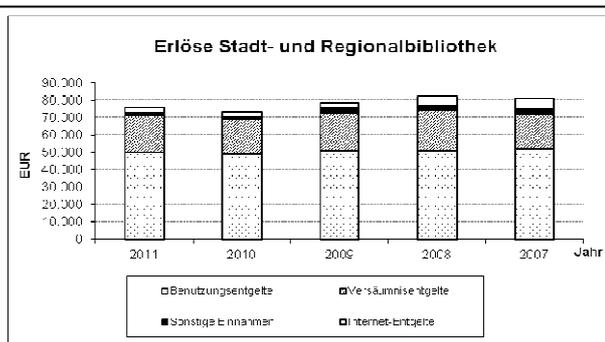
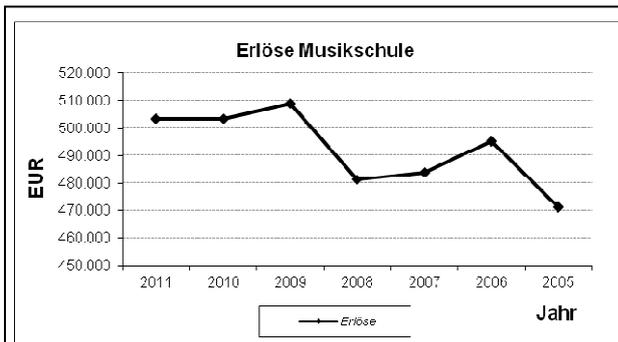
Im Eigenbetrieb waren bis zum 31.12.2011 73 Mitarbeiter/innen beschäftigt

Jahr	Personen	Reduzierung (-)/Erhöhung (+) um
2001	79	-12
2002	79	-
2003	76	-3
2004	73	-3
2005	67	-6
2006	67	0
2007	68	+1
2008	70	+2
2009	71	+1
2010	75	+4
2011	73	-2

In der Musikschule wurde eine Mitarbeiterin über das Bundesprogramm Kommunal-Kombi gefördert, finanziert aus der Zuwendung des Bundes, des Landes und der Kommune. Aus dem Programm Arbeit für Brandenburg wird eine Person gefördert, die Aufgaben im Eltern-Kind-Zentrum Nord wahrnimmt, das bei der VHS angesiedelt ist. Der Eigenbetrieb bildet derzeit zwei Jugendliche in den Berufen Fachangestellte für Medien und Informationsdienste und Bürokauffrau aus. Darüber hinaus werden zwei durch das Jobcenter geförderte Mitarbeiter im technischen Bereich beschäftigt.

Kennzahlen

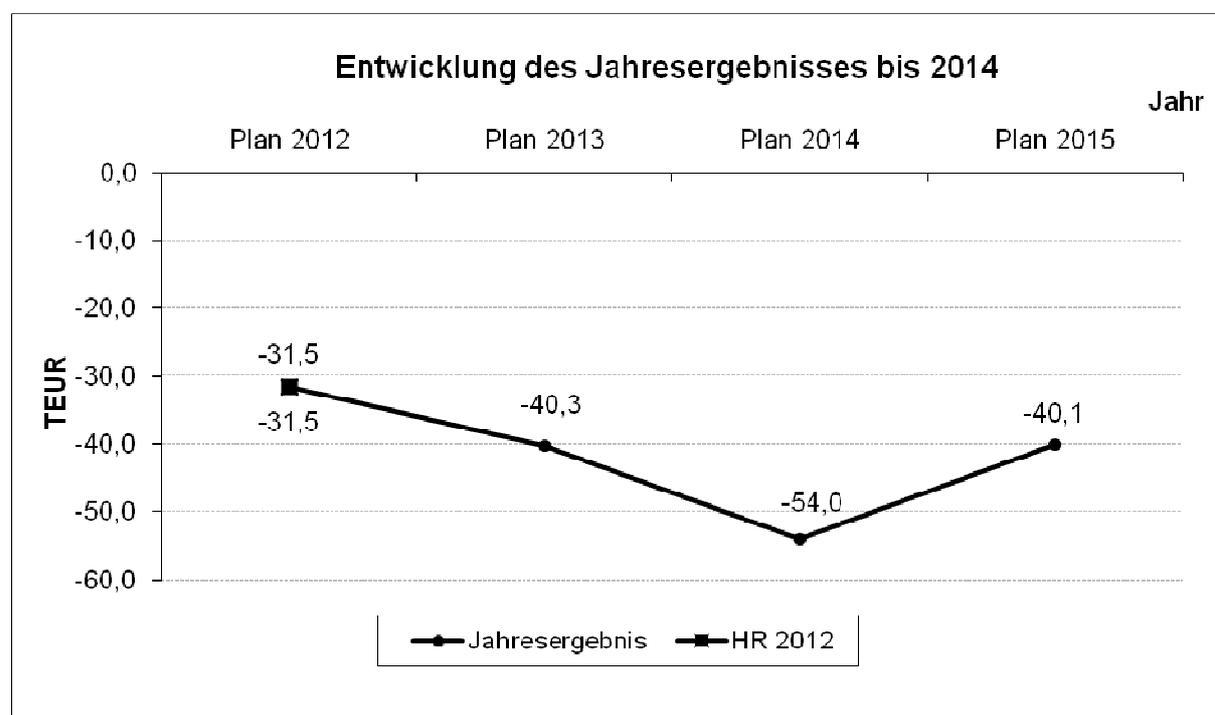
	Kritischer Wert	2011	2010
Finanzlage			
Eigenkapitalquote	< 25 %	34,13%	28,79%
EK (+ EK-ähnliche) Quote	-	57,13%	50,43%
Fremdkapitalquote	> 75 %	42,87%	49,57%
Verschuldungsgrad	-	5/4	12/7
Anlagendeckungsgrad I	-	45,50%	37,63%
Anlagendeckungsgrad II	< 100 %	87,20%	88,30%
Liquidität 1. Grades	< 20 %	187,87%	186,50%
Liquidität 2. Grades	< 100 %	215,63%	217,46%
Working Capital	< 0	176,9 T€	173,7 T€
Ertragslage			
Umsatzrentabilität	< 0	7,21%	0,49%
Materialintensität	-	0,00%	0,00%
Personalintensität	-	362,58%	358,08%
Vermögenslage			
Anlagenintensität	-	75,01%	76,51%
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	-	21,23	11,40
Produktivität	-	11,78 T€/MA	11,40 T€/MA
Cash- und Forderungsmanagement			
Debitorenlaufzeit	-	16 Tage	30 Tage



Zukünftige Entwicklung

TEUR	Plan 2012	HR 2012	Plan 2013	Differenz Plan/Plan	
				absolut	%
Umsatzerlöse	918,0	918,0	918,0	0,0	0,00%
Sonstige Erträge	21,4	21,4	21,0	-0,4	-1,87%
Zuschüsse	3.968,4	3.968,4	3.936,4	-32,0	-0,81%
Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Personalaufwand	3.117,3	3.117,3	3.067,8	-49,5	-1,59%
Abschreibungen	124,8	124,8	124,8	0,0	0,00%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.766,8	1.766,8	1.824,0	57,2	3,24%
Betriebsergebnis	-101,1	-101,1	-141,2	-40,1	-39,66%
Zinsergebnis	1,0	1,0	1,0	0,0	0,00%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-100,1	-100,1	-140,2	-40,1	-40,06%
Auflösung Sonderposten	68,6	68,6	99,9		
Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00%
Jahresergebnis	-31,5	-31,5	-40,3	-8,8	-27,94%

Zuschuss Stadt FFO	3.519,4	3.519,4	3.548,6
Zuschuss Land	382,0	382,0	382,0
Zuschuss Personalkosten	67,0	67,0	5,8
Zuschuss gesamt	3.968,4	3.968,4	3.936,4
Institutionelle Förderung	439,9	439,9	439,9



Ausblick

Der Zuschuss der Stadt an den Eigenbetrieb ist mittelfristig in der Finanzplanung festgeschrieben. Mit dem aktuellen Beschluss zur Kulturentwicklungsplanung tritt seit längerer Zeit für einen mittelfristigen Zeitraum Planungssicherheit ein. Allerdings konnte die in der Kulturentwicklung vorgesehene Verlängerung des Haustarifvertrages über den September 2011 hinaus, nicht erreicht werden. Damit konnten die im Wirtschaftsplan angezeigten Einsparungen nicht erzielt werden. Trotzdem hat der Eigenbetrieb Kulturbetriebe weniger Mittel für Personalkosten einsetzen müssen. Dafür waren das vorzeitige Ausscheiden einer Mitarbeiterin in den Ruhestand sowie Langzeiterkrankungen von zwei Mitarbeitern die Ursache.

Aktuelle Hochrechnungen haben inzwischen ergeben, dass der Eigenbetrieb Kulturbetriebe den befristeten Liquiditätsengpass in den Jahren 2012 und 2013 aus Finanzmittelbeständen ausgleichen kann. Noch nicht berücksichtigt wurden die aktuellen Tarifabschlüsse. Es ist wahrscheinlich, dass sich darin eine Zuschusserhöhung an den Eigenbetrieb begründen wird. Eine genauere Prognose kann erst mit der Wirtschaftsplanerstellung 2013 ff gegeben werden.

Sponsoring der kommunalen Unternehmen im Jahr 2011

Geleistetes Sponsoring der kommunalen Unternehmen

Jahr	Unternehmen	Verwendungszweck	Bereich	Betrag	Empfänger
2011	FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH	Übernahme der Kosten für Trink-/Schmutzwasser	Gesellschaft	6.653,60 €	Mehrere Empfänger - aufgrund von Vertraulichkeitsklauseln anonymisiert
2011	FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH	Unterstützung von Veranstaltungen durch die Bereitstellung von Trinkwasser für das HanseStadtFest „Bunter Hering“	Gesellschaft	904,44 €	Stadt Frankfurt (Oder)
2011	FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH	Sponsoring Standrohr Dorffest Booßen	Gesellschaft	13,08 €	Booßen
2011	FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH	Sponsoring Werbefläche Fahrzeug Amt Odervorland	Gesellschaft	379,58 €	Amt Odervorland
2011	FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH	Bandenwerbung Schützengilde Müllrose	Gesellschaft	310,00 €	Schützengilde Müllrose
2011	FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH	Kultursponsoring	Kultur	1.000,00 €	Ein Empfänger - aufgrund von Vertraulichkeitsklauseln anonymisiert
2011	FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH	"Kleist-WG", Übernahme der Kosten für Trink-/Schmutz- und Niederschlagswasser	Kultur	598,18 €	Kleist WG
2011	FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH	Unterstützung von Veranstaltungen durch die Bereitstellung von Trinkwasser für das 3. Musikfestival der Fanfarengarde	Kultur	37,07 €	Fanfarengarde Frankfurt (Oder)
2011	FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH	Getränkensponsoring für die Kletterwoche des Jugendclubs Nordstern	Soziales	20,50 €	Jugendclub Nordstern
2011	FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH	Getränkensponsoring Benefizveranstaltung Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge e. V.	Soziales	27,73 €	Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge e. V.
2011	FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH	Unterstützung von Veranstaltungen durch die Bereitstellung von Trinkwasser für das Jugendwaldcamp Jacobsdorf	Soziales	64,53 €	Jugendwaldcamp Jacobsdorf
2011	FWA Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH	Sponsoringvertrag 1 AFC Red Cocks	Sport	422,60 €	1. AFV Frankfurt (Oder) Red Cocks e.V.

Jahr	Unternehmen	Verwendungszweck	Bereich	Betrag	Empfänger
2011	Gem. Pflege- und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder) mbH	Überlassung des Werberechts auf dem PKW	Soziales	-	Mobil Sport- und Öffentlichkeitswerbung GmbH
2011	Investor Center Ostbrandenburg GmbH	Boxveranstaltung 21.10.2011, Name/Logo auf einem Werbeposter im Ring	Sport	1.500,00 €	Sport Events Steinforth GmbH
2011	Mobil Sport- und Öffentlichkeitswerbung GmbH	Nutzung eines PKW	Soziales	-	Gem. Pflege- und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder) mbH
2011	Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH	Bunter Hering	Gesellschaft	17.540,00 €	Stadt Frankfurt (Oder)
2011	Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH	Sponsoring Stadtsportbund	Sport	15.000,00 €	Stadtsportbund Frankfurt (Oder) e.V.
2011	Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH	Sponsoring Sportvereine und Einrichtungen	Sport	188.000,00 €	Mehrere Empfänger - aufgrund von Vertraulichkeitsklauseln anonymisiert
2011	Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH	Bunter Hering	Gesellschaft	2.500,00 €	Stadt Frankfurt (Oder)
2011	Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH	Uni Ball	Gesellschaft	400,00 €	Ein Empfänger - aufgrund von Vertraulichkeitsklauseln anonymisiert
2011	Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH	finanzielle Unterstützung FHC	Sport	10.000,00 €	Frankfurter Handballclub e.V.

Jahr	Unternehmen	Verwendungszweck	Bereich	Betrag	Empfänger
2011	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH	Bunter Hering	Gesellschaft	5.000,00 €	Stadt Frankfurt (Oder)
2011	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH	Uniball	Gesellschaft	476,00 €	Messe und Veranstaltungen GmbH
2011	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH	Frankfurter City-Frühling	Gesellschaft	640,00 €	IGIS Interessengemeinschaft Innenstadt e.V. Frankfurt (Oder)
2011	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH	19. Internat. Feuerwehrsternfahrt	Gesellschaft	2.131,61 €	Stadt Frankfurt (Oder)
2011	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH	finanzielle und materielle Unterstützung	Soziales	7.842,14 €	Verein Miteinander Wohnen e. V.
2011	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH	finanzielle Unterstützung Olympiastützpunkt	Sport	5.980,32 €	Olympiastützpunkt
2011	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH	finanzielle Unterstützung FHC	Sport	18.550,36 €	Frankfurter Handballclub e.V.
2011	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH	Oderrundfahrt	Sport	59,50 €	Frankfurter Radsportclub 90 e. V.

Summe: 286.051,24 €

Erhaltenes Sponsoring der kommunalen Unternehmen

Jahr	Sponsor	Verwendungszweck	Bereich	Betrag	Empfänger
2011	Hanseclub Wirtschaft für Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt e. V.	Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für die Ausstellung "Totentanz", Museum Junge Kunst	Kultur	3.700,00 €	Eigenbetrieb Kulturbetriebe Frankfurt (Oder)
2011	Mobil Sport- und Öffentlichkeitswerbung GmbH	Nutzung eines PKW	Soziales	-	Gem. Pflege- und Betreuungsgesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder) mbH
2011	Mehrere Sponsoren - aufgrund von Vertraulichkeitsklauseln anonymisiert	Uniball 2011	Gesellschaft	2.451,26 €	Messe und Veranstaltungen GmbH
2011	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH	Uniball 2011	Gesellschaft	400,00 €	Messe und Veranstaltungen GmbH
2011	Mehrere Sponsoren - aufgrund von Vertraulichkeitsklauseln anonymisiert	Messe Fitness und Sport (FISPO)	Sport	13.150,00 €	Messe und Veranstaltungen GmbH

Summe: 19.701,26 €